Der Kampf um den Börneplatz S. 3



Arbeiterkampf

Jg. 17, Nr. 286, 21.9.87 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 5 DM C 21734 E

Der deutsche Griff zur Bombe

Erregt eilte der weltweit dienstälteste Außenminister ans Rednerpult des deutschen Bundestages, um sich maßloser Verleumdungen zu erwehren. Genscher zeigte sich tiefbetroffen über einen Auftritt des Grünen Ebermannn, der es gewagt hatte, der Bundesregierung heimliche Ambitionen auf eine deutsche Bombe zu unterstellen. Anders ist die Drittstaaten-Pose der BRD nämlich nicht zu erklären — so zu tun, als werde deutscherseits „großzügig" auf die Pershing 1A verzichtet und als könne man daran auch noch Bedingungen knüpfen. Mit gekonnt gespielter Naivität schlug der Ökosozialist vor, alle Zweifel an der atomaren Jungfernschaft dieses Landes dadurch zu beseitigen, daß man den Atomwaffenverzicht einfach ins Grundgesetz aufnimmt. Somit erklärt sich Genschers Zorn wohl hauptsächlich dadurch, daß der Freidemokrat einen langen ärgerlichen Eiertanz voraussieht: Ständig erklären zu müssen, warum die BRD einerseits zwar keine eigene nukleare Bewaffnung anstrebe, andererseits jede verfassungsmäßige Verankerung dessen strikt ablehnt. Für die bürgerlichen Politiker einschließlich der Sozialdemokraten, denen die glaubwürdige Zurückweisung der Initiative auch noch manche schlaflose Nacht bereiten wird, kommt es nun darauf an, einerseits bei ihren Versicherungen nicht rot zu werden und andererseits auch kein Gelächter zu provozieren. Drittens aber auch mit zusammengebissenen Zähnen zu schweigen, wenn die CSU laut vernehmlich den deutschen Atomwaffenstatus einfordern wird — womöglich noch unter Berufung auf althergebrachte Konsense der überparteilichen Art. Viertens wird es überkritisch, wenn die Atomindustrie anfragt, wozu man eigentlich das viele Geld investiert habe, wenn es nicht bald losgeht? Jedenfalls wird die Friedensbewegung mit einem Mittelstreckenraketenabkommen zwischen den Großmächten nichts arbeitslos. Die BRD gibt sich alle Mühe, die Prophezeiungen der US-Falken zu erfüllen, wonach sie bei „Verlust" der amerikanischen Pershings nach einem eigenen Ersatz streben werde.

Fortsetzung auf den S. 9f.

10 Jahre Stammheim

Wunder des Journalismus

Bonn am 8. September 1977: Im Bundeskanzleramt leitet Helmut Schmidt den kleinen Krisenstab mit den Ministern Wischnewski, Vogel, Maihofer, BKA-Präsident Herold, Generalbundesanwalt Rebmann, Regierungssprecher Bölling und den Staatssekretären Schüler und Fröhlich. Drei Tage zuvor war der Kapitalistenchef Hanns Martin Schleyer in Köln von der RAF entführt worden, um ihn gegen elf politische Gefangene, darunter Baader, Ensslin, Raspe und I. Möller in Stammheim, auszutauschen. Schmidt ruft den Tagesordnungspunkt „exotische Vorschläge" auf. Innenstaatssekretär Fröhlich, der die Aufgabe hatte, mit Beamten und Geheimdienstexperten „das Undenkbare zu denken", trägt neun sogenannte Modelle vor.

Man könne die Gefangenen zum Schein freilasseh, um sie nach dem Flug in dem von ihnen gewählten Zielland wieder festzunehmen. Man könne sie aber auch schon im Flugzeug überrumpeln, um die Ankunft im Zielland durch Schauspieler zu „doubeln". Oder man droht den Gefangenen, die befreit werden sollen, „Repressalien" an; für solche Drohungen kämen auch nahe Angehörige von Terroristen infrage. Oder man findet und stürmt den Schlupfwinkel der Entführer. Schließlich könne man im Austausch gegen Informationen gefangene RAF-Mitglieder freilassen.

Modell Nr. 6 sah vor: „Der Bundestag ändert unverzüglich Artikel 102 des Grundgesetzes, der lautet: ‚Die Todesstrafe ist abgeschafft'. Stattdessen können nach Grundgesetzänderung solche Personen erschossen werden, die von Terroristen durch menschenerpresserische Geiselnahme befreit werden sollen. Durch höchstrichterlichen Spruch wird das Todesurteil gefällt. Keine Rechtsmittel möglich." (zit. nach „Spiegel", 36/87) Auch durch die öffentliche Androhung dieses Modells könne man, so die Staatsschutz-Planer, die Schleyer-Entführer vielleicht zum Nachgeben bewegen. Weitere Vorschläge dieser Serie beinhalteten, RAF-Mitglieder, derer man habhaft würde, in Internierungslager einzusperren und sog. „Sympathisanten" für Appelle zur Abkehr von der RAF zu gewinnen.

Fortsetzung auf S. 2

Sind die GRÜNEN überflüssig?

Erst stellte Joschka Fischer die grüne Forderung nach NATO-Austritt nicht nur infrage, sondern forderte stattdessen ein positives Bekenntnis. Dann erklärte er den AKW-Ausstieg für irreal. Die aufgewühlte grüne Seele tobte und Joschka stellte richtig: der Ausstieg sei zwar nach wie vor berechtigt, aber in weite Ferne gerückt und damit irreal. Dann setzt er zum Konter an: Schuld daran seien diejenigen Grünen, die jetzt mit „Hyänengeheul" — auch so eine grün Nettigkeit — über ihn herfallen, und in Hamburg und Schleswig-Holstein die grüne Wählerschaft halbiert hätten.

Maschinensturm als neue Form des Betriebskampfes S. 33

Die Grünen in ihrem Element, der Streit zwischen Fundis und Realos auf dem Höhepunkt? Gefehlt, Ebermann, Trampert und Schmidt schreiben auf dem Oldenburger Parteitag von einer „tiefen Krise" der Partei. Jutta Ditfurth sieht sie gar in „der ernstesten Krise seit (ihrer) Existenz". Was sonst als grünes Markenzeichen galt, der ungehemmte Streit, erscheint wie der politische Zerfall des einstigen Hoffnungsträgers. Süddeutsche Realos suchen ihr Heil in der Flucht in CDU-Arme. Das Angebot Späth zu wählen, um dann mit „wechselnden Mehrheiten" mitzuregieren, ist ernstgemeint und noch ist nicht ausgemacht, ob es bei den Baden-Württemberger Grünen nicht auch mehrheitsfähig ist. Das Verramschen der Inhalte derzeit der beliebteste Sport bei Realos aller Schattierungen, und Ökolibertäre sehen hoffnungsvoll ihre Stunde kommen. Die Linksgrünen stehen mit dem Rücken an der Wand. Wahlniederlagen, Krisen- und Zerfallserscheinungen in ihren norddeutschen Hochburgen und Ratlosigkeit zwischen Fundamentalismus und Resignation bestimmen das Bild.

Hohn und Spott ernten die grünen Medienlieblinge bei ihren einstigen Sponsoren in Presse, Funk und Fernsehen. Grün ist unterdurch, rot-grün out und SPD wieder in.

Machen die Grünen sich selber überflüssig? Wir berichten von den Reaktionen auf die Wahlen in Schleswig-Holstein und Bremen, vom Oldenburger Parteitag, wir dokumentieren das Stuttgarter Pro-CDU-Papier und stellen die Frage nach den grünen, insbesondere den links-grünen Perspektiven.

Fortsetzung auf den S. 14-16

SU: Die Geschichte wird neu geschrieben

„In dem Fernsehfilm ‚Meine Zeitgenossen' schreitet der junge Gagarin nach der Rückkehr auf die Erde über einen Läufer. Man möchte gerne wissen, wem er da Meldung erstatten und wer ihn durch Handschlag begrüßen wird. Die jungen Leute wissen es nicht, die älteren wechseln vielsagende Blicke. War es denn wirklich notwendig, Chruschtschow abzuschneiden?" So fragt Professor Juri Afanassjew, Rektor des Moskauer Instituts für historische Archive mit Blick auf die Erneuerung der sowjetischen Geschichtsforschung.

Wir bilanzieren den Stand der Glasnost auf dem Gebiet der sowjetischen Geschichtsschreibung, vergleichen Chruschtschows „Entstalinierung" mit den heutigen Äußerungen und weisen auf einige der „weißen Flecken" in der sowjetischen in der sowjetischen Geschichtsschreibung hin.

Professor Hansgeorg Conert beschreibt im Gespräch mit dem AK sehr anschaulich und differenziert die Chancen und Perspektiven der Wirtschaftsreformen und ihr Verhältnis zur Perestroika.

Fortsetzung auf den S. 28-32





Vor 60 Jahren wurden die beiden anarchistischen Arbeiter Sacco und Vanzetti trotz weltweiter Proteste in einem der größten Justizskandale der US-Geschichte auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet. Fünfzig Jahre dauerte es, bis sie 1977 vom Vorwurf des Raubmordes freigesprochen wurden.

Fortsetzung von Seite 1

Wunder des Journalismus

Vom damaligen Bundeskanzler persönlich ermutigt, der auch gleich versprach, für alles die Verantwortung zu übernehmen, brachte die Gruppendynamik permanenter Krisensitzungen weitere „exotische" Ideen hervor. Herold wollte die Gefangenen zum Schein wie gefordert ausfliegen lassen, aber nicht in das Land ihrer Wahl sondern in die israelische Negev-Wüste, um sie — im Glauben, sie wären in Freiheit — dann „zu überwältigen". Wischnewski empfahl den Togo für eine Aktion des gleichen Typs. Dorthin könne man 300 als Touristen verkleidete Polizisten einfliegen lassen, *„und dann werden wir die wieder einfangen"*.

Es war die Einführung des Todesstrafe, welche die Spitzenpolitiker und -Beamten immer wieder beschäftigte, und worum die Gedanken manisch zu kreisen schienen. Freilich: Weniger als Drohung gegen Geiselnehmer spielte sie eine Rolle, sondern als Instrument gegen diejenigen, die befreit werden sollten, die also selbst zum „Pfand" (Kohl) gemacht wurden — politische Gefangene als Geiseln des Staates. Gegen sie richteten sich die Gewaltphantasien der Politiker mit der Begründung, so könne man das Kommando Siegfried Hausner, das Schleyer in seiner Hand hatte, beeindrucken. FDP-Ertl, damals Landwirtschaftsminister, vertrat die Variante, man solle bei den häufigen Hungerstreiks politischer Gefangener auf Zwangsernährung verzichten, damit „die sich selbst umbringen". Verteidigungsminister Leber bevorzugte die mittelalterliche Methode, den Gefangenen die Grundrechte abzuerkennen („vogelfrei"). Auch der innerdeutsche Minster Egon Franke befürwortete die Todesstrafe — nicht allgemein, aber doch für Terroristen.

Rebmann unterstützte das Modell 6: Gefangene allein deshalb hinzurichten, weil sie freigepreßt werden sollten und das auch noch mithilfe eines rückwirkend beschlossenen Ausnahmegesetzes. Die Experten um Fröhlich spielten mit dem Gedanken, anzudrohen, daß man einsitzende Mitglieder der RAF vor den Fernsehkameras erschießt (*„unfeine Methoden"*). Schließlich kam man auf die Idee eines *„tollen Bluffs"*: Zum Schein (!) sollte die Anti(?)-Terror-Truppe GSG 9 gegen die „schwächlichen Politiker" meutern, die Gefangenen entführen und mit ihrer Exekution drohen, falls Schleyer nicht freigelassen werde.

Schmidt hielt sich im Konkreten bedeckt, zeigte sich aber zufrieden über den Gedankenaustausch. Das Durchspielen der Modelle sei nützlich gewesen. Damit fing die Debatte erst richtig an. Im großen Krisenstab, zu dem die Bundesregierung die Fraktionschefs der im Bundestag vertretenen Parteien, also auch die führenden Politiker der CDU/CSU-Opposition, hinzugezogen hatte, war Zimmermann — natürlich — für die Einführung der Todesstrafe. Kohl sprach in der ihm eigenen, gewundenen Weise von „Repressalien", die man gegen die Gefangenen ergreifen müsse. Strauß stellte zur Alternative, einen nach dem anderen feizulassen, um dann „die Jagd" auf die Flüchtigen zu eröffnen oder *„alle Stunde einen zu erschießen"*. Das allgemeine Kopfzerbrechen über die geeignetste Form, politische Gefangene umzubringen, blieb nicht auf intime Politikerkreise beschränkt. Schriftsteller Golo Mann heizte das Klima mit der öffentlichen Feststellung an, man befinde sich im Krieg mit dem Terrorismus und dürfe dementsprechend nicht vor Gewaltanwendung zurückschrecken. Die FAZ-Herausgeber plädierten für das „Undenkbare" und die diversen Ideen bis hin zum Standgericht vor laufenden Fernsehkameras wanderten durch die Medien.

All das ist mehr oder weniger über das Geschehen vor zehn Jahren schon bekannt gewesen. Trotzdem ist die Zusammenstellung, die der „Spiegel" (36/87) gibt, beeindruckend: Erstens durch die Vielzahl der entsprechenden Zitate, zweitens durch den Umstand, daß sich in der sozialliberalen Koalition offenbar so gut wie kein Widerstand gegen solche mörderischen Überlegungen geregt hat und drittens dadurch, daß von den genannten Politikern keiner den Rechtsweg gegen die behaupteten Äußerungen eingeschlagen hat. Umso erstaunlicher ist allerdings der zweite Teil des Artikels über den deutschen Herbst in dem Nachrichtenmagazin (37/87). Darin heißt es lapidar: *„18. Oktober. Baader, Ensslin und Raspe haben Selbstmord verübt."* Das soll den Krisenpolitikern nun auch nicht recht gewesen sein. Man befürchtete eine „große Kampagne" wegen des Genickschusses (mit dem Baader getötet wurde) und schwor sich parteienübergreifende „Solidarität" gegen die Verdächtigung, der Krisenstab habe einen Mord ausgeheckt. Maihofer habe den Satz ausgegeben, mit dem sich die Herrschenden seitdem verteidigen: *„Es ist eine äußerste Perfidie, den eigenen Tod als Mord zu inszenieren."* Innenstaatssekretär Fröhlich, heute im Ruhestand, habe vor kurzem seine Unterlagen über die exotischen Modelle in den Reißwolf gesteckt, weil er sich nicht mehr an damals erinnern wolle. Fertig, aus. Mehr hat der „Spiegel"-Autor dazu nicht mitzuteilen. Wie angenehm für ihn, daß bürgerlicher Journalismus (scheinbar) darauf verzichtet, eine eigene Meinung zu haben.

Wie das? Paul Lersch, Verfasser der Serie im „Spiegel", lockerer Typ, der gern mal die Beine auf den Tisch legt, hat mit den damaligen Krisenstabs-Akteuren ausgiebig geplauscht und sich anscheinend nichts weiter dabei gedacht. Er hat Vogel nicht gefragt, ob ihm als Justizminister vielleicht ein Stein vom Herzen gefallen ist: Weil die Anwendung der exotischen Methoden durch den überraschenden Selbstmord überflüssig geworden war. Er hat von Herold nicht wissen wollen, ob er sich mit seiner „faszinierenden Phantasie", seiner „sprudelnden Intelligenz" und mit seinem „Erfindungsreichtum für immer neue abenteuerliche Szenarien" auch einen solchen Ausgang im siebten Stock von Stammheim hatte vorstellen können. Er verrät uns auch nichts darüber, ob Rebmann möglicherweise tiefbetrübt gewesen ist, weil eine einmalige Chance zur Einführung der Todesstrafe verpaßt worden war.

Über einen Monat lang dachten also die politischen Verantwortlichen der BRD pausenlos darüber nach, Gewalt gegen wehrlose Gefangene anzuwenden. Das scheint sogar ihr dominierender Gedanke in jener Situation gewesen zu sein. Dieser Gedanke war nicht nur abstrakt oder stammtischmäßig geäußert worden, sondern hatte ein mehr oder weniger konkretes Planungsstadium erreicht. Man überlegte sogar Formen einer scheinbar außerstaatlichen Gewaltanwendung, wie es in Chile oder der Türkei praktiziert wird, um die Bundesregierung nicht in die Verantwortung hineinzuziehen. Am Ende bringen sich diejenigen, denen die Tötungsbedürfnisse zuallererst galten, angeblich plötzlich selber um. Dieser irre Zufall ist dem sog. liberalen Sprachrohr der westdeutschen Medienlandschaft keine Erwähnung wert.

Man bedenke die hundertprozentige Absurdität der Geschichte: Alle führenden Repräsentanten der BRD hätten ihre Mordlust nicht demaskieren müssen, hätten sie gewußt, daß Baader, Ensslin und Raspe zur gleichen Zeit einen kollektiven Freitod vorbereiteten. Wie überflüssig, wie peinlich! Und umgekehrt — die RAF-Gefangenen planten (angeblich) perfiderweise, wie sie den Staat durch einen wie Mord erscheinenden Selbstmord schädigen könnten, ohne zu ahnen, wie nah sie daran waren, tatsächlich von jenem Staat umgebracht zu werden ...

Es war wohl doch recht klug von Lersch, das Geschehen in der Stammheimer Nacht vom 17. auf den 18. Oktober 1977 in äußerster Knappheit abzuhandeln. Diese story ist einfach zu phantastisch. Deshalb schreibt man besser in einem Satz die Unwahrheit, als sich der Erläuterung von Absurditäten zu widmen und dann eine Lüge an die nächste reihen zu müssen. Natürlich ist der „Spiegel"-Autor nicht auf den Kopf gefallen. Er wollte uns — beinahe grob, muß man schon sagen — auf seine Weise mitteilen, wie haltlos die offizielle Selbstmord-Version vor dem Hintergrund seiner Recherchen erscheint. Das ist ihm gelungen.

Presseerklärung zu Günter Sonnenberg

Wir dokumentieren im folgenden eine Erklärung des Rechtsanwalts von Günter Sonnenberg zu dessen Gesundheitszustand:

Es ist bekannt, daß mein Mandant bei seiner Festnahme am 3.5.1977 durch Schüsse in den Kopf lebensgefährlich verletzt wurde.

An den Folgen dieser Verletzung arbeitet er bis heute. Die Isolationshaftbedingungen, unter denen er gefangengehalten wird, lassen eine Rekonstruktion seiner Gesundheit nicht zu.

Die Verteidigung von Günter Sonnenberg hat während der mittlerweile über 10-jährigen Haft immer wieder versucht, Ärzte seines Vertrauens zu seiner Behandlung durchzusetzen. Dies konnte allerdings nur gegen den erklärten Willen der Staatsschutz- und Vollzugsbehörden und mit der Solidarität vieler politischer Gruppen und Einzelpersonen durchgesetzt werden.

Die letzte Untersuchung meines Mandanten durch einen Arzt seines Vertrauens fand im November 1985 statt. Vorausgegangen war dieser Untersuchung ein epileptischer Anfall meines Mandanten im Mai 1985. Er hatte kurz zuvor das antiepileptische Mittel „Rivotril" abgesetzt, das er seit seiner Festnahme einnehmen muß. Die gravierenden Nebenwirkungen dieses Medikaments sind bekannt, und aus diesem Grund will Günter Sonnenberg das Antiepileptikum unter vertrauensärztlicher Kontrolle absetzen.

Nunmehr hat die Verteidigung bei der Vollzugsanstalt Bruchsal die Zulassung eines Neurologen, der das Vertrauen von Günter Sonnenberg besitzt,
der Vollzugsanstalt Bruchsal die Zulassung eines Neurologen, der das Vertrauen von Günter Sonnenberg besitzt,
für seine Behandlung und Betreuung während der Absetzphase beantragt. Gleichzeitig wurde beantragt, daß Günter Sonnenberg während dieser Phase zusammen mit dem gleichfalls in Bruchsal inhaftierten Gefangenen aus der RAF, Roland Mayer, auf einer Zelle zusammengelegt wird. Das Zusammensein mit einem Vertrauten ist während dieser Phase eminent wichtig, da das Auftreten eines neuen epileptischen Anfalls nicht ausgeschlossen werden kann. Im übrigen ist diese Verfahrensweise in allen Vollzugsanstalten bei „normalen" Strafgefangenen die Regel.

Das Absetzen des Medikaments ist für Günter Sonnenberg eine wichtige Voraussetzung für seine Arbeit an den Verletzungsfolgen.

Das Medikament macht abhängig und dämpft in erheblicher Weise die sinnliche Wahrnehmung und deren geistige und körperliche Umsetzung. Das Absetzen des Medikaments ist dabei ein wichtiger Schritt, einem verletzten Gefangenen selbst unter den Bedingungen der Isolationshaft die Selbstbestimmung über sich und seinen Körper zu ermöglichen.

Die langjährige Vernichtungshaft, die an Günter Sonnenberg bisher vollzogen worden ist, und auch das Beispiel der Gefangenen aus der Guerilla, Angelika Goder, der eine notwendige Hüftoperation verweigert wird, zeigen, daß der Staatsschutz alles einsetzt, um Krankheit oder Verletzung eines Gefangenen gegen ihn zu wenden. Es ist der Versuch, ihn damit zur Aufgabe seiner politischen Identität zu zwingen.

Dem Vernichtungsinteresse des Staatsschutzes muß über die konkrete Forderung, hier nach Absetzen des Medikaments, hinaus die Forderung aller Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand nach Zusammenlegung in große Gruppen zur Aufrechterhaltung ihrer kollektiven politischen Identität entgegengesetzt werden.

Es geht dabei um die Herstellung eines Minimums von objektiven Bedingungen, die notwendig sind, um ein Leben führen zu können, das den Bedürfnissen und der Würde des Menschen entspricht: selbstbestimmte kollektive Lern-, Arbeits- und soziale Prozesse zu entwickeln, sich politisch informieren, artikulieren und handeln zu können.

Aufgrund seiner Verletzung sind menschenwürdige Bedingungen in der Haft für Günter Sonnenberg letztlich gar nicht herstellbar. Die Rekonstruktion seiner Gesundheit und die Möglichkeit politischen Handelns geht für ihn nur außerhalb der Haftanstalt.

Es besteht aktuell die Notwendigkeit, daß Günter Sonnenberg unter vertrauensärztlicher Kontrolle das Medikament absetzen kann. Es besteht weiter die Notwendigkeit, daß er in eine größere Gruppe von Gefangenen aus der RAF zusammengelegt wird. Die grundsätzliche Forderung ist jedoch seine Freilassung.

Gerd Klusmeyer, Rechtsanwalt

Türkei: Didar Sensoy von Polizei erschlagen

Rund eintausend politische Gefangene befinden sich seit Anfang Juli in türkischen Knästen im Hungerstreik. Sie fordern die Aufhebung der Isolationsstrafen, Einstellung der Folterungen und bessere medizinische Versorgung. Zur Unterstützung dieser Forderungen und um den allmählichen Tod der Gefangenen im Hungerstreik zu verhindern, veranstalteten etwa hundert Angehörige der Gefangenen am 31.8. eine Demonstration von Istanbul zum Parlament in Ankara.

In Ankara wurden die Busse der Angehörigen aufgehalten, die zum Teil sehr alten Menschen wurden von Polizei und Soldaten zusammengeschlagen und, soweit überhaupt noch haftfähig, festgenommen. Eine andere Gruppe der Demonstranten erreichte das Parlament und forderte mit einem Sitzstreik die Freilassung der Inhaftierten, die dann nach weiteren Mißhandlungen und Feststellung der Personalien freigelassen wurden.

Die 52jährige Didar Sensoy, Gründungsmitglied des Menschenrechtsvereins und Schwester von Hasan Sensoy, der im Militärgefängnis Metris/Istanbul eingekerkert ist und am Hungerstreik teilnimmt, starb an den Folgen der olizeischläge.
(Quelle: Presseerklärung des Türkei Informationsbüros)



Berufsverbote

Herbert Bastian, Postbeamter und Abgeordneter der DKP im Stadtparlament von Marburg, wurde am 16.9.87 durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes aus dem Postdienst ent-
durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes aus dem Postdienst ent-
fernt. Die mündliche Urteilsbegründung wurde von lautstarkem und anhaltendem Protest nationaler und internationaler Prozeßbeobachter begleitet.

Hannes Holländer, Mitglied im Arbeitsausschuß der Initiative „Weg mit den Berufsverboten" erklärte: „Erstmals in der Geschichte der Berufsverbote wurde ein gewählter Abgeordneter mit Berufsverbot bestraft. Das Gericht hat mit dieser Entscheidung das für die parlamentarische Demokratie grundlegende Prinzip des Mandatsschutzes von Abgeordneten beamtenrechtlichen Bestimmungen untergeordnet."

Ulrich Briefs, Prozeßbeobachter für die Grünen im Bundestag, zugleich Obmann der Fraktion der Grünen im Bundestagsausschuß für Post- und Fernmeldewesen, wird den Fall Bastian im zuständigen Bundestagsausschuß sowie bei der Haushaltsdebatte über den Etat des Bundespostministeriums zur Sprache bringen.

Weitere Berufsverbote-Prozesse stehen unmittelbar bevor: Ulrich Foltz, Lehrer aus Kaiserslautern, ist für den 30.9. vor das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz geladen; Matthias Schachtschneider, Abgeordneter der DKP aus Oldenburg, wird am 21.9. vor dem Verwaltungsgericht Oldenburg stehen; am 15. bzw. 22.10. sind vor dasselbe Gericht geladen die Lehrerinnen Dorothea Voigt (Jever) und Ulrike Marks (Varel).
(Quelle: Presse- und Informationsdienst 18 u. 19/87 der Initiative „Weg mit den Berufsverboten")

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.800
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Börneplatz Frankfurt, oder

Die permanente Beleidigung der Vernunft

Bauarbeiten am Frankfurter Börneplatz, der die Innenstadt vom Wohn- und Gewerbeviertel Ostend abgrenzt, brachten im April Ruinen des mittelalterlichen Judengettos ans Tageslicht, darunter überraschend gut erhaltene Häuserfundamente und Kellergewölbe sowie die Reste eines Ritualbades, der ,,Mikweh''. Binnen kurzem geriet der Ort zu einer der umstrittensten Baustellen des Landes. Der Magistrat (CDU) hält an seinem drei Jahre alten Beschluß fest, dort ein Kundenzentrum der Stadtwerke (Strom, Gas, Wasser) zu errichten. Die Opposition in der Stadtverordnetenversammlung, Sozialdemokraten und Grüne, sogar die FDP, die beiden christlichen Kirchen und die jüdische Gemeinde, DGB, Stadtjugendring und die außerparlamentarische Linke fordern mindestens einen Baustopp. Unter den verschiedenen Vorstellungen, wie mit dem Platz umzugehen sei, dominiert in der Opposition die Forderung, auf den Bürobau zu verzichten und die Ruinen, so wie sie gefunden wurden, zu erhalten.

Die CDU bot eine Serie von Kompromissen an, die allesamt darauf hinauslaufen, die alten Mauern bzw. deren ,,erhaltungswürdigen Teil'' abzutragen, um sie anschließend, ,,museal aufbereitet'', in den Stadtwerkebau zu ,,integrieren'': Von Schaufenstervitrinen in der Tiefgarage, dann im Souterrain, dann in der Schalterhalle bis zu einer sogenannten Zweigstelle des jüdischen Museums bei den Stadtwerken ist alles im Gespräch, was sich die postmoderne Architektenphantasie so vorstellen kann. Die Rekonstruktion der Mikweh sowie von zwei, dann vier, dann sechs der Häuserfundamente wurde zugesagt. Außerdem hält sich

Mikweh sowie von zwei, dann vier, dann sechs der Häuserfundamente wurde zugesagt. Außerdem hält sich

die CDU zugute, gar nicht den ganzen Platz bebauen zu wollen, sondern auf einem kleinen Teil, demjenigen wo früher die Synagoge der Israelitischen Religionsgesellschaft stand, eine Gedenkstätte zu errichten. Nur: Das Kundenzentrum ist nun einmal über der ehemaligen Judengasse geplant. Es muß gebaut und die Arbeiten dürfen nicht unterbrochen werden.

Ende August sorgte eine fünftägige Besetzung für die Verschärfung der Auseinandersetzung. Der Magistrat griff zu den traditionellen Mitteln Polizei, Bauzaun, Bagger. Nach anfänglicher Zurückhaltung präsentieren die CDU-Politiker Wallmann (hessischer Ministerpräsident) und Brück (Frankfurter OB) nun auch so etwas wie eine politische Linie: Das Getto war nicht so schlecht, wie behauptet werde, das Mittelalter war eine feine Zeit, als Christ und Deutscher brauche man sich in dieser Beziehung keine Vorwürfe gefallen zu lassen. Diese und noch viel drastischere Meinungen waren allerdings von der Basis der CDU-Wählerschaft schon vorher zu vernehmen. Für die Opponenten der Initiative ,,Rettet den Börneplatz'' charakterisiert Micha Brumlik (Jüdische Gruppe Frankfurt) die Debatte mit dem Stichwort, der Historikerstreit werde ins Mittelalter verlängert. Verlängert, aber nicht verlagert: Es geht nicht um deutsche Geschichte schlechthin, sondern um deutsche Geschichte, die zu Auschwitz geführt hat.

28.8.87, am späten Vormittag: Nachdem zwei Dutzend Leute am Vorabend ,,widerrechtlich eingedrungen'' sind, die Nacht auf dem Platz verbracht und bei Morgengrauen einen großen Bagger vor den alten Mauerresten gestoppt haben, sind jetzt über hundert Menschen dort versammelt. Presse, Funk und Fernsehen verfolgen das Geschehen, sozialdemokratische Abgeordnete lassen sich die Zerstörungen zeigen, die der Bagger tags zuvor angerichtet hatte und wodurch die spontane Besetzungsaktion ausgelöst worden war. Polizei ist anwesend, hält sich aber zurück und trainiert höfliche Umgangsformen. OB Brück beschränkt sich auf ernste Warnungen, daß Rechtsverstöße nicht hingenommen werden könnten. Die von der Stadt bestellten sog. Ausgrabungsleiter rechtfertigen den Einsatz monströser Baumaschinen als zeitgemäßer Instrumente der Archäologie. Untere Chargen der Bauleitung munkeln hinter vorgehaltener Hand, wenn man am Vortag mit dem Bagger einmal quer ,,rübergegangen'' wäre, hätte man sich den ganzen Ärger erspart. Während die Fundamente des Stadtwerkezentrums im Südteil des Platzes ohne Unterbrechung weiter zementiert werden, haben die Bauarbeiter des nördlichen Abschnitts, wo die Ruinen stehen, nichts zu tun. Sie stecken die Köpfe zusammen und klopfen Sprüche.

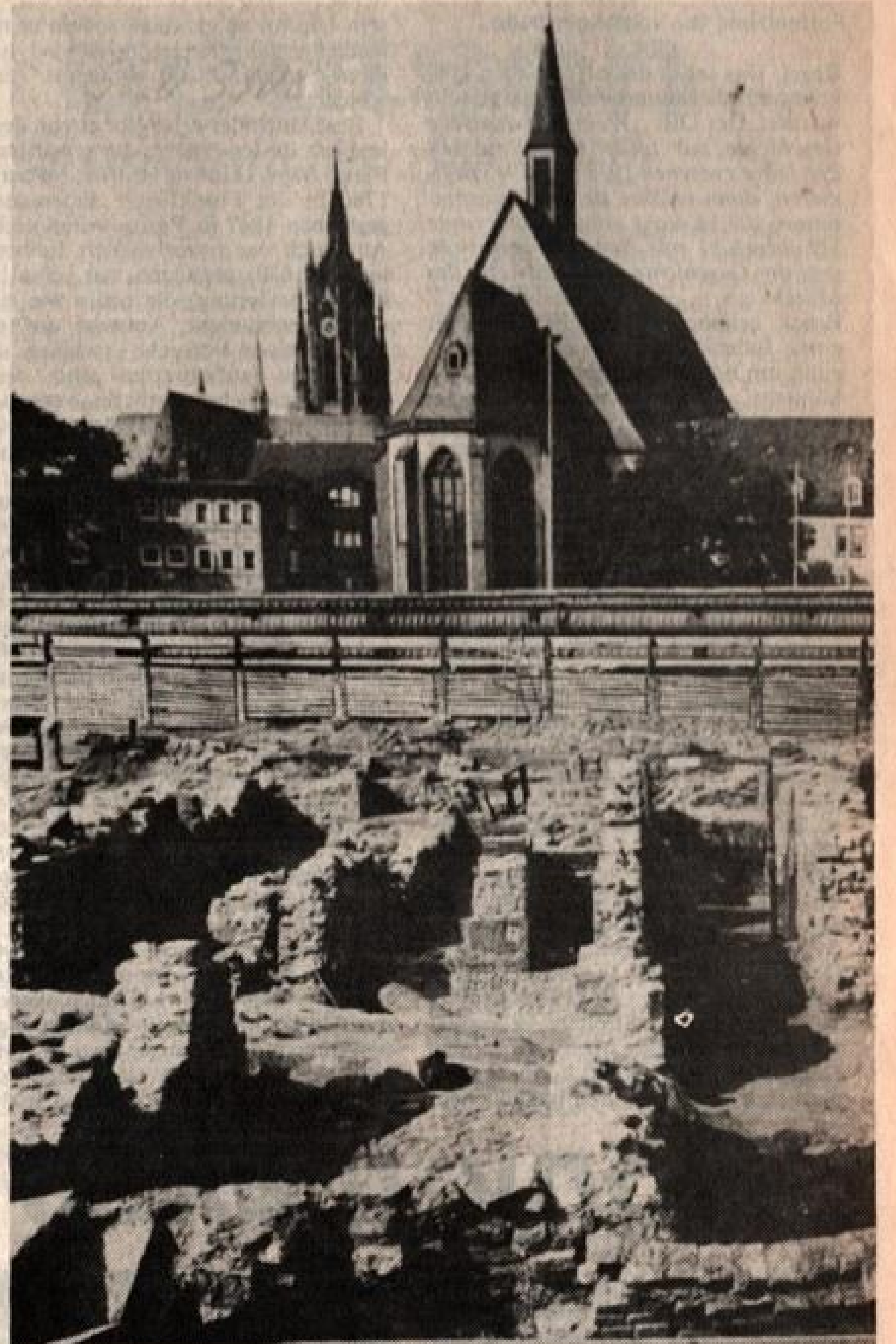
,,Ihr arbeitet wohl überhaupt nicht'', wird man von ihnen nicht sehr originell angemacht. Einer der Besetzer, der gerade den Platz verlassen will, widerspricht. Soso, aber wo könne man um diese Zeit noch Geld verdienen: ,,Auf dem Strich?'' Da lachen die Kumpels, und der Sprücheklopfer ist zufrieden. Sei ja nur ein Scherz gewesen, gibt er sich gutmütig und zieht den Besetzer zum Zweck eines Meinungsaustauschs ein Stück beiseite. Dann kommt, was kommen muß, was immer kommt, wo es hierzulande eben überhaupt keine Ausnahme von der Regel zu geben scheint. Die da drüben, heißt es mit Blick auf die Gruppe der Besetzer — na, was ist mit denen da drüben? Was hat man mit ihnen versäumt? Was ist falsch gemacht worden? Richtig: Man hat vergessen, sie zu vergasen.

Und weiter sprudelt das perverse Hirn eines ganz normalen Steuerzahlers, Familienvaters, Hundeszüchters, Autobesitzers. Hitler sei etwas zu brutal gewesen. ,,Die'' können in Jerusalem mit ihren Steinen machen, was sie wollen. Hier bestimmen ,,wir''. ,,Die'' müßte man in den Arsch ficken, jawohl (und nochmal dasselbe zur Bekräftigung). ,,Wir'' haben ja nichts vom Judenfriedhof (der an den Börneplatz angrenzt), weil der mit einer Mauer umgeben ist. ,,Wenn es nach mir ginge, ich würde da einen Puff bauen, jawohl'' (und nochmal dasselbe zur Bekräftigung). — Eine lehrreiche Begegnung: Was in theoretischen Abhandlungen meist recht abstrakt über den Zusammenhang zwischen Rassismus/Antisemitismus und Sexismus zu lesen ist, scheint zuzutreffen.

Auf dem besetzten Platz herrscht eine eigentümliche Realität. Die Initiative zur Rettung des Börneplatzes wird erstmal mit Samthandschuhe angefaßt, die liberale Presse ist überfreundlich, die konservative übervorsichtig. Jüdische Gruppe, Grüne (vor allem Fundis), fortschrittliche Christen, Sozialdemokraten und Gewerkschafter aus dem Umfeld des Club Voltaire, die Linke Liste der Uni, DKP und KB haben eine gemeinsame Aufgabe gefunden, und sie sind glücklich über eine doch vorhandene Resonanz beim besseren Teil der Frankfurter Bevölkerung. Am Samstag, den 29.8., beteiligen sich 500 Menschen an einer Demonstration zum Börneplatz, wo sie den Eingang zur Baustelle zugesperrt und von zwanzig Polizisten gesichert vorfinden. Ohne zu zögern klettern die Leute über den Zaun, drängen die Polizisten zurück, heben das Tor aus den Angeln und in zehn Minuten sind alle auf dem Gelände.

Am Wochenende reißt der Besucherstrom nicht ab: Jüdische Gemeinden bis hin nach Stuttgart kommen in Bussen, Frankfurter Bürger verlegen ihren Sonntagsspaziergang zum Börneplatz. Ausländer rücken mit ihren Kindern an, selbst Touristen haben von der neuen Sehenswürdigkeit Wind bekommen. Die Atmosphäre ist freundlich. Die Menschen lauschen den improvisierten Fremdenführungen der Besetzer. Man sieht vor sich, wovon die meisten nicht einmal im Geschichtsunterricht gehört haben: Im Hintergrund die Innenstadt mit dem Dom, die das alte Frankfurt war; jenseits des Börneplatzes das (nach dem Krieg wiedererrichtete) Dominikanerkloster, an das die alte Stadtmauer grenzte. Und draußen vor dem Tor das Getto, das jede Nacht sowie an Sonn- und Feiertagen und in der christlichen Karwoche zugesperrt wurde, um die Juden am Verlassen ihrer Gasse zu hindern. Anhand der Grundmauern ist die qualvolle Enge des Gettos nachvollziehbar: Drei bis fünf Meter war die Gasse breit, superschmal die immer wieder unterteilten Häuser, die alsbald in den Hinterhöfen zahllose durcheinandergewürfelte Zusatzbauten erhielten, winzig die Zimmer, die eigentlich nur Schlafstätten gewesen sein konnten. Hier also, auf einer Länge von rund 250 Metern, wovon vielleicht 30 Meter zu sehen sind, lebten in zwei Häuserzeilen, zu denen jeweils noch eine Reihe von Hinterhäusern hinzukam, bis zu 3000 Menschen. Die Mikweh zeugt von den religiösen Riten, denen es wegen der strengen Einhaltung hygienischer Vorschriften u.a. zu verdanken war, daß das Getto nicht an Epidemien zugrunde ging. Ein Tanzhaus symbolisiert, wie es trotz der unmenschlichen Verhältnisse Lebenslust gegeben hat, ein Fremdenhospital erinnert an das soziale Denken der Gettobewohner. Konkretes Anschauungsmaterial für alle, denen das Wort vom ,,reichen Juden'' Frankfurts so leicht von den Lippen geht.

Es ist keine nach üblichem Verständnis weihevolle Geschichtsbetrachtung, die dieser Ort produziert, kein Aahh über den Bauch von Friedrich dem Bärtigen und kein Oohh über die Rüstung von Karl dem Blutigen, wie es im Kaisersaal des Frankfurter Römers nach altem Germanenbrauch zelebriert und von den Christdemokraten so innig geliebt wird. Er ist auch absolut nicht vergleichbar mit jenen höchst erhaltungswürdigen, vielfach die Landschaft zierenden Ritterburgen, in denen Mann das tollkühne Heldentum der Räuberei bewundert, um anschließend gewissen hündischen Bedürfnissen Genüge zu tun. Die Börneplatz-Ruinen lassen diese Art anerzogener und gewohnter Rezeption schwerlich zu. Sie drehen sie eher um: Mit etwas Wissen und Verstand erkennt der Betrachter Primitivität und Barbarei bei jenen, die die Gettoisierung verhängten, während das Mensch-Sein bei denen war, denen es verwehrt werden sollte.



Reste des 1460 errichteten Frankfurter Judengettos; dahinter das Dominikanerkloster. Im Mittelalter verlief die Stadmauer etwa da, wo der Bauzaun zu sehen ist.



Die Synagoge am Börneplatz (Ölgemälde von Max Beckmann, 1919), die am 9./10.11.1938 von den Nazis verbrannt wurde

Tagsüber, bei Sonnenschein und munterem Treiben auf dem Platz spricht manches für den politischen Erfolg der Besetzung. Die Besucher scheinen aufgeschlossen, staunen, wie gut die Sandsteinquader erhalten sind und finden, daß man hier auf keinen Fall bauen dürfe. Abends trifft man wieder auf leibhaftige Gespenster, die einem ihr Scheißleben erzählen und wie sie die Gesundheit dem Betrieb, der gleichwohl *ihrer* bleibt, geopfert

einem ihr Scheißleben erzählen und wie sie die Gesundheit dem Betrieb, der gleichwohl *ihrer* bleibt, geopfert

haben; die wissen dann ganz genau, daß die englische und amerikanische Wirtschaft im jüdischen Besitz ist und zwar zu 80 Prozent. Es sind natürlich nur Einzelfälle, von denen hier die Rede ist, eben jene Einzelfälle, die regelmäßig im stattlichen Plural auftreten. Sie sind der Resonanzboden für die Klischees, die die rechtskonservative Presse sorgsam in Nebensätzen versteckt: Die Juden feilschen — wenn man ihnen einen Kompromiß anbietet, wollen sie gleich den nächsten; die Juden nutzen die (angeblich vorhandenen) deutschen Schuldgefühle aus; die Juden veranstalten ein ewiges Palaver, anstatt einmal gefaßte Beschlüsse durchzuführen; die Juden sind nicht bereit, für den finanziellen Verlust der Stadt aufzukommen, obwohl sie doch Geld haben usw. Es ist bemerkenswert, wie dieser Resonanzboden selbst beim geringfügigsten Anzupfen dröhnt und welche altbekannten Töne er hervorbringt.

Nachts sieht man, daß der Kampf ja schon entschieden ist. Gelbe und weiße Scheinwerfer leuchten die Baustelle aus, Betonfundamente, Stahlgitter, Bagger, Kräne, Container, Schlamm, dazwischen ein paar von Wachdiensten und der Polizei beobachtete Besetzer, die eigentlich gar nicht stören und ein paar Steine, die bald nicht mehr stören. An der Stelle, wo in der sog. Reichskristallnacht die Synagoge niederbrannte, steht eine riesige Betonmischmaschine. Eine sehr ehrliche Situation. Um das zukünftige Kundenzentrum wird Frankfurt später einmal bestimmt von vielen anderen Dörfern beneidet werden. Ebenso sicher ist, daß die wenigen ,,museologisch'' bzw. ,,museographisch'', jedenfalls aber ,,didaktisch'' (wichtigster aktueller Wortschatz Frankfurter Stadtverordneter) aufbereiteten Steine, die das Foyer beherbergen wird, beim Wähler keinen Anstoß erregen werden. Und auch historisch gesehen ist die Konzeption der Stadt ein Gewinn fürs nächste Jahrtausend, wird sich doch an der geplanten Gestaltung des Platzes nicht nur die mittelalterliche Tragödie ablesen lassen und nicht nur die nationalsozialistische Vernichtung des Judentums, sondern auch das zielgerichtete Bestreben der Täter des zwanzigsten Jahrhundert, die Spuren der Taten zu verwischen oder durch Glättung unkenntlich zu machen.

Nach dem für die Besetzer erfolgreichen Wochenende erklärt die Bildzeitung auf einer ganzen Seite, warum Frankfurter Bürger jene Ruinen erhalten wollten und die FAZ mahnt den als cholerisch bekannten Oberbürgermeister, die Nerven zu behalten. Die FR entwickelt sich in jenen Tagen beinahe

cholerisch bekannten Oberbürgermeister, die Nerven zu behalten. Die FR entwickelt sich in jenen Tagen beinahe

zum Sprachrohr der Besetzer; die taz schläft ihren Sommerschlaf. Die Frankfurter Neue Presse kommentiert, der Zustand der Unsicherheit, gar *Rechtsunsicherheit*, könne nicht hingenommen werden. Einen Tag später läßt der OB den Platz räumen; Polizei zieht die Besetzer durch den Schlamm, der Bagger setzt seine archäologischen Sicherungsmaßnahmen auf das Zarteste fort, ein drei Meter hoher Metallzaun läßt keinerlei Blicke mehr auf die historische Stätte zu. Im Detail gibt es bei der Stadt auch Widersprüche: Stacheldraht wird angebracht und wieder entfernt. Sprühparolen der Börneplatzinitiative, die in großen Lettern ,,Glasnost'' fordern, werden in jedem Fall entfernt. Aber es gibt inzwischen zwei kleine Glasfensterchen, vielleicht anderthalb Meter mal achtzig Zentimeter, durch die Passanten auf die Baustelle blicken dürfen.

Nun war der hessische Ministerpräsident, Wallmann persönlich, aufgerufen, seinen gar nicht mal so sehr bedrängten Frankfurter Parteifreunden zur Seite zu springen. Der CDU-Politiker erklärte, die Erinnerung an das Getto könne kein Anlaß für deutsche Schuld- oder Schamgefühle sein. Es gebe keine historische Kausalkette, die vom christlichen Antijudaismus des Mittelalters zu Auschwitz geführt habe. Erst mit der Aufklärung hätten die Entwicklungen begonnen, an deren Ende dann der Nationalsozialismus stand.

Zwei Wochen später führte OB Brück (auch diesen Namen muß man sich leider merken) den letzten Stand konservativer Geschichtserforschung vor: ,,*Es stimmt: Die Ruinen am Börneplatz sind kein Anlaß zur Scham.*'' (FR, 18.9.87) Umgekehrt soll die Stadt anscheinend eher stolz auf die Ausgrenzung der Juden sein. Mit dem Getto habe Frankfurt die Juden nämlich vor Pogromen geschützt. Historische Ausnahmen wie der Fettmilch-Aufstand (1614) — Brück gibt das durchaus zu — bestätigen nur die behauptete

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Regel. Das sei in der öffentlichen Diskussion bisher immer falsch dargestellt worden. Der OB: „*Wenn wir deutsche Geschichte nur unter dem Eindruck der Jahre zwischen 1933 und 1945 definieren, dann erfährt sie eine Interpretation, die es nicht erlaubt, sich ohne Schuldgefühl mit dem eigenen Volk und der Geschichte, beispielsweise des Mittelalters, auseinanderzusetzen.*" Brück behauptet, „die Betroffenheit eines Juden" in der Auseinandersetzung um den Börneplatz verstehen zu können; „*der wertet aus dem Schicksal seines Volkes. Ich werte aus dem Schicksal unseres Volkes und komme deshalb zu anderen Wertungen.*" (zitiert nach FR, s.o.)

Zunächst einmal ist klar, daß die Taten der Herren ihre salbungsvollen Worte widerlegen. Wenn ein Anlaß vorhanden wäre, anläßlich der Getto-Funde deutsche Schuld zu reflektieren, so wird suggeriert, dann müßte man anstandshalber vielleicht doch Abstand vom Bau eines Kundenzentrums nehmen. Da dies nicht der Fall sei, könne man die Getto-Reste auch ruhig abreißen. In Wahrheit wären Wallmann und Brück die ersten, die noch jeden Quadratmillimeter des Börneplatzes behutsamst ausgraben und zur Erhaltung keine Kosten scheuen würden, könnte man der Welt anhand dieses Dokuments tatsächlich weißmachen, das „Heilige Römische Reich Deutscher Nation" habe die Juden „geschützt". Leider ist es aber so, daß sich diese sturzreaktionäre, komplett absurde Propaganda höchstens für den Hausgebrauch eignet, d.h. für Leute, die bereit sind, auch den hanebüchensten Unsinn zu glauben, sofern er nur mediengerecht vorgetragen wird und ihren eigenen Ressentiments entspricht.

Bezeichnenderweise gibt es von demjenigen, dessen Namen der umstrittene Platz trägt, Ludwig Börne, geboren 1786 in der Frankfurter Judengasse, gestorben 1837 in Paris, wohin er bei Ausbruch der französischen Julirevolution (1830) gegangen war, eine bekannte Äußerung, die heute wie eine vorweggenommene Antwort auf die konservativen Versuche erscheint, das Mittelalter aufzuwerten und seine feudal-christliche Barbarei vergessen zu machen, um die Aufklärung für die modernen Katastrophen verantwortlich zu machen. Diese Äußerung wurde von Heinrich Heine 1827 wie folgt notiert: „*Als wir aber durch das Judenquartier gingen, schienen die schwarzen Häuser ihre finstern Schatten in sein Gemüt zu gießen. ‚Betrachten Sie diese Gasse', sprach er seufzend, ‚und rühmen Sie mir alsdann das Mittelalter! Die Menschen sind tot, die hier gelebt und geweint haben, und können nicht widersprechen, wenn unsere verrückten Poeten und noch verrücktern Historiker, wenn Narren und Schälke von der alten Herrlichkeit ihre Entzückungen drucken lassen; aber wo die toten Menschen schweigen, da sprechen desto lauter die lebendigen Steine.*''' (Heine: Besuch bei Ludwig Börne in Frankfurt)

Scheinbar ist es recht kurzsichtig von den Frankfurter Juden im Mittelalter gewesen, daß sie ihre Tränen vergossen, wo doch das Getto in ihrem eigenen Interesse war und sie so gut schützte?! Vor 150 Jahren also hätte man Leute wie Wallmann oder Brück in den Worten Heines und Börnes als verrückte Historiker und Narren bezeichnet. Heute, nach Auschwitz, nachdem man weiß, wie die Aufklärung scheitern und das Mittelalter zurückkehren konnte, wäre das eine glatte Verharmlosung.

In einer Offenheit, die brutaler ist, als man es für möglich gehalten hätte, bekennt der rechtsradikale Wadenbeißer, der der Frankfurter Oberbürgermeister ist, für ihn als Deutschen komme es darauf an, Geschichte so zu „*werten*", daß man sich unbefangen damit identifizieren kann und daß die Periode nationalsozialistischer Herrschaft als unerklärlicher Betriebsunfall des großen deutschen Volkes erscheint. Damit hat er die Staatsraison der CDU auf den Punkt gebracht. Er gesteht seine Bereitschaft ein, die geschichtliche Wahrheit nach Belieben zu verdrehen, um dieses vorab definierte Ziel zu erreichen. In diesem Sinn also werden die Steine „didaktisch aufbereitet" und „integriert", damit sie nicht mehr Börnes Sprache sprechen. *Die* Geschichte gibt es für Brück nicht und damit beweist er, marxistisch gesehen, sein Klassenbewußtsein. Er fordert eine Geschichtsschreibung der Herrschenden, die die Staatsraison in die Tradition des Herrschens stellt: Ausgrenzung, Diskriminierung, Gettoisierung, Spaltung, religiöse Verhetzung, Aberglaube, Rassismus, Gewalt. All das darf nicht verwerflich gewesen sein, weil man als herrschende Klasse nie weiß, wann man es wieder benötigt.

Mit einer solchen Nonchalance umgekehrt eine Geschichtsschreibung der Unterdrückten zu postulieren und die Erhaltung der Getto-Reste in eben diesem Kontext zu fordern, ist nicht möglich oder jedenfalls doch utopisch. Denn es ist ja einfach so, daß die unterdrückten Frankfurter über die Jahrhunderte hinweg ihre Wut immer wieder an den Juden ausließen, an den „Gottesmördern", den „Hostienschändern", „Brunnenvergiftern", „Zinswucherern" und schließlich an der „minderwertigen, lebensunwerten Rasse". Andererseits scheitern alle wohlmeinenden Versuche des Börneplatz-Bündnisses, die Rettung der Ruinen zur „Sache von uns Frankfurtern" zu erklären, weil sich kein wie immer geartetes historisches Wir-Gefühl an dieser Stätte einstellt. Nein, hier gibt es keinen Anlaß für irgendwelche erhebenden Gefühle sondern eher für die nackte Verzweiflung an der Gattung Mensch oder jedenfalls an der Behauptung, sie sei vernunftbegabt. Anders aber kann man sich wahrscheinlich gar nicht der komplizierten Aufgabe stellen, zu verstehen, wie Umberto Eco sagt, warum die einfachen Menschen zu recht einfach genannt werden: Weil sie so einfältig sind, sich immer und immer wieder darüber täuschen zu lassen, wer ihre wahren Feinde sind.

de., Frankfurt



Platzbesetzung im Anschluß an eine Demonstration am 29.8.87 (Foto: AK)

Hony makes the world go around

Es trafen sich in der zweiten Septemberwoche in Bonn das „Mitglied des Politbüros und Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Erich Honecker, Dachdecker" und „der deutsche Bundeskanzler der deutschen Bundesrepublik", Helmut Kohl, ohne weitere Berufsangabe.

Viel treffender als mit diesem Satz läßt sich das „historische Ereignis" kaum beschreiben.

Die Medien bemühten sich dennoch pausenlos, uns den fünftägigen Besuch der DDR-Delegation in der BRD emotional nahe zu bringen. Es verging nicht eine Stunde in der Besuchswoche, in der sie nicht das hohe Lied der „beiderseitigen Gemeinsamkeiten" sangen, daß „hüben und drüben zwar manches Trennende" bestehe, aber doch „viel mehr Verbindendes das deutsch-deutsche Verhältnis" ausmache; „die Nation", „das gemeinsame deutsche Gut" als verehrungswürdiges Etwas und was dergleichen mehr an vagen, verschwommenen und verklärten Begriffen dem Publikum nahegebracht wurde.

Bei der Live-Berichterstattung durch die Rundfunkanstalten beschlich einen ständig das Gefühl, die Kommentatoren möchten, sich penetrant durch aller oberflächlichste Kenntnis Marx'scher Schriften als Experten ausweisend, vom „Generalsekretär der DDR" gar zu gern eine Antwort auf die Frage erheischen, wann endlich sie von den beginnenden Wiedervereinigungsverhandlungen berichten dürften.

Erich Honecker beschränkte sich bei solchen Fragen und Gelegenheiten vor Dutzenden von Mikrofonen, mit einem bewundernswürdigen Eifer dem Bonner Niveau zu entsprechen, auf Antworten wie diese: „*Ich freue mich, daß wir hier so pünktlich gelandet sind. Alles weitere entnehmen sie bitte dem Kommunique.*"

Nun, von Wiedervereinigung war bei den Gesprächen in Bonn und anderswo nicht die Rede, was 1.700 angereiste Journalisten aus aller Welt mit freudiger Genugtuung nach Hause meldeten.

Es ging bei „der Begegnung zwischen Kapitalismus und Sozialismus" (Westton) bzw. „dem Zusammentreffen von Feuer und Wasser" (Ostton) hauptsächlich um „Geschäfte zu beiderseitigem Nutzen" (gemeinsames Kommunique).

Die ökonomische Seite des Besuches fand nur geringe Beachtung in der Berichterstattung, dabei erklärten Erich Honecker und Wolff v. Amerongen: „*Der Handel ist das stabile Element in den gesamten Beziehungen zwischen der BRD und der DDR.*" Genauso sieht es zur Zeit aus.

Die DDR nimmt umfangreiche Bestellungen von Investitionsgütern in der BRD vor. Aufträge über 3,5 Mrd. DM sind erteilt worden und über Objekte im Wert von 2,4 Mrd. DM wird verhandelt. Es geht im wesentlichen um die Modernisierung der Industrieanlagen in der DDR, die durch Lieferung von Schlüsseltechniken im Maschinen- und Chemieanlagenbau forciert werden soll. Die Kombinate wünschen sich flexible Automatisierungssysteme für ihre Produktionsanlagen zur Steigerung der Produktionsziffern wie der Produktivität. Diesem Punkt dürfte in den nächsten Jahren das Hauptaugenmerk der DDR-Planer gelten. Außerdem ist an einen allmählichen Ausbau der Konsumgüterindustrie gedacht. Die DDR ist seit Anfang der achtziger Jahre bestrebt, diesen Sektor auszuweiten, um sowohl ihren Export zu steigern, als auch der stark wachsenden Nachfrage nach hochwertigen Konsumgütern in der DDR gerecht zu werden.



Reale Jubelriten jetzt auch in Bonn. Doch blieben viele Fragen offen. Küßt Honecker besser als Kohl klatscht?

Die BRD-Unternehmen ihrerseits sind inzwischen stärker an einem Ausbau der Handelsbeziehungen interessiert, seit die Zahlungsliquidität der DDR als „wieder einwandfrei" beurteilt wird. Hinzu kommt, daß nach wie vor für den Handel mit der DDR keinerlei Zölle erhoben werden, den Kombinaten aber die sonst üblichen regulären Exportpreise berechnet werden. Ein netter, kleiner Extra-Gewinn auf einem Markt, der vor der Haustür liegt und auf dem die US-amerikanische und die japanische Konkurrenz praktisch nicht präsent ist. Wie gut die Manager-West mit den Generaldirektoren-Ost auskommen, wurde während der Besuchstage mehrfach deutlich. Hatten sich die meisten erst tags zuvor auf der Leipziger Messe unterhalten, konnten die Gespräche über die zukünftige wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Villa Hügel bei Schnittchen und Feuerwasser fortgesetzt werden. Überaus erfolgreich, wie zu hören war.

Wer sich etwas mit der Mentalität von DDR-Ökonomen auskennt, und ihr unablässiges Streben nach „Weltniveau" gibt da ein Beispiel, mag ermessen, welche Wirkung selbst auf abgebrühteste alte Real-Sozialisten ein Empfang zu ihren Ehren in den Kruppschen Gemächern haben muß.

Diese hohe Schule professioneller Cleverness im Umgang mit den Staatsgästen erreichte die Bundesregierung natürlich nicht.

Forderten die christdemokratischen Gesprächspartner Honeckers vor einigen Jahren noch einhellig die Einleitung staatsanwaltlicher Ermittlungsverfahren gegen den „Polizeistaatschef" sobald er BRD-Boden betrete, so waren sie jetzt eher biegsam in ihren Statements und beim Besuchsprogramm gegenüber der DDR-Führung. Die reale Existenz der DDR und ihre staatliche Verfaßtheit wurde de facto anerkannt, aber eben schmollend um bei Kohl zu bleiben.

Daß die propagandistische Formel der „Einheit in Freiheit für alle Deutschen" dabei aufrechterhalten wird, ist selbstverständlich. Die CDU/CSU setzt seit einigen Jahren auf die „deutsche Nation". Von der Einstaatlichkeit ist nicht mehr die Rede. Der moralische Alleinvertretungsanspruch bleibt erhalten, hat aber keine praktischen Folgen, auch wenn die Vertriebenenverbände und ihr Umfeld rebellieren.

Die Realisierung der aufgezeigten prakmatischen Haltung der Bonner Regierung geht bis in Details. So wurde die DDR-Bedingung eines Honecker-Besuchs beim Bundespräsidenten akzeptiert und erfüllt. Formal eine staats- und verfassungsrechtliche Sünde aller erster Ordnung, während gleichzeitig Albernheiten ausgeheckt wurden, um den „deutschlandpolitischen Anspruch" zu betonen. So führte das Arrangement beim vielbeknipsten Hymnenspielen und Fahnenehren dazu, daß nicht wie üblich der Außenminister anwesend war, sondern die Ministerin für Innerdeutsche Beziehungen der Musike lauschte.

Die hiesigen Sozialdemokraten wählten beim Besuch der DDR-Spitze, dessen Zustandekommen sie sich lauthals gutschrieben, einen ähnlichen Ton wie die Regierungskoalition. Es gab keine Stellungnahme die nicht gebetsmühlenhaft wiederholte, mit der SPD wäre der Schießbefehl längst verschwunden und Reiseerleichterungen erreicht, man müsse Honecker nur richtig einheizen. Gleichzeitig befürwortete die SPD die Anerkennung Berlins als Hauptstadt der DDR und der Elbmitte als Grenze.

Die DDR-Staatsbürgerschaft anzuerkennen oder Honecker bei seinem Besuch in Dachau zu begleiten, lag der SPD wiederum fern. Eine von der CDU/CSU unterscheidbare Konzeption im Verhältnis zur DDR ist bei den Sozialdemokraten gegenwärtig nicht zu entdecken. Daß die Einheit nur in bürgerlicher Freiheit angestrebt und damit nicht zu haben ist, weiß auch die SPD. Sie braucht sich drüber nur propagandistisch nicht so zu grämen wie die CDU.

Wirklich neue Phänomene brachte der Besuch bei Zonis und Bundis zum Vorschein.

So erklärten bei einer repräsentativen Umfrage durch ein westdeutsches Institut überaus bescheidene 4% der DDR-Bürger, sie wünschten ein wiedervereinigtes Deutschland nach BRD-Muster.

Die FAZ setzte nach diesem Ergebnis unverzüglich zu einer bisher nicht dagewesenen Beschimpfung an, die in dem Vorwurf gipfelte, die meisten DDR-Bürger seien offensichtlich derartige Hasenfüsse, daß sie das Risiko einer Marktwirtschaft mit möglicher kurzer Arbeitslosigkeit, Leistungsorientierung und individueller Lebensbewältigung nicht einzugehen bereit seien, sondern lieber das gemeinsame Leben behördlich versorgter Kleinbürger in der DDR genießen wollten.

Wohl selten fühlte sich der überhebliche ideelle Gesamtdeutsche, dessen altkluge, imaginäre Weltläufigkeit gegenüber der DDR und ihrer Bevölkerung uns in „Welt"-Artikeln wie in „Spiegel"-Essays begegnet, tiefer getroffen als durch dies Befragungsergebnis.

Es sieht so aus, als wenn sich langsam aber sicher rächt, daß die DDR-Gesellschaft in westdeutschen Medien und in der Politik hier nur als undifferenziertes Gebilde und monolithischer Block erscheint, die unterschiedlichen Lebensäußerungen und widersprüchlichen Erscheinungen im alltäglichen Leben der DDR nicht auftauchen und der Bürger-Ost sich im Fernsehen-West nur als kuschenden, privatisierenden, raffenden und unzufriedenen armen Schlucker vorgeführt bekommt, der vor lauter Angst die Hacken zusammenknallt, wenn sein Vorgesetzter das Wort an ihn richtet. Unter diesem Blickwinkel ist auch nicht mehr verwunderlich, daß demnächst ARD und ZDF ihre Programme mit Hilfe eines Sendemastes in der DDR bis nach Dresden ausstrahlen dürfen, um noch den letzten Zoni zu erreichen.

Schließlich ist es inzwischen soweit, daß die Bundis eher skeptisch sind, wenn sich Besuch aus dem Osten ansagt. Waren es bis vor kurzem einmal jährlich fast ausschließlich Rentner und Rentnerinnen, also Brüder und Schwestern oder Großmütter und Großväter, alle über 65 und in der Regel mit Begrüßungsgeld, einem Einkaufsbummel und gutem Kaffee zufrieden zu stellen, so kommen in diesem Jahr 1,2 Millionen jüngere Menschen aus der DDR hierher zu Besuch. Es handelt sich dabei vorwiegend um Leute zwischen 30 und 50, Cousins und Cousinen, die mensch nie vorher gesehen hat oder bestenfalls von mitgebrachten Bildern kennt.

Die Kinder der Rentner, die jetzt vorbeischauen, sind in der DDR aufgewachsen, haben es meist zu einigem Wohlstand gebracht und schneiden beim üblichen verwandtschaftlichen Systemvergleich keineswegs mehr dauern schlechter ab. Das geht natürlich auf die Stimmung. Sie kommen nicht zum Jubeln über'n Westen und zum Auskotzen über'n Osten rüber, sondern erwarten (zurecht) gesteigerte Aufmerksamkeit und Auseinandersetzung mit ihren Fragen an eine westliche kapitalistische Gesellschaft. Doch vor solchen Anforderungen passen die meisten BRD-Bürger, und deshalb war es nicht verwunderlich, daß bei Befragungen in westdeutschen Städten viele Leute vor den Kameras zusammenzuckten als die Rede auf die „doch hoffentlich noch steigenden Besucherzahlen von Ost nach West" kam.

Zu guter Letzt erklärte Erich Honecker bei seinem Besuch, es würde der Tag kommen, an dem „Grenzen nicht mehr trennen, sondern uns vereinen". Beispielhaft sei die Grenze zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen.

Dieser Satz führte in den Medien zu einem wahren Spiel ohne Grenzen. Während die Bundesregierung sich die Grenze zwischen der BRD und der DDR wie die Grenze zwischen der BRD und Frankreich wünschte, wollte Ministerpräsident Vogel die Grenze lieber wie die zwischen Rheinland-Pfalz und Luxemburg. Vogel, Bonn, forderte eine Grenze wie zwischen Österreich und Ungarn und Strauß erklärte schließlich „.... *daß sich die Grenze zwischen Thüringen und Sachsen auf der einen und Bayern auf der anderen Seite genauso gestalte wie die Grenze zwischen Bayern und Österreich.*"

Das haben wir uns gedacht, daß demnächst nicht mehr die DDR-Führung bestimmt, wer ausreist, sondern die bayerische Staatsregierung bestimmt, wer einreist.

m., KB-Gruppe Göttingen

Bremer wählen deutsch

Nazis in der Bürgerschaft — Absolute Mehrheit für die SPD

Die schlimmste Nachricht des Wahlsonntags kam aus Bremen: Auf Grund der Besonderheit des landesbremischen Wahlrechts gelang es der faschistischen Liste D/Deutsche Volksunion mit 3,4 Prozent der Stimmen einen Platz in der Bürgerschaft zu erringen, da sie in der Seestadt Bremerhaven die 5-Prozent-Hürde überwand. Dieser Erfolg der Rechten stellte den Absturz der CDU und den Erfolg der SPD in den Schatten. Während die 10 Sitze für die FDP alle Hoffnungen dort übertrafen, bewegte sich das gleiche Ergebnis für die Grünen am unteren Ende der dort gehegten Erwartungen. Anlaß für eine nach innen gekehrte Wahlauswertung war also gegeben.

Trotz der sozialen Probleme in Bremen — hohe Arbeitslosenzahlen und fast 40.000 Sozialhilfeempfänger, Einstellungsstop im öffentlichen Dienst, Stahl- und Werftenkrise — und der Kandidatur rechtsextremer (Republikaner) und faschistischer Organisationen (Liste D, FAP) plätscherte der Wahlkampf ohne wellenbewegende Auseinandersetzungen dahin. Der SPD gelang es erfolgreich, „die in Bonn" für die finanzpolitische Schwäche des Stadtstaates und die resultierenden engen politischen Spielräume verantwortlich zu machen. Von rechts konnte weder die in jeder Hinsicht desolate CDU noch die FDP dem viel entgegensetzen, zumal Bremens Wirtschaftsbosse sich politisch zurückhielten und so den weitverbreiteten Eindruck untermauerten, daß der smarte Bürgermeister Wedemeier den richtigen Ton im Umgang mit den Unternehmern schon finden würde. Die koalitionswilligen Grünen (siehe AK 283 und 284) hielten Kritik an der SPD zurück, um sich die ersehnte rot-grüne Perspektive nicht zu verbauen, oder sie nahmen die Auseinandersetzung auf Feldern auf (Städteplanung und ähnli-

rück, um sich die ersehnte rot-grüne Perspektive nicht zu verbauen, oder sie nahmen die Auseinandersetzung auf Feldern auf (Städteplanung und ähnli-

che), die für die grün-alternative Klientel, aber nicht für die Vielzahl sozial minderbemittelter Menschen ein Problem darstellen.

Das Auftreten der faschistischen Liste D (siehe nebenstehenden Bericht) sorgte vor allem bei der VVN für zahlreiche bündnispolitische Aktivitäten, die darauf gerichtet waren, mit der SPD und möglichst selbst der CDU zu gemeinsamen Erklärungen zu kommen. Aber während die Grünen eine Politisierung des Auftretens der extremen Rechten fast gänzlich versäumten, führte der Einsatz der VVN wenigstens zu bescheidenen Diskussionen und Engagement bis in die Reihen der SPD hinein.

Weithin wurde in den Wahlanalysen der Übernahme von mehr als 45.000 Wohnungen der Neuen Heimat durch den Bremer Senat kurz vor der Wahl eine wahlentscheidende Bedeutung zuerkannt, weil die SPD in den NH-Hochburgen bis zu 2 Prozent zugelegt hat. Diese Argumentation wurde auch von Ralf Fücks (alte und neue Fraktion der Grünen) übernommen. Das ist jedoch höchstens die halbe Wahrheit: In absoluten Zahlen hat die SPD in allen NH-Zentren einen Rückgang der Stimmen zu verzeichnen. **Abweichend vom städtischen Trend** bewegte sich der Anteil absoluter Stimmen von Grünen und DKP, die mit den Gesamtstimmen der Grünen, der Bremer Grünen Liste und der BAL (Betrieblich-Alternative Liste) bei der Bürgerschaftswahl 1983 zu vergleichen sind, aber ebenfalls unter dem Niveau von 1983. Auch in den weiteren sozialdemokratischen Hochburgen zeigte sich die unveränderte Stabilität traditioneller ArbeiterInnen gegenüber Ausfransungen nach links, denn fast nirgendwo konnten DKP und Grüne soviele Wählerstimmen auf sich vereinigen wie die drei 1983 angetretenen Organisationen, die im gleichen Wählerreservoir um Stimmen kämpften.

Unzufriedene Grüne

Trotz des prozentual bemerkenswerten Ergebnisses von 10,2 Prozent herrschte bei den Grünen nach der Wahl eine gedämpfte Stimmung. Die Stagnation der Grünen wird bei den absoluten Zahlen schnell deutlich: Noch bei der Bundestagswahl im Januar erlangten die Grünen bei den Erststimmen rund 50.000 Stimmen, bei der Bürgerschaftswahl 1983 erreichten Die Grünen (22.273), die Bremer Grüne Liste (9.675) und die Betrieblich-Alternative Liste (5.610) mit 37.558 Stimmen fast genausoviel Zuspruch wie dieses Mal die Grünen mit 39.838 Stimmen. Ralf Fücks, Architekt des grünen Koalitionsbeschlusses, legte den Versammelten „Erste Anmerkungen zur Bürgerschaftswahl" vor. Er schreibt dort,

Fücks, Architekt des grünen Koalitionsbeschlusses, legte den Versammelten „Erste Anmerkungen zur Bürgerschaftswahl" vor. Er schreibt dort,

daß die Grünen „der SPD die NH- und Arbeiterbezirke fast kampflos überlassen" haben und „die Spekulation auf die rot-grünen Wechselwähler ... nicht im erhofften Ausmaß aufgegangen" ist. Für das bescheidene Wahlergebnis sieht er *„vielfältige Ursachen:*

- die Zusammensetzung der Liste, die stark vom „grünen Apparat" dominiert ist und das außerparlamentarische Spektrum nur am Rande repräsentiert,

- die unterentwickelte Stadtteilarbeit der Grünen,

- die Unterbelichtung der konkreten Themen und Forderungen grüner Politik gegenüber der „Koalitionsfrage" in der Anfangsphase des Wahlkampfs. (...) Schließlich hat die rot-grüne Orientierung nicht den erhofften Politisierungs- und Mobilisierungseffekt ausgelöst — nicht einmal in der eigenen Partei."

Als Positiva verbucht Fücks das Halten der Bremer Bastion gegen den Bundestrend, den Gewinn der unbestrittenen politischen Hegemonie über das grün-alternative Spektrum und den Sturz der absoluten SPD-Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven.

Für einige der formulierten Mängel wurde in der Debatte Fücks persönlich verantwortlich gemacht: Insbesondere der zahme Wahlkampf gegenüber der SPD sei vor allem von ihm bestimmt worden. Einige RednerInnen versuchten, das Wahlergebnis für den üblichen Richtungsstreit Tolerierung versus Koalition auszuschlachten. Entweder wurde der Verlust an die Partei der Nichtwähler in den Hochburgen und der nicht erfolgte Einbruch in sozialdemokratische Hochburgen als Beleg angeführt, daß eine rot-grüne Orientierung nicht trage, oder das gute prozentuale Ergebnis diente gerade im Vergleich mit dem grünen Mißerfolg in Schleswig-Holstein als Beweis, daß nur eine regierungswillige „Realpolitik" der Partei nutze. Die harten Fakten der Bremer Wahl liefern unseres Erachtens für beide Positionen gleichviel oder gleichwenig Argumente. Die Hauptprobleme sind einerseits der Rückgang der sozialen Bewegungen, die die Grünen getragen haben (Anti-AKW, Frieden), und die damit verbundene Orientierung der Grünen auf einen Status als „normale Partei, die gestaltbare Alternativen vorweisen" müsse (Spitzenkandidatin Trüpel). Andererseits sind es gerade die ehemaligen BewegungsaktivistInnen, die heute auf „Nichts-als-Parlamentarismus" setzen, die für diese Bedeutungslosigkeit außerparlamentarischer Strömungen mitverantwortlich sind.

Die „totalitäre Tradition" der DKP

Die „totalitäre Tradition" der DKP

Geprägt war die erste Wahlauswertung der Grünen allerdings vom überraschenden Erfolg der Liste D. In dem bereits zitierten Fücks-Papier heißt es dazu: *„Gegenüber dem massiven Propagandafeldzug der Ultrarechten hat sich die Taktik des ‚Totschweigens' nicht bewährt..."* Da weder die Grünen Zugang zu den jugendlichen Protestwählern hätten noch die „notwendigen Strukturen (für die) Auseinandersetzung mit den Neonazis vor Ort" existieren, müßten antifaschistische „Netze" gemeinsam mit SPD und DKP, Gewerkschaften, Kirchengemeinden, Jugendverbänden, Bürgerhäusern und Jugendfreizeitheimen aufgebaut werden. *„Gegenüber dem eher musealen Antifaschismus von VVN & Co. müßten die Grünen die positive Utopie einer offenen, multinationalen und -kulturellen Gesellschaft stärker herausarbeiten."*

Scharfen Protest gegen die Zusammenarbeit mit der DKP formulierten der ehemalige Bundestagsabgeordnete Jo Müller und Martin Thomas (alte und neue Bürgerschaftsfraktion), weil die DKP eine „Ideologisierung des Antifaschismus" betreibe und mit einer „Rechts-Links-Polarisierung" arbeite. Müller war sich angesichts einer spontanen Demonstration gegen die Liste D am Wahlabend „nicht sicher, ob ich hier mit den richtigen Leuten demonstriere." Schließlich stehe die DKP selbst in einer „totalitären Tradition", so daß eine „breite Frontbildung" mit ihr gar nicht in Frage komme. Diese Kritiken veranlaßten Fücks klarzustellen, daß er natürlich keine Parteienzusammenarbeit mit der DKP anstrebe, aber niemand an den Mitgliedern der DKP vorbeikomme, die in der Jugendarbeit aktiv seien. Der Beobachter dieser gruseligen Debatte war weniger von der Beschränktheit der Argumente als vielmehr von der Dreistigkeit verblüfft, mit der eine Partei, die bisher jedes antifaschistische Engagement vermissen ließ, zunächst einmal mit Ausgrenzungsformeln operierte.

DKP: „Mängel in der Wahlkampfführung"

Die DKP kandidierte bei diesen Bürgerschaftswahlen wieder allein, nachdem jeglichen Überlegungen nach der Bundestagswahl, dieses Mal auf die Bestätigung eigener Bedeutungslosigkeit zu verzichten, durch einen entsprechenden Beschluß des Bundesvorstands ein Riegel vorgeschoben worden war. Erwartungsgemäß scheiterten Versuche einer Zusammenarbeit mit den Grünen. So beschloß die Landesmitgliederversammlung im Mai gegen einige Stimmen die Eigenkandidatur. Nichts unterstreicht die politische Hilf-

den Grünen. So beschloß die Landesmitgliederversammlung im Mai gegen einige Stimmen die Eigenkandidatur. Nichts unterstreicht die politische Hilf-

losigkeit der DKP besser als die Wahlkampfführung unter Slogans wie „Perestroika auf bremisch" oder Anbiederungen an die Friedensbewegung mit der Behauptung „Wir (DKPler) sind alle kleine Gorbatschows". Dies alles von einer Partei, die 1979 bei der vorletzten Bürgerschaftswahl noch die Breschnewsche Politik mit allen Fasern verteidigte und heute ebenso unkritisch die Gorbatschow-Reformen unterstützt, hinterläßt innerhalb der Linken einen ungeheuer glaubwürdigen und ernsthaften Eindruck.

Verdientermaßen erhielt die DKP nur noch 2.163 Stimmen (0,55 %), dies ist gegenüber 1979, der letzten Eigenkandidatur, ein Verlust von einem Drittel der Stimmen. Die BAL, zu deren Gunsten die DKP 1983 auf eine Kandidatur verzichtet hatte, war auf insgesamt 5.610 Stimmen gekommen. Das Bezirkssekretariat der DKP kommentierte dies unter anderem mit folgenden Worten: *„In diesem Ergebnis bestätigt sich erneut die Tatsache, daß die Probleme, parlamentarischen Einfluß bei überregionalen Wahlen zu gewinnen und Fortschritte hier zu erzielen, ungelöst sind. Das Ergebnis bleibt hinter dem politischen Einfluß der DKP zurück. (...) Als großes Problem hat sich gezeigt, daß eine Reihe von Genossinnen und Genossen aktiv in den Wahlkampf eingegriffen haben, daß jedoch viele Genossinnen und Genossen nicht an dieser Orientierung mitgearbeitet haben. Die bisherige Erfolglosigkeit der DKP bei überregionalen Wahlen, aber auch Mängel in der Wahlkampfführung haben bei Genossinnen und Genossen zum Verlust von Motivation geführt, sich aktiv in den Wahlkampf einzuschalten. Dies konnte nur teilweise durch die positiven politischen Orientierungen der Landesmitgliederversammlung aufgefangen werden. Das Wahlergebnis zur Bremer Bürgerschaftswahl stellt uns insgesamt neue Aufgaben."*

Rechts bedeutende Verschiebungen

Gewaltige Veränderungen des Wählerzuspruchs gab es im Lager der Rechten. Die CDU, in Bremen in einer vergleichbaren Lage wie die SPD in Bayern, verlor nicht nur gegenüber der Bürgerschaftswahl 1983 fast ein Drittel ihrer Stimmen, nämlich 40.000, sondern auch gegenüber der Bundestagswahl im Januar 1987. Das ist insbesondere bemerkenswert, weil die FDP ihr gutes Zweitstimmen-Ergebnis der Bundestagswahlen zwar leicht verbessern konnte und die Liste D immerhin 11.000 Stimmen mehr erhielt als die NPD bei den Bundestagswahlen, aber die CDU darüber hinaus innerhalb von acht Monaten weitere 20.000 Wähle-

11.000 Stimmen mehr erhielt als die NPD bei den Bundestagswahlen, aber die CDU darüber hinaus innerhalb von acht Monaten weitere 20.000 Wähle-

rInnen verlor. Die FDP konnte sich außer wegen bundesweiter Faktoren vermutlich deshalb stabilisieren, weil sie im Gegensatz zur CDU eine Aussicht auf die Senatsbeteiligung für den Fall erheblicher SPD-Verluste hatte. Diesen Mangel an machtpolitischer Perspektive bei der CDU führt die Forschungsgruppe Wahlen als entscheidenden Faktor dafür ins Feld, daß die Liste D erfolgreich abschneiden konnte.

fo.



„Nazi-raus"-Rufe schallten dem Sohn des DVU-Bundesvorsitzenden Gerhard Frey entgegen, als er das Rathaus verlassen mußte.

Neonazis in der Bremer Bürgerschaft

Das DVU-Frey Imperium

Vielen Bremern und Bremerinnen blieb das Abendessen im Hals stecken, als sie am Wahlsonntag um 18.30 Uhr die ersten Hochrechnungen zur Bürgerschaftswahl erfuhren. Die beiden in Bremen unter diesen Namen zum ersten Mal zu Wahlen angetretenen Parteien DVU (Deutsche Volksunion) / Liste D und die Republikaner schienen zusammen etwa 5% der Wählerstimmen für sich verbuchen zu können.

Das amtliche Endergebnis einige Stunden später bestätigte die unerwarteten Erfolge der Rechtsradikalen. Die DVU erhielt in der Stadt Bremen 2,99% und in Bremerhaven sogar ganze 5,4% der abgegebenen Stimmen. Das rechtsradikale Bündnis aus DVU und NPD hatte sich damit einen Sitz im Bremer Landesparlament erobert.

Die vorher bereits durch zuletzt drei CDU-Überläufer in der Bremer Bürgerschaft vertretenen Republikaner kamen auf 1,1% in Bremen und 1,65% in Bremerhaven. Die FAP unter Führung des Neonazi-Todesschützen Marcus Prievenau erhielt 0,07% . Die in Bremen ohnehin sehr schwache CDU verlor ca. 1/3 ihrer Wähler und landete bei 23,4%.

Ihre Verluste gingen zum größeren Teil an die FDP, die restlichen Prozente wanderten zur rechten Konkurrenz. Für die neuformierte DVU/Liste D hatte sich die Wahl Bremens als Testfeld für eine gemeinsame Kandidatur von NPD und Alt-DVU unter Heranziehung einer ganz neuen Wahlkampfstrategie als erfolgreiche Entscheidung erwiesen. Erstmals seit 1971 ist wieder eine rechtsradikale Partei außerhalb der CDU/CSU in einem bundesdeutschen Länderparlament vertreten.

NPD als organisatorischer Drahtzieher

Gleich am Wahlsonntag ließ die DVU/Liste D einen Teil ihrer sorgsam aufbebauten Maske fallen: Vor den laufenden Kameras des Fernsehsenders SAT 1 erschien als DVU-Vertreter weder der Bremer Spitzenkandidat Stampa noch der frisch gewählte Bremerhavener DVU-Abgeordnete Altermann. Stattdessen präsentierte sich kein anderer als Heinrich Gerlach, stellvertretender Landesvorsitzender der NPD in NRW.

Gerlach , der in der größtenteils als „no-names"- Propaganda durchgeführten Wahlkampfführung der DVU bis dahin überhaupt nicht in Erscheinung getreten war, ist den Antifaschisten in NRW und Niedersachsen als Mitorganisator von NPD-Schlägerbanden und als übler Volkshetzer mit NSDAP-Jargon seit Mitte der 70ger Jahre einschlägig bekannt. In der für rechtsradikale Interviewpartner immer offenstehenden Bremer Regional-Taz-Ausgabe konnte man nach der Wahl erfahren, daß Gerlach von der NPD-Parteiführung nach München zur DVU-Zentrale in der Paosos-Straße abgeordert worden war, um von dort aus als „DVU-Organisationsleiter" den Marsch der NPD/DVU in die Bremische Bürgerschaft zu managen.

Ausgestattet mit einem geschätzten Etat von ca. 2 bis 2,5 Mill. DM schickte die DVU/Liste D bereits um die Jahreswende 1986/87 erste Werbebriefe mit beigelegten Schallplatten, Kalendern und „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein" Aufnähern an potentielle Neumitglieder und Unterstützer im Raum Bremen. Die betreffenden Adressen scheint sie u.a. von rechtsgerichteten Buchvertrieben und Verlagen aufgekauft zu haben.

Gleichzeitig wandte sich die DVU in Anschreiben an Mitglieder und Sympathisanten im restlichen Bundesgebiet mit der Bitte um Mitteilung der Adressen möglicher Partei-Interessenten in Bremen. Dieses aus den USA importierte „Mailing"-System weist übrigens erstaunliche Parallelen zu ähnlichen Kampagnen der mittlerweile in der Versenkung verschwundenen Konservativen Aktion Gerhard Löwenthals auf.

In der zweiten Phase begann die DVU bereits einige Monate vor der regulären Wahlkampfphase damit, die Bremer Haushalte regelmäßig per Post mit Massendrucksachen einzudecken. Inhalt: Programmatische Handzettel mit relativ moderaten Ausländer"begrenzungs" - und „Stoppt die wachsende Kriminaliät" - Parolen, die ebenso von der CDU hätten stammen können. In der dritten, etwa drei Monate vor der Wahl beginnenden Phase wurden die Haushalte zusätzlich mit Wahlzeitungen beliefert . Inhalt diesmal: Die Beitrittserklärungen von angeblichen Neu-Mitgliedern der Liste D.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Neben altbekannten Gesichtern aus den Frey-Publikationen und -Verbänden sowie der NPD wärben u.a. auch übergelaufene CDU- und SPD-Mitglieder mit ihrem Namen für die „neue" Partei. Gleichzeitig begann die Deutsche-Städte-Reklame AG (DSR) im Auftrag der DVU in Bremen und Bremerhaven damit, jede zweite bis dritte Plakatwand mit Liste-D-Platten vollzukleistern. Jede von Antifaschisten übermalte Plakatwand wurde sofort durch zwei neue Plakatierungen von der DSR ersetzt.

Die Präsentation der Kandidaten zur Bürgerschaftswahl vermied die DVU bewußt bis ganz zuletzt, um den hohen Anteil der NPD-Mitglieder auf der Liste nicht zu früh bekannt werden zu lassen. Neben dem fast vollständig vertretenen Landesvorstand der Jungen Nationaldemokraten (JN) kandidierten u.a. auch auch der jetzige NPD-Landesvorsitzende Weidenbach sowie sein Vorgänger und NPD-Bundesvorstandsmitglied Vorsatz auf der Liste. Auf die ersten Plätze setzte die DVU allerdings sehr geschickt einige völlig unbekannte Gesichter, die nach eigenen Aussagen angeblich über keine vorherigen politischen Erfahrungen verfügen. Der Bremer DVU-Landesvorsitzende Heinz Hertel, der gleichzeitig Vorsitzender der Bremer Ortsgruppe des faschistischen Militaristenvereins „Stahlhelm" ist, tauchte erstaunlicherweise in der letzten Phase vor der Wahl kaum noch in den Veröffentlichungen der DVU auf. Möglicherweise wurde Hertel und seine Stahlhelm-Gruppe wegen einschlägiger Beziehungen gleichzeitig zu Nazi-Terroristen wie Gerhard Töpfer und Peter Fabel von der Nationalrevolutionären Arbeiterfront (NRAF) sowie zur niedersächsischen Umland-CDU und Wirtschaftssponsoren aus einer vermuteten publizistischen Schußlinie gezogen. Ebenso hat es die DVU tunlichst vermieden, mit Wahlkampfveranstaltungen, Flugblattverteilungen o.ä. öffentlichen Aktionen personell faßbar in Erscheinung zu treten.

Warum Bremen?

Die Frage, warum gerade Bremen als Testfeld für neuartige Bündnisse der extremen Rechten ausgwählt wurde und wie es zu den relativ hohen Stimmanteilen kommen konnte, beschäftigt sicher nicht nur die Bremer Antifaschisten. Resultierend aus der relativ konstanten Etablierung der Sozialdemokratie hat sich die CDU in Bremen auf ein eher profilloses politisches Abstellgleis begeben. Da auch längerfristig eine „Wende" in Bremen undenkbar erscheint, ist es kaum verwunderlich, daß rechtsradikale Kreise innerhalb der Bremer CDU durchaus zu Experimenten außerhalb der eigenen Partei bereit sind. Schon in den 50ger Jahren hatten die Nazis Wahlerfolge in Bremen.

1963 gelang es einem Zusammenschluß verschiedener rechtsradikaler Parteien (u.a. der Deutschen Reichspartei/DRP) mit 5% der Stimmen 4 Sitze in der Bürgerschaft zu besetzen. Dies war damals das Signal für den erneuten Anlauf zur Konzentration rechtsextremer Kräfte mit der Gründung der NPD unter Adolf von Thadden (heute DVU/Liste D) und dem Bremer Betonfabrikanten und langjährigem CDU-Bürgerschaftsmitglied Fritz Thielen (Gründer der Bremer CDU, später NPD-Vorsitzender).

1965 zog die NPD in 7 Länderparlamente ein, u.a. auch in Bremen. 1967 erreichte sie in Bremen mit 8,8% das zweitbeste Ergebnis bei Landtagswahlen im Bundesvergleich. Dies war der bisherige Höhepunkt in der Wahlentwicklung der Neonazis.

Nach dem Übergang der CDU/CSU in die Opposition und dem Niedergang der NPD kam es erst wieder Mitte der 80er durch die Übertritte von insgesamt drei CDU-Bürgerschaftsmitgliedern zu den neuformierten Republikanern zur erneuten Präsenz einer eigenständigen rechtsradikalen Formierung im Bremer Parlament. Daß dieser in rechter CSU-Nähe angesiedelte Verein das rechtsradikale Wählerpotential in Bremen diesmal nicht effektiv an sich binden konnte, liegt u.a. daran, daß sich die Republikaner in Bremen hauptsächlich als bessere CDU verkaufen und zu sehr die Nadel-Streifen-Anzug-Konservativen herauskehren.

Die DVU/Liste D hat nun mit frisch aufpoliertem Image die Unzufriedenheit des offen revanchistischen und antidemokratischen Lagers in Bremen mit Unterstützung eines fast-alleine-Wahlkampfes (die DVU hat mit ihren 2 - 2,5 Mill. DM mehr Wahlkampfmittel ausgegeben als alle andren Parteien zusammen) äußerst geschickt ausnutzen können.

Aktiver antifaschistischer Widerstand blieb im wesentlichen auf das Umfeld der sehr rührigen VVN und der DKP beschränkt.

Die VVN organisierte ein — zumindest auf dem Papier —sehr breites Bündnis „Bremerinnen und Bremer gegen Neofaschismus". Schwerpunkt des Bündnis: Eine Unterschriftensammlung gegen die Zulassung von DVU und FAP zu den Wahlen. Nach der erfolgten Zulassung der Neonazis durch den Wahlausschuß versackte die Initiative dann jedoch im Urlaubsloch. Hinzu kam ein alles erstickender Entpolitisierungswahlkampf der anderen Parteien bis hin zu den Grünen. Diese gingen sogar soweit, zusammen mit der SPD den von der CDU erpreßten Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die VVN in einer „Solidarität-der-Demokraten"-Erklärung gegen Rechts zu unterschreiben. Für die VVN war dies ein harter Rückschlag in ihrer Anbiederungsstrategie bis hin zur CDU. Hinzu kommt, daß trotz aller wenn auch schlappen „demokratischen" Erklärungen, es sich einige örtliche CDU- und sogar auch SPD-Regierungs-offiziösen Anzeigenblätter und Magazine nicht nehmen ließen, großformatige Anzeigen der DVU abzudrucken und somit aus dem 2 Millionen Werbetopf der Nazis kräftig abzusahnen.

Nach der Wahl : SPD und Grüne werden mutig

Schon am Wahlabend waren nicht nur in Bremen erste bestürzte Stellungnahmen zum Einzug der DVU ins Parlament zu hören. Spontan formierte sich in der Bremer Innenstadt ein großer Demonstrationszug zum Rathaus. Ein von der Presse kaum beachtetes Ereignis am Rande dieser Demonstration: Unmittelbar in der Nähe des Demonstrationszuges ging kurz nach dessen Vorbeimarsch eine Bombe in einem öffentlichen Papierkorb in die Luft, die ein Straßenschild aus der Verankerung riß und 30 Meter durch die Luft schleuderte. Über die Art der Bombe und die möglichen Täter hüllt sich die Polizei bislang immer noch in Schweigen.



Forderungen auf der Demo in Hamburg aus Anlaß der Ermordung Ramazan Avcis durch Neonazis (Foto: Klaus Karszat

Als am nächsten Vormittag zur Landespressekonferenz im Rathaus (Sitz der Landesregierung) der Sohn des DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey erscheint, um ein Pressestatement abzugeben, wird er von Bürgermeister Wedemeier kurzerhand per Hausverbot vor die Tür gesetzt. Ähnlich geht es dem neuen DVU-Bürgerschaftsmitglied Altermann sowie dem NPD-Mann Gerlach. Vor versammelter Presse forderte Wedemeier denn auch gleich mutig ein Verbot von DVU und FAP. Dem konnten die Grünen dann natürlich nur zustimmen.

Noch vor knapp zwei Jahren hatten sie allerdings einen von Antifaschisten an die Grüne Fraktion herangetragenen Antrag zur Einbringung einer Verbotsforderung in die Bürgerschaft schlicht abgelehnt. Begründung: Solche Forderungen würden nur „den starken Staat herbeirufen" und die Nazis würden dadurch nur „stigmatisiert". Vielmehr sei „vernünftige Sozialarbeit vor Ort" und die „Verwirklichung grüner Utopien" ein besser geeignetes Mittel zur Bekämpfung der braunen Gefahr.

Da zumindest die DVU-Verbotsforderung genauso schnell wieder aus dem Bereich der Umsetzbarkeit verschwinden wird wie man sie jetzt aus der Tasche zaubert, kann man gespannt sein, wie SPD und Grüne und auch die anderen bürgerlichen Parteien in Bremen mit ihrem unerwünschten „Kollegen" umgehen werden.

KB Bremen

Text aus: Wie kriminell ist die NPD?, Hamburg 1980

Heinrich Gerlach aus Dortmund

Gerlach fungiert als Landesvorsitzender der JN-NRW sowie als stellvertretender Landesvorsitzender der nordrhein-westfälischen NPD. Er ist führender Kader und einer der wesentlichen „Ziehväter" der „*Harting*"-Bande. 1974 war er als Jurastudent mit dem Aufbau eines „*Nationaldemokratischen Hochschulbundes*" (NHB) in Bochum beschäftigt. Das Amt des JN-Landesvorsitzenden hat er seit 1975 inne. Gerlach ist, ebenso wie Dröse, in der vergangenen Zeit bei nahezu allen NPD/JN-„Kundgebungen" in NRW als Redner angetreten. Darüber hinaus hat er sich immer wieder auch über NRW hinaus (vor allem im norddeutschen Raum) als faschistischer Einpeitscher „verdient" gemacht. Seinen neuen Spitznamen Heinrich „Meineid" verdankt Gerlach dem Umstand, daß er sich am 8.10.78 als Zeuge in einem vor dem Göttinger Amtsgericht stattfindenden Prozeß zugunsten des dort angeklagten JN-Schlägers *Udo Wiora* in einen Meineid verstrickte. Gerlach hatte wahrheitswidrig behauptet, daß sich Wiora *nicht* am Tatort befunden hätte. Für diese Falschaussage wurde Gerlach Anfang Mai 1979 zu 2.500 DM Geldstrafe verurteilt. Dieses verhältnismäßig milde Urteil wurde vom Gericht mit dem Hinweis begründet, daß Gerlach kein „Vorsatz" habe nachgewiesen werden können. Die Staatsanwaltschaft ging daraufhin in die Berufung.

1987 schickte ihn die NPD-Parteiführung nach München in die Zentrale der Deutschen Volksunion/Liste D. Als „Organisationsleiter der DVU/Liste D steuert er den organisatorisch-technischen Teil des Bremer DVU-Wahlkampfes.



Gerlach (re.) und DVU-Abgeordneter Altermann am 14.9.87 im Bremer Rathaus

---

Text aus: Wie kriminell ist die NPD? Hamburg 1980

„Stahlhelm" — „Kampfbund für Europa"

Schon 1951 wurde der „Stahlhelm" in der Nachfolge des fast völlig in der SA aufgegangenen „alten" „Stahlhelm"
der Nachfolge des fast völlig in der SA aufgegangenen „alten" „Stahlhelm"
(eines paramilitärischen Kampfverbandes aus überwiegend ehemaligen Soldaten) gegründet.

Während noch 1966 die Gründung des „Stahlhelm" in Bad Bergzabern durch Bundeswehroffiziere zu einem Eklat geführt hatte, ist der Verband heute sogar aus fast allen VS-Berichten verschwunden. Neben dem „Stahlhelm" gibt es heute noch den „Jugendstahlhelm" und die „Stahlhelmfrauenschaft". Insbesondere in Bremen unter *H. Hertel* liegt eines der Zentren. Aus dieser Bremer „Stahlhelm"-Schule ging u.a. der „NSDAP"-Aktivist Frank Stubbemann hervor, der sich unlängst wegen mehrerer geplanter und ausgeführter Anschläge vor Gericht verantworten mußte.

Auch *Uwe Rohwer* und *Karl-Heinz Hoffmann* („Wehrsportgruppe Hoffmann" waren/sind „Jugendreferenten" beim „Stahlhelm", der seit eh und je eine paramilitärische Ausbildung betreibt.

1987: H. Hertel wird Landesvorsitzender des Bremer Landesverbandes der DVU/Liste D, kandidiert jedoch nicht für die Bürgerschaft.

Text aus: Wie kriminell ist die NPD? Hrsg.: Antifa-Komm. KB, Hamburg 1980

Um *Dr. Gerhard Frey*, den Herausgeber der „Deutschen Nationalzeitung", gruppieren sich im „*Freiheitlichen Rat*" eine Reihe von Organisationen, die weniger „kulturell völkisch" und mehr „soldatisch" orientiert sind.

Nach dem Zerfall der „Aktion Widerstand" und in Vorbereitung der Bundestagswahl 1972 gründete Frey 1971 die „*Deutsche Volksunion*" als rechtsradikales Sammelbecken und Alternative zur NPD. Mit mehreren tausend Mitgliedern konnte die DVU zur neben der NPD zahlenmäßig bedeutendsten Organisation des Neofaschismus ausgebaut werden.

Zwischen der bewußt „außerparlamentarisch" auftretenden DVU und der NPD besteht ein starkes Konkurrenzverhältnis, das zu permanenten Auseinandersetzungen führt. 1972 empfahl Frey gegen die NPD die Wahl der CDU/CSU; 1975/76 war Frey dann Mitglied des NPD-Vorstands; danach kühlte das Verhältnis erneut merklich ab.

Organisatorisch zusammengeschlossen sind die Vereine um Frey im „Freiheitlichen Rat", der 1972 gegründet wurde. Gründer waren: Gerhard Frey, *Erwin Arlt* (AKON), *Alfred E. Manke* (AVV), *Siegfried Pöhlmann* (eben aus der NPD ausgetreten, „Aktion Neue Rechte") und *Berthold Rubin* (Stahlhelm, CSU-Freundeskreise; inszenierte 1971 eine Selbstentführung, um den Wahlkampf nach Rechts zu beeinflussen).

Manke und der AVV traten wenig später wieder aus, „Wiking-Jugend", „Stahlhelm" u.a., bis dahin im AVV, verließen diesen ihrerseits und blieben im „Freiheitlichen Rat".

Im „FR" Mitglied sind u.a.:

— Die „*Deutsche Volksunion*"
— der „*Deutsche Block*" mit seinem Jugendverband „*Jugendbund Adler*"
— die „*Aktion Deutsche Einheit*", ehemals „Aktion Oder-Neisse" (AKON)
— „*Stahlhelm — Kampfbund für Europa*"
— „*Wiking-Jugend*"
— „*Gemeinschaft Ostdeutscher Grundeigentümer*" (GOG) und die „*Notverwaltung des Deutschen Ostens*" (NDO) mit *Bolko Freiherr von Richthofen* (ehemals CDU), *Fritz Münch* (NPD) u.a.

Die „Deutsche Nationalzeitung"

Kopfblatt all dieser Vereinigungen ist die „*Deutsche Nationalzeitung*" des Dr. Gerhard Frey (Mitglied in der GfP). Das Blatt wurde unter dem Titel „Deutsche Soldatenzeitung" 1951 von Altnazis wie *Helmut Damerau*, SS-Mitgliedern wie Joachim Ruoff etc. gegründet. Zeitweilig war auch der heutige Redakteur der „Deutschen Wochenzeitung", Erich Kernmayr, Chefredakteur der „Soldatenzeitung". Seit 1960 heißt die Zeitung „Deutsche National- und Soldatenzeitung", heute nur noch „Deutsche Nationalzeitung". Die „Soldatenzeitung" erscheint nur noch sporadisch als Beilage.

Insgesamt erreichen die Blätter des „DNZ"-Verlags von Gerhard Frey eine wöchentliche Auflage von ca. 100.000 Exemplaren, allen voran die „Nationalzeitung", die damit die größte neofaschistische Zeitung der BRD ist. Über 400 Prozesse sind gegen die „Nationalzeitung" bisher angestrengt worden. Frey rühmt sich, bisher noch kein einziges Mal verurteilt worden zu sein.

Zweitgrößtes Blatt des „DNZ"-Verlags ist der „*Deutsche Anzeiger*", der „*Deutschen Volksunion*", der bis auf wenige Seiten identisch ist mit der „Nationalzeitung".

Die 1971 gegründete DVU ist mit mehreren tausend Mitgliedern anch der NPD die zweitgrößte Nazi-Organisation der BRD. Neben einer intensiven „Basisarbeit" trägt die DVU vor allem die zentralen Progandakampagnen von „DNZ" und „DA", deren Themen immer wieder in der Verherrlichung der faschistischen Armee liegen: Kampagnen für „Oberst Peiper", Rundreisen mit „Kriegsheld Rudel" und „Kongresse" zur Widerlegung der „Kriegsschuldlüge" stehen dabei auf der Tagesordnung.

Breiter bekannt geworden ist dabei eine Veranstaltung im Münchner Hofbräukeller, bei der der französische Antifaschist *Serge Klarsfeld* blutig geschlagen wurde, sowie eine Veranstaltung mit *Rudel* in Hamburg-Osdorf am 14.5.77, bei der die komplette „Hansa"-Bande als Freys Schlägergarde in Erscheinung trat.

Frey und die DVU grenzen sich übrigens wie die NPD vordergründig von „NSDAP"-Banden ab. Das hindert sie freilich nicht daran, führenden Vertretern dieser Szene finanzkräftig unter die Arme zu greifen: So bezahlte Frey für die „*Wehrsportgruppe Hoffmann*" eine Geldstrafe, die diese sich wegen verbotenen Uniformtragens eingehandelt hatte; ebenso erhielt der Nazi-Bandit *Uwe Rohwer* als der am meisten „verfolgte Patriot" einen Preis zum Ausbau seines damals abgebrannten Nazi-Hofes in Dörpstedt.

1986: Wahlbündniseinigung mit der NPD.

1987: Die NPD kandidiert in Rheinland-Pfalz und zu den Bundestagswahl mit Unterstützung der DVU. In Bremen kadidiert das Bündnis unter dem Namen Deutsche Volksunion/Liste D mit Unterstützung und Kandidaten der NPD. Bei den Bürgerschaftswahlen im Land Bremen erreicht die DVU/Liste D 3,4% der abgegebenen Stimmen.

aktuell



Fälschung
Verleumdung
Geldsorgen

Der Mann, der Barschel stürzen wollte

Reiner Pfeiffer (48) – er liebt elegante Anzüge, fährt Mercedes und kämmt sich ständig sein schütteres helles Haar. Reiner Pfeiffer – er verdiente nach der Mittleren Reife sein erstes Geld als Bergarbeiter in seiner Geburtsstadt Lünen und Waltrop. Noch heute stellt er sich gern als „Gelsenberg" vor und verabschiedet sich mit einem lauten „Glückauf".

Reiner Pfeiffer – er machte sein Abitur am Franziskaner-Konvent in Bardel (Kreis Bentheim) in Niedersachsen, wollte Pfarrer werden. Unterhaltungen garniert er noch heute gern mit lateinischen Gebetssprüchen.

Seine beruflichen Zeugnisse als Journalist und Öffentlichkeitsarbeiter sind glänzend: Er arbeitete u.a. für die „Westfälische Rundschau" Recklinghausen, die Friedr.-Krupp GmbH in Essen, die Flugzeugfirma VFW Focker, die CDU und den „Weser-Report" in Bremen sowie als freier Journalist für „Spiegel" und Axel Springer Verlag.

Er ist verheiratet und hat zwei Kinder. Sein Sohn ist Journalist, die Tochter Sprach-Studentin, Frau Inge Empfangsdame in einem Bremer Nobel-Geschäft.

Ist das der Mann, der Schleswig-Holsteins Ministerpräsident stürzen kann? Ist das der Mann, auf dessen Glaubwürdigkeit der „Spiegel" seine Titelgeschichte „Barschels schmutzige Tricks" allein stützt? Ein gebildeter Herr, ein guter Familienvater?

„Der lügt wie gedruckt"

Der verantwortliche „Spiegel"-Redakteur, Jochen Bölscher, diese Woche: „Wir haben den Leumund Herrn Pfeiffers überprüft und halten ihn für glaubwürdig."

Gute Bekannte, Richter und Staatsanwälte kennen ihn allerdings anders: Bremens CDU-Chef Bernd Neumann, dem Pfeiffer von 1976 bis 1983 als Pressesprecher und als Chefredakteur des Parteiblattes „Weser-Report" diente: „Der lügt wie gedruckt."

Zu einem Bekannten soll Pfeiffer mehrfach gesagt haben, „er habe keine Probleme damit, Leute auf's Kreuz zu legen."

Die Bremer Journalisten-Vereinigung hatte im Dezember 1981 „genug von Pfeiffer-Skandalen" und schloß ihn aus.

● **So druckte er im „Weser-Report" ein Foto des linken Anwalts Wesemann, im Smoking, mit Sektglas in der Hand. Es war eine Montage: Der Kopf gehörte Wesemann, der Körper Pfeiffer.**

● So veröffentlichte Pfeiffer 1982 „Enthüllungen", nach denen eine „DKP-Vorsitzende" Jugendliche regelmäßig unter Alkohol gesetzt habe, die dann mit Weinflaschen in der Hand durch das Ostertor gezogen seien.

Das Oberlandesgericht in Bremen verurteilte ihn zum Widerruf. Er mußte der betroffenen Sozialpädagogin (keine DKP-Vorsitzende) 5 000 Mark Schmerzensgeld und zusätzlich wegen übler Nachrede 1 200 Mark zahlen.

● So behauptete Pfeiffer, ein 18jähriger habe zwei Polizeibeamte mit Brandstiftung und Terroranschlägen gegen deren Familien gedroht. Das Landgericht Bremen verurteilte ihn und seinen Verlag zur Zahlung von 1 500 Mark an den jungen Mann.

● Die Staatsanwaltschaft Oldenburg ermittelt gegen Pfeiffer wegen Beihilfe zum Betrug und Urkunden-Unterdrückung. Hauptbeschuldigter ist der Postbote Gerd Uwe Postel, der früher als „Dr. Dr. Bartholdy" ein halbes Jahr lang als falscher Amtsarzt in Flensburg amtiert hat.

Journalisten schmieren

● Dem ehemaligen Vorstandsmitglied der Neue Heimat, Wolfgang Vormrock, schlug er vor, wie Journalisten geschmiert werden könnten.

Das Bild des Biedermannes wurde gestern in Kiel endgültig zerstört. Barschel: Pfeiffer habe ihm privat mitgeteilt, daß er in Scheidung lebe und schwere finanzielle Sorgen habe. Barschels Stellvertreter Schwarz: Pfeiffer sei mehrmals wegen „Alkohol-Verzehrs in der Dienstzeit" mündlich abgemahnt worden.

Das ist der Mann, der Barschel stürzen wollte.

Elf Jahre in CDU-Diensten. Enthüllungen über ein Schwein, dem man nicht glauben darf.

BILD, 19.9.87

Wahlsieg einer „Auch-Grünen-Partei"

So charakterisierte Björn Engholm das Abschneiden der schleswig-holsteinischen SPD. Dazu einige Anmerkungen.

1. Es sei vorausgeschickt, daß heute keine Politik, keine taktische Variante in SH die Grünen sicher über die 5%-Hürde bugsieren kann — weder konsequente Tolerierungspolitik noch weitgehende Koalitionsangebote sind in der Lage, ein Wählerpotential oberhalb von 5% zu binden. Dazu ist der sozialdemokratische Alleinvertretungsanspruch für oppositionelle Politik im Lande zu fest verwurzelt.

Hinzu kommt die handfeste grüne Krise seit Hessen und Hamburg. Und verschwiegen werden soll auch nicht die totale Abstinenz linker Initiativen und Gruppen in der Auseinandersetzung um die Reintegrationsbemühungen der SPD.

2. Während die Grünen im Wahlkampf von Pleite zu Pleite stolperten, konnte die SPD mit diversen Energie-, Frauen- und Ökomärkten ihr „grünes" Image verfestigen und erfolgreich grüne Themen besetzen. Zusätzlich präsentierte Engholm ein Schattenkabinett, das dem sozialdemokratischen „Reformwahlkampf" entsprach. Mit Günter Jansen als AKW- (Sozial)Minister, Datenschützer Bull als Innenminister, Eva Rühmkorff für's Kulturressort, Pauline Mürl für Frauen und dem bei sämtlichen Umweltverbänden hoch geschätzten Biologen Heydemann. Mit dem angekündigten Vetorecht der Frauen- und Umweltressorts bei allen Kabinettsentscheidungen, Plakat-Slogans wie „Naturkraft statt Atomkraft", einem Künstleraufgebot wie seit goldenen „Willy-wählen"-Zeiten nicht mehr usw., zementierte die Engholm-SPD ihren Reform-Ruf.

Der SPD-Wahlkampf samt dem Wahlprogramm wurde vielfach als „sehr gemäßigt, sehr zurückhaltend" beurteilt. Die CDU mäkelte (*„die SPD hat Kreide gefressen"*), sogar der „Spiegel" ließ Unzufriedenheit erkennen (Engholms *„Zaghaftigkeit", „kaum jemand reibt sich an ihm"*) — und Engholm selbst wurde nicht müde zu betonen, daß sein ehemals „linker Landesverband" nunmehr *„ins Zentrum der Partei gerückt"* sei (weil diese sich die schleswig-holsteinischen Vorstellungen zu eigen gemacht hätte).

Konkrete Reibungspunkte wurden umschifft

So wichtige, aber kontroverse Themen wie der AKW-Ausstieg wurden in den Hintergrund gedrängt. Die SPD hatte sich zwar auf einen 8-jährigen Ausstieg festgelegt und Jansen hatte sich in einer schwachen Stunde sogar darauf verstiegen, binnen eines Jahres die wesentlichen Schritte auf den Weg zu bringen (Stillegungsverfügungen). Daneben gab's aber einen eher bunten SPD-Chor: Der Chef, Engholm, redete bisweilen von der über 10-jährigen Frist, die er hoffe, einhalten zu können, dann sprach er wiederum nur von der Stillegung der Altanlagen Brunsbüttel und Krümmel. Andere Koryphäen mischten sich ungeniert ein und erklärten unwidersprochen das ganze Vorhaben für nicht „machbar": Schatzmeister H.U. Klose und NRW-Minister Matthiesen (ehemaliger Kandidat für SH). Im Kern hatte die SPD ihren Wahlkampf auf den Saubermann, den „smarten" Björn Engholm abgestellt. Die Enthüllung der

BILD am SONNTAG, 20. September 1987 Seite 3

Neues vom Mann, der Barschel stürzen wollte

Pfeiffer legte Feuer in der CDU-Zentrale

Barschel-Machenschaften am Vorabend der Wahl gegen den armen Björn paßten zu diesem Konzept wie die Faust aufs Auge — bescherten sie doch der Partei eine hohe Mobilisierung ihres eigenen Wählerpotentials. Während andere gerade hier verloren, erreichte die SPD (fast) die Stimmenzahl wie bei der letzten Landtagswahl.

3. Die SPD-SH hat nach der Bundestagswahl die Möglichkeit einer „rot-grünen" Zusammenarbeit in Aussicht gestellt (Glotz, Engholm, Jansen). Diese Öffnung war immer verknüpft mit der Forderung an die grüne Partei, eine verbindliche Kooperation über eine Wahlperiode vertraglich zu garantieren. Nach der Hessen-Wahl (Anfang April) wurden die Akzente verschoben. Die SPD charakterisierte jetzt die Grünen 1. als fundamentalistisch und 2. als ohnehin völlig chancenlos. Abgrenzung war Trumpf: *„Wer Strategiepapiere en masse formuliert, wer in der Spannbreite von Real- bis Fundamentalpolitik alle Klischees aufwärmt, wer sogar zweifelt, ob man den Ministerpräsidenten sofort abwählen sollte — verwechselt das Land mit einem alternativen Jugendzentrum. Meine Bereitschaft, mit den Grünen parlamentarisch fair zusammenzuarbeiten, war ehrlich gemeint: denn Sozialdemokraten waren in der Geschichte zu oft Opfer von Ausgrenzung und Mißachtung, als daß sie dies anderen antun könnten. Diese Bereitschaft hat ihre absolute Grenze, wo die grüne Partei politisch spekulativ und parlamentarisch unberechenbar wird".* (B. Engholm in „Die Rede").

Jansen formulierte den Sieg der SPD als Wahlziel (Flensburger Tageblatt 25.7.), erklärte die Grünen für überflüssig (*„Wozu brauchen wir sie, wenn wir in der Atomfrage das gleiche meinen?"*, Kieler Rundschau, 21.8.) und formulierte schließlich, *„Lieber knapp verlieren als nach der Wahl auf die Grünen angewiesen zu sein."* (Kieler Rundschau, 11.9.)

Parallel dazu hat Engholm völlig ungeniert seine große Zuneigung zu einer sozialliberalen Koalition verkündet und die hiesige FDP bis zur Peinlichkeit umworben — obschon diese in SH nach seiner Aussage rechts von der Hamburger FDP stehe.

4. Diejenigen, die den Grünen während des Wahlkampfes eine „flexible Politik", ein moderates Umgehen mit der SPD attestiert hatten, gehören heute zu ihren härtesten Kritikern. Taz-Realos sehen im Wahlausgang *„eine bittere Quittung"* für den *„Mittelkurs zwischen Realos und Fundis"* (Tom Janssen, 14.9.) sowie ein *„zu halbherziges, zu kleinmütiges"* Angebot an die SPD, die Wähler wollen *„Regierungsfähigkeit geboten haben"* (Klaus Hartung).

Das mag ihren Absichten für die Grünen entsprechen, doch dürfte Engholm tatsächlich näher an der Wahrheit liegen, wenn er seine SPD als „quasi Auch-Grüne-Partei" kennzeichnet.

Zumindest hat sie erfolgreich diesen Eindruck erweckt. Richtiger: erwecken können. Denn dieses Image hat ihr niemand streitig gemacht. Es waren und sind auch immer wieder Grüne gewesen, die dieser SPD auch heute noch das Etikett „linker Landesverband" angeheftet haben. (Von dem Chefredakteur der „Kieler Rundschau", Tom Janssen, von der DKP samt Umfeld soll gar nicht erst geredet werden).

KB/Schleswig-Holstein

Wahlen in Zahlen

Der erfreulichste Aspekt der schleswig-holsteinischen Landtagswahl ist sicherlich der starke Stimmenverlust der CDU. Sie verlor im Vergleich zur Landtagswahl 1983 über 150.000 Stimmen und fiel von 49% auf 42,6%. Auch die Gewinne der FDP konnten diese Verluste nicht auffangen, und zum ersten Mal erhielten SPD und Grüne zusammen mehr Stimmen als CDU und FPD.

Die Grünen haben das vielbeschworene „Stammwählerpotential" überschätzt. Es liegt offenbar in Schleswig-Holstein bei höchstens 50.000 Stimmen oder 3%. Die Erststimmenzahl der Bundestagswahl (fast 100.000) wurde bei weitem nicht erreicht.

Die SPD hat weniger Stimmen erhalten als bei der Landtagswahl 1983. Die prozentualen Zugewinne erzielte sie nur aufgrund der geringeren Wahlbeteiligung. Deshalb sollte mensch Äußerungen wie „die SPD sei in alle Gesellschaftsbereiche vorgedrungen" mit Vorsicht aufnehmen — die naheliegendste Interpretation ist die, daß die SPD im Gegensatz zur CDU ihre Wähler tatsächlich zur Teilnahme an der Wahl motivieren konnte.

Die von der CDU enttäuschten Wähler — und hier spielen in Schleswig-Holstein vor allem die in ihrer Existenz bedrohten Bauern eine Rolle — haben wohl eher gar nicht oder FDP als SPD gewählt.

Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW), die Partei der dänischen Minderheit, erhielt wieder 1,5% der Stimmen und einen Sitz im Landtag, da er von der 5%-Klausel befreit ist.

Die DKP gewann 130 Stimmen hinzu (jetzt 2.300) und stieg von 0,1 auf 0,2% der Stimmen. Ob dies am Wahlaufruf des BWK zugunsten der DKP gelegen hat, kann hier nicht beurteilt werden.

Die mit großen Ambitionen gestartete „Unabhängige Wählergemeinschaft Schleswig-Holstein", die mit einer Mischung aus konservativer Grundeinstellng, Kritik an der EG-Agrarpolitik und ökologischen Forderungen auf Stimmenfang ging, kam auf nur 1,3% der Stimmen. Selbst in Dithmarschen, wo sie bei den Kommunalwahlen im letzten Jahr 11,2% der Stimmen erhielt, kam sie nur auf 3,6%. Die Wurzeln dieser Partei sind — neben CDU-Abgängern — auch in konservativen ökologisch orientierten Kreisen zu suchen, die in Schleswig-Holstein eine Tradition haben (GLSH, ÖDP).

Rechtsradikale Parteien haben in Schleswig-Holstein nicht kandidiert.

Es ergibt sich eine interessante Sitzverteilung, nämlich 36 Sitze für die SPD, 33 für die CDU, 4 für die FDP und einen für den SSW. Deren Abgeordneter Karl-Otto Meyer will Barschel nicht abwählen, aber auch nicht mit CDU und FDP koalieren — Dänische Tolerierung statt Rot-Grünem Chaos also.

A., Kiel

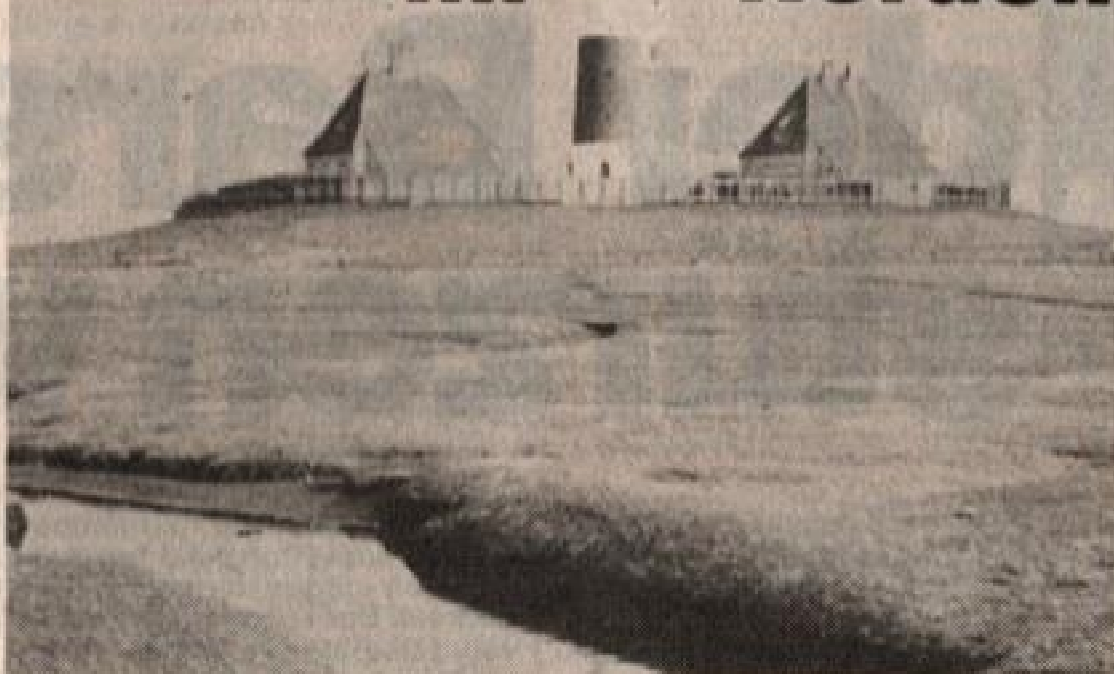
	CDU	SPD	FDP	Grüne	CDU + FDP	SPD + Grüne
BW 83*	49,8	44,3	2,1	3,4	51,9	47,7
LW 83	49,0	43,7	2,2	3,6	51,2	47,3
KW 86	44,2	40,3	4,4	7,4	48,6	47,9
BW 87*	46,1	43,0	4,3	5,9	50,4	48,9
LW 87	42,6	45,2	5,2	3,9	47,8	49,1

Wahlbeteiligung/Wählerstimmen

	Wahlbet.	CDU	SPD	FDP	Grüne
LW 83	84,8%	814.000	726.000	36.000	59.000
BW 87*	84,4%	784.000	731.000	72.000	99.000
LW 87	76,0%	659.000	700.000	81.000	60.000

* Erststimmen

Knockout im Norden



Daß aus dem „Politischen Frühling" (Wahlslogan der Grünen) nichts wird, damit hatte man bei den schleswig-holsteinischen Grünen schon gerechnet. Auch daß es für die eigene Partei knapp werden könnte, wurde ins Kalkül gezogen. Erklärungen für den „4,9%-Fall" hielten die grünen Spitzenkandidaten vorsichtshalber bereit.

Was dann allerdings am Wahlabend passierte, mußte nicht mehr langatmig erklärt und kommentiert werden. Dreikommaneun — schlimmer hätte das Desaster kaum ausfallen können.

„Eine Kiste Sekt für jedes Mitglied", versprach der zum Wahlkampf angereiste Daniel Cohn-Bendit seinen schleswig-holsteinischen Parteifreunden, falls sie das grüne Bundestagsergebnis am 13. September wiederholen sollten. Hämisch spielte der hessische Koalo damit auf die nun acht Jahre andauernde Chancenlosigkeit der Grünen gegen die „linke" SH-SPD an. Eine SPD, die immerhin bei der Landtagswahl 1979 der Liste für Demokratie und Umweltschutz (LDU), einer links-alternativen Vorläuferorganisation der grünen Partei in Schleswig-Holstein, einen Wahlaufruf wert war.

Bei dieser Wahl — die LDU kandidierte nicht — kam die streng ökologisch-antikommunistische Grüne Liste Schleswig-Holstein (GLSH) um Baldur Springmann auf 2,4% und verhinderte damit eine sozialliberale Mehrheit im Kieler Landtag. Ganze 700 Stimmen fehlten seinerzeit zur Ablösung Stoltenbergs. Ein Ereignis, mit dem die SPD bis heute Politik gegen die Grünen macht, und offenbar fest im Bewußtsein des „rotgrünen Wechselwählers" verankert hat. In der Folgezeit trat die Mehrheit der LDU-Mitglieder in die neugegründete grüne Bundespartei ein. Das „Zusammenwachsen" rechtsökologischer und eher sozialistischer Strömungen in der gemeinsamen Partei gestaltete sich in Schleswig-Holstein besonders schwierig. Ungezählt sind die Ein- und Austritte, Skandale und Skandälchen zwischen '80 und '83. Erst mit der Landtagswahl '83 und dem einzigen gemeinsamen Interese, über die 5% zu kommen, fand eine Fusion von GLSH und Grünen statt. Im Mittelpunkt der Wahlstrategie stand nach dem 79er Ergebnis die Frage nach dem Verhältnis zur Engholm/Jansen-SPD. Die Fusions-Partei rang sich schließlich zu einer scharfen Abgrenzung gegen die SPD durch, wobei eine Wahl Engholms durch evtl. grüne Abgeordnete zum Mnisterpräsidenten in Aussicht gestellt, aber sehr skeptisch eingeschätzt wurde. Der Autor des damals angenommenen Strategieantrags, Lars Hennings ('83 und '87 Nummer 2 der grünen Landesliste) formulierte explizit, *„daß sich die SPD nicht darauf verlassen kann, daß wir ihren Kandidaten auf jeden Fall mitwählen."* Mit dieser Wahlaussage kamen die SH-Grünen nicht nur zu ihrem „Fundi-Image", sondern auch zu enttäuschenden 3,6%. Enttäuschend auch deshalb, weil man bei der Bundestagswahl eine Woche zuvor auf Landesebene locker über 5% kam.

Vier Jahre später mußte ein Erfolg her, nicht zuletzt, weil es am 13.9. auch um das politische und organisatorische Überleben der Partei ging. Um der schleswig-holsteinischen Öko-SPD diesmal gewachsen zu sein, wurde frühzeitig eine „Strategiediskussion" eingeläutet.

Schon bald, nach den ersten Stellungnahmen prominenter Linksgrüner, allen voran Lars Hennings, wurde deutlich, daß zur Wahl '87 die Weichen auf „rot-grün" gestellt werden sollten. Zwischen den unterschiedlichen Positionen — bedingungslose Tolerierung, wechselnde Mehrheiten, Knackpunkttolerierung, Tolerierungskatalog — die sämtlich von der Linken präsentiert wurden, war dies nie strittig.

„Barschel muß weg", „neue Mehrheit nur mit uns", „ohne grün bleibt alles schwarz", hießen fortan die zentralen Parolen der Grünen SH. Die im April beschlossene „Strategie" sah zwei Punkte — Ausstieg aus der Atomenergie und keine Transporte zur Giftmülldeponie Schönberg — für eine „dauerhafte Unterstützung einer Engholm-Regierung" durch die Grünen vor. Auch weil beide Punkte tief im juristischen Dschungel beheimatet sind, die tatsächlichen Möglichkeiten einer Landesregierung beschränkt sind und die Sache viel Zeit kosten würde, wurde nach dieser Beschlußlage die Wahl Engholms im Falle einer „rotgrünen Mehrheit" durch die potentielle grüne Landtagsgruppe nicht mehr ernsthaft in Frage gestellt.

Der grüne Wahlkampf wurde folglich fast ausschließlich auf „rotgrün" abgestellt. Selten zuvor hat eine grüne Partei so ungeniert mit ihrer Rolle als Mehrheitsbeschaffer geworben wie in Schleswig-Holstein. „Je näher der Wahltag rückt, desto kompromißbereiter werden die Grünen", kommentierten die konservativen Kieler Nachrichten. Eine Message, die vom sozialdemokratischen Wunschpartner völlig ignoriert und von der eigenen Basis offensichtlich nicht verstanden wurde.

Noch Wochen nach den grünen Goodwill-Bekundungen reiste Björn Engholm mit dem Slogan, die Grünen wollten ihn „erst wählen und dann quälen" durchs Land. Ignorieren und von Zeit zu Zeit das „Fundi"-Image aufpolieren — die Grünen konnten sich mit rotgrünen Nettigkeiten aufdrängen wie sie wollten, die Sozis blieben bei ihrem bewährten Wahlkampfkonzept. Daß die Grünen in der eigenen Partei auf wenig Gegenliebe stießen, zu keinem Zeitpunkt die eigenen Leute mobilisieren konnten, reihenweise Wahlkampfflops organisierten, war schon eher überraschend. Angefangen beim Wahlkampfauftakt in der 6.000 Menschen fassenden Kieler Ostseehalle, in die sich nicht einmal 300 Freunde der Partei einfanden, bis zum „Friedenskongreß" in Flensburg mit hervorragender internationaler (v.a. skandinavischer) Besetzung, die nur 30 Leute sehen wollten. Kurz vor der Wahl brachten die Grünen einen „Offenen Brief an die Wählerinnen und Wähler" heraus, in dem die zentrale Wahlaussage nochmals beschworen wird: *„Wir wollen rot-grüne Mehrheiten im schleswig-holsteinischen Landtag und eine Zusammenarbeit mit der SPD. (...) Solange die Grundrichtung stimmt, werden die Grünen Schleswig-Holstein den erneuten Versuch einer ökologischen und sozialen Reformpolitik nicht leichtsinnig gefährden."*

Durch Betonung der eigenen Harmlosigkeit den rotgrünen Wechselwähler überzeugen — das war schon mehr als ein Verzweiflungsakt. Hier, und nicht beim „fundamentalistischen Landesverband", wie nun von interessierter Koalo-Seite behauptet wird, dürfte der Hauptgrund für den Eigenanteil an der Niederlage liegen. Wer auf jede substantielle Kritik an der SPD verzichtet und sich nur noch als Mehrheitsbeschaffer anbietet, der kann auch nicht glaubhaft machen, warum die Leute nicht gleich sozialdemokratisch wählen sollen. Und — dies ist in der Kieler Wahlnacht deutlich geworden — der hat in der Niederlage noch nicht einmal die Sympathien auf seiner Seite.

ra/Kiel

Biografie von Candace Falk

»... sollen die GRÜNEN überhaupt noch kandidieren?«

Interview mit Jan Bartkowiak, GRÜNE/Schleswig Holstein

Zur Person: Jan Bartkowiak gehört zur Gründergeneration der Wahlbewegung in Schleswig-Holstein. Aus der Z/ISP kommend bestimmte er maßgeblich die Politik der „Ökosozialisten" in der grünen Partei mit. In den letzten Jahren prägte diese Strömung vor allem die grüne Politik in Schleswig-Holstein. Neben seiner Tätigkeit als „Wahlkamfmanager" gehörte er der grünen „Landesgruppe" an, jenem Kreis von aussichtsreichen Kandidaten, die sich monatelang auf ihre künftige Abgeordnetentätigkeit vorbereiteten.

AK: Eure Wahlkampfstrategie und mehr noch euer Wahlkampf war voll auf „rotgrün" abgestellt. Was hat den eher „fundamentalistischen" SH-Landesverband zu dieser Politik veranlaßt?

J. B.: Was es in Schleswig-Holstein gegeben hat, war der Versuch, ausgehend vom Nicht-Mittragen staatlicher Verantwortung und Regierungspolitik, einen Weg zu finden, der drei Grundbedingungen berücksichtigt. Erstens, eine SPD, in der Positionen wie Ausstieg aus der Atomenergie, verschiedene ökologische Fragen usw. stärker vertreten werden als in anderen Landesverbänden der SPD. Zweitens ein Land, das nicht gerade ein industrielles Zentrum ist, wo es auch größere politische Spielräume für politische Ansätze gibt.

Und drittens eine relativ gering entfaltete Linksopposition, ausdrücklich an der Basis; d.h. eine Wählerstruktur der Grünen, die notwendigerweise auf bürgerliche Schichten angewiesen ist, um die 5%-Hürde zu überspringen. Daraus ergab sich eine Analyse, die sagt, wir müssen eine flexiblere Politik fahren — keine Koalition und relativ wenig „Knackpunkte" an entscheidenden Fragen. Unser Konzept, zwei Knack- oder Bruchpunkte zu benennen, weist Ähnlichkeiten mit den Positionen von Ulla Jelpke und Heiner Möller nach der letzten Hamburg-Wahl auf. Eine Kombination von Oppositionspolitik auf der einen Seite und Berücksichtigung gesellschaftlicher Machtverhältnisse auf der anderen Seite.

Was letztlich von dieser Strategie, bzw. deiner Interpretation des Ansatzes, übrigblieb, war das aufgeregte Setzen auf die „neuen Mehrheiten", die treuherzigen „wir meinen es ernst, wir sind nicht leichtsinnig"-Beteuerungen.

Nun wäre es schlicht gelogen, würde ich sagen, es gab eine klare, vereinheitlichte politische Konzeption in der Bündnisfrage. Nein, das Problem liegt natürlich in dem Konzept selbst. Es gab keine realistische Einschätzung, was mit der SPD tatsächlich umsetzbar gewesen wäre. In der Presse wurde gesagt, das sei ziemlicher Quatsch, die SPD fordert das ja auch (gemeint sind die beiden Tolerierungspunkte).



Und innerhalb der Grünen gab es völlig unterschiedliche Beurteilungen, ob die SPD programmatisch ernstzunehmen ist oder ob sie sich im Rahmen sozialdemokratischer Taktik bewegt, mit dem Ziel die Grünen aus dem Parlament rauszuhalten. Es hat in diesem Bereich weder eine gemeinsame Analyse gegeben, noch ist die Vermittelbarkeit gelungen.

Weil die SPD zumindest in Schleswig-Holstein als Reformkraft angesehen wird, haben die Grünen es schwer gehabt zu begründen, warum für wirkliche Reformpolitik die Grünen eindeutige Voraussetzung sind. Die Analyse dessen, was SPD-Politik ist, wo die inhaltlichen Differenzen zwischen SPD und Grünen liegen, war zu schwach. So würde ich die Endphase des Wahlkampfes verstehen.

War aufgrund eurer schwachen Positionen und des „Strategiedilemmas" nicht auch ein parlamentarischer Weg vorgezeichnet, der v.a. in radikalen Debattenbeiträgen einerseits und einer bedingungslosen Engholm-Unterstützung in allen realpolitisch wichtigen Fragen andererseits bestanden hätte. Ein Weg, der vielleicht auch der eigenen grünen Anhängerschaft nicht allzu attraktiv erschien?

Kann man eine radikale Reformpolitik übers Parlament entwickeln, ohne daß man was im Rücken hat — das ist für mich die Hauptfrage. Wenn die Grünen in den Landtag eingezogen wären und der Erfolg hätte lediglich darin bestanden, daß die Grünen bei Neuwahlen bei 3% gelandet wären, bleibt die Frage, wo da der erweiterte Spielraum für Oppositionspolitik ist. Also, ob die Taktik, die man gewählt hat, sich letztlich zum Eigentor entwickelt. Wir verlieren immer mehr Rückenwind für eine radikale Oppositionspolitik und einen harten Gang gegen die SPD. In allen gesellschaftlichen Bereichen — Friedens-, Frauen-, Umweltpolitik — nehmen sozialdemokratische Strömungen und sogar Strömungen der CDU ideologischen Einfluß. Wenn man in dieser Situation als radikale Oppositionspartei im Parlament ist und sich an einer Regierungskonstituierung beteiligt, kann man eine radikale Oppositionspolitik nicht halten. Höchstens unter Verlust der eigenen parlamentarischen Existenz. In dieser Situation plädiere ich dafür, an der Nicht-Regierungsbeteiligung festzuhalten, auf der anderen Seite sich aber zu öffnen, was die Unterstützung einer SPD-Minderheitsregierung angeht.

Der gesamte Landesverband hat jahrelang vom 13. September gelebt. Alles was oberhalb der kommunalpolitischen Ebene tätig war, arbeitete am Projekt „Landtagsfraktion". Gibt es nach dem Debakel überhaupt noch eine Zukunft für die Wahlpartei Grüne-Schleswig-Holstein?

Diese Legislaturperiode wird nicht vier Jahre dauern. Wir müssen uns auf baldige Neuwahlen einstellen. Meiner Ansicht nach muß eine Debatte geführt werden, beteiligen wir uns an diesen Wahlen und wenn, unter welchen Voraussetzungen? Meine Analyse ist, daß ein erneutes Abschneiden bei 3,9% oder vielleicht sogar 2,8% das grundsätzliche Aus für die Grünen in Schleswig-Holstein bedeuten würde. Politisch interessant ist, welche Schritte gemacht werden müssen, um den erneuten Versuch einer Kandidatur einigermaßen glaubwürdig zu machen. Niemand nimmt uns ja ab, nächstes Mal schaffen wir's. Da hat die SPD viel bessere Argumente. Meine Analyse sagt, die Grünen in Schleswig-Holstein sind kein gesellschaftliches Bündnisprojekt, das die 5% nehmen kann. Ich möchte eine Öffnung der Grünen für die unorganisierte Linke, für das linke und autonome Spektrum bis hin zu Verbänden und Umweltgruppen, die sich nicht als links verstehen. Wir müssen eine offensive Diskussion führen, ob das Projekt oppositionelle Partei im Landtag überhaupt noch interessiert. Die Frage muß aufgeworfen werden, sollen die Grünen überhaupt noch kandidieren! Es ist ja nicht unser Privatinteresse, daß wir geil auf Parlamentssitze sind. Es geht exakt um die Frage der Bedeutung parlamentarischer Organisation. Und das betrifft mehr Leute als ein zufällig ausgewählter Kreis grüner Mitglieder in irgendwelchen Ortsverbänden. Ich würde einen erneuten Wahlantritt von dieser Diskussion und einer verstärkten Unterstützung anderer gesellschaftlicher Gruppen und Strömungen abhängig machen.

Also unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen wie vor ein paar Tagen nicht noch einmal?

Wenn wir noch nicht einmal innerhalb der grünen Partei eine Mobilisierung und Begeisterung für das eigene Anliegen hinkriegen, wenn die Unterstützung ähnlich bleibt wie bei der Wahl, würde ich — ich habe das noch nicht zu Ende gedacht — auf eine Wiederkandidatur verzichten. Dann muß man so viel Geduld haben, die Sozialdemokraten erst einmal an der Regierung zu erleben und dann klar machen, warum man die Grünen doch im Parlament gebraucht hätte ...

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte **ra/Kiel**

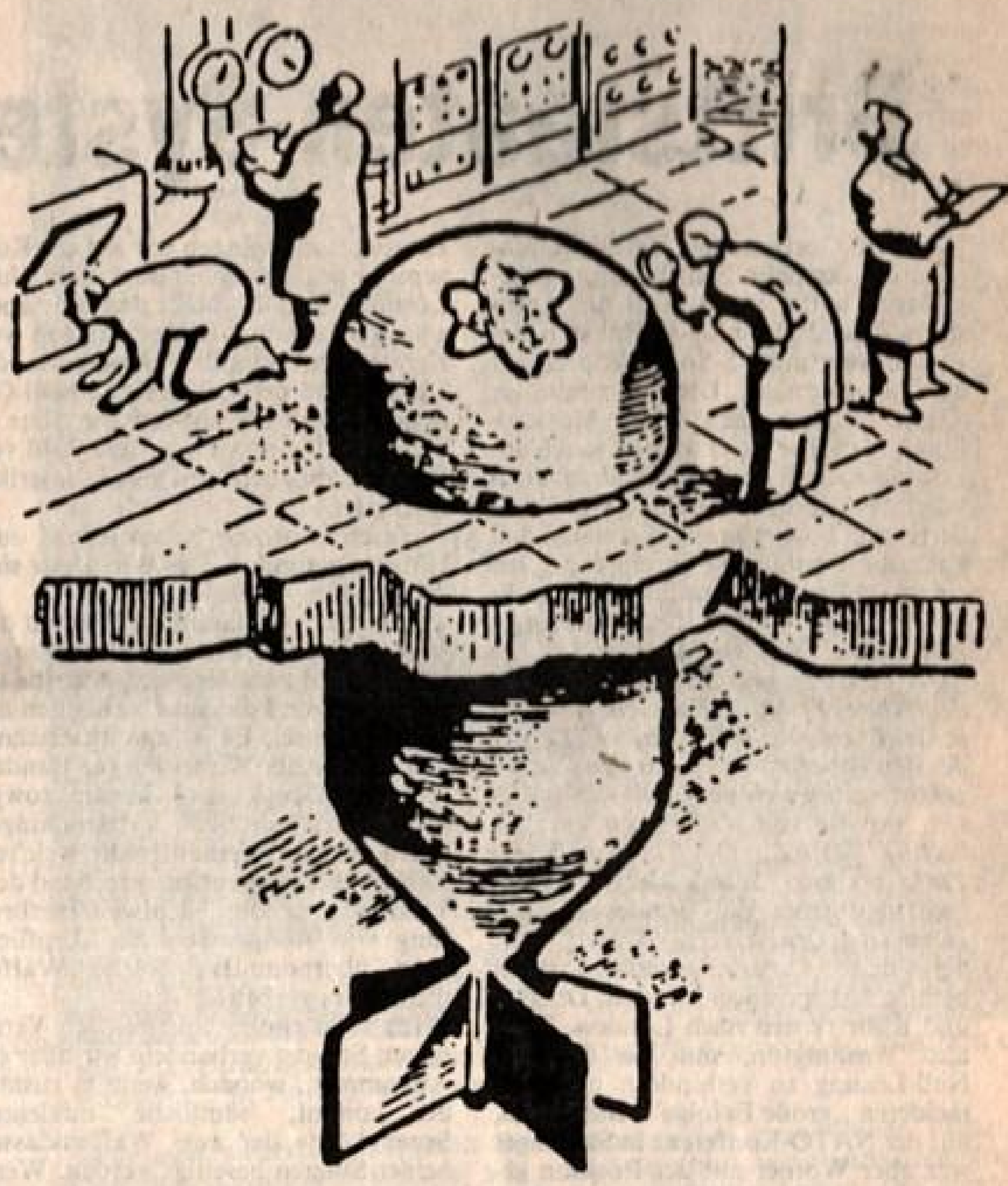
BWK für DKP

Der BWK hat sich mit der Landtagswahl in Schleswig-Holstein befaßt und eine indirekte Wahlempfehlung für die DKP ausgesprochen. In einer Stellungnahme lesen wir: *„(...) Inzwischen ist klar, daß keine offen faschistische Partei zu den Landtagswahlen antritt. Wir sind der Meinung, daß das weniger ein Hinweis auf die Schwäche der faschistischen Organisationen als vielmehr darauf ist, daß Faschisten in SH im Augenblick gar nicht unbedingt kandidieren müssen, um ihren Einfluß geltend zu machen (...) Das Wahlprogramm der CDU läßt — anders als bisher — Interpretationen in alle Richtungen offen."*

Wesentliches Motiv für den BWK bei seiner Pro-DKP-Entscheidung ist der antifaschistische Kampf. Bislang hätte die DKP die übrigen linken Organisationen immer mit *„Vernichtungskonkurrenz überzogen, um links von den Grünen konkurrenzlos dazustehen"*. Jetzt sei halt ein Umdenken feststellbar.

„Die Kandidatur der DKP ist kein Ersatz für die Kandidatur eines antifaschistischen Bündnisses. Trotzdem: Stimmenverluste und geringe Anzahl von Stimmen für die DKP werden zu Recht als Schwäche der Antifaschisten und Linken interpretiert. (...) Wenn Linke und Antifaschisten jetzt DKP wählen, sollte sie sich klar machen, daß sie diese Stimmen nicht für Staatstreue und Zugeständnisse an die Sozialdemokratie, sondern wegen ihrer antifaschistischen Politik erhält. (...) Sie soll ruhig erkennen können, daß durch eine konsequente antifaschistische und antireaktionäre Politik in Zusammenarbeit mit anderen linken Kräften auch bei Wahlen Stimmen gewonnen werden können."

BRD keine Atommacht, aber wollen würden sie schon gern



Gleich zweimal rief Genscher am 10.9. im Bundestag aus: *„Wir sind keine Atommacht, wir wollen es auch nicht sein."* Anscheinend eine Banalität ist also der Antrag, den die Grünen am 2.9. in den Bundestag eingebracht haben. Nach dem Vorhaben der Regierung, den Umweltschutz in den Verfassungsrang zu heben, wollen jetzt die Grünen den BRD-Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz aufgenommen haben (s. Dokumentation in diesem AK). Nachdem Thomas Ebermann im Bundestag von *„Atommachtswünschen"* der Regierungsparteien bis hin zu Helmut Schmidt und dabei sogar von einer *„Tradition"* in der BRD gesprochen hatte, tobte Genscher: Das sei ein *„Tiefschlag"* und *„politische Umweltverschmutzung"*, das *„unterminiert das Vertrauen in unser Land. Und das weisen wir mit Entschiedenheit zurück!"*

Doch noch nie ist in den letzten zwei Jahrzehnten in der BRD so offen über eine atomare Teilhabe oder eigene Atomwaffenoptionen geredet und diskutiert worden wie in diesem Jahr. Und es war keinesfalls die Sowjetunion allein, die den Verdacht einer BRD-Atomwaffenoption ins Spiel gebracht hatte, weil die BRD ihre Pershingsysteme aus dem Abkommen zum Abbau landgestützter Mittelstreckenraketen ausklammern wollte (s. die Rede Schewardnadses in der Dokumentation).

— Da wird in Frankreich erstmals seit den 50er Jahren wieder ganz offen über eine atomare Teilhabe der BRD an ihren Neutronenwaffen diskutiert (s. Artikel im letzten AK dazu).

— Da warnen Kissinger und sein Ex-Präsident Nixon die Reaganregierung davor, die doppelte Nullösung abzuschließen, mit der Begründung, daß ansonsten *„keine deutsche Regierung (...) den Sirenenklängen nach Denuklearisierung einerseits oder dem Erwerb von Atomwaffen andererseits widerstehen"* könnte (in der Washington Post, vom 26.4.87).

— Da waren die Erneuerungsplanungen der Pershing Ia im Verteidigungshaushalt 1985 schon unter dem vielsagenden Titel *„Nukleare Teilhabe"* zu finden.

— Da will Strauß nicht nur die Erneuerung der Pershings der BRD, sondern gleich ein *„gemeinsames europäisches Atomwaffenpotential"*. Er beklagte die Schwäche, *„daß 320 Mio. Europäer nicht so viel an militärischer Verteidigungskraft aufbringen, daß sie allein ein wirksames Abschreckungs- oder Kriegsverhinderungspotential gegenüber 200 Mio. Russen darstellen"* (am 1.5.87, nach „Archiv der Gegenwart", 21.5.87).

— Da erklärt Bundeskanzler Kohl, als ob die BRD ein Kernwaffenstaat wäre, die Pershing Ia der Bundeswehr mit US-Sprengköpfen zu *„Drittstaatensystemen"* (am 5.Mai), und die USA übernehmen diese Sprachregelung. Und erst nach internationalem Druck, weil die Pershings nicht mehr haltbar gewesen seien (so Kohl laut FAZ, 3.9.87), gibt Kohl einen an Bedingungen geknüpften möglichen Verzicht bekannt.

— Und ein guter alter Freund, der ehemalige Leiter des Planungsstabes im Bonner Verteidigungsministerium (1976-83) und heutige SIPRI-Direktor, Stützle sagt, die BRD habe *„durch die Art, wie sie glaubte, ihre Interessen vertreten zu müssen, sowohl im Westen als auch im Osten ein erhebliches Problem verursacht. Im Westen hat sie sich isoliert von der Position der Vereinigten Staaten, und im Osten hat sie völlig unnötigerweise neue Verdächtigungen produziert, die so weit reichen, daß einige Leute sagen: Aha, in der Bundesrepublik gibt es wieder Leute, die letzlich doch wieder den Finger am atomaren Abzugshebel bekommen wollen (...) Man kann nicht über Faustpfände sprechen und mit Faustpfänden Politik machen wollen, die man gar nicht besitzt."* (im WDR II am 27.8.87)

— Da gibt es eine Liste des US-Geheimdienstes, die aufführt, welche Länder über wieviel Anlagen verfügen, die zum Bau von Atombomben geeignet sind. Einsamer Spitzenreiter ist die BRD mit 37 Anlagen: Hanau, Karlsruhe, Wackersdorf und Gronau sind die bekanntesten Symbole dafür.

— Und schon 1972 lehrte uns der Militärexperte Dieter Mahnke in seinem Standardwerk über die „Nukleare Mitwirkung": *„Die Fähigkeit zur Herstellung von Kernwaffen wird dem Interesse eines Landes an nuklearer Mitwirkung viel mehr Gewicht verleihen, und umgekehrt wird sie das Interesse der Kernwaffenstaaten, der Entstehung einer weiteren unabhängigen Macht mit kollektiven Mitteln vorzubeugen, beträchtlich steigern."* (s. a.a.O. in diesem AK)

Doch gleichzeitig wird mit routinierter Gekränktheit jedes Atomwaffenstreben der BRD dementiert. Man habe doch schon 1954 unter Adenauer auf Atomwaffen verzichtet, das sei ganz einzigartig in der Welt gewesen. Man habe doch schließlich den Atomwaffensperrvertrag unterschrieben und völkerrechtsverbindlich jede Teilhabe an Atomwaffen ausgeschlossen. Das alles ohne jeden internationalen Druck, behauptete Genscher jetzt im Bundestag. Wir haben von Genscher gehört, daß es zur Staatsräson gehört, dies nicht anzuzweifeln, und wir haben die Mahnungen an die SPD-Abgeordneten vernommen, die hier Fragen gestellt hatten, nicht *„eine von Moskau selbst nicht geglaubte, aber ihm nützliche Legende über die nuklearen Ambitionen Bonns zu verbreiten"* (FAZ, 25.8.87).

Es ist an der Zeit, diesem traditionsreichen Atomwaffenverzicht der BRD mal oder wieder einmal gründlich nachzugehen. War nicht der Adenauer-Verzicht von 1954 schon die erste Abschwächung der Auflagen für die BRD? War es nicht das „Verdienst" der Brandt-Scheel-Regierung, dafür zu sorgen, daß der Atomwaffensperrvertrag erst einmal auf 1995 befristet worden ist?

Wir beginnen in diesem AK mit einer Artikelserie und -folge zu diesem Thema. In einer der nächsten AK-Nummern wollen wir die Frage erörtern, was die BRD denn mit eigenen Atomwaffen oder europäischen Atomwaffen, sei es in Kooperation mit Großbritannien oder Frankreich, anzufangen gedenkt, weshalb sie sich um fast jeden Preis diese Optionen offenhalten wollte und will. In diesem AK beginnen wir mit dem Abdruck einer vierteiligen Artikelserie mit dem Titel: *„Auf leisen Sohlen zur Bombe? — Bonner Begehrlichkeiten und der Atomwaffenverzicht"*. Dieser ausgezeichnete Text stammt von Mathias Küntzel, der dem AK-Leser ja nicht unbekannt ist. Er wurde für das Buch: *„Reaktoren und Raketen — Bonn auf dem Weg von der zivilen zur militärischen Atomenergie"* geschrieben, eine Zusammenstellung verschiedener Beiträge zum Thema. Das Buch wird von Udo Schelb noch in diesem Herbst im Pahl-Rugenstein Verlag herausgegeben werden.

Es ist ja nicht das erste Mal, daß wir uns dieses Themas annehmen. (Eine vollständige Liste aller AK-Artikel dazu ist im Antimil-Register zum AK abgedruckt.) Und zugegeben, es ist ein sehr, sehr langer Artikel, und wir sind uns klar darüber, daß nicht jeder AK-Leser so einen Text verschlingen wird. Aber man wird es in der politischen Debatte in kommender Zeit immer dringender benötigen. Im Schlußabsatz des Vorwortes des Artikels, der für die Buchveröffentlichung geschrieben wurde, heißt es: *„Auf den folgenden Seiten wird sich zeigen, daß das ‚blinde' Vertrauen in den deutschen Atomwaffenverzicht nur mit Unwissenheit entschuldigt werden kann."* Dieser Unwissenheit gilt es also abzuhelfen.

Adenauers Atomverzicht

„Deutschland konnte seine Souveränität anfangs nur für den Preis eines teilweisen Souveränitätsverzichts wieder herstellen, weil seine Verbündeten nicht nur Sicherheit f ü r, sondern auch Sicherheit v o r Deutschland haben wollten. (...) Aber gerade weil dies ein Akt der Diskriminierung war, werden deutsche Ambitionen, sich von dieser Fessel so schnell wie möglich zu befreien, von den Urhebern der Diskriminierung — eingedenk der Folgen von Versailles — einerseits für selbstverständlich gehalten und andererseits befürchtet." Das schrieb Theo Sommer 1966. (Soweit Zitate dem Text von Mathias Küntzel entnommen sind, werden sie hier nicht extra aufgeführt.)

Für den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft 1952 mußte Adenauer zum ersten Mal einen Atomwaffenverzicht in Kauf nehmen, bei dem auch noch gleich auf jegliche Atomwaffenforschung zu verzichten war. Daran mag man sich nun gar nicht mehr erinnern. 1954 mußte als Preis für die Aufnahme in die WEU und später in die NATO erneut ein Atomwaffenverzicht her. Da verzichtete Adenauer aber nur noch auf die Produktion von Atomwaffen auf deutschem Boden, also nicht auf den Erwerb oder die Produktion im Ausland. „Friedliche Atomforschung" wurde erlaubt. Doch schon ab 1949 hatte eine „Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft" Atomwissenschaftlern, die bereits zur Nazizeit aktiv gewesen waren, die weitere Forschung ermöglicht. 1956 konnte der frischgebackene Atomminister (Strauß) den Export von Uranzentrifugen nach Brasilien genehmigen, was erst in letzter Minute von den USA gestoppt wurde. Schimmelbusch (Betriebsleiter der DEGUSSA unter den Nazis) besorgte seit 1952 den Export von Uran und gründete später die Firma NUKEM in Hanau.

1956 stellte Adenauer vor dem Kabinett die Forderung auf, *„nukleare Waffen in der BRD herzustellen"*, und in das Atomgesetz hatte man erst nachträglich den Passus *„für friedliche Zwecke"* aufgenommen.

1957 kam es zu einem ersten französisch-deutschen atomaren Techtelmechtel, das auch heute nur in Insiderkreisen bekannt ist. Im Februar 1958 wurde unter Einschluß Italiens ein Dreierabkommen über die wissenschaftlich-technische atomare Zusammenarbeit geschlossen, das einigen Quellen zufolge auch französische Atomsprengköpfe für die BRD beinhalten sollte. Unter de Gaulle, ab 1958, wurde diese Zusammenarbeit zunächst aufgelöst. Aber schon 1963 wurde die systematische Zusammenarbeit auf dem Brütersektor begründet. Heute, seit 1981, liefert der daraus hervorgegangene Brüter Plutonium für französische Atomwaffen.

Der NATO-Streit über die nukleare Gleichberechtigung der BRD

Im September 1956 begann eine öffentliche Debatte über die Atombewaffnung der Bundeswehr. Diese Debatte brachte damals auch eine breite Protestbewegung mit der SPD und den Gewerkschaften an der Spitze hervor. Am 25.3.1958 beschloß die CDU/CSU-Bundestagsmehrheit, *„die Streitkräfte der Bundeswehr mit modernsten Waffen"* auszurüsten. Ab 1958 erhielt die Bundeswehr die ersten Kurzstreckenraketen, die mit US-Sprengköpfen ausgerüstet sind. Die Sprengköpfe waren in Friedenszeiten unter US-Verschluß. Seither wurden auch BRD-Atomspezialisten in den USA in Spezialkursen *„in der Entwicklung und Produktion von militärischen Reaktoren"* ausgebildet.

Adenauer ging davon aus, daß westdeutsche Atomwaffen die Sowjetunion zu Zugeständnissen in der Wiedervereinigungsfrage veranlassen würden. Strauß erklärte (1965), daß eigene Atomwaffen *„zum Symbol, ja zum Charakteristikum, zum bestimmenden Kriterium der Souveränität zu werden sich anschicken"*. Mit eigenen Atomwaffen könne man *„im Ernstfall die nukleare Intervention der verbündeten Supermacht auslösen"*, hieß es in der „Wehrkunde" (1965) zum Sinn und Zweck eigener Atomwaffen. Doch BRD-Atomwaffen wollten weder der Osten noch die NATO-Partner haben. Kennedy wird die Äußerung zugeschrieben, daß dies Krieg auslösen würde. So mußte sich die BRD mit Versuchen begnügen, Teilhaber der Nuklearplanungen in der NATO zu werden, während Frankreich und Großbritannien damit begannen, eigene Atomwaffenarsenale aufzubauen.

Als die USA sich 1960 bereit erklärten, eine Multilaterale Atomstreitmacht (MLF) mit 25 Schiffen und 200 Raketen aufzustellen, war die BRD an vorderster Front dabei und wollte sogar 40% der Kosten tragen. Speziell von der BRD wurden verschiedene Modelle ins Spiel gebracht, die auf Mitverfügung und sogar schließlich eine Verfügungsgewalt der BRD über diese Atomraketen hinausliefen. Als Mitte der 60er Jahre die Pläne für die MLF ad acta gelegt wurden, weil die atomaren Hauptpartner der USA, Großbritannien und Frankreich, nicht mitmachen wollten, kam es zu schärfsten Protesten der BRD. Der damalige Außenminister Schröder (CDU) verkündete, daß die BRD nur beim Zustandekommen einer MLF *„auf den Erwerb eigener Atomwaffen"* verzichten könne. Dazu muß man wissen, daß zur gleichen Zeit die BRD erstmals einen Reaktor in Betrieb genommen hatte, von dem jederzeit waffenfähiges Plutonium abgezweigt werden konnte, und daß in Karlsruhe eine Wiederaufarbeitungsanlage zum Abtrennen von Plutonium errichtet und auch betrieben wurde. Die USA richteten als „Ersatz" für die MLF die bis heute bestehende Nukleare Planungsgruppe der NATO ein, in der auch die BRD vertreten ist. 1967/68 kam es dort zum ersten Streit, weil die BRD (und die Türkei) die Verfügungsgewalt über die Atomminen verlangten.

•

Der Atomwaffensperrvertrag

Doch im Zeichen der Entspannungspolitik USA-UdSSR hatten sich die Vorzeichen etwas geändert. Speziell wegen ihres Anspruches auf Wiedervereinigung und der Hallstein-Doktrin geriet die BRD immer stärker in die Isolierung. Mitte der 60er Jahre legten die USA und die Sowjetunion den Atomwaffensperrvertrag vor, wobei für alle Beteiligten die Unterschrift der BRD von zentraler Bedeutung war. Als die ersten Vertragsentwürfe 1967 bekannt wurden, nannte Adenauer dies einen *„Morgenthau-Plan im Quadrat"*, und Strauß erklärte: *„Ich hoffe, daß die Bundesrepublik nicht ihr Todesurteil unterschreibt."* Federführend für die Verhandlungen war aber ab 1967 der neue Außenminister der Großen Koalition, Willy Brandt (SPD). Die BRD setzte folgende Revisionen durch: Der Atomwaffensperrvertrag wurde auf 25 Jahre befristet. Er erlaubt selbst die Anwendung von „friedlichen" Kernsprengmitteln. Die Kontrollen der dafür vorgesehenen Atomenergiebehörde wurden drastisch beschnitten, und für die Europäische Gemeinschaft (EWG) wurde die Sonderregelung einer Selbstkontrolle durch Euratom vereinbart. Außerdem behielt sich die BRD das Recht zur Beteiligung an einer künftigen europäischen Atomstreitmacht vor. Unterschrieben wurde der Sperrvertrag von der BRD als letztem westeuropäischen Staat erst 1969 durch die Brandt-Scheel-Regierung. Ratifiziert wurde der Vertrag sogar erst 1974. Tatsächlich, so stellte eine Studie für die Bundesregierung fest, hat sich der Spielraum der BRD für ihre Atompolitik durch den Vertrag sogar erweitert. So ist, um ein Beispiel zu nennen, nach BRD-Vertragsinterpretation die Abzweigung für Plutonium französischer Atombomben völlig legal; auch die BRD kann Nuklearmaterial für militärische Zwecke abzweigen, solange es für „nichtexplosive Zwecke" geschieht. Bis zur schlüsselfertigen Bombe ist im Grunde alles erlaubt. Im Kriegsfalle tritt der Vertrag sogar ganz außer Kraft. Trotzdem lehnte bei der Ratifizierung die CSU den Vertrag rundheraus ab, weil er eine europäische Atomstreitmacht völkerrechtlich angreifbar mache und BRD-Atomwaffen verbiete. Und einmal mehr forderte Strauß, die BRD müsse eine nationale Atombewaffnung in Erwägung ziehen, falls es in angemessener Zeit nicht zu einer europäischen Lösung komme. Insgesamt lehnten 90 CDU/CSU-Abgeordnete den Vertrag ab und 111 CDUler stimmten „trotz schwerster Bedenken" zu.

Danach trat eine Phase vergleichsweise großer Ruhe um die deutschen Atompläne ein. Allerdings hat das Atomprogramm der BRD gerade im letzten Jahrzehnt die allergrößten Fortschritte gemacht; wie 1986 bekannt wurde, wird auch am *„Aufbau und der Funktionsweise"* von Atommwaffen bzw. ihrer *„Miniaturisierung und größeren Effizienz"* geforscht. Technisch gesehen ist die BRD das wohl mit Abstand potenteteste Land unter den sogenannten Nicht-Atomwaffenstaaten: Es sind alle Voraussetzungen vorhanden, um im kürzester Frist eine Atombombenproduktion hoher Stückzahl in Gang zu setzen, falls dies politisch möglich und sinnvoll erscheint.

Bei dieser Geschichte kann es kaum verwundern, wenn jetzt wieder einmal verstärkt und laut über die BRD-Atomwaffenoptionen diskutiert wird.

Speziell beim atomaren Wunschpartner der BRD, in Frankreich, ist derzeit ein nachhaltiger Stimmungsumschwung zu verzeichnen. Während Frankreich in den 50er und 60er Jahren einerseits atomare Partnerschaften einging, andererseits auch immer wieder zu den entschiedensten Gegnern jeglicher BRD-Atombewaffnung gehörte, erbrachten 1984 Meinungsumfragen in Frankreich 59% für eine nukleare Zusammenarbeit bei nur 20% Gegnern. Speziell im letzten Jahr ist in Frankreich eine offene Debatte unter den Herrschenden in dieser Frage festzustellen (s. letzten AK dazu). Bisher waren auf dem Wege zu eigenen Atomwaffen die Bündnispartner der BRD das größte Hindernis, allerdings keineswegs nur Frankreich.

Wenn Genscher bisher auch all diejenigen, die von deutschen Atomwaffen geredet hatten, hätte derartig zurechtweisen wollen wie Thomas Ebermann jüngst im Bundestag, dann hätte er schon viel zu tun gehabt. Wenn er zukünftig zum allgemeinen Staatswohl an dieser Front Ruhe schaffen will, wird er sich vor Arbeit kaum noch retten können. Seine Behauptung, daß die Herrschenden in der BRD keine Atomwaffen wollen, mag für ihn persönlich vielleicht stimmen, ansonsten ist sie dummes Zeug. Den Grünen wünschen wir, daß sie bei der von ihnen eingeleiteten Initiative tatsächlich einmal am Ball bleiben, und wir hoffen, daß sie auch wissen, was sie da angestochen haben.

HH

Drittstaaten-System gegen Atomwaffenverzicht

Nachdem Gorbatschow statt der einfachen die doppelte Null-Lösung vorgeschlagen hatte, stand auch die Abrüstung der 72 Pershing-Ia-Raketen der Bundeswehr mit US-Sprengköpfen auf der Tagesordnung. US-Außenminister Shultz erklärte nach seiner Moskau-Reise, daß bei einer doppelten Null-Lösung auch diese Raketen abzubauen seien. (FAZ, 18.4.87) Ende April forderte die Sowjetunion erstmals, daß auch die Pershing-Ia-Sprengköpfe bei einem Abkommen verschwinden müßten. Und die „Frankfurter Allgemeine" schrieb dazu: *„Die in Bonn geäußerte Ansicht, die deutschen Pershing-Raketen könnten in Genf keine Rolle spielen, weil sie weder den Amerikanern noch den Russen gehörten, hat sich damit als das erwiesen, was sie von Anfang an war: als haltlos."* (FAZ, 30.4.87) Am 7.Mai 1987 erklärte Bundeskanzler Kohl nichtsdestotrotz die Bundeswehr-Raketen zu „Drittstaatensystemen", die bei den Abrüstungsverhandlungen nicht zur Disposition stünden. Dregger und Rühe reisten nach London, Paris und Washington, um die doppelte Null-Lösung zu verhindern und vermeldeten „große Erfolge". Mitte Mai, auf der NATO-Konferenz in Stavanger war aber Wörner mit der Position gegen eine zweite Null-Lösung isoliert, konnte aber zuhause den Erfolg vermelden, daß die NATO ein solches Abkommen nur dann abschließen werde, wenn die Pershing Ia ausgeklammert würden. (Archiv der Gegenwart, 21.5.87) Auch die USA sprachen fortan nur noch von „Drittstaatensystemen". Der Sprecher des US-Außenministeriums, Charles Redman erklärte, daß die Sowjetunion vorher die Pershing der Bundeswehr in Genf nie zum Thema gemacht habe, *„die USA und die UdSSR verhandelten über die Zerstörung von Raketen und Abschußsystemen und nicht über die Eliminierung von Sprengköpfen"* (s.o.), das heißt, bei dem großen „historischen" Abkommen, das uns nun ins Haus stehen soll, wird wegen der angeblichen Schwierigkeiten der Überprüfbarkeit keine einzige Atomwaffe verschrottet werden sondern nur Raketen. Und auf diesen Dreh (mit den Sprengköpfen kann jede Seite machen, was sie will) wollte die Koalition die Ausklammerung der Pershing-Ia bauen. Anfang Juni erklärte sich nach langem Zögern und einer langen Streitdebatte die Bundesregierung schließlich zur Annahme der doppelten Null-Lösung bereit und verkündete gleichzeitig: *„Die Bundesregierung bleibt dabei, daß wie bisher*

verkündete gleichzeitig: *„Die Bundesregierung bleibt dabei, daß wie bisher*

die 72 Flugkörper vom Typ Pershing Ia der Bundeswehr nicht Gegenstand der laufenden Verhandlungen sind und auch nicht werden können. Die Bundesregierung befindet sich dabei in Übereinstimmung mit den Vereinigten Staaten von Amerika und mit anderen Verbündeten." Nur Strauß hatte seine Vorbehalte angemeldet und diese Formel öffentlich als *„Augenwischerei"* gekennzeichnet, es sei ehrlicher die Bezeichnung zweite Nullösung nicht für die BRD zu benutzen, zumal diese Raketen einsatzfähig bleiben sollten. Immerhin war ja auch die Modernisierung dieses Systems 1985 im Bundeswehretat noch unter dem Titel „Nukleare Teilhabe" zu finden gewesen, möchten wir hier hinzufügen. Außerdem hat Strauß schon gleich seine Zweifel an der Ansicht Kohls und Genschers geäußert, daß die amerikanische Zusicherung zur Beibehaltung der Pershings *„nicht fraglich erscheinen könne"*. Ich hoffe, sagte Strauß, *„daß wir nicht Grund haben, das Lied zu singen, Ich hatt' einen Kameraden."* (FAZ, 2.6.87) Auch Wörner ahnte, *„daß sich gegen die Raketen alsbald die nächste Offensive der sowjetischen Propaganda richten werde."* (FAZ, 3.6.87) Und das ließ auch nicht lange auf sich warten!

Außenminister Schewardnadse vor der Genfer Abrüstungskonferenz am 6. August 1987 — Auszüge —

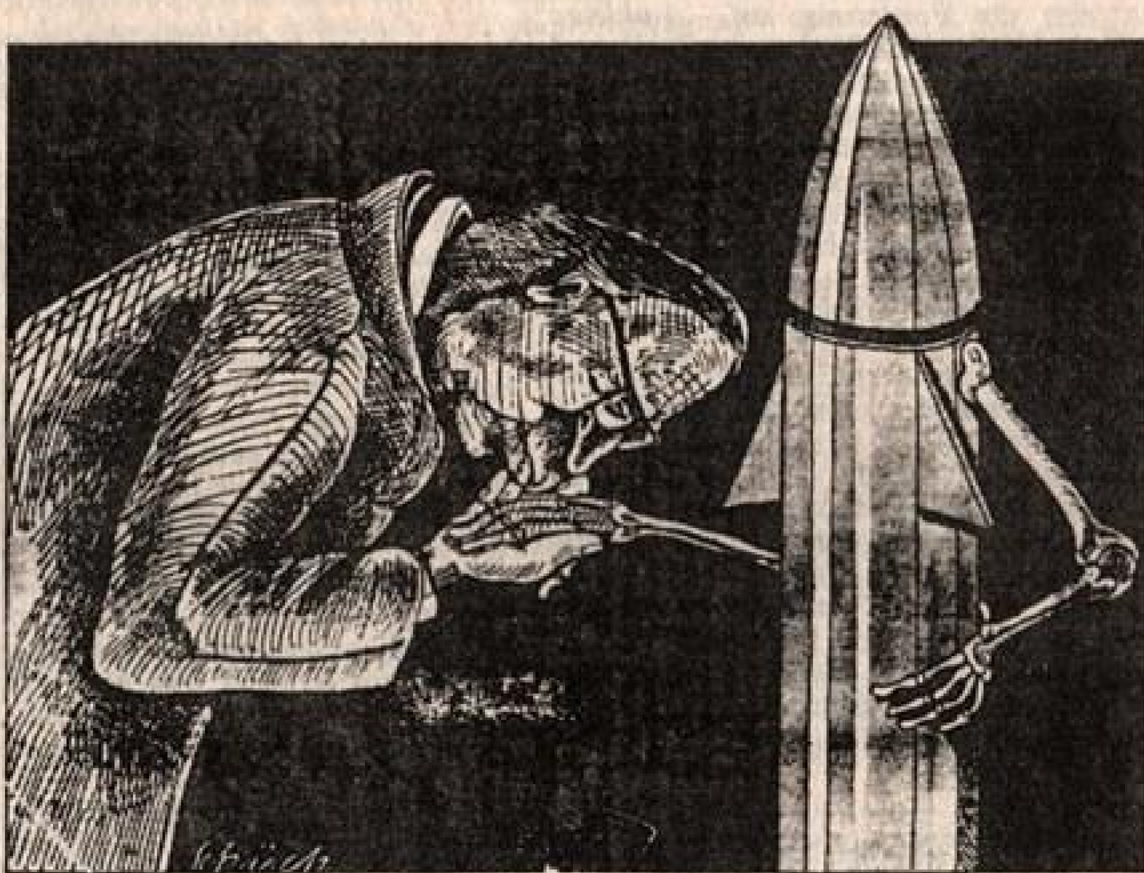
Wir haben die Bedingungen zurückgenommen, die nuklearen Kräfte Englands und Frankreichs einzubeziehen. Wir betrachten die Frage der Mittelstreckenraketen getrennt vom Problem der strategischen und der Weltraumrüstungen, obwohl wir es vorziehen würden, sie im Komplex zu behandeln. Wir befürworten die vollständige Beseitigung der Mittelstrecken- und operativ-taktischen Raketen in Europa.

Letzten Endes gingen wir auf die Konzeption der „globalen doppelten Null-Lösung" ein, das heißt der vollständigen Verbannung beider Klassen von Kernwaffen aus den Arsenalen der UdSSR und der USA. Es ist kein Geheimnis, daß die sowjetische Seite in diesem Fall eine viel größere Zahl von Raketen abbauen wird als die amerikanische (...)

Unsere Partner haben etwas zum Nörgeln gefunden. Das Wichtigste sind die Pershing-Ia-Raketen (...)

Beginnen wir damit, daß wir mit den Vereinigten Staaten Verhandlungen führen, und zwar lediglich über die sowjetischen und die amerikanischen nuklearen Mittel. Es ist uns unverständlich, in welcher Weise sich die Bundesrepublik Deutschland in die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen hineindrängt. Weshalb? Mit welchem Recht? Hat sie nicht entsprechend dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen die Verpflichtung übernommen, solche Waffen nicht zu erwerben?

Ich wiederhole: Nur mit den Vereinigten Staaten verhandeln wir über ein Abkommen, wonach, wenn es zustande kommt, sämtliche nuklearen Sprengköpfe der zwei Waffenklassen beider Staaten beseitigt werden. Wenn aber alle, dann natürlich auch jene, die auf den Pershing-Ia-Raketen installiert sind. Wie sollte es anders sein?



Nun, wem der Raketentreibstoff, der Raketenrumpf oder zum Beispiel die Räder der Zugmaschine gehören — das interessiert uns nicht. Wir gehen nur davon aus, daß die Nullen für jede Seite von gleicher Bedeutung sein müssen. Wenn die Vereinigten Staaten die Null-Variante nicht wollen, was angesichts ihrer jetzigen Formel 72 gleich Null offensichtlich ist, werden wir anders miteinander reden.

Auch wir haben Verbündete, die besorgt sind über die Tatsache des Verbleibs operativ-taktischer Nuklearraketen im Nachbarland, die für ihre Sicherheit eine große Gefahr darstellen. Und sie könnten die Frage aufwerfen, auf ihrem Territorium analoge Waffen zu stationieren, und die Sowjetunion könnte ihnen entgegenkommen.

Wie würde jedoch im Ergebnis all dessen das sowjetisch-amerikanische Abkommen aussehen? Voller Halbheiten, des Inhalts beraubt, blutleer.

Buchstäblich in den letzten Tagen haben die Gegner einer „Null-Lösung" noch ein weiteres Argument hervorgekramt, mit dem sie ihre haltlose Position in bezug auf die Pershing-1a-Raketen stützen möchten. Sie fingen an, davon zu reden, daß es in Europa ein Ungleichgewicht zwischen den konventionellen und den nuklearen taktischen Waffen gebe und diese Raketen deshalb beibehalten werden müßten.

Weiß man denn aber in Bonn nicht, daß die sowjetische Führung nachdrücklich dazu aufruft, unverzüglich in Verhandlungen über die Reduzierung der konventionellen und nuklearen taktischen Waffen sowie die Beseitigung von Disproportionen und Ungleichgewichten einzutreten — dort, wo sie vorhanden sind?

Sagen wir es offen: Diese Winkelzüge wirken belastend. Das Vertrauen in unsere Beziehungen zu den Verhandlungspartnern wird dadurch nicht gestärkt.

Die Abrüstungskonferenz ist (...) moralischer Sachwalter des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen. Deshalb sind wir der Ansicht, daß die Konferenz ihre maßgebliche Meinung äußern könnte, ob die Praxis des gemeinsamen Besitzes von Kernwaffen durch kernwaffenbesitzende und nichtkernwaffenbesitzende Staaten mit dem Vertrag zu vereinbaren ist.

Dies muß getan werden, um eine Unterminierung des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung zu verhindern. Kernwaffen, die niemandem gehören, kann es auf der Erde nicht geben. Es ist äußerst gefährlich, eine solche „juristische Fiktion" zu schaffen.

Wenn, wie dies einige Vertreter der amerikanischen Regierung und ihre Partner in der BRD behaupten, die berüchtigten Pershing 1a Mittel einer dritten Seite sind, dann erhebt sich erneut die Frage, auf welche Art und Weise und mit welchem Recht diese dritte Seite, das heißt die Bundesrepublik Deutschland, Kernwaffen besitzt. Soviel uns bekannt ist, hat sie dazu weder juristische noch moralische Rechte.

Wenn sie jedoch eigenmächtig versucht, sich diese Rechte anzueignen, wenn sich die BRD wirklich illegal Kernwaffen angeschafft hat, wird dies in der ganzen Welt Zorn und Empörung hervorrufen und kann sie in eine politische Krise führen.

Wir halten es für angebracht, den Vertreter der Bundesrepublik Deutschland auf diesem Forum direkt zu fragen: Befinden sich in der Bewaffnung seines Landes irgendwelche nuklearen Mittel?

Genauso gerechtfertigt ist die Frage, die wir an den amerikanischen Delegierten adressieren: Wer verfügt in Wirklichkeit über die nuklearen Gefechtsköpfe für die Pershing 1a?

Von der Beantwortung dieser zwei Fragen hängt sehr viel ab: das Schicksal des Abkommens über Mittelstreckenraketen und operativ-taktische Raketen; die Zukunft des Vertrages über Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen.

Die Sowjetunion könnte zu einer Neubewertung der allgemeinstrategischen Situation unter Berücksichtigung der Bedrohung ihrer nationalen Interessen gezwungen werden, die mit dem Auftauchen von Kernwaffen in einem Staat zusammenhängt, in dem man bis heute durch wahnwitzige revanchistische Losungen die Stimmen realistisch denkender Politiker, Persönlichkeiten des gesellschaftlichen Lebens und ganzer Bewegungen, die für verantwortungsvolles Handeln in den europäischen und internationalen Angelegenheiten plädieren, zu ersticken sucht.

Die Sowjetunion hofft, daß die Bundesrepublik Deutschland die entstandene Situation in gebührender Weise klären und die Besorgnis aus der Welt schaffen wird, die jetzt auf Grund ihrer zweideutigen Haltung bei vielen europäischen Staaten im Zusammenhang mit den Pershing-1a-Raketen aufgekommen ist.

Man möchte daran glauben, daß die BRD nicht zu einem Hindernis auf dem Weg zu einem historischen Abkommen wird. Bislang trennen uns von dem Abkommen über die Mittelstrecken- und die operativ-taktischen Raketen 72 amerikanische nukleare Sprengköpfe. In der amerikanisch-westdeutschen „doppelten Buchführung" wird versucht, den Berg der 2000 Kernmittel umzuschichten, die schon ab Ende dieses Jahres unschädlich gemacht und verschrottet werden könnten.

Eine sowjetisch-amerikanische Übereinkunft über die vollständige Vernichtung zweier Klassen von nuklearen Rüstungen ist eine notwendige Voraussetzung für die Lösung der Hauptfrage: die Beseitigung der strategischen Offensivwaffen und die Verhinderung der Überleitung des Wettrüstens in den Weltraum.

(Der vollständige Text der Rede ist abgedruckt in: „Blätter für deutsche und internationale Politik", Heft 8/87)

Vom Bluff zum Einlenken

Noch am selben Tag erklärte Kanzlerberater Teltschik im Fernsehen das ganze für unglaubwürdiges Theater, die FAZ sprach vom „Bluff" der Sowjetunion. Doch am 26.8. machte Kohl einen Rückzieher: zwar sollen die Pershings der Bundeswehr noch immer nicht in ein Abkommen direkt einbezogen werden, er sicherte aber zu, daß bei einer Ratifizierung und Einhaltung des Abkommens auch schließlich die Pershing Ia abgebaut und nicht modernisiert würde. Strauß und die CSU protestierten vehement, weil sie nicht einmal gefragt worden waren und Kohl erklärte: er sei *„angesichts der Situation vor seiner Entscheidung nicht mehr zu einer Aussprache in der Lage gewesen. Die deutschen Pershing-Ia-Raketen wären ohne seine Entscheidung international nicht mehr haltbar gewesen."* Und die Sowjetunion lobte Kohl und nahm diese Erklärung als ausreichend hin.

Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz

„Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, dem Deutschen Bundestag den Entwurf einer Grundgesetzänderung vorzulegen mit dem Ziel, den Verzicht der Bundesrepublik auf Herstellung und Besitz von Atomwaffen sowie Vergügungsgewalt über Atomwaffen in den Verfassungsrang zu heben."

Das ist der Wortlaut des Antrages, den die Grünen am 2.9.1987 in der Sondersitzung über die Pershing-1A-Raketen in den Bundestag eingebracht haben.

Thomas Ebermann erklärte dazu am 10.9. im Bundestag:

Thomas Ebermann erklärte dazu am 10.9. im Bundestag:

(...) In der gegenwärtigen Abrüstungsdebatte besteht das aktuelle Dilemma der Bundesregierung darin, dem manifesten und weitverbreiteten Wunsch der Bevölkerung nach Abrüstung ideologisch Rechnung tragen zu müssen, ohne die eigenen Ambitionienen, Atommacht zu werden, aufgeben zu müssen. Dieser Zwiespalt, dieser von Geißler gesehene und zu behandelnde Zwiespalt, ist der materielle Kern des nur dem Anschein nach absurden Unionsstreis um die Perhing Ia.

Die unverschämte Erklärung des Bundeskanzlers, unter bestimmten Bedingungen und auch erst in fünf Jahren auf eine Modernisierung der Pershing zu verzichten, unterstellt logisch eine faktische Verfügungsgewalt über diese Atomwaffen. Treffender als der über jeden Verdacht der Moskauhörigkeit erhabene ehemalige Planungschef des Verteidigungsministers und heutige Direktor des Stockholmer SIPRI-Instituts, Walter Stützle, kann man es gar nicht formulieren. Nur, diese Nachricht ist nicht gelaufen; sie wurde im Radio nur einmal gesendet. Dieser Stützle sagt: „Ich kann nicht Vorbedingungen zu einem Gegenstand machen, der mir gar nicht gehört." Wer es trotzdem tut, will im öffentlichen Bewußtsein die bundesdeutsche Atomwaffenoption verankern.

Diese Option hat in der Bundesrepublik Tradition. Es ist bekannt, daß die Bundesrepublik den Atomwaffensperrvertrag zu keinem Zeitpunkt freiwillig, sondern nur auf Druck hin unterzeichnet hat. Es ist bekannt, daß 70 Abgeordnete der CDU gegen die Ratifizierung des *Atomwaffensperrvertrages* gestimmt haben und jetzt teilweise auf der Regierungsbank sitzen, z.B. Herr Wörner, der NATO-Generalsekretär werden soll. Er hat sich immer gegen die Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrages ausgesprochen.

In einem kleinen Artikelchen in der „Frankfurter Rundschau" war vor kurzem eine kleine, aber hochbrisante Meldung zu lesen. Danach hat der US-Geheimdienst eine Liste zusammengestellt, welche Länder über wieviel Anlagen verfügen, die zum Bau von Atombomben geeignet sind. Einsamer Spitzenreiter dieser Liste ist die Bundesrepublik mit 37 Anlagen, die zum Bau der Atombomben laut Bericht des US-Geheimdienstes befähigt sind. Die US-Administration prüft, was an diese Betriebe geliefert werden kann.

Weil wir um die Atommachtswünsche der Regierungsparteien wissen und weil wir zur Kenntnis genommen haben, daß auch in Teilen der SPD der Gedanke eines deutschen Zugriffs auf die Atombombe bis zum heutigen Tage nicht explizit verworfen ist — man muß nur die Aufsätze eines Helmut Schmidt lesen, um das zu begreifen —, haben wir in der Sondersitzung des Bundestages in der letzten Woche den Auftrag eingebracht, den deutschen *Atomwaffenverzicht im Grundgesetz* zu verankern und ihm damit Verfassungsrang zu geben. Dies ist um so dringender, als der Atomwaffensperrvertrag Mitte der neunziger Jahre ausläuft und damit auch das letzte rechtliche Hindernis für den deutschen Zugriff oder Teilzugriff auf Atomwaffen fällt.

Ein vernünftiges Argument, diesem Antrag die Zustimmung zu verweigern, gibt es nicht, es sei denn, man will die deutsche Atombombe eines Tages wirklich.

(Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP): Um Gottes willen! Hören Sie auf!)

Ein entscheidender Prüfstein für die Friedenspolitik ist Zustimmung oder Ablehnung zu diesem unserem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN — Zuruf von der CDU/CSU: So ein Unsinn!)

Genscher: ein politischer Tiefschlag

Am Nachmittag der Bundestagssitzung antwortete Genscher empört:

Meine Damen und Herren, der Abgeordnete Ebermann von den GRÜNEN hat heute morgen Feststellungen getroffen, die nicht unwidersprochen bleiben können. Er sprach von den *Atommachtswünschen* der Regierungsparteien

(Frau Unruh (GRÜNE): Genau!)

und von dem Gedanken eines deut-

und von dem Gedanken eines deutschen Zugriffs auf die Atombombe in Teilen der Sozialdemokratischen Partei. Meine Damen und Herren, wir sind keine Atommacht, wir wollen es auch nicht sein. Wer ständig vom Frieden redet und durch unverantwortliche, in der Sache falsche, bewußt unwahre Erklärungen dieser Art unser Land ins Zwielicht bringt, Mißtrauen gegen unseren Staat sät, der dient nicht dem Frieden, sondern unterminiert das Vertrauen in unser Land. Und das weisen wir mit Entschiedenheit zurück!

(Beifall bei der FDP und der CSU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(...) Und ich weise mit der gleichen Entschiedenheit zurück, daß eine freigewählte Regierung, die Bundesregierung im Jahre 1969, und ein frei gewähltes Parlament, der Deutsche Bundestag, den *Atomwaffensperrvertrag* nicht aus eigener Überzeugung und in freier Entscheidung, sondern unter Druck von außen beschlossen hätten.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

Sie sind Mitglieder des Deutschen Bundestages, Sie sollten selbst daran interessiert sein, daß die Freiheit, die Unbefangenheit unserer Entscheidung von niemandem bestritten werden kann.

(Frau Unruh (GRÜNE): Gucken Sie doch da hinüber, gucken Sie doch dahin!)

Meine Damen und Herren, zur politischen Auseinandersetzung in einer parlamentarischen Demokratie gehört ganz gewiß das offene Wort, das klare Aufzeigen auch der Unterschiede. Aber die böswillige Unterstellung, das Säen von Mißtrauen, das ist ein Tiefschlag gegen die politische Kultur in unserem Lande. Es ist in Wahrheit eine politische Umweltverschmutzung.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Wer so etwas tut, der zerstört das geistige Klima des Friedens, das wir in unserer geographischen und politischen Lage, in unserer Verantwortung brauchen. Wer das tut, zeigt, daß ihm der innere Frieden wenig wert ist. Die *Fähigkeit zum inneren Frieden* ist nun einmal die Voraussetzung für den äußeren Frieden. Wir können es nicht stehen lassen; ich wiederhole: Wir sind keine Atommacht, wir wollen es auch nicht sein. Ich würde mir aber wünschen, daß alle Fraktionen des Bundestages mit uns gemeinsam, mit der Regierungskoalition als Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrages den Anspruch immer wieder bekräftigen, daß die *Großmächte* mit der *Reduzierung der strategische Potentiale* auch in ihrem Wechselverhältnis mit den Defensivwaffen ernst machen.

(Dr. Ehmke (Bonn)(SPD): Jawohl!)

Anke Fuchs: Will die BRD doch eine eigene nukleare Option?

Nach dem Rückzieher Kohls bei der Pershing 1a war es mit der Kritik de: SPD vorbei. Kohl habe „im Kern" das gesagt, „was wir gefordert haben", meinte Vogel, eine Einbeziehung der Pershings der Bundeswehr in das Abkommen wollte die SPD nicht mehr im Bundestag beantragen. Es hatte aber auch andere Töne gegeben:

Der SPD-Abgeordnete Scheer meinte: *„Strauß sieht sein Lebenswerk gefährdet, die Bundesrepublik zum atomaren Teilhaber werden zu lassen"* (am 1.9. im Tagesdienst der SPD-Fraktion)

Anke Fuchs hatte am 4.6.87 im Bundestag erklärt:

(...) Ich kann nur hoffen, daß der amerikanische Präsident mit der Forderung, die Pershing-I-Sprengköpfe in der Bundesrepublik zu behalten, genauso verfährt wie damals Präsident Kennedy mit Franz Josef Strauß' Forderung nach deutschen Atomwaffen.

(Dr. Waigel (CDU/CSU): Nicht zu fassen, was Sie hier reden!)

Der Bundeskanzler hat am 7.Mai 1987 sein Festhalten an der *Pershing I a* damit begründet, daß diese *„Drittstaatensysteme"* seien.

(Dr. Waigel (CDU/CSU): Wer hat Ihnen das erzählt? — Gegenruf von der SPD: Strauß!)

(...) Gefährlich ist die Begründung des Bundeskanzlers, weil er im Zusammenhang mit Atomwaffen den Begriff „Drittstaatensysteme" für die Bundesrepublik verwendet,

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

die schon im Deutschlandvertrag von 1955 ausdrücklich freiwillig auf ABC-Waffen verzichtet hat. Um die volle Tragweite dieses Sachverhalts deutlich zu machen, will ich daran erinnern: Drittstaaten sind hier die Staaten, die außer den USA und der Sowjetunion Atomwaffen besitzen und darüber verfügen. Die Anwendung dieses Begriffs auf die Bundesrepublik läßt in der Tat ernsthafte Zweifel am politischen Willen der Bundregierung entstehen, am *nichtnuklearen Status der Bundesrepublik*, unseres Landes, festzuhalten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Trotz aller gegenteiligen Beteuerungen: Will die Bundesregierung etwa doch eine eigene nukleare Option?

(Rühe (CDU/CSU): Abgeschmackt ist das!)

— Lesen Sie es bitte doch einmal nach, Herr Kollege; das ist nicht abgeschmackt, sondern Tatsache.

Wollen sich diejenigen, wie die Herren Todenhöfer und Strauß, die sich schon seit langem für eine europäische Atommacht und für den eigentständigen Zugang der Bundesrepublik zu Atomwaffen stark machen, hier eine Einstiegsoption sichern?

(Rühe (CDU/CSU): Das stimmt doch einfach nicht, was Sie sagen!)

Das ist meine Frage.

(...) Meine Damen und Herren von der FDP, Sie müssen sich hier klar entscheiden, was Sie wollen: entweder die Kontinuität des nichtatomaren Status der Bundesrepublik Deutschland oder eine Abenteuerpolitik, die zu schrecklichen Vertrauenseinbußen in Ost und West führen und die Bundesrepublik zum Störenfried in Europa machen muß.

Mathias Küntzel

Auf leisen Sohlen zur Bombe?

Bonner Begehrlichkeiten und der Atomverzicht



1956: F.J. Strauß, damals Bundesminister für Atomfragen, besucht das „Atomdorf" in Hanau-Wolfgang

Kaum eine Lüge ist so verbreitet wie die Behauptung, wonach es in der BRD weder ein Interesse an Atomwaffen gab noch gibt. Aus aktuellem Anlaß beginnen wir in diesem AK mit einer vierteiligen Folge zum Thema Atomwaffenstreben und Atomwaffenverzicht der BRD und der Geschichte dazu. Der Artikel ist ein Vorabdruck des Textes von Mathias Küntzel aus dem Buch „Von der zivilen zur militärischen Atommacht", das zur Buchmesse im Pahl-Rugenstein Verlag herausgebracht werden soll. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Verlages.

Der Text enthält folgende Kapitel:

I. **Der Atomwaffenverzicht von 1954**
   Atomwaffenforschung in der Bundesrepublik
   Zur deutsch-französischen Atomwaffenkooperation
II. **Der NATO-Streit über die bundesdeutsche nukleare Gleichberechtigung (1956-66)**
   Die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Trägerwaffen
   MLF und nukleare Mitbestimmung
   Zur nuklearen Mitsprache in der NATO
III. **Die BRD-Widerstände gegen den Atomwaffensperrvertrag**
   Die Auseinandersetzung
      1967: Das Verhandlungsmarathon beginnt
      1969: Ungehinderte Anwendung von Kernsprengmitteln?
      1974: Neunzig Gegenstimmen im Bundestag
   Das Resultat
      Weiterverbreitung „ziviler" Atomtechnologie
      EURATOM und die Abschwächung der Kontrollen
      Die „Europäische Option"
      Vertragsgültigkeit und Rücktrittsklausel
IV. **Atomwaffensperrvertrag und BRD-Atomwaffenpolitik**

TEIL I: DER ATOMWAFFENVERZICHT VON 1954

Am 3.10.1954 gab Adenauer im Rahmen der Londoner Verhandlungen über die Westeuropäische Union bekannt, daß die Bundesrepublik innerhalb ihres Staatsgebiets auf die Herstellung von atomaren, chemischen oder biologischen Waffen verzichtet. Seitdem wird von den Erben Adenauers mit routinierter Gekränktheit immer dann auf 1954 verwiesen, wenn der Bundesrepublik — von wem auch immer — ein Interesse an Atomwaffen unterstellt wird. Dieses unser Land — heißt es dann — sei eingedenk des freiwilligen, einseitigen und bereits 1954 geleisteten Verzichts auf Atomwaffen weiß Gott über jeden Verdacht erhaben.

Tatsächlich wurde die Erklärung von 1954 weder freiwillig abgegeben, noch war sie eine echte Absage an Atomwaffen. Verzichtet wurde 1954 ausschließlich auf eine *Produktion* kompletter Atomwaffen auf dem Territorium der BRD. Nicht verzichtet wurde auf den Erwerb oder Besitz von Atomwaffen oder deren Herstellung im Auftrag der BRD auf dem Gebiet eines anderen Staates. Nicht verzichtet wurde desweiteren auf eine Atomwaffenforschung innerhalb der BRD, ein Umstand, den Strauß bereits als Atomminister erkannt und auch öffentlich wiederholt verkündet hatte. (1)

Adenauers Verzichterklärung von 1954 war zudem alles andere als freiwillig: Sie war die unumgängliche Eintrittskarte für die Mitgliedschaft in der NATO und die Voraussetzung für eine uneingeschränkte Atomenergieentwicklung sowie die Wiedererlangung der Souveränität. Daß die Bundesregierung in Wirklichkeit darum kämpfte, eine solche Verzichtserklärung zu vermeiden, beweisen die unmittelbar vorausgegangenen Auseinandersetzungen über die Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG).

Werfen wir also einen Blick zurück: Bereits im Juni 1948 — Europa blutete noch an den Folgen des 2. Weltkriegs — forderte der Ex-Wehrmachtsgeneral Hans Speidel in einer Denkschrift über die deutsche Wiederbewaffnung die Gleichbehandlung der künftigen deutschen Armee in Sachen Waffenbesitz und Waffenproduktion. Die Forderung nach Atomwaffen für das Nachkriegsdeutschland ist somit älter als die Bundesrepublik.

Adenauer unterstützte Speidels Position und machte den General a.D. zum Chefdelegierten der Bundesrepublik bei den 1951 beginnenden Verhandlungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Ende 1951 drohten die Verhandlungen zu scheitern. Frankreich fürchtete aus naheliegenden Gründen ein Wiedererstarken des deutschen Militarismus und bestand deshalb auf einem Produktionsverbot für schwere Waffen in der Bundesrepublik. Adenauer aber lehnte derartige Verzichtserklärungen mit der Begründung, daß man sich nicht diskriminieren lassen dürfe, prinzipiell ab. (2) Besonders weit kam er damit freilich nicht. Die USA und Großbritannien machten sich das französische Anliegen zueigen und forderten zusätzlich den deutschen Verzicht auf Atomwaffen.

Im Februar 1952 mußte sich Adenauer auf einer Außenministerkonferenz in London „trotz heftigen Sträubens" (3) den Forderungen der Alliierten beugen. Es gab aus Bonner Sicht keine Alternative zum EVG-Beitritt, und noch viel weniger das Machtmittel, um eine Gleichberechtigung mit den übrigen Alliierten zu erzwingen. Dennoch provozierte das Einlenken Adenauers Proteste bei deutschen Militärs, die der Bundeskanzler mit dem Verweis auf eine mögliche Revision der Vertragsbestimmungen zu einem späteren Zeitpunkt jedoch beschwichtigen konnte. (4)

Der EVG-Vertrag wurde im Mai 1952 unterzeichnet. Speziell für die Bundesrepublik wurden in diesem Vertrag jegliche Atomwaffenforschung oder die Erzeugung und Einfuhr diesbezüglicher Materialien verboten. Darüberhinaus wurde jede 500 Gramm überschreitende Menge an Plutonium oder spaltbarem Uran als „eigens für Atomwaffen entworfenes Material" definiert und damit auch unter friedlichem Etikett untersagt. Die Bundesrepublik hatte sich 1952 also mit einem Atomwaffenverzicht arrangieren müssen, der weit umfassender war als der von 1954. (5)

Nichtsdestotrotz galt auch der abgemagerte Verzicht von 1954 bei den politischen Eliten dieses Landes als eine früher oder später zu überwindende Diskriminierung. Der „Zeit"-Journalist Theo Sommer reflektierte in einem international vielbeachteten Aufsatz von 1966 diese Stimmung wie folgt: *„Deutschland konnte seine Souveränität anfangs nur für den Preis eines teilweisen Souveränitätsverzichts wiederherstellen, weil seine Verbündeten nicht nur Sicherheit für Deutschland sondern auch Sicherheit vor Deutschland haben wollten. (...) Diese Diskriminierung — durch die militärische Integration lediglich getarnt und abgeschwächt — war der Preis, den Deutschland für seinen neuen Status zu zahlen hatte (...) Aber gerade weil dies ein Akt der Diskriminierung war, werden deutsche Ambitionen, sich von dieser Fessel so schnell als möglich zu befreien, von den Urhebern der Diskriminierung — eingedenk der Folgen von Versailles — einerseits für selbstverständlich gehalten und andererseits befüchtet."* (6)

Noch auf der Londoner Konferenz über die Westeuropäische Union war im Anschluß an die Verzichtserklärung Adenauers US-Außenminister Dulles dem bundesdeutschen Bundeskanzler mit der Interpretation beigesprungen, daß der deutsche Atomwaffenverzicht ja wohl nur unter dem Vorbehalt „rebus sic stantibus", d.h. nur solange, wie die Umstände die gleichen blieben, Bestand haben werde, was Adenauer prompt bejahte. (7)

Die Wirksamkeit des Verzichts von 1954 wird durch zwei weitere Umstände gemindert. Zum einen wurde er — salopp gesagt — nur unter Freunden, nämlich gegenüber den WEU-Partnern der Bundesrepublik (Großbritannien, Frankreich, Italien und die Benelux-Länder) ausgesprochen. Daß diese gegebenenfalls eher als andere geneigt sein könnten, ein Auge zuzudrücken, liegt auf der Hand. Zum anderen trat das 1957 unterzeichnete Kontrollabkommen zur Überprüfung des Atomwaffenverzichts nie in Kraft. Im Deutschen Bundestag wurde es erst nach längerem Hinhalten und öffentlichem Druck am 10.4.1961 ratifiziert. (8) Es scheiterte endgültig an der Weigerung Frankreichs, es zu ratifizieren. (9) Noch 1965 mußte die WEU-Mitgliederversammlung konstatieren, daß keine Kontrollen auf dem Territorium der Bundesrepublik durchgeführt werden. (10)

Die immer wieder neu aufgelegte Standardformel der Bundesregierung, schon 1954 auf „die Herstellung von nuklearen Waffen endgültig verzichtet und sich entsprechenden Kontrollen unterworfen" zu haben (11), ist also ohne Substanz. Halten wir fest: Der Verzicht auf eine Atomwaffenproduktion auf deutschem Boden geschah nicht freiwillig, sondern galt als vorübergehende unvermeidliche Diskriminierung. Der Erwerb oder Besitz von Atomwaffen oder ihrer Produktion



Anti-Atom-Demonstration 1958

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

auf dem Territorium eines anderen Staats wurde durch diesen Verzicht nicht ausgeschlossen. Ob und inwieweit die somit geschaffenen Spielräume für ein Herankommen an den deutschen Griff zur Bombe genutzt wurden, sollen die folgenden Exkurse über die nationale bzw. bilaterale Atomwaffenforschung darstellen.

Atomwaffenforschung in der BRD

In der Bundesrepublik hatten schon unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg dieselben Unternehmen und dieselben Personen, die auch im NS-Staat federführend am Atomprogramm beteiligt waren, damit begonnen, den alten Bestand zu erhalten bzw. eine neue Atomindustrie aufzubauen. Dies geschah größtenteils unter heimlicher Umgehung der strikten Verbote der Alliierten und in einer Zeit, wo die Atomforschung ausschließlich unter militärischen Gesichtspunkten betrieben wurde. Von den Hamburger Pysikern Harteck und Groth beispielsweise ist bekannt, daß sie 1939 in einem Brief an das Oberkommando des Deutschen Heeres ein neues Verfahren zur Urananreicherung vorgestellt und beteuert hatten, daß es Nazi-Deutschland in militärischer Hinsicht „eine nicht einzuholende Überlegenheit" verschaffen würde. Harteck und Groth erhielten bereits 1949 von der Großindustrie über eine „Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft" die Mittel für die Fortsetzung ihrer Urananreicherungsexperimente. 1953 bastelten sie im Auftrag brasilianischer Militärs und unter strengster Geheimhaltung an Urananreicherungsanlagen für Brasilien. Dieser Coup wurde in letzter Minute vereitelt: Unmittelbar vor ihrer Verschiffung nach Brasilien ließ der US-High-Commissioner James Conant die Zentrifugen durch den Einsatz seines Military Security Board in Göttingen beschlagnahmen. (12)

Als Beispiel Nr. 2 sei auf die Deutsche Gold- und Silber-Scheideanstalt (kurz DEGUSSA) verwiesen. Diese Firma produzierte an ihrem Hanauer Standort seit 1941 das gesamte vom NS-Staat für militärische Zwecke benötigte Uranmetall. Über diese Firma berichtete 1957 die Zeitschrift „Atomwirtschaft": *„Aufbauend auf den während des Krieges gesammelten Erfahrungen gelang es aber, die für die Herstellung von Uranmetall benötigten Anlagen weiter zu entwickeln und an ausländische Interessenten zu verkaufen. Aus den damit zusammenhängenden Diskussionen konnten wertvolle Erfahrungen für die Herstellung von Uranmetall gewonnen werden, so daß unmittelbar nach Wiedererlangung der deutschen Souveränität mit Arbeiten auf diesem Gebiet begonnen werden konnte."* So organisierte 1952 der spätere Gründer der Firma NUKEM, Dr. Heinz Schimmelbusch (seit 1936 Be-

Uranmetall gewonnen werden, so daß unmittelbar nach Wiedererlangung der deutschen Souveränität mit Arbeiten auf diesem Gebiet begonnen werden konnte." So organisierte 1952 der spätere Gründer der Firma NUKEM, Dr. Heinz Schimmelbusch (seit 1936 Be-

triebsleiter bei der DEGUSSA), den Export von Uranmetall in das faschistische Spanien. Es folgte die Auslieferung derartiger Anlagen nach Argentinien, Frankreich und Japan. 1956 konnte Franz Josef Strauß in Hanau — dem NS-Standort der DEGUSSA — der erste nach Kriegsende gefertigte Uran-Brennstab überreicht werden. Hergestellt wurde er aus Uran, das der Industrielle Friedrich Flick entgegen den Besatzungsbestimmungen seit 1950 im Fichtelgebirge schürfen ließ. (13)

Als 1955 mit Wiederherstellung der BRD-Souveränität die alliierten Verbote im Atomenergiebereich verschwanden, war der Boden also schon für ein expandierendes Atomprogramm bereitet.

Es stellt sich nunmehr die Frage, ob der Aufbau dieses Atomprogramms zielstrebig die materiellen Voraussetzungen für die Möglichkeit einer späteren Aufhebung des Atomverzichts von 1954 schaffen sollte. Diese Frage ist nach den bis jetzt vorliegenden Indizien eindeutig zu bejahen.

— Schon 1956 hatte Adenauer in einer geheimen Kabinettssitzung den noch viel zu geringen BRD-Einfluß auf die NATO-Geschicke beklagt und als Konsequenz die Forderung, *„nukleare Waffen in der Bundesrepublik herzustellen"*, erhoben. (14)

— 1957 war auch der SPD-Oppositionsführer im Bundestag, Mellies, davon überzeugt, daß das Adenauer-Kabinett *„daran denkt, den Weg zur Produktion atomarer Waffen in der Bundesrepublik frei zu machen."* Unmittelbar zuvor hatten Adenauer und seine Freunde die Verabschiedung des ersten Atomgesetzes durch den Bundestag wegen der nachträglich erfolgten einschränkenden Einfügung *„für friedliche Zwecke"* erfolgreich torpediert. Derartige Formulierungen — so der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Krone — gingen *„weit über das hinaus, was für eine wahre deutsche Sicherheitspolitik gut ist."*

Materiell konzentrierten sich in diesen Jahren die von Bonn forcierten Atomenergieanstrengungen auf das Ziel einer möglichst autarken, also von internationalen Kontrollen unabhängigen Produktion von Plutonium sowie angereichertem Uran:

— 1957 intensivierte die DEGUSSA die Entwicklung von Ultrazentrifugen zur Urananreicherung. Als 1960 den Wissenschaftlern der DEGUSSA-Tochterfirma NUKEM erstmals die Herstellung von Spaltmaterial durch die Zentrifugentechnik gelang, schlug die Weltpresse Alarm. Die Washington Post brachte am 11.10.1960 als Aufmacher unter der Überschrift „New Device May Expand Nuclear Club" einen Bericht über das NUKEM-Verfahren und warf der BRD vor, hiermit *„die Tür für eine weltweite Mitgliedschaft im Klub der Atomwaffenmächte aufzureißen."* Ein französischer Pressedienst erklärte, hiermit sei die BRD zum Rang einer Atommacht aufgestiegen. BRD-Presseschlagzeilen sprachen von der *„billigen Atombombe"* und der *„Atombombe des kleinen Mannes"*. Das Verfahren mußte nach entsprechenden Pressionen der USA umgehend unter Geheimhaltung gestellt werden. (16)

— Im Bereich der Plutoniumwirtschaft ist die im Hintergrund vollzogene Weichenstellung der Atompolitik nach militärischen Prioritäten besonders offenkundig. Als 1957 die Deutsche Atomkommission in einem Memorandum die Errichtung einer Plutoniumtrennanlage (WAA) mit einer Kapazität von 500 Tonnen jährlich empfahl, war dieser Stoff nicht als Brennstoff, sondern ausschließlich als Sprengstoff (Nagasaki) bekannt. (17) 1962 bezeichnete die „ZEIT" die staatlichen Finanzspritzen zum Aufbau des BRD-Atomprogramms als *„Verteidigungsausgaben im weiteren Sinne."* (18) Im selben Jahr wurde unter ausdrücklichem Verweis auf seine besonderen Plutonium-Erzeugungsmöglichkeiten im Kernforschungszentrum Karlsruhe mit dem Bau des „Mehrzweck-Forschungsreaktor" (MZFR) begonnen. (19) Um das in diesem Reaktor zu erzeugende hochreine Waffenplutonium abtrennen zu können, wurde ebenfalls in der Kernforschungsanlage Karlsruhe eine Wiederaufarbeitungsanlage mit einem Jahresdurchsatz von etwa 200 kg Plutonium gebaut. (20)

Wer im Bereich der Atomwaffentechnik eins und eins zusammenzählen konnte, wußte Mitte der 60er Jahre, was hinter den Mauern des Karlsruher Forschungszentrum heranwuchs. Die angesehene US-Zeitschrift „Foreign Affairs" war 1965 eine von vielen, die feststellte: *„Die westdeutschen Fortschritte in der nuklearen Technologie seit 1958 sind beindruckend. Sie erwecken den Eindruck, daß die Deutschen das Fundament für ein Waffenprogramm legen..."* In der Tat: Mit der Errichtung des „Forschungsreak-

feststellte: *„Die westdeutschen Fortschritte in der nuklearen Technologie seit 1958 sind beindruckend. Sie erwecken den Eindruck, daß die Deutschen das Fundament für ein Waffenprogramm legen..."* In der Tat: Mit der Errichtung des „Forschungsreak-

tors" und der WAA waren — im Rahmen des 1954 abgegebenen Verzichts — alle Voraussetzungen für die nationale Produktion von hochwertigem Waffenplutonium erfüllt. In dieser Hinsicht blieben die im „Verzicht" von 1954 angelegten Spielräume wahrhaftig nicht ungenutzt.

Zur deutsch-französischen Atomwaffenkooperation

Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist die Frage, ob der deutsche Atomwaffenverzicht von 1954 als Nachweis für die nukleare Unschuld der Bundesrepublik herhalten kann. Zur Beantwortung dieser Frage haben wir bisher die Vorgeschichte der Verzichtserklärung erörtert und anschließend die Orientierung der BRD-Atompolitik nach 1954 betrachtet. Es stellte sich heraus, daß weder vor 1954 noch nach 1954 der BRD ein Desinteresse an der militärischen Dimension der Atomenergie unterstellt werden konnte. In diesem Absatz wird das BRD-Interesse an einer gemeinsamen Atomwaffenentwicklung mit Frankreich für den Zeitraum zwischen 1957 und 1963 näher betrachtet.

Wie oben ausgeführt, war nach 1954 der Bundesrepublik die Produktion von A-Waffen etwa auf französischem Territorium ebenso gestattet wie der Erwerb von Atomwaffen aus Frankreich oder einem anderen Land. Wir werden sehen, daß auch in dieser Hinsicht dem Tatendrang der BRD nur eine Grenze gesetzt war: Das zumeist andersorientierte Interesse seiner potentiellen Partner. Der Rückblick auf 1957-63 ist aber auch vor dem Hintergrund des aktuellen deutsch-



französischen Flirts in der Frage einer gemeinsamen Verteidigung nicht ohne Brisanz.

Anders als es heute auch nur denkbar wäre, machte 1958 allerdings die SPD-Opposition von der Möglichkeit Gebrauch, das deutsch-französische Atomwaffen-Gemauschel durch Fragen an die Bundesregierung bloßzustellen. So der SPD-Verteidigungsexperte Erler im Jahr 1958 vor dem Bundestag: *„Wie steht es mit der eventuellen Möglichkeit der Atomwaffenproduktion in Westeuropa außerhalb der Bundesrepublik, aber mit deutscher sachlicher, personeller oder finanzieller Hilfe? Was ist zwischen den Verteidigungsministern der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs nach dem Besuch des deutschen Verteidigungsministers in Colomb-Bechar über die gemeinsame Waffenproduktion nun wirklich vereinbart worden? Welchen Inhalt haben die Drei-Mächte-Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Italien auf dem Gebiet der gemeinsamen Waffenproduktion, und in welcher Art nehmen diese Vereinbarungen zu der Möglichkeit der Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland an der Atomwaffenproduktion Stellung?"* (21)

Die Bundesregierung gab auf diese Fragen keine Antwort. Bis heute ist das damalige deutsch-französische Atomwaffen-Techtelmechtel ein Insider-Geheimnis geblieben: Im Januar 1957 reiste der frischgebackene Verteidigungsminister Strauß mit einer hochrangigen Delegation — darunter der Bundeswehr-Generalinspekteur Adolf Heusinger — in die damalige französische Sahara (heute Algerien). An der Seite des französischen Verteidigungsministers besichtigten die Deutschen das französische Raketenentwicklungsgelände in Colomb-Bechar und unterzeichneten anschließend eine deutsch-französische Ministervereinbarung

sche Sahara (heute Algerien). An der Seite des französischen Verteidigungsministers besichtigten die Deutschen das französische Raketenentwicklungsgelände in Colomb-Bechar und unterzeichneten anschließend eine deutsch-französische Ministervereinbarung

über die weitere Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Produktion von Atomwaffen. Adenauer soll dieses Abkommen ausdrücklich gebilligt haben, General Heusinger informierte vorsorglich auch die übrigen NATO-Staaten. (22)

Der Sputnik-Schock im Oktober 1957 erschütterte die Glaubwürdigkeit des US-Atombeistandes für Westeuropa und veranlaßte Frankreich zu weiterer Initiative. In seinen „Erinnerungen" berichtete Adenauer über intensive Gespräche mit dem französischen Politiker Edgar Faure im November 1957. Faure gehörte als französischer Regierungschef von Anfang 1955 bis Mitte 1956 zu den maßgeblichen Förderern des geheimen französischen Atombombenprogramms. (23) Adenauer zufolge soll Faure in den Gesprächen von November 1957 auf die unverzügliche Schaffung einer gemeinsamen nuklearen Produktionskapazität gedrungen und für eine diesbezügliche gemeinsame Grundlagenforschung geworben haben. (24) Am 3.1.58 erklärte auch der französische Premierminister Gaillard mit Blick auf den deutschen Atomwaffenverzicht von 1954, daß die BRD „wissenschaftliche Mitarbeit oder bestimmte Produkte einbringen (könne), die selbst nicht nuklear sind, aber Teil der Konstruktion von Atomraketen sind." (25) Auf Drängen von Verteidigungsminister Strauß wurde im Februar 1958 ein Dreierabkommen zwischen ihm sowie den Verteidigungsministern Chaban-Delmas (Frankreich) und Taviani (Italien) über die wissenschaftlich-technische und finanzielle Zusammenarbeit bei der Atomwaffenherstellung unterzeichnet. (26)

Der US-Publizist Cyrus L. Sulzberger berichtete darüberhinaus von einem Geheimprotokoll zwischen Strauß und dem französischen Vorsitzenden des Atomenergie-Kommissariats, Pierre Guillaumat. Sollten die Informationen Sulzbergers zutreffen, dürfte es sich um die bisher wohl weitestgehende deutsch-französische Atomwaffen-Vereinbarung handeln. Sulzberger zufolge sollte nach diesem Abkommen die BRD Atomsprengköpfe von Frankreich erhalten. Dabei sei vorgesehen gewesen, die Sprengköpfe als deutsches Eigentum und unter deutscher Kontrolle in Frankreich zu lagern. Strauß dementierte diese Darstellung. (27)

All die genannten Pläne über eine zwei- oder dreiseitige Atomwaffenentwicklung waren mit dem Amtsantritt de Gaulles im Frühjahr 1958 vorläufig vom Tisch. Dieser wollte sich beim Aufbau der „Force de Frappe" von niemandem und schon gar nicht von den Deutschen hineinreden lassen. Die vorausgegangene Entwicklung aber hat deutlich gemacht, daß auch hinsichtlich einer nuklearen Arbeitsteilung die Bundesregierung von Anfang an auf die weitestmögliche Auslegung des Atomwaffen-„Verzichts" von 1954 hingearbeitet hat.

Erneut forciert wurde die forschungspolitische Zusammenarbeit zugunsten der französischen Atomstreitmacht im Jahre 1963. Der deutsch-französische Zusammenarbeitsvertrag vom Januar 1963 veranlaßte den Brüsseler US-Botschafter John Tuthill zu Kommentaren über von ihm vermutete *„Geheimklauseln des Vertrages, die die Unterstützung der französischen Atomrüstung betreffen."* (28) Im Dezember 1963 wurde auf Regierungsebene eine systematische deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Schnellen Brüter beschlossen. Der militärische Charakter dieser Kooperation ist offenkundig. So wird der nicht zuletzt aus der gemeinsamen bilateralen Forschung hervorgegangene französische Schnelle Brüter Phènix seit ca. 1981 für die militärische Plutoniumgewinnung eingesetzt. (29)

An dem Nachfolge-Brüter, dem „Superphènix" in Creys-Malville, ist neben Italien die Bundesrepublik über die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke mit einem Anteil von 11% direkt beteiligt. Auch das von diesem italienisch-deutsch-französischen Projekt erzeugte Waffenplutonium (immerhin jährlich 300 kg) soll nach Aussage des ehemaligen Chefs des französischen Atomenergiekommissariats, Bertrand Goldschmidt, für die Force de Frappe verwendet werden. (30)

Halten wir fest: Auch wenn die offiziellen Verlautbarungen das Gegenteil suggerieren, so ist doch offenkundig, daß die Bundesregierung keine Anstrengungen gescheut hat, um die mit der Erklärung von 1954 offengelassenen Möglichkeiten einer Atomwaffenforschung oder Atomwaffenproduktion zu realisieren. Derartige Bemühungen zielten jedoch nicht darauf ab, die Bundesrepublik in den Rang einer NATO-unabhängigen Atomwaffenmacht zu heben. Sondern es ging immer um die Stärkung des nuklearen BRD-Gewichts im Rahmen der NATO. Hierzu mehr im folgenden Abschnitt.

gen zielten jedoch nicht darauf ab, die Bundesrepublik in den Rang einer NATO-unabhängigen Atomwaffenmacht zu heben. Sondern es ging immer um die Stärkung des nuklearen BRD-Gewichts im Rahmen der NATO. Hierzu mehr im folgenden Abschnitt.

ANMERKUNGEN

(1) u.a. in einem Interview mit dem „Spiegel" am 15.1957
(2) vgl. A. Barning: Im Anfang war Adenauer, München 1970, zit. nach: Karl J. Brandstetter, Sicherheitspolitik als Problem der deutsch-amerikanischen Beziehungen (Diss.), Gießen 1986, S. 55 f.
(3) Barning, a.a.O.
(4) vgl. Catherine M. Kelleher, Germany & The Politics of Nuclear Weapons, New York 1975, S. 20
(5) Der EVG-Vertrag scheiterte am französischen Parlament, das ihn trotz der Sonderbestimmungen für die BRD im August 1954 verworfen hatte. Die hierdurch ausgelösten diplomatischen Aktivitäten mündeten — nach Abgabe des besagten BRD-Verzichts — in der Aufnahme der BRD in die Westeuropäische Union sowie in die NATO.
(6) aus T. Sommer, The Objectives Of Germany, in: A World Of Nuclear Powers?, ed. By Alastair Buchan, London 1966
(7) vgl. K. Adenauer, Erinnerungen, Bd. II, S. 347
(8) vgl. Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der DDR, Das Bonner Kernwaffenkartell, Berlin 1969, S. 30.
(9) Das französische Desinteresse hing vermutlich mit dem Wunsch nach einer unabhängigen Atomwaffenentwicklung zusammen. So wurde bei der Realisierung der Force de Frappe ebenfalls das WEU-Rüstungskontrollprotokoll III von 1954 permanent ignoriert, wonach die WEU mit einfacher Stimmenmehrheit die Anzahl der französischen Atomwaffen auf europäischem Boden hätte festsetzen können.
(10) vgl. Ministerium, a.a.O.
(11) so z.B. im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 52, S. 441 vom 19.5.67
(12) als Atomminister ließ Strauß 1956 den Export der Zentrifugen nach Brasilien genehmigen. Sie sollen sich dort als ausgesprochen unbrauchbar erwiesen haben.
(13) vgl. S. Salaff, Auf Umwegen zur Atommacht?, in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik, Nr. 9 und 10, 1978. Salaff schreibt auf S. 12: *„Der Industrielle und frühere Förderer der Nazibewegung Friedrich Flick organisierte 1950, als er noch wegen begangener Kriegsverbrechen im Gefängnis saß, die heimliche Prospektion des Fichtelgebirges nordöstlich von Nürnberg durch die bayerischen Stahlwerke Maximilianshütte AG, und zwar zusammen mit dem Leiter der US-Sektion der alliierten Sicherheitsabteilung in Berlin, Mr. Kelly"*
(14) C. Greiner, Zwischen Integration und Nation, in: Westdeutschland 1945-1955 (Hrsg.: L. Herbst), München 1986, zit. nach K.J. Brandstetter, Der Griff nach der Bombe, Blätter... 7/87, S. 895; Deutscher Bundestag, 2. Wahlperiode, 221. Sitzung, S. 13044 — Nach der Ankündigung der USA, nur nach Verabschiedung eines bundesdeutschen Atomgesetzes weitere nukleare Brennstoffe zu liefern, kam es Ende 1959 zwar zur Verabschiedung des Atomgesetzes mit der von Adenauer kritisierten Einschränkung. Gleichzeitig aber wurde auf Antrag der CSU der bis heute gültige § 24 in das Atomgesetz eingefügt, mit dem die Befugnisse über die Verwendung der Atomenergie im „Dienstbereich der Bundeswehr", insbesondere die „Beaufsichtigung der Beförderung von Kernbrennstoffen", die Aufsicht über Atomanlagen und die „Verwendung von Kernbrennstoffen außerhalb dieser Anlagen" auf das Bundesverteidigungsministerium übertragen wurde.
(16) vgl. Brandstetter 1987, a.a.O, S. 907 f., sowie J. Radkau, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft, Reinbek 1983, S. 194. — Anders als bei dem bis dahin verwendeten Gasdiffusionsverfahren ist es mittels der Zentrifuge möglich, waffenfähiges Uran auf kleinem Raum, d.h. ohne die Möglichkeit einer Entdeckung, herzustellen. Nach diesem Verfahren, das nach wie vor unter Geheimhaltung steht, arbeitet z.Zt. u.a. die Anreicherungslage im nordrhein-westfälischen Gronau.
(17) vgl. Radkau, a.a.O., S. 190 f.
(18) vgl. „Zeit" vom 16.11.62
(19) Bei dem MZFR ermöglichte eine ferngesteuerte Lademaschine den kontinuierlichen Brennelementewechsel und somit die unauffällige Verkürzung der Abbrandzeiten, wie sie für die Produktion von militärisch hochwertigem Plutonium nötig ist. Zeitgleich zum MZFR wurde in den USA ein baugleicher Mehrzweck-Reaktor („Dual Purpose") errichtet, dessen Hauptziel die Plutoniumgewinnung für militärische Zwecke war. (vgl. Radkau, a.a.O, S. 192)
(20) Auslandsangebote für eine preisgünstige Aufarbeitung des im MZFR anfallenden Plutonium wurden ausdrücklich mit der Begründung abgelehnt, die damit verbundenen Kontrollen vermeiden zu wollen.
(21) vgl. Bundestagsprotokoll vom 25.3.58 (3. Wahlperiode, 21. Sitzung)
(22) vgl. Kelleher, a.a.O., S. 149 f.
(23) vgl. P. Pringle, J. Spigelman, The Nuclear Barons, New York, 1981, S. 134
(24) vgl. K. Adenauer, Erinnerungen 1955-59, S. 323-32, nach Kelleher, a.a.O. — Danach hing es mit der Rücksichtsnahme auf die USA zusammen, daß Ende 1957 Adenauer und sein Außenminister Brentano nicht „voll" auf das Angebot von Faure angesprungen sind und sich nur auf die Zusammenarbeit im Bereich der Forschung einlassen wollten. Bei dem damaligen embryonalen Stand der französischen Atomwaffenentwicklung war eine französisch-deutsche Nuklearkooperation gegen den Willen der USA für Bonn in der Tat vollkommen ausgeschlossen.
(25) zit. nach Kelleher, a.a.O.
(26) hierüber berichten übereinstimmend Theo Sommer, a.a.O., S. 48; Kelleher, a.a.O., sowie Reinhard Spilker in seinem Rundfunk-Essay „Atomachse Paris-Bonn" (1985) in Anlehnung an den Adenauer-Biographen Peter Koch.
(27) vgl. Spielker, a.a.O., Manuskript S. 13 f. sowie H.K. Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, Köln 1980, S. 43. — Für die Sulzberger-Information gibt es bis heute keinen erhärtbaren Beweis. Allerdings hatte auch der wohlinformierte Adenauer-Biograph Peter Koch (er arbeitete in den betreffenden Jahren als Spiegel-Korrespondent in Bonn) davon berichtet, daß F.J. Strauß Bundeskanzler Erhard über eine Vereinbarung deutscher Mitarbeit beim Aufbau der Force de Frappe informiert habe sowie über die Regelung, daß die Bundesrepublik Atomsprengköpfe erhalten solle. (vgl. Spilker, a.a.O.) Guillaumat wurde von seinen Mitarbeitern als eine Autorität beschrieben, die unabhängig von Regierungswechseln und teilweise auch bewußt hinter dem Rücken französischer Regierungen die Fäden zugunsten der französischen Atombombe zu ziehen verstand. (vgl. Pringle, Spigelman, a.a.O., S. 132)
(28) Spilker, a.a.O., S. 19
(29) Spilker, a.a.O., S. 26 — Dennoch holte sich auch Bundeskanzler Erhard im Juli 1964 eine Ab-

Autorität beschrieben, die unabhängig von Regierungswechseln und teilweise auch bewußt hinter dem Rücken französischer Regierungen die Fäden zugunsten der französischen Atombombe zu ziehen verstand. (vgl. Pringle, Spigelman, a.a.O., S. 132)
(28) Spilker, a.a.O., S. 19
(29) Spilker, a.a.O., S. 26 — Dennoch holte sich auch Bundeskanzler Erhard im Juli 1964 eine Ab-

fuhr, als er im Gespräch mit de Gaulle eine „joint control over the use if not the development of French nuclear weapons" zur Sprache brachte, vgl. Kelleher, a.a.O., S. 248
(30) vgl. Spilker, a.a.O. sowie „France Not Ruling Out Using Superphenix For Weapons", in: Nucleonics Week, 28.4.83 — Die üblicherweise wohlinformierte FAZ berichtet am 9.4.84 über die vorgesehene „militärische Mitverwendung" dieses Schnellen Brüters.



Die GRÜNEN und die Bombe

Mitbestimmung oder Verzicht

Der Bundeskanzler rang mit sich selbst und formulierte dann — in allerschärfster Konfrontation mit dem bayerischen Löwen — einen Verzicht, der in Wahrheit eine Anmaßung ist: Die BRD erklärt sich bereit, „ihre Pershing IA" nicht zu modernisieren, freilich nur unter mehreren Bedingungen. Die Anmaßung, sich wie Frankreich oder England als Quasi-Drittstatt aufzuspielen, nahm der grüne MdB Ebermann zum Anlaß, etwas mehr Klarheit zu fordern: Man möge doch den bundesdeutschen Atomwaffenverzicht, den zu bezweifeln bekanntlich eine ungeheure Verleumdung darstellt, einfach ins Grundgesetz aufnehmen. Schmerzverzerrte Gesichter im Bundestag; der Außenminister sieht sich persönlich veranlaßt, den Vorstoß zurückzuweisen. Aber auch in der grünen Bundestagsfraktion selbst gibt es pikierte Reaktionen.

Im realpolitischen Flügel der grünen Bundestagsfraktion far die vorbehaltlose Verurteilung der bundesdeutschen Drittstaaten-Anmaßung ebenso wenig selbstverständlich wie die vorbehaltlose Unterstützung des Antrages auf lose Verurteilung der bundesdeutschen Drittstaaten-Anmaßung ebenso wenig selbstverständlich wie die vorbehaltlose Unterstützung des Antrages auf Festschreibung des Atomwaffenverzichts im Grundgesetz.

Die Besinnung auf die nationalen Interessen stand beispielsweise im Mittelpunkt der Pressekonferenz, mit der Helmut Lippelt am 13.8.87 den grünen Antrag auf Sondersitzung zur Pershing IA im Bundestag erläuterte: „Im nationalen Interesse" warte man dringend auf den Abschluß der Verhandlungen, hieß es da. Der Bundestag müsse zusammentreten, denn der Bundeskanzler habe „ein Talent sich zu isolieren". Da er aber damit „die deutsche Politik isoliert", müsse man jetzt mit Hilfe der Sondersitzung verhindern, daß ausgerechnet einem Erich Honecker durch das Festhalten an der Pershing IA ein „Interventionsmoment auf dem goldenen Teller serviert" werde.

Die Drittstaaten-Pose der Bundesregierung wurde von Lippelt weder erwähnt noch sonstwie kritisiert. Daß die Bundesregierung mit dieser Position sich vielleicht die Europäische Option offenhalten wolle, sei eine Spekulation, meinte Lippelt und fuhr fort: „All diese Spekulationen dürfen in einer so erstrangigen Angelegenheit der Politik keinen Platz haben ...".

Dementsprechend geriet die Lippelt'sche (von Mechtersheimer mitunterzeichnete) Stellungnahme zu Kohls Modernisierungsverzicht. Die in der Kohl-Ankündigung enthaltene Anmaßung der Verfügungsgewalt über die Pershing-Atomraketen wird auch hier mit keiner Silbe angesprochen. Stattdessen wird aufgeatmet: Des Kanzlers Erklärung sei zwar nur „ein ebenso notwendiger wie halbherziger Schritt". Dafür aber sei wenigstens „auch der Schatten der Pershing IA-Raketen beseitigt, der sonst den Besuch des Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker belastet hätte."

Zur offenen Kontroverse kam es dann in der Fraktion über die in die Pershing IA-Sondersitzung des Bundestages einzubringenden Anträge der Grünen. Der Antrag von Thomas Ebermann, die bundesdeutschen Anstrengungen zu verurteilen, „die Atomwaffen des Typs Pershing IA aus den Genfer Abrüstungsverhandlungen der USA und der Sowjetunion auszuklammern, d.h. die vollständige Verfügungsgewalt der USA über diese Atomraketen in Frage zu stellen", wurde mit sieben gegen fünf Stimmen abgeschmettert.

Denn irgendwie sei diese Drittstaaten-Position ja auch herleitbar, meinte wiederum Helmut Lippelt in dieser Debatte und wiederholte das Märchen, demzufolge in Genf nur und ausschließlich über Trägersysteme verhandelt würde. Im übrigen würde sich die Bundesregierung lediglich „beim Auf-Wiedersehen-Sagen" als Drittstaat aufspielen: „Lohnt sich da noch die Verurteilung?"

Lippelt gehörte last not least auch zu den Gegnern des in der Fraktion mehrheitlich beschlossenen Antrags auf Grundgesetzerweiterung durch Atomwaffenverzicht. Diese Idee sei zwar „verlockend, aber zweitrangig", da es heute wichtiger sei, die englischen und insbesondere die auf das Territorium unserer Nation gerichteten französischen Atomwaffen zu verurteilen. Als Hauptredner der grünen Fraktion in der Bundestagssondersitzung gab sich Lippelt denn auch alle Mühe, nicht die Notwendigkeit, sondern die Unnötigkeit der Grundgesetzänderung zu erläutern:

Zwar habe — „so möchte ich mit aller Vorsicht behaupten" — das „irrationale" Festhalten an den zur Verschrottung reifen Pershing IA jeglichem Verdacht Tür und Tor geöffnet. Da aber — so Lippelt — „meine Freunde und ich davon ausgehen, daß im Ernst niemand hier im Saal Verfü- chem Verdacht Tür und Tor geöffnet. Da aber — so Lippelt — „meine Freunde und ich davon ausgehen, daß im Ernst niemand hier im Saal Verfügung über nukleare Waffen anstrebt, sollte eine Einigung über diesen unseren Antrag (sic!) doch schnell möglich sein".

Auch Waltraud Schoppe äußerte im Rahmen der Fraktionsdebatte ihre Zweifel an dem Sinn der Grundgesetzänderung, da schließlich die Aufforderung an die Bundesregierung, alle Atomwaffen weltweit zu ächten, viel weitergehender sei ...! Das dümmste Gegenargument formulierte Udo Knapp, der den Grundgesetzantrag ablehnte, da es eine Zweidrittelmehrheit hierfür ohnehin nicht gäbe. Das originellste kam von Fraktionsmitarbeiter (und Ex-„KPD"ler) Jürgen Schnappertz, den die bürgerliche Presse als „Historiker" hofiert, seitdem er daran arbeitet, für die Westanbindung Adenauers und die NATO-Mitgliedschaft der BRD eine Lanze zu brechen. Schnappertz empörte sich gegen den mit der GG-Änderung angeblich einhergehenden „Rückfall in die Nationalstaatlichkeit" und prophezeite einen „nationalen Freudentaumel in Deutschland", falls die Fraktion den Grundgesetzantrag tatsächlich einbringe, denn dieser beinhalte in Wirklichkeit eine Aufwertung der nationalen Souveränität auf Kosten der internationalen Verträge, z.B. des Atomwaffensperrvertrags ...

Daß diese Interventionen erfolglos blieben, ist erfreulich. Die skandalöse Akzeptanz der Kohl'schen Drittstaaten-Pose beweist, daß auch bei Teilen der Grünen eine — höflich formuliert — ambivalente Haltung zu deutschen Atomansprüchen existiert. Die Haltung etwa eines Karsten Voigt, im „nationalen" Interesse über den Einsatz von Atomwaffen mitreden zu dürfen, stößt innerhalb der Grünen und ihres Umfelds keinesfalls auf einheitliche Ablehnung.

Dem Vernehmen nach hätte sich im Rahmen der Bundestagssondersitzung sogar ein beträchtlicher Teil des grünen Realoflügels bereitgefunden, den in diese Sitzung eingebrachten SPD-Antrag zu unterstützen, ein Antrag, der nichts anderes enthielt als die wortgetreue Übernahme der Kohl'schen Pershing-Anmaßung. Leider kam es nicht zur Abstimmung ...

M.

Nobelpreis für Vanunu?

Seit Anfang des Monats wird Mordechai Vanunu wegen seiner Enthüllungen über das Atomzentrum Dimona in Israel der Prozeß gemacht. In der Anklageschrift wirft ihm der Staatsanwalt schwere „Verbrechen" vor, die Vanunu lebenslang hinter Gitter bringen könnten: Unterstützung des Feindes zur Kriegszeit, Weiterleitung von geheimen Informationen in der Absicht, der Staatssicherheit zu schaden, und das Aufspüren und Sammeln von geheimen Informationen. (1, 2)

Der Fall Vanunu

Vanunu machte im Oktober 1986 mit der Enthüllung über Israels Atomwaffen Schlagzeilen, noch mehr dann durch seine Entführung aus Rom nach Israel. Hier eine kurze Chronik des Falles:

1963: Die Familie Vanunu wandert aus Marokko nach Israel ein.
1976: Mordechai Vanunu beginnt seine Arbeit im Atomzentrum Dimona.
1982: Er nimmt ein Teilstudium der Philosophie in der Ben-Gurion-Universität in Beersheba auf. Seine Kontakte zu Linken und zu arabischen Studenten sowie die Beteiligung an Demonstrationen für die Rechte der Palästinenser werden ihm bei einer Sicherheitsüberprüfung vorgehalten.
1985: Im Dezember wird Vanunu aus Dimona gefeuert.
1986: Mitte Januar verläßt Vanunu Israel und wandert nach Australien aus.
8. Juni: Vanunu berichtet von seinen Kenntnissen und Dokumenten aus dem israelischen Atomzentrum einem kolumbianischen Journalisten, der die Geschichte an die britische Sunday Times weiterleitet.
30.9.: Vanunu hat die Story für die Sunday Times aufgearbeit und informiert die Zeitung, daß er mit einer Freundin nach Rom reisen wolle. Dort
30.9.: Vanunu hat die Story für die Sunday Times aufgearbeit und informiert die Zeitung, daß er mit einer Freundin nach Rom reisen wolle. Dort
habe die Schwester seiner Freundin ein Appartement.
5.10.: Vanunus Enthüllungen erscheinen in der Sunday Times. Gleichzeitig wird bekannt, daß Vanunu sich in einem israelischen Diplomatenkoffer auf einem Schiff auf dem Wege nach Israel befinden solle. Vanunus Begleiterin „Cindy" soll eine Agentin des Mossad gewesen sein.
6.10.: Israel dementiert heftigst Vanunus Verschleppung.
9.10.: Vanunu sei in einem israelischen Gefängnis, erklärt ein Regierungssprecher.
28.12.: Bei einer Überführung ins Jerusalemer Bezirksgefängnis zeigt Vanunu im Polizeiauto den wartenden Journalisten einen an die Scheibe gepreßten Zettel mit der Aufschrift: *„Ich bin in Rom gekidnapped worden. Ich erreichte Rom am 30.9.1986 mit dem Flug 504 von Britisch Airways."* (3)
1987: Vanunu beginnt am 4.1. einen Hungerstreik, der 33 Tage dauert. Er will gegen seine Isolationshaft und die Tatsache protestieren, daß er mit Besuchern nur Gespräche führen kann, die abgehört und zensiert werden. (4)

Israels Atomwaffenprogramm

Israel unterschrieb zwar das Atomteststoppabkommen von 1963 (es verbietet A-Waffentests in der Atmosphäre), weigerte sich aber trotz Drucks der USA, das Abkommen gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu unterzeichnen. Seit drei Jahrzehnten benutzen alle Regierungen Israels die Formel, daß Israel nicht zuerst Atomwaffen einsetzen würde. Die Existenz von eigenen Atomwaffen wird weder dementiert, noch bestätigt. (5) So hatte 1970 Moshe Dayan in Frankreich behauptet, Israel könne Atomwaffen produzieren und 1973 hatte Golda Meir sogar erklärt, Israel könne Atomwaffen einsetzen. Später hieß es vom CIA, Israel besitze mindestens zehn Atomwaffen. (6)

Das israelische Atomforschungszentrum Dimona in der Negev-Wüste unterliegt strengster Geheimhaltung, internationale Kontrollen werden verweigert. Gerade hier brachten die Enthüllungen Vanunus neue Erkenntnisse. Danach muß man annehmen, daß Israel 100 bis 200 Atomwaffen besitzen könnte. Von französischen Verantwortlichen wurde inzwischen bestätigt, daß das Atomforschungszentrum Dimona eine französische Gegenleistung für das gemeinsame Suez-Abenteuer 1956 gewesen sei (6), und daß Frankreich auch eine Plutoniumabtrennanlage geliefert hatte, was selbst vor den USA geheimhalten worden war. Die atomare Zusammenarbeit wurde erst unter de Gaulle abgebrochen. (7)

Auch die enge atomare Zusammenarbeit Israels mit Südafrika wurde erhellt. Südafrikanische Spezialisten waren laut Vanunu ständig in Dimona. 1976 hatte Israel mit Südafrika eine Reihe von Abkommen zur wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit geschlossen. Israel war Partner an der südafrikanischen Atomtestexplosion, die ursprünglich für 1977 in der Kalahari-Wüste geplant und auf internationalen Druck hin verschoben worden war. 1979 wurde dann eine Testexplosion über dem Südatlantik durchgeführt. Israel testete in Südafrika auch seine Rakete „Jericho II", die Atombomben bis zu 1.400 km weit transportieren könnte. (8, 9)

In der nuklearen Zusammenarbeit sei Südafrika eindeutig als der Juniorpartner Israels anzusehen. Israel baue seit 1980 bereits seine Fähigkeiten aus, um auch Wasserstoffbomben zu bauen, und es sei unklar, ob die 1979 gezündete Bombe nicht eine Neutronenbombe gewesen sei (eine Neutronenbombe ist eine spezielle Form einer Wasserstoffbombe). (8) Inzwischen erkundigte sich die norwegische Regierung offiziell in Israel, was dort mit ihrer Lieferung von schwerem Wasser im Jahre 1959 geschehen sei. (10) (Schweres Wasser benötigt man zum Betreiben von Natururanreaktoren, aber auch zur Gewinnung von Tritium für Wasserstoffbomben.) Israel wurde schon mehrfach beschuldigt, Schiebereien von Nuklearmaterial betrieben bzw. sich atomare Zünder und Kenntnisse über atomare Minibomben in den USA besorgt zu haben. (7)

Was will Israel mit der Bombe?

Was will Israel mit der Bombe?

Den Enthüllungen Vanunus zufolge ist Israel als sechste Atommacht einzustufen. Allenthalben wurde sogar die Spekulation angestellt, daß Vanunu von langer Hand im israelischen Interesse gesteuert worden sei (so hatte Vanunu einen Großteil seiner Dokumente und Fotos erst *nach* seiner Sicherheitsüberprüfung mitgehen lassen), damit Israel seine Atombomben jetzt aus dem „Keller" holen könne. Auf jeden Fall sei aufgrund der detaillierten Enthüllungen Vanunus die alte Formel von der israelischen Atomwaffenfähigkeit nicht mehr brauchbar, schrieb Hirsh Goodman in der „International Jerusalem Post" (5), eine neue Ebene der Diskussion sei unvermeidbar geworden. Diejenigen, die für eine offene Atommacht Israels einträten, würden argumentieren, daß Israel damit eine glaubwürdige Abschreckung erhalte und immense Kosten bei der Verteidigung sparen könne. Die arabischen Staaten gingen so oder so von der Existenz der israelischen Atombombe aus und würden alles tun, um eigene Atomwaffen herzustellen. Verwiesen wird auf die Bemühungen des Irak (wo Israel 1981 einen im Bau befindlichen Reaktor bombardierte), die Anstrengungen Libyens und die Unterstützung Saudi-Arabiens bei der pakistanischen Atombombe. Außerdem hätten arabische Staaten (Syrien und Irak) schon jetzt (chemische) Massenvernichtungswaffen und Trägerwaffen, und könnten sie überall in Israel einsetzen.

Eine etwas andere Vorstellung über eine offene israelische Atommacht wird seit einiger Zeit unter Wissenschaftlern diskutiert. Initiator der Debatte war Shai Feldman, der 1980 dazu ein Buch publizierte. (11) Feldman schlägt vor, daß sich Israel 30-40 Atomwaffen im 20 bis 60 Kilotonnen-Sprengstoffbereich zulegen solle. Die Abschreckungsdoktrin solle eine Countervalue-Strategie sein, d.h. Städte und Ressourcen bedrohen, um die arabischen Staaten mit der Androhung einer vernichtenden Strafe von der Verfolgung der meisten Formen der Gewalt gegen Israel abzuhalten. Das solle von einem Rückzug Israels auf (ungefähr) die Grenzen vor 1967 begleitet sein, um weitere arabische territoriale Ansprüche zu begrenzen. Ein solcher Schritt könnte es den arabischen Eliten ermöglichen, bei eigenem Atomwaffenbesitz neben Israel eine „gegenseitige Abschreckung" zu akzeptieren und zu einer Art friedlichen Koexistenz mit Israel zu kommen. Wenn man eine solche Politik behutsam einführe, könne man zwar nicht mit dem Beifall der Supermächte rechnen, aber erreichen, daß ihre Antwort nicht zu negativ ausfalle. Der Feldman-Plan sieht ausdrücklich keinen militärischen Nutzen in der Atombombe und hält auch die Politik einer „Bombe im Keller" für wenig nützlich, sondern orientiert auf eine politische Entwicklung, in der ein weitergehendes Arrangement mit Israel und den arabischen Staaten möglich ist.

Dagegen stehen die Argumente, die sich von einer offenen Atombombenpolitik Israels nur Schaden versprechen. Prof. Yuval Ne'emans, lange Zeit führender Atomwissenschaftler und heute Knesset-Abgeordneter für die rechtsradikale Techija-Partei, ist z.B. der Auffassung, Israel könne seine Sicherheit nicht auf Atomwaffen bauen, und sich daher auch nicht offiziell zur Atommacht erklären, um die ökonomische Last seiner konventionellen Waffen zu verringern. Bis jetzt verfügten die arabischen Staaten über keine Atomwaffenfabriken. Sie könnten diese selbst gar nicht bauen, und sie würden mit den erforderlichen Materialien auch nicht beliefert werden. Diese Lieferschwelle würde aber in dem Moment verschwinden, wenn die israelische Militärdoktrin offen auf die Abschreckungswirkung von Atomwaffen baue. Ein „Gleichgewicht des Schreckens" könne es zwischen den USA und der Sowjetunion geben, im Nahen Osten sei das aber undenkbar, weil Israel seine drei Großstädte Jerusalem, Tel Aviv und Haifa nicht schützen könne, die arabischen Staaten aber bedenkenlos einige Millionen ihrer eigenen Menschen in einem von ihnen begonnenenatomaren Schlagabtausch opfern könnten. So weise der syrische Vizepräsident von Zeit zu Zeit darauf hin, daß man Israel mit drei Bomben vernichten könne. (12)

Schaut man sich die bisherige Militärpolitik und Kriegsführung Israels an, so ist offenkundig, daß dafür eine

vernichten könne. (12)

Schaut man sich die bisherige Militärpolitik und Kriegsführung Israels an, so ist offenkundig, daß dafür eine

Atomwaffe, geschweige denn deren Einsatz, irgendeinen keinerlei Nutzen bringen könnte, deutlichstes Beispiel dafür ist der Libanon-Feldzug Israels. Selbst wenn man den Erhalt des israelischen Atommonopols im Nahen Osten einmal voraussetzen will, so wäre der Einsatz einer Atomwaffe für Israel vollkommen kontraproduktiv, er könnte eher das heraufbeschwören, was in Israel heute als Fiktion des Feindbildes liebevoll gepflegt wird: die gesamte arabische Welt gegen das kleine Israel. Trotzdem hat Israel offensichtlich größte Anstrengungen unternommen, in den Stand einer atomaren Großmacht zu kommen. Da kann es nur nützlich sein, wenn Vanunus Enthüllungen diese Politik in große Schwierigkeiten bringen würden. Und es spricht wenig für die Version, seine Enthüllungen seien geradezu bestellt.

Solidarität mit Vanunu

Es konnte kaum ausbleiben, daß Vanunu in Israel als gefährliche Verräter und Wanderer zwischen den Welten schwer angegriffen wurde. In den Medien dort sei ihm Charakterlosigkeit, Instabilität, Schwierigkeiten beim Knüpfen persönlicher Beziehungen, Homosexualität und Impotenz, aber auch ein ausschweifendes Sexualleben mit Frauen vorgehalten worden, schreibt Amos Wollin aus Tel Aviv, die im „Komitee für ein öffentliches Verfahren gegen Vanunu" in Israel mitarbeitet. (2) In der „Maariv" hieß es in einem Kommentar: *„Bereits nach den ersten Veröffentlichungen über Vanunus Persönlichkeit hätten wir verstehen müssen, mit wem wir es zu tun haben. (...) Solche Typen in derartigen Situationen versuchen in Amerika, den Präsidenten zu ermorden. In Israel versuchen sie ihr Glück mit Spionage."* (2) Als weiterer Verrat an Israel wird ihm stets angekreidet, daß er in Australien zum Christentum konvertierte.

Vanunu schrieb vor Prozeßbeginn in einem Brief aus seiner Isolationshaft: *„Es war meine Absicht, hier in Israel und in den umliegenden Ländern auf nukleare Gefahren aufmerksam zu machen und damit der Sicherheit und Völkerfreundschaft zu dienen."* (2) In

Fortsetzung nächste Seite

Parteikrise vertagt

Ein entscheidender Beitrag zu ,,grüner Kraft und Herrlichkeit'' (Joschka Fischer) war der zweitägige grüne Parteitag in Oldenburg nun wahrlich nicht. Nicht nur, daß die Stiftungsdebatte im Desaster endete — das eigentliche Thema, die tiefe Krise der grünen Partei nach den enttäuschenden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Bremen, veranlaßte das ,,realpolitische'' Starensemble, lieber unterzutauchen, und die Ökosozialisten und Fundamentalisten produzierten Positionspapiere über den Krisenzustand der Partei.

Dabei hatte sich genug Zündstoff angesammelt in den letzten Wochen: Aus Baden-Württemberg wurden Signale an den Späth-Kapitalismus gesendet, um schon mal vorzufühlen. In kaum noch zu überbietender Plattheit wird die fundamentalistische Politik der Grünen für ihre Wahlniederlage in Schleswig-Holstein verantwortlich gemacht, wobei auch der Realoteil des Bundestags-Fraktionsvorstands kein Blatt vor den Mund nahm und in die Zuständigkeiten des Bundesvorstands eingriff. Da herrscht Verbitterung bei den Realos darüber, daß es in Bremen nicht zu einem neuen ,,rot-grünen'' Modell gereicht hat.

Und schließlich hielt der ehemalige Umweltminister Joschka Fischer bereits einige Tage vor dem Parteitag seine Rede. In Form eines Interviews in der ,,Süddeutschen Zeitung'' kennzeichnete er grüne Grundpositionen wie den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie als ,,irreal'', womit er ungewollt historisch völlig neue Bündnisse provozierte. Hubert Kleinert, Gertrud Schilling und Thomas Ebermann gegen das Blackout eines Joschka Fischer, wann hat es das schon mal gegeben? So mußte Joschka auf dem Parteitag in einer persönlichen Erklärung wieder zurechtrücken, alles nicht so gemeint zu haben — wenngleich viele seiner Freunde genau das dachten, was er in der ,,SZ'' zum Besten gab.

Hessen kündigte es an, Bremen und Schleswig-Holstein erhärteten die Tatsache, daß vor dem Hintergrund veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen — schroffe Abgrenzungspolitik der SPD zu den Grünen, parlamentarische Isolierung der Grünen durch alle übrigen Parteien — ,,rotgrün'' als *das* Modell und Hoffnungsträger grüner ,,Realpolitik'' für die nächsten Jahre ausgedient hat.

Der Gemütszustand, die Ratlosigkeit und die Krise der grünen Partei wurde auf fast schon grün-typische Weise auf dem Parteitag bloßgelegt: Statt einer politischen Debatte über diesen Krisenzustand und die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen tauchte die Realo-Prominenz völlig unter. Ein Antrag Antje Vollmers, über das Thema ,,Wahlaussage'' überhaupt nicht zu debattieren, scheiterte nur denkbar knapp an 224 zu 244 Stimmen. Fast die Hälfte der grünen Delegierten wollten lieber gleich zu den verlockenden Millionen Märkern übergehen, als sich in eine sogenannte ,,Strategiedebatte'' zu begeben.

Einzig und allein der Bremer Grüne Ralf Fücks unternahm den Versuch einer Diagnose und Therapie der Partei. Bremen sei wohl der letzte und gescheiterte Versuch eines rot-grünen Projektes in der BRD. Er grenzte sich sowohl von den Hamburger ,,Verweigerern'' als auch dem realpolitischen Anpassungskurs an die herrschenden Verhältnisse ab, schlug dem Bundesvorstand vor, endlich die ,,Nachtwächterrolle'' abzulegen und statt dessen die Initiative für eine verstärkte Oppositionspolitik zu ergreifen, da erst auf dieser Basis wieder Optionen auf rotgrüne Bündnisse möglich würden. Das ökosozialistische Trio (Trampert, Ebermann, Christian Schmidt) und Jutta Dithfurt beteiligten sich auf dem Parteitag nur in Form schriftlicher Statements und Lageanalysen und hielten sich vornehm zurück.

Schon fast beschwörend greifen sie den realpolitischen Teil der grünen Partei an, aus der Krise nicht eine noch extremere programmatische Anpassung an die herrschenden Verhältnisse vorzunehmen, als ohnehin schon in letzter Zeit geschehen. Aber ansonsten wurde das Thema ,,Krise der Grünen'' vertagt und die Delegierten nahmen mit dem eher langweiligen Thema ,,Stiftung'' vorlieb.

Dabei setzte sich in einem Meinungsbild das föderative Landesmodell mit 233 Ja- bei 219 Neinstimmen gegenüber der Heinrich-Böll-Stiftung (189 : 289), der Frauenstiftung (174 : 309) und dem ,,Bewegungs-Modell'' (91 : 339) durch und siegte auch im K.O.-Verfahren gegen die Böll-Stiftung. Daß sich hernach alle wieder zur Konsens-Nachbesserung in eine ,,Kommission'' zusammenfinden sollten, lehnten die unterlegenen Stiftungsprojekte ab. Die Versammlung vertagte sich erschöpft, aber ergebnislos.

Die strömungsübergreifende Stiftungsdebatte beherrschte den Oldenburger Parteitag eindeutig, weil in den viel entscheidenderen Fragen über die Krise der grünen Partei die beiden Machtblöcke unter allen Umständen eine Entscheidungsschlacht zugunsten des einen oder anderen Flügels vermeiden wollten. Wieder einmal wurde die grüne ,,Machtfrage'' auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verlegt, was sich auch in der nur halbstündigen Friedensdebatte zeigte. Otto Schily und Joschka Fischer kritisierten zwar die programmatische ,,BRD — raus aus der NATO''-Forderung der Grünen,

los.
Die strömungsübergreifende Stiftungsdebatte beherrschte den Oldenburger Parteitag eindeutig, weil in den viel entscheidenderen Fragen über die Krise der grünen Partei die beiden Machtblöcke unter allen Umständen eine Entscheidungsschlacht zugunsten des einen oder anderen Flügels vermeiden wollten. Wieder einmal wurde die grüne ,,Machtfrage'' auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verlegt, was sich auch in der nur halbstündigen Friedensdebatte zeigte. Otto Schily und Joschka Fischer kritisierten zwar die programmatische ,,BRD — raus aus der NATO''-Forderung der Grünen,

plädierten aber für eine Vertagung der Entscheidung auf einen Strategiekongreß, der im Frühjahr nächsten Jahres stattfinden soll.

Der durch den auf längere Sicht versperrten Weg einer rot-grünen Option geschwächte Realoflügel wird angesichts der Krise der Partei ebensowenig eine direkte Kraftprobe wagen wie der ökosozialistisch-fundamentalistische Flügel, der aus der Krise der Realos bislang kein Kapital schlagen konnte. Eine Partei in diesem desolaten Zustand kann sich auch mit ,,Waffenstillstand'' zugrunde richten.

D./Westberlin

Weiter so Joschka!

Die Erklärung Joschka Fischers, der sofortige Verzicht auf die Kernenergie sei irreal, erfolgt wohl nicht zufällig wenige Tage nach einer vergleichbaren Erklärung des Saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine. Auch Lafontaine war in erster Linie aus taktischen Gründen darum bemüht, einen in der Sache zwar von Anfang an irrealen, jetzt aber auch politisch unhaltbar gewordenen Parteitags-
warten lassen wird. (...)
Die Erkenntnis des Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Hessischen Landtag, Joschka Fischer, die Partei der Grünen müsse ,,alle ihre Positionen neu überdenken'', gilt in der Tat in erster Linie dem irrealen hannoveraner Parteitagsbeschluß vom Mai 1986, in dem die ,,sofortige Stillegung aller Atomanlagen'' festgeschrieben wurde. Fischer erkennt zu Recht, daß sich die

Weiter so Joschka!

Die Erklärung Joschka Fischers, der sofortige Verzicht auf die Kernenergie sei irreal, erfolgt wohl nicht zufällig wenige Tage nach einer vergleichbaren Erklärung des Saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine. Auch Lafontaine war in erster Linie aus taktischen Gründen darum bemüht, einen in der Sache zwar von Anfang an irrealen, jetzt aber auch politisch unhaltbar gewordenen Parteitagsbeschluß den veränderten Bedingungen anzupassen.

Aus energiepolitischer Sicht bleibt zu hoffen, daß sich die SPD und die Grünen möglichst bald auf die weltweit vorgegebenen energiepolitischen Fakten und Möglichkeiten zurückzubesinnen. Dazu gehört dann allerdings auch die realistische Erkenntnis, daß der Umstieg von der Kernenergie auf alternative Energiequellen zwar mit allen Mitteln zu fördern ist, daß seine Realisierung aber noch Jahrzehnte auf sich warten lassen wird. (...)

Die Erkenntnis des Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Hessischen Landtag, Joschka Fischer, die Partei der Grünen müsse ,,alle ihre Positionen neu überdenken'', gilt in der Tat in erster Linie dem irrealen hannoveraner Parteitagsbeschluß vom Mai 1986, in dem die ,,sofortige Stillegung aller Atomanlagen'' festgeschrieben wurde. Fischer erkennt zu Recht, daß sich die Zahl der in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke seit diesem Beschluß nicht verringert, sondern — vor allem weltweit! — beträchtlich vermehrt habe.

Zutreffend ist auch die Analyse Fischers, daß es den Grünen offensichtlich nicht gelungen ist, die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit eines Ausstiegs aus der Kernenergie zu überzeugen.

CSU-Pressemitteilung 288 vom 17.9.87

Tabubrecher und Querdenker

PROLOG

Mit innovativer Kreativität muß der produktive Diskurs um die ökologische Modernisierung geführt werden, global und interdisziplinär. Quer zu den politischen Lagern wird nicht nur die Linke, sondern alles neu gedacht. Ein Tabu kennen wir dabei nicht. Die Linke muß endlich Mut beweisen und querdenken. Das meint die neue politische Kultur von Biedenkopf/Späth über Geißler/Blüm/Süßmuth (eventuell noch Glotz) hin zu Kuhn/Hoss/Schlauch sowie Mehr/Mülder/Klingelschmitt. Fundamentaler Sofortismus ist nur kontraproduktiv, der moderne Wähler will das ganz Neue und Andere: Mitmischen —kleine Schritte. Nicht öde Systemkritik, machbare Utopie ist das Ziel. Der Citoyen des Jahres 2000. Wenn oben aber mit unten austauschbar ist, warum nicht auch vorn mit hinten oder noch besser: rechts mit links. Womit wir beim Thema wären. Die Grünen und die CDU.

KATALOG

Man kann es ihnen abnehmen, den Württemberger und Badenser Tabubrechern: Sie hatten die Schnauze voll von den Grünen als ,,politische Langweiler der Republik''. Gibt es einen günstigeren Zeitpunkt für ihren unerwarteten CDU-Vorstoß, als just zu jener Zeit die Gemeinsamkeiten zu betonen, wo Mayer-Vorfelder die SA zu einer harmlosen Truppe gegenüber autonomen Chaoten aus der Hafenstraße erklärte? Ein Lump, wer dessen Aufgreifen ,,alter Grüner Ideen'' wie die Wiedereröffnung von Dorfschulen mit diesem Geschichtsbild in Verbindung zu bringen versucht. Kann man den Gegner mehr überraschen, als ihn just dann zu umgarnen, wo er eine Option auf Verschärfung des Abtreibungsverbots diskutierte (und beschloß)? Der ,,clevere Taktiker'' Kuhn von den Grünen plante diese ,,gefährliche Umarmung'' des ,,unkonventionellen Pragmatikers'' Lothar Späth. Für den dürfte dieses Angebot etwas ,,Verlockendes'' haben, schrieb die TAZ listig.

Benedict Maria Mülder wurde durch Kuhn erst kühn: ,,In die Offensive'', blies er die Fanfaren in der TAZ. Der grüne Norden sei paralysiert, der Süden demonstriere ,,Politikfähigkeit''.

zu bringen versucht. Kann man den Gegner mehr überraschen, als ihn just dann zu umgarnen, wo er eine Option auf Verschärfung des Abtreibungsverbots diskutierte (und beschloß)? Der ,,clevere Taktiker'' Kuhn von den Grünen plante diese ,,gefährliche Umarmung'' des ,,unkonventionellen Pragmatikers'' Lothar Späth. Für den dürfte dieses Angebot etwas ,,Verlockendes'' haben, schrieb die TAZ listig.
Benedict Maria Mülder wurde durch Kuhn erst kühn: ,,In die Offensive'', blies er die Fanfaren in der TAZ. Der grüne Norden sei paralysiert, der Süden demonstriere ,,Politikfähigkeit''.

Keine Frage, vierzehn Tage vor den Wahlen im Norden steigern solche südlichen Listen flankiert von berliner Zeitungsmachern den Austausch- und Verbrauchswert der Grünen, wie wir Marxisten zu sagen pflegen.

Außer bmm war noch mtm aus dem Häuschen. Immerhin war der Vorsprung von kpk aufzuholen. Der hatte nicht nur Joschkas Tauschhandel von Wiedervereinigung gegen NATO als grünen ,,Tabubrecher'' gefeiert, sondern obendrein noch die Begründungsanalyse mitgeliefert. Der Wunsch nach NATO-Austritt sei in der Bevölkerung nie mehrheitsfähig gewesen. Bei so viel realpolitischer List der Klingelschmitt/Fischer mußte ökolibertär nachgelegt werden. Max Thomas Mehr interviewte Kuhn und der — clevereTaktiker — sagte nichts; außer: ,,Bündnis mit dem liberaltechnokratischen Flügel'' der CDU, ,,Prinzip wechselnder Mehrheiten'' sowie ,,punktuelle Zusammenarbeit da, wo es inhaltliche Schnittpunkte gibt.'' Für ganz Begriffsstutzige: Erhalt der Dorfschulen und Rettung bäuerlicher Kleinbetriebe.

Benedict war ob dieses Minimalprogramms unzufrieden. Nicht auf halbem Wege stehenbleiben, gleich mit Späth in die Koalition. Denn: ,,*Es ist schlicht diese einfache Erkenntnis, die sich durchsetzt: Die Grünen müssen mit jeder der parlamentarischen Parteien koalitionsfähig sein, um Politikfähigkeit und Gestaltungswillen zu beweisen. Darunter geht es nicht.*'' Ein abgetörnter Ökosozialist aus Hamburg, Vertreter des Alten Denkens, meckerte, er verstünde nicht mehr, was das mit linker, gesellschaftsverändernder Politik zu tun habe. Nun ist der so lange bei den Grünen und hat immer noch nichts begriffen. Ich hab versucht, es ihm zu erklären (siehe Prolog).

NEKROLOG

Das alles ließ Waltraud Schoppes Bonner Knappen nicht ruhen. ,,Alle politischen Möglichkeiten, jede Koalitionsoption muß genutzt werden'', stimmte Udo Knapp zu. Doch nicht Grüne/CDU, sondern Grüne,SPD und FDP müßten für die notwendige ,,freiheitliche und sozial verantwortliche Modernisierung'' zusammenfinden. Vielleicht bringt das den Grünen die ,,fehlende Leidenschaft''zurück, die Knapps Chefin angesichts mangelnder Bonner Präsenz der Grünen beklagte. Vielleicht, vielleicht auch nicht. Befragt um die Haltung der Kommunisten zum Problem, würde ich eindeutig Stellung beziehen: So oder so. Es *muß* zwar nicht alles möglich sein, aber bei den Grünen *ist* alles möglich.

hr.

ANMERKUNG

Alle Zitate aus TAZ 7.8., 28.8., 29.8., 11.9. und 17.9.87.

Knapps Chefin angesichts mangelnder Bonner Präsenz der Grünen beklagte. Vielleicht, vielleicht auch nicht. Befragt um die Haltung der Kommunisten zum Problem, würde ich eindeutig Stellung beziehen: So oder so. Es *muß* zwar nicht alles möglich sein, aber bei den Grünen *ist* alles möglich.
hr.
ANMERKUNG
Alle Zitate aus TAZ 7.8., 28.8., 29.8., 11.9. und 17.9.87.

Bündnispartner

,,*Die Chaoten in Berlin, in der Hafenstraße in Hamburg und in Wackersdorf springen schlimmer herum als die SA jemals.*''
Baden-Württembergs Kultusminister, Stuttgarts CDU-Kreisvorsitzender und VFB Stuttgarts Vereinpräsident Mayer-Vorfelder.
Nichts habe er zurückzunehmen, konterte er die Kritik. ,,*Wer diese Taten beim Namen nennt, der verharmlost nicht die SA, sondern stuft diese Gewalttäter richtig ein.*''
(FR 26. und 31.8.87)

Fortsetzung von vorheriger Seite

einem weiteren Brief beschwerte er sich beim kommunistischen Abgeordneten Charlie Bitton von der ,,Demokratischen Front'', daß man das Thema der Atomwaffen nicht in der Knesset aufgegriffen habe und er bat Bitton, ihn im Gefängnis zu besuchen. Bitton hat inzwischen eine Besuchserlaubnis beantragt. (13) Seit März wird Vanunu von Avigdor Feldman verteidigt, der u.a. auch Palästinenser vor Gericht vertreten hat. Die Verteidigung und das Komitee für Vanunu fordern statt der vollständigen Abschirmung einen öffentlichen Prozeß, sie zweifeln an, daß es sich um ein ordentliches Verfahren handle, weil Vanunu verschleppt und zu einem Geständnis gezwungen worden sei. Die Zensur in Israel über die Atompolitik sei unzulässig und so könne Vanunu nicht des Hochverrats sondern nur für die Weitergabe nicht autorisierter Informationen belangt werden. (2)

Inzwischen haben sich in Großbritannien die Schriftsteller Graham Greene, Auberon Waugh und Paul Read öffentlich für Vanunu eingesetzt. Die Grüne Bundestagsfraktion und die Hessengrünen forderten in Briefen ein offenes Verfahren. Das Russel-Komitee und über 30 britische Abgeordnete haben Vanunu für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen wie auch neun Senatoren und Parlamentarier aus Australien, die Vanunus Enthüllungen als ,,*effektiven Beitrag zu Abrüstung und Frieden*'' kennzeichneten. (13) Die Nominierung kann erst im nächsten Jahr berücksichtigt werden, erklärte das Nobel-Komitee, wo er dann pikanterweise ein Kontrahent Waldheims wäre. (14)

Derzeit ist der Vanunu-Prozeß aber erst einmal bis Mitte Oktober ausgesetzt worden, weil der Richter im Verfahren eine Herzattacke bekam.

HH

Anmerkungen

(1) Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, 11.9.87
(2) taz, 4.9.87
(3) nach International Jerusalem Post, 5.9.87
(4) Israeli Foreign Affairs, 3/87
(5) International Jerusalem Post, 13.12.86
(6) AK 78, 12.4.76, S. 16: „CIA behauptet: Israel hat mindestens 10 Atombomben" und AK 176, 5.5.80, S. 46: „Atommacht Israel"
(6) nach FAZ, 31.8.87
(7) AK 277, 15.12.86, S. 24: Der Artikel „Israels geheimes Atomwaffenarsenal" bringt eine ausführliche Zusammenstellung über die Enthüllungen Vanunus und den Stand Israels als Atommacht (Nachdruck aus „Africasia")
(8) Israeli Foreign Affairs, November 86
(9) AK 174, 24.3.80, S. 1: „Südafrika hat die A-Bombe"
(10) FR, 11.4.1987
(11) „Israeli Nuclear Deterrence — A Strategy for the 1980s", von Shai Feldman, Columbia University Press, New York, 1982
(12) Interview mit dem israelischen Armeerundfunk, hier zitiert nach (1)
(13) taz, 22.7.87
(14) International Jerusalem Post, 4.9.87

Eine Psychologin soll schlichten

Die grünen Damen sind sich nicht mehr grün

Von HEINZ KAISER

Das hat's noch in keinem Parlament gegeben: Die GAL-Fraktion holt sich psychologischen Beistand in ihre internen Sitzungen. Weil's zwischen den acht Frauen mittlerweile so kracht, daß „die Arbeitsfähigkeit akut gefährdet" ist, wie ein Insider stöhnt.

Aus Fraktionssitzungen dringt Geschrei und Gezeter durch die Eichentür im Rathaus. Geschäftsführerin Marie Schmidt läuft wutschnaubend 'raus, Mitarbeiter trauen sich kaum noch rein, wenn sich drinnen „Fundi"- und „Realo"-Frauen auf grünen Ledersesseln die Krallen zeigen. Die Abgeordnete Ulla Bussek (Gymnasiallehrerin) drohte schon zu schmeißen.

Da holte die Abgeordnete Adrienne Goehler (Psychologin) in der Not zur letzten Sitzung die psychologisch geschulte Landesvorstandsfrau Gabriele Teckentrup (Lehrerin) hinzu: „Wir brauchen Supervision" – auf deutsch: eine Beobachterin, die das Gezanke „gruppendynamisch" analysiert.

Muß nun die ganze Fraktion auf die Couch?

Thea Bock, „Realo"-Abgeordnete und Verwaltungsangestellte, verweigerte sich: „So'n Quatsch, ich rede hier über Politik und nicht über Psycho-Kram."

Die Damen kennen kein Pardon: Adrienne Goehler wirft Ulla Jelpke (Verlagsangestellte) vor, „keine Feministin" zu sein, nur „aus Opportunismus" bei der Frauenliste mitgemacht zu haben.

Ungeschickte Auftritte

Die fundamentalistische Christina Kukielka (Dozentin) wird vom realpolitischen Flügel abgelehnt, der ihr obendrein „ungeschickte Fernsehauftritte" ankreidet.

Erst nach einer Kampfabstimmung sicherte sich Thea Bock das Recht, in der kommenden Bürgerschaftssitzung als Erste aus der GAL auf die Regierungserklärung des Bürgermeisters entgegnen zu dürfen. Ulla Jelpke unterlag.

Hintergrund des ganzen Streits:

Nach der Wahlschlappe vom 17. Mai tobt der Richtungsstreit in der GAL (Öffnung zur SPD oder nicht). Die Fundis verfolgen eine harte Verweigerungslinie, haben in der Partei – noch – die Mehrheit.



PSYCHOANALYSE


GAL-Damen mit Schlips und Kasperle im Parlament: Christina Kukielka, Ulla Jelpke und Anja Kuhr (von links). Heute sind sie tief zerstritten. Foto: Lüttgen

GAL-Skandal — für die BILD schlagzeilenträchtig. Wer war Zuträger/in? Nur die Frauen der GAL-Fraktion und ihre Supervisorin waren zugegen. Am nächsten Tag berichtete BILD mit authentischen Zitaten. (BILD-Hamburg, 11.9.87)

Machen sich die GRÜNEN überflüssig?

Das gängigste Erklärungsmuster für das Abschneiden der Grünen bei den Landtagswahlen in Bremen und Schleswig-Holstein bestätigt die grünen „Realpolitiker": Schleswig-Holstein schlecht, weil Fundi, Bremen gut, weil Realo. Was auf den ersten Blick ins Auge fällt, bedarf offenkundig keines weiteren Nachdenkens. Die ganz Klugen rechnen sogar Vergleichbareres gegeneinander auf: die großstädtische GAL in Hamburg verlor 3,4% gegenüber der letzten Landtagswahl, die Bremer Großstadt-Grünen gewannen 4,8% hinzu. Wenn damit nicht alles klar ist?

Genauer wäre es natürlich, alle drei linken und grünen Ergebnisse von 1983 in Bremen mit dem vergleichbaren Potential von 1987 zu messen: bei 9,2% (Grüne, BAL und BGL) zu 10,7% (Grüne und DKP 1987) nimmt sich der Zugewinn schon bescheidener aus. Doch auch das bringt wenig, da es die aktuellen Auf- und Abschwungs- sowie Stimmungssituationen (die die Grünen immer begleitet haben) zum Zeitpunkt der jeweiligen Vergleichswahl nicht berücksichtigt. Ein anderer Vergleich fällt auf und ist für die politische Einschätzung wesentlich ergiebiger, als die Versuche, mit Grobanalysen oberflächliche Terraingewinne innerhalb der Grünen zu erreichen. Es gibt durchgängig einen grünen Abwärtstrend seit der Bundestagswahl, genauer nach der Hessenwahl vom April dieses Jahres. Es ist wesentlich aufschlußreicher, die Stimmenverluste zwischen der Bundestagswahl und den nachfolgenden Landtagswahlen zu untersuchen. Und da fällt auf, daß mit Ausnahme von Hessen die grünen Verluste erheblich waren: in Rheinland-Pfalz 30, in Hamburg 38, in Bremen 36 und in Schleswig-Holstein über 50 Prozent weniger Zweitstimmen als bei dem herausragenden grünen Abschneiden vom Januar. Gleichzeitig fällt seither auf: Der Abwärtstrend der Union und der Aufwärtstrend der SPD. Es scheint bei vielen Grünen nicht möglich, solche Wahlentwicklungen unter einem anderen Gesichtspunkt als dem der eigenen Verdienste zu bewerten. Die besoffene Verliebtheit in die Großartigkeit der eigenen Politik im Falle des Wahlsieges korrespondiert mit der blinden Fehlersuche in der Niederlage. *Die Grünen verlieren mit graduellen Unterschieden trotz unterschiedlicher*

keit der eigenen Politik im Falle des Wahlsieges korrespondiert mit der blinden Fehlersuche in der Niederlage. *Die Grünen verlieren mit graduellen Unterschieden trotz unterschiedlicher*

Bündnisaussagen und regionaler Besonderheiten. Hauptopfer sind die strukturschwachen Grünen im nördlichsten Bundesland geworden. Gegen diesen Trend, gegen eine in Teilen grüne und linke SPD hatten sie keine Chance. Auch nicht mit ihrer eher an die SPD anbiedernden Politik und einer auf die Spitze getriebenen, allumfassenden programmatischen Konstruktivität bis zur Konturlosigkeit.

Rückkehr zur SPD

Die Bundestagswahl war die Quittung für die Ablehnung von rot-grün. Den Schaden hatte die SPD, deren Rau-Kurs zurecht hierfür verantwortlich gemacht wurde. Die Hessenwahl war die Niederlage für das Wollen von rot-grün als halbherzige Alternative zu schwarz-gelb. In beiden Fällen hatten die Grünen keinen unmittelbaren Anteil an dieser Niederlage, schnitten im Gegenteil gut ab. War die Bundestagwahl auch ein Protest der Rot-Grün-Wähler gegen den Rau-Kurs. Damit aber auch die Hoffnung auf die Realisierung zum nächstmöglichen Zeitpunkt. Mit Hessen aber hat rot-grün, in welcher Ausprägung auch immer, eine nachhaltige Abkehr bei all den Wählern bewirkt, die die Grünen in erster Linie als Korrektiv zur Schmidt-SPD gesehen haben. In schöner Deutlichkeit hat dies in Hamburg der Journalist Stefan Aust formuliert: *„Die Grün-Alternativen waren der Knüppel, mit dem man die eingeschlafene SPD auf Trab bringen konnte (...) Die Grünen, vor allem die Hamburger GAL, haben eine historische Chance nicht genutzt (...) Die Grünen sind kein Hebel für politische Veränderungen mehr, wenn eine Regierung ohne sie möglich und eine Regierung mit ihnen unmöglich ist."* (Kommentar in der Hamburger Morgenpost, 1.9.87).

Dieser Aust-Kommentar unter der Überschrift „Der grüne Marsch ins Sektierertum" ist in mehrerlei Hinsicht aufschlußreich. Er dokumentiert einerseits noch einmal sehr drastisch die Abkehr der linksliberalen, grünfreundlichen Medien von den Grünen als SPD-Korrektiv. Fiel die in Hamburg vor der Wahl wegen der Rechtslastigkeit der Dohnanyi-SPD offen geäußert noch schwer, war sie in Schleswig-Holstein mit einer auch gründgewendeten Oppositions-SPD überhaupt kein Problem mehr. Fast wie zu Willy Brandts Zeiten haben sich dort Intellektuelle für die SPD in die Bresche geworfen. Seit Monaten heißt der Trend der rot-grünen Meinungsmacher und ehemaligen Verbündeten der Grünen in den Medien: Abrechnung mit den Grünen als Oppositionspartei. Von der „Spiegel"-Hetzstory über Jutta Ditfurth, über die Publizierung von Abrechnungsartikeln grüner Hamburger Autoren (Edler, Rieckmann, Jurtschitsch) mit den linken GALliern, bis hin zur Reduzierung der Berichterstattung über die Grünen auf ihre Struktur-, Finanz- und Personalskandale, von denen diese Partei der eitlen Gecken ja auch nicht wenige produziert.

Andererseits transportiert Aust mit der Knüppel-Funktion der Grünen für die SPD sowie seiner Haltung zu ihnen als Mehrheitsbeschaffer für die Regierungsbildung die beiden wesentlichen Elemente, die reformorientierte sozialdemokratische Wähler bewogen haben, die Grünen zu wählen. Gerade diese Manchmal-Wähler der Grünen kehren ihnen jetzt in Scharen den Rücken, die Grünen sind für sie kein Hoffnungsträger auf sozialdemokratische Erneuerung mehr. Daran können momentan noch so opportunistische Bündnisangebote der Grünen nichts ändern. Rot-grün, von der Mehrheits-SPD nie gewollt, von den Grünen in ihrer Realo-Fundi-Konfrontation nie als überzeugende linke Reformalternative formuliert und an die SPD herangetragen, ist zunächst out. Und das selbst in einer Situation wie in Schleswig-Holstein nach der Wahl, wo Rot und Grün zusammen eine Mehrheit hätten! Das muß zwar nicht unumkehrbar sein, aber es ist der Trend, auf den die Grünen so reagieren, wie diese Partei immer gewesen ist: uneinheitlich und chaotisch. Konnten sie damit zu anderer Zeit viele Sympathien gewinnen, haben sie diesesmal genauso viele zu verlieren.

Grüne Demontage

Die Grünen als Mehrheitsbeschaffer und potentieller Regierungspartner, das können kaum die Eckpfeiler sein

Grüne Demontage

Die Grünen als Mehrheitsbeschaffer und potentieller Regierungspartner, das können kaum die Eckpfeiler sein, die das grüne Projekt tragen. In der Not laufen die Leute, die dies wollen, zum größeren Partner über oder akzeptieren auch einmal, wenn dafür ein anderer Partner (wie in Hamburg die FDP) infragekommt. Getragen worden ist die grüne Partei nach Geburtswehen von der linken politischen Opposition im Land. Und diese macht auch nach wie vor ihren Wählerstamm oder auch ihre Stammwähler aus. Die Grünen würden immer mehr Teile von ihnen über kurz oder lang verlieren, wenn sie den Kurs einschlagen, den einige ihrer Wortführer in den letzten Wochen vorgeben, ohne dafür auf der anderen Seite aus Wechselwählern neue Stammwähler zu machen. Es liegt in der Logik grüner Realos, daß sie angesichts des Scheiterns ihrer Projektion rot-grün die Axt an die Inhalte des Scheiterns legen: So wie Schily früher schon die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols durchgesetzt hat (im Sinne einer Auch-Grünen-Position), so stößt jetzt Fischer mit der Anerkennung der NATO und dem Abschied vom Atomausstieg nach und untergräbt damit die sowieso schon erschütterte inhaltliche Gemeinsamkeit der Grünen. Waren zu Zeiten des grünen Wachstums diese nicht grundsätzlich neuen Differenzen Ausdruck des „Pluralismus", werden sie jetzt, wo eine gemeinsame Strategie notwendig wäre, zu Spaltungslinien innerhalb der Grünen, oder leiten doch zumindest ihren politischen Verfall ein.

Noch krasser wird dies am erneuten Vorstoß Richtung CDU von Baden-Württemberger Realos deutlich. Ihre Option „wechselnde Mehrheiten" verliert den bisherigen Adressaten SPD und Klientel völlig aus den Augen. Immerhin meinte diese Orientierung ja einstmals eine Reformalternative zur konservativ-liberalen Politik. Die „neue Kultur" erklärt die „Regierungs- und Gestaltungsfähigkeit" zum über den inhaltlichen Zielsetzungen stehenden Wert. Um den Bruch nicht ganz so krass werden zu lassen, wird der Richtungsstreit in der CDU/CSU zur inhaltlichen Neubestimmung der Union als progressiver Kraft für die Zukunft hochstilisiert, die tiefdurchdrungen von grünen Inhalten sei. Die in ihr schlummernde Entwicklungsfähigkeit brauche nur des offensiven grünen Anstoßes. Die zerrissene CDU sei Ausdruck des großen gesellschaftlichen Umbruchs, der quer zu den „Rechts-/Linksblöcken" und den Parteien verlaufe. Nachdem viele, auch linke, Grüne die SPD bereits zu den Akten gelegt hatten, wird neuerdings — dank grüner Intervention — das gesamte „Altparteien"system abgehefet. Übersehen wird, daß der Richtungsstreit in der CDU einerseits ein tatsächlicher Modernisierungs- und Orientierungsstreit rechter Politik ist, andererseits zum Alltag der Befriedung unterschiedlicher Klientel gehört. Grüne Reaktionen darauf zeugen in erster Linie von der eigenen Orientierungslosigkeit. Während diese Grünen glauben, den anderen Parteien erfolgreich ihre Themen aufgezwungen zu haben, um jetzt mit ihnen in einen Diskurs einzutreten, beweisen diese mit der Besetzung grüner Themen ihre nach wie vor nicht gebrochene Lern- und Integrationsfähigkeit, sind längst nicht ad acta gelegt. Diese Themenbesetzung erfolgt mit dem wesentlichen Ziel, ihr Konfliktpotential zu entschärfen (siehe die Kernkraft-Debatte). Statt dies zu bejubeln, sollten die Grünen vielmehr selbstkritisch prüfen, ob nicht durch ihre eigene Vereinseitigung der parlamentarischen „Aktion" und inhaltliche Anpassung jener Prozeß erleichtert worden ist, der ihnen jetzt das Leben so schwer macht. Je zahnloser die grüne Opposition, desto bedeutungsloser ist sie für die Auseinandersetzung um die Fragen, die heute „themenbesetzt" werden.

Zur Zeit tragen die Realo-Grünen aller Schattierungen zur Demontage der grünen Partei als ernstzunehmender Oppositions- und Reformkraft mehr bei, als ihre Gegner dazu in der Lage wären. Es mögen Medien-Liebes-Entzugserscheinungen profilierungssüchtiger grüner Promis und Möchtegern-Promis sein, die sie veranlassen, mit immer spektakuläreren Vorschlägen in die Öffentlichkeit zu gehen. Wenn die Schilys und Fischers einen Vorstoß machen, dürfen die Kuhns nicht abseits stehen, müssen TAZ-Redakteure noch einen draufgeben und der Bonner Clown Udo Knapp sie alle überbieten. Der dabei herauskommende Angebotskatalog hat nichts mehr mit politischer Strategie der Realos zu tun, so wie man dies

TAZ-Redakteure noch einen draufgeben und der Bonner Clown Udo Knapp sie alle überbieten. Der dabei herauskommende Angebotskatalog hat nichts mehr mit politischer Strategie der Realos zu tun, so wie man dies

zu recht noch von ihrer hessischen Linie sagen konnte, sondern ist nichts weiter als billigste Effekthascherei und Ausverkauf der Grünen. Für was mehr sollte das zu gebrauchen sein als Mehrheitsbeschaffung bei Bedarf? Was diese Grünen bei Freunden unbedingter Regierungsbildung beliebter machen könnte — auch das wird bezweifelt —, wird diejenigen, denen die inhaltlichen Zielsetzungen echte Anliegen sind, abstoßen.

Was wird aus linksgrün?

Die Krise der erfolgsverwöhnten Grünen besteht zum einen in abnehmenden Wahlergebnissen, andererseits in zunehmender Nichtbereitschaft, die Rolle der gesellschaftlichen Opposition auch jenseits der „Machtbeteiligung" wahrzunehmen. Neben der Suche nach immer neuen Ideen befördert dies eine neue politische Sprechblasenkultur, die nur noch ihr Feindbild linke Grüne pflegt, um bar jeglichen eigenen Strategieansatzes munter draufloszuspinnen. Die Hamburger GAL, einst der linksgrüne Vorführ-Landesverband, bietet zur Zeit nur ein Bild des Jammers. Hoffnungslos verheddert in Personal- und Finanzquerelen, nimmt die politische Initiative ab, werden gravierende Entpolitisierungstendenzen deutlich. Die schärfsten GAL-Kritiker aus den eigenen Reihen tragen ihre „Alternativen" selbstbewußt vor: Ob nun die Initiatorinnen der GAL-Frauenliste immer noch „den feministischen Diskurs ins Parlament tragen" wollen, des „Spiegel" Lieblingsautor aus der GAL, Kurt Edler, programmatisch verkündet: „Wir müssen durch eine kluge parlamentarische Taktik möglichst viele von den Punkten durchsetzen, die uns wichtig sind" und gegen äußere Störungen die Anpassung außerparlamentarischer Politik an das Parlamentstaktieren fordert, oder ob Adrienne Göhler die Opposition zur gescheiterten Tolerierungspolitik der GAL mit der umwerfenden Perspektive verbindet, man hätte die SPD „auf Schmierseife führen müssen" (was der TAZ-Kommentator begeistert zustimmend aufgreift) — all das drückt außer Anpassung Null-Perspektive aus.



Wechselnde Mehrheiten? Willi Hoss in Minderheitspose



Wechselnde Mehrheiten? Willi Hoss in Minderheitspose

Die hat auch niemand in GAL/Grünen. Wenn heute führende linke Grüne den politischen Substanzverlust und die Aufgabe von originär-grünen Inhalten beklagen, dann ist das ja nur die halbe Wahrheit, genauso eine Mystifizierung dessen, was grün ist, wie die ewige Behauptung des ganz Neuen und Anderen. Die Grünen waren immer auch schon so, wie sie sich jetzt darstellen. Und sie waren immer gegen die „alte Linke" der siebziger Jahre. Wenn jetzt linke Grüne das Bündnis mit der radikalen Linken bis hin zu Autonomen als unerläßlich für den Erhalt grüner Radikalität, für die Option auf eine linke Entwicklung der Grünen beschwören, so wirkt das erst einmal sehr aufgesetzt und antiquiert. Denn gerade die linksgrüne Hamburger GAL hat ja nicht unerheblich Linksaus- und -abgrenzung betrieben, alle mit den Grünen konkurrierenden Unternehmungen auf der Linken erbarmungslos bekämpft, um den eigenen Laden einzigartig und sauber zu halten. Wo die Not am größten, wird in der Linken um Hilfe gerufen. Nur geht's der ja derzeit auch nicht bestens, liegt die außerparlamentarische Bewegung in Volkszählungsagonie darnieder. Impulse dürften von dieser Seite schwer zu bekommen sein. Der neue Bezug alter Linker auf die Grünen dürfte sich eher aus dem außerparlamentarischen Niedergang und dem Frust hierüber speisen. Was wiederum kein guter Lehrmeister für die grüne Auseinandersetzung wäre.

Ob der Rückzug auf die grün-eigene radikale Oppositionssubstanz reicht, darf angesichts der Entwicklung bezweifelt werden. Ob die Grünen diese Krise als linke Oppositionspartei überleben werden, auch. Für einen linken Zusammenschluß außerhalb der Einflußsphäre Parlament taugen die Grünen nicht, da müßte schon was Neues her. Auch wenn rot-grün aktuell out ist, besteht nach wie vor die grüne Perspektive am ehesten in der Entwicklung eines Druckpotentials für eine linke, parlamentarische Reformalternative als ein neues politisches Projekt, das die derzeitige Tendenz zum Wiedereinrichten in herkömmliche Mehrheitsbildung behindert und vor allem die SPD wieder fordert. Das erreichbare Reformpotential von Menschen ist nicht beliebig austauschbar, sondern befindet sich nach wie vor im Umfeld von SPD und Grünen. Es soll doch niemand so tun, als wenn der aktuelle Trend unumkehrbar ist. Und es soll niemand behaupten, die Grünen hätten ihre Reformoption ausgereizt. Rot-grün auf dem Höhepunkt des Scheiterns war entweder die hessische Mitbeteiligungsvariante oder die hamburger Variante innerparteilichen Dammbaus. Das heißt, ein Projekt konsequenter linker Reformpolitik für die Grünen wäre kein alter Hut, sondern eine neue, mit Inhalt zu füllende Aufgabe für die nächste Zeit. Wer deren Verwirklichung den Grünen bestreitet, weil mit ihnen wegen „Realpolitik" und Fischen in CDU-Teichen nicht möglich, wird über kurz Begründungsprobleme für den weiteren Zweck linksgrüner Tätigkeit bekommen. Ausdrücklich ist dem zu widersprechen, was Thomas Ebermann die logische Konsequenz aus der Realo-Politik nennt. Weil der Unterschied zwischen SPD und CDU gering sei, sei es auch egal, wem man ein Angebot zur Zusammenarbeit mache, SPD oder CDU. Beides die gleiche Scheiße, deshalb nichts als Opposition. Diese früher bei ihm nicht bekannte Fundi-Position übersieht, daß es bei einem solchen Reformprojekt nicht um die Frage SPD gut oder nicht gut geht, sondern um die Menschen, ihre Erwartungen und Hoffnungen, die die SPD anspricht. Und die unterscheiden sich allemal von denen der CDU-Wähler. Damit auch die Aussagen der Parteien, die den kleinen, aber nicht unwichtigen Unterschied zwischen ihnen ausmachen. Diese Menschen sollten Zielrichtung linksgrüner Politik sein, mit ihnen muß der Streit geführt und wieder in die SPD getragen werden. Die neuen grünen Angebotskataloge verunmöglichen dies ebenso, wie der Rückzug auf die originär grüne Substanz. Es darf bezweifelt werden, daß die so groß ist, wie sie von den Links-Grünen unter Verweis auf radikale Parteitagsbeschlüsse immer erklärt wird. Und es darf bezweifelt werden, daß der grüne Fundamentalismus ein Ausweg aus der grünen Krise ist.

hr.

Irreal

„Am 17. September begründete Eckart Stratmann im Bundestag einen Antrag der Grünen, der lautet: ‚Sofortige Stillegung des THTR 300, Stopp jeglicherFörderung der HTR-Technologie und Exportverbot.' (Anmerkung: Es geht hier um den Thorium-Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop). Er belegt in seiner Rede ausgezeichnet, daß die SPD nicht nur nicht aussteigt, sondern ‚Arm in Arm mit der Bundesregierung' den Ausbau der Atomtechnologie betreibt, auch nach dem Nürnberger Beschluß. Er zitiert SPD-Minister Jochimsen, der das sozialdemokratische Ausstiegsgerede kurz und trocken blamiert: ‚Den Technologischen Fadenriß dürfen wir uns (...) nicht leisten.' Dieser Versuch einer politischen Offensive für die Grünen scheitert kläglich, denn am selben Tag hagelt es zur Atomfrage folgende Stellungnahmen: Friedhelm Farthmann bezeichnet den Ausstieg in zehn Jahren als irreal, weil eine klaffende Energielücke drohe. Joschka Fischer sagt, den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie zu verlangen, wäre irreal. Der Umbau der Energiewirtschaft sei nur mittel- und langfristig zu bewältigen (TAZ). Nebenbei müßten die Grünen alle ihre Positionen neu überdenken. Johannes Rau ergänzt, die Zehnjahresfrist sei nur eine literarische Frage ohne praktische Bedeutung. Fischer setzt nach und kritisiert in der TAZ die Grünen in Schleswig-Holstein mit den Worten: ‚Wir haben doch dort der SPD die Darstellung der realistischen (...) Perspektive überlassen'. Die SPD hatte in Schleswig-Holstein den Ausstieg in acht Jahren beschlossen."

(Aus: Die Wahlergebnisse und die tiefe Krise der Grünen, von T. Ebermann, C. Schmidt und R. Trampert).

Für eine Kultur der wechselnden Mehrheiten

Die GRÜNEN/Baden Württemberg und die CDU

Ende August traten baden-württembergische Grüne mit dem Vorschlag einer Zusammenarbeit mit der CDU an die Öffentlichkeit. Mit Datum vom 8. September versandte der grüne Landesvorstand an alle Mitglieder das nachstehende Papier, das er ausdrücklich als Diskussionsvorschlag begrüßte. (Wir haben es etwa um ein Drittel gekürzt.)

1. Die Ausgangslage

Wir haben die Chance, die CDU bei der nächsten Landtagswahl um ihre absolute Mehrheit zu bringen. Dies ist ein vorrangiges Wahlziel der Grünen in Baden-Württemberg, weil die CDU, würde sie wieder die absolute Mehrheit gewinnen, ihre Position als alles beherrschende Staatspartei, ausbauen würde. Wir können die CDU tatsächlich um ihre Mehrheit bringen, weil immer mehr Menschen den Späth'schen Kurs der technokratischen Flurbereinigung, d.h. die Verabsolutierung technokratisch-ökonomischer Rationalität und die Vernachlässigung ökologischer und sozialer Ziele, ablehnen.

Doch die von etablierter Seite gehandelten Koalitionsalternativen bestechen nicht. Denn wer Programmatik, politische Praxis und personelle Struktur von FDP und SPD kennt, kann keine allzu großen Hoffnungen auf eine FDP/CDU oder CDU/SPD-Regierung setzen.

Die FDP stellt sich in Baden-Württemberg als ständisch-orientierter Pöstchenjägerverein dar (...) In der Wirtschafts- und Finanzpolitik steht die FDP in vielem schon rechts von der CDU. (...)

Die Lage der SPD in Baden-Württemberg hat sich durch den nervös dreinblickenden höhenbesonnten Hoffnungsträger Spöri nicht wesentlich verbessert. Grau und nicht rot ist die Farbe der baden-württembergischen Sozialdemokraten. Natürlich gibt es programmatisch in den verschiedensten Programmbereichen Gemeinsamkeiten mit den Grünen. Das ist nicht verwunderlich, vor allem deshalb, weil die SPD in so manchem Bereich (z.B. der Ökologie) unter dem Druck ihrer Basis ihr Programm auf Grün nachgebessert hat. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß die SPD zu strukturellen Veränderungen (Stichwort Umbau) nicht bereit ist. (...) Die baden-wüttembergische SPD ist trotz Eppler eine Partei des quantitativen Wachstums; im konkreten Konfliktfall geht ihr die Ökonomie vor der Ökologie (Boxberg, Daimler-Benz Ansiedlung in Rastatt, AKW Obrigheim, Straßenbau). In diesen Punkten verhält sich die SPD auf der Linie des Späth-Kapitalismus und ist nur immer etwas eingeschnappt, wenn Späth in klassischer sozialdemokratischer Zentralplanungsmanier die Vorgaben macht. (...)

Angesichts solcher inhaltlicher Orientierungen der SPD würde eine große Koalition als erdrückendes Bündnis der Wachstumsparteien eine gesellschaftliche Neuorientierung im Sinne eines Umbaus des Industriesystems auf viele Jahre blockieren.

Für den Wahlkampf dürfte noch wichtig sein, daß die CDU, d.h. Späth, jede Koalition mit FDP und SPD ablehnt, und doch jede(r) davon ausgeht, daß sie mit aller Wahrscheinlichkeit in eine solche Koalition treten wird. Pfründe sind nun mal Pfründe! Doch müssen wir Grüne uns damit abfinden?

2. Die Grünen und die CDU — Teil I

Die Grünen in Baden-Württemberg sind jetzt seit acht Jahren auf kommunaler Ebene und im Landtag vertreten. Sie sind einer der stärksten Landesverbände der Grünen und hatten bei der Bundestagswahl mit zehn Prozent das beste Ergebnis in einem Flächenstaat.

Die gute kommunale Verankerung, die relativ gemäßigten Flügelkämpfe sowie unsere Fähigkeit, auch für den ländlichen Raum umsetzbare Alternativen zu haben, erklären diesen Erfolg und machen auch das spezifisch baden-württembergische unseres Landesverbandes aus.

Wichtig für den Landesverband ist auch, daß er von Anfang an quer lag zu den Denkschablonen der bekannten Zwei-Lager-Theorie — hier das rechte CDU-Lager, dort das linke SPD-Lager. Grün ließ und läßt sich in diesem inhaltsarmen Schematismus nicht eindeutig einordnen und aus diesem Grund haben auch immer Wertkonservative ihren Platz bei den Grünen in Baden-Württemberg. Verstärkt wird das Image der Bawü-Grünen auch durch ihre stets gezeigte Bereitschaft, auch mit dem schwärzesten politischen Gegner oder mit sozialdemokratischen Fortschrittsgläubigen auf Überzeugung zielende Dialoge zu führen.

(...) Sehr zum Leidwesen von FDP und SPD — und übrigens auch zum Leidwesen vieler konservativ-reaktionärer CDU-Politiker — hat die eigentliche politische Debatte zwischen den Grünen und der Späth-CDU stattgefunden. (...)

Die baden-württembergische CDU ist — genau besehen — eine tief gespaltene Volkspartei und die Spannungen nehmen zu. Auch wenn es Späth noch gelingt, durch seine Personen Risse zu verdecken, ist doch unverkennbar, daß der Spagat zwischen einer CDU Mayer-Vorfelders, Gauweilers oder Dreggers und den Anhängern Rommels, Süßmuths oder Blüms immer schwieriger wird. Hier in Baden-Württemberg stehen sich eine starke dumpf-reaktionäre CDU-Strömung, der in vielem die Politik Kohls zu lasch ist, und eine technokratische Strömung, die ein liberales Image pflegt und das Projekt Modernisierung der Volkspartei CDU fährt, gegenüber. Späth, der sich in vielem nicht festlegt, organisiert dieses Spagat. Politiköffnungen im Bereich der Menschenrechte (Blüm), im Bereich der Frauen und der Sozialpolitik (Süßmuth), Konzessionen an die ökologische Frage (der neue Umweltminister Vetter hat als eine der ersten Amtshandlungen den grünen Umweltbefund bestätigt) sowie die Ablehnung der Kohl'schen Steuerreform durch Rommel und Späth zeigen Tendenzen einer Öffnung der CDU. Im Bereich der Politik für den ländlichen Raum hat die CDU sich grünen Forderungen (z.B. nach Regionalisierung der Landwirtschaftspolitik oder nach einer extensiveren landwirtschaftlichen Produktion) öffnen müssen, ohne jedoch in Bonn wirklich in diese Richtung zu intervenieren. Dem gegenüber steht eine knallharte rechte Innen- und Sicherheitspolitik, man denke nur an die Initiativen der Landesregierung zum Demonstrationsrecht, zum Vermummungsverbot oder die brutale Asylpolitik, die Asylbewerber abschreckt und ein asylfeindliches Klima bei der Bevölkerung hervorruft. Hier zeigt sich der CDU-Populismus von rechts und ein Mayer-Vorfelder bleibt Schulminister, auch wenn er die Hausbesetzer und Chaoten mit der SA vergleicht. Späth deckt diese knallharte Linie, sie ist Teil seines Machtpokers, und in diesem Sinne ist es auch falsch, Späth als Liberalen zu bezeichnen.

Die Integration dieser verschiedenen Grundströmungen dürfte immer schwieriger werden. Die zentrifugalen Kräfte nehmen zu. Und so mancher CDU-Politiker und Anhänger ist in sich selbst gespalten, will eine ökologische Landwirtschaft, aber will gleichzeitig die Asylsuchenden mit dem Knüppel in der Hand aus dem Land jagen.

Die Grünen haben schon in der Vergangenheit wesentlichen Einfluß auf diese Entwicklung nehmen können. Wir haben z.B. in der Umwelt- und Frauenpolitik, aber auch im Bereich ländlicher Raum Positionen entwickelt und vorgebracht, an denen die CDU nicht vorbeikommt.. Wir haben faktisch längst punktuelle Zusammenarbeit mit Teilen der CDU-Wählerschaft (z.B. den Bauern und Bäuerinnen, denjenigen CDU-Frauen, die gegen eine Verschärfung des § 218 sind, oder vielen Bürgern und Bürgerinnen im Bereich Waldsterben) praktiziert.

Nichts zeigt die beschriebene Tendenz klarer als die Tatsache, daß bei der letzten Bundestagswahl zwei Prozent mit der Erststimme CDU und mit der Zweitstimme Grüne gewählt haben. (Bei der Landtagswahl hat man in Baden-Württemberg nur eine Stimme!)

In vielen Fällen hat Späth durch eine Übernahme der grünen Rhetorik bei Beibehaltung seiner Politik auf unsere punktuelle Zusammenarbeit mit CDU-Anhängern reagiert. Dies fällt zunehmend schwerer und in bestimmten Bereichen läßt sich verbal der Druck in Richtung Grün nicht mehr aufhalten (z.B. beim ökologischen Landbau). Diesem Papier liegt die Prognose zugrunde, daß sich diese Tendenzen, eine kluge grüne Strategie vorausgesetzt, eher verstärken werden.

Wir geben uns keinen Illusionen über den Charakter der CDU hin. Sie ist in Baden-Württemberg noch immer eine antiliberale, reaktionäre Partei. Deswegen ist sie auch nicht koalitionsfähig für uns Grüne, wie dies manchmal von den Ökolibertären (umso lauter, je weiter weg sie von Baden-Württemberg weg leben) ins Gespräch gebracht wurde. Und wir machen uns auch keine Illusionen über Späth. Späth ist ein Machtpokerer. Wo er glaubt, grüne Zugeständnisse machen zu müssen, tut er das. Wo er den rechten Rand der CDU stabilisieren muß, versucht er ihn zu stabilisieren. Am liebsten macht er beides gleichzeitig.

Aber die CDU ist in Bewegung geraten, jedoch nicht freiwillig. So etwas tun Parteien nicht aus freien Stücken: Sie sind an ihrer eigenen Parteibasis unter Druck gesetzt worden und die Grünen haben ein gutes Stück Anteil an dieser so ausgelösten Bewegung.

Sie haben in Baden-Württemberg die strategische Chance, sich kurz- und langfristig in diesen Prozeß einzuklinken. Sie haben im Unterschied zur FDP und SPD die Chance, Späth vom Schwebebalken zu holen und produktiv auf die Widersprüche der CDU zu reagieren.

3. Die Grünen und die CDU — Teil II

Wer das Bild, das die Grünen gegenwärtig in der veröffentlichten Meinung abgeben, betrachtet und dies mit dem Bild der CDU vergleicht, wird feststellen, daß es die CDU ist und nicht die Grünen, die im Zentrum des politischen Interesses steht. Nach den noch in keiner Weise verarbeiteten Wahlniederlagen in Hessen und Hamburg und angesichts der unerquicklichen pubertären Realo-Fundi-Grabenkämpfe, denen die Ausstrahlung eines alten Paares Socken innewohnt, sind die Grünen zum politischen Langeweiler der Republik geworden. Wichtig erscheint uns, daß mit Hessen und Hamburg die bisher entwickelten Bündnisoptionen für die Grünen vorläufig gestorben sind, egal ob sie wollen (Hessen) oder nicht wollen (Hamburg). Im Norden ist die Chance, Politik zu verändern, leichtfertig vertan worden, in Hessen hat es nicht gereicht (was wahrscheinlich auch nur auf den ersten Blick wieder einmal allein an der SPD liegt).

Hamburg war für alle drei etablierten Parteien ein Glückslos. Die Herrschaften sind wieder in der Pose staatsmännischer Verantwortung gegenseitig koalitionsfähig. Die grünen Störer sind wieder außen vor, und zwar — das ist das neue — ganz egal, ob sie im Parlament sind oder nicht. Die Möglichkeit für die Grünen, politische Diskurse zu dominieren, werden dauernd geringer, ganz egal, ob wir uns radikalem Sofortismus hingeben oder uns SPD-fixiert anpassen.

Ganz anders bundesweit die CDU.

Während die Grünen in erbitterten Grabenkämpfen erstarren, bewegt sich anderswo etwas. Bei der CDU werden neuerdings Positionen dargestellt und Diskussionen geführt, wie man dies bislang kaum erwartet hätte.

Man kann dies begrüßen oder bedauern, aber man kann es eigentlich nicht ignorieren. Doch manchmal neigen Grüne dazu, dies zu verdrängen. Es ist ja auch ein bißchen unangenehm und stört ein bißchen das Weltbild von der CDU als Buhmännervereinigung der Sonderklasse, wenn Rita Süßmuth auf einmal Frauenpolitik macht (natürlich, natürlich die falsche, aber doch irgendwie nicht schlecht). Oder wenn der pfiffige Norbert für die Chilenen eintritt und in der „Zeit" die deutschen Banker beschimpft, daß Ebermann die Ohren wackeln. Da wirkt Lothar Späth schon fast wieder wie ein blasses Auslaufmodell.

Alles Zauber? Mag sein, wir wissen es nicht. Aber uns scheint: Geißler veranstaltet dies alles nicht freiwillig, sondern weil er es muß. Selbst Kohl kann gar nicht anders, als die CSU in der Raketenfrage mit der immer wieder eingeklagten Richtlinienkompetenz vorzuführen. Er kann gar nicht anders und wirkt dabei wie nach einer Frischzellenkur. Es kann nicht anders — und das ist das entscheidende, weil es jenseits der Parteigrenzen eine gesellschaftliche Mehrheit für Doppelnull und gegen die Pershing Ia (wie auch in anderen Fragen) gibt, — eine Mehrheit, die er nicht der FDP überlassen kann.

Dies finden übrigens auch viele Grünwähler/innen nicht ganz so schlecht, obwohl ihnen aus den Parteizentralen der Grünen nahegelegt wird, daß Doppelnull angesichts des Hauptziels NATO-Austritt doch letztlich ein Dreck sei. Irgendwie beschissen ist im Nachhinein betrachtet nur, daß wir es waren, die zusammen mit der Friedensbewegung wegen weniger als Doppelnull das große Händchenhalten von Stuttgart nach Ulm veranstaltet haben und jetzt allzu hilflos zugucken dürfen, wie Genscher den Friedensapostel macht.

Es ist an der Zeit, daß die Grünen einen Beitrag leisten zur Überwindung der fatalen Zwei-Lager-Theorie in der Bundesrepublik. Deswegen können wir uns nicht leisten, die Entwicklung bei der CDU mit grünen Floskeln zu banalisieren oder als bloßes Spektakel abzutun. Wir müssen uns in die CDU-Debatte einklinken — ebenso wie wir uns mit Entwicklungstendenzen und Positionen anderer Parteien auseinandersetzen.

Sicherlich sitzen wir Grünen in BaWü fester im Sattel als sonst wo, aber es wäre naiv, so zu tun, als könnten wir uns abschotten. Es ist richtig, eine baden-württembergische Linie aufzubauen, aber die Entwicklung der Bundespartei wird doch stets ein dominanter Faktor sein.

Wir wollen es ganz offen ansprechen. Unser Vorschlag „Wechselnde Mehrheiten auch mit der CDU" ist auch aus dieser für die Grünen gefährlichen Ghetto-Situation geboren. Er hat so mache(n) Grüne(n) aufgeschreckt und den Winterschlaf vor Ort gestört. Sogar so mancher guter Realo, in alter Tradition SPD-fixiert, ist verunsichert. Egal, wie unsere Entscheidung aussieht: Wenn grün wieder aus dem Abseits raus soll, brauchen wir Durchzug im Stinkstall sich selbst reproduzierender Weltbilder.

4. Baden-Württemberg und die Landtagswahl

(...) Die SPD in Baden-Württemberg ist mit ihrer verknöcherten Funktionärsgarde im Stuttgarter Landtag eine unattraktive und profillose Partei ohne Perspektiven für einen wirklichen Umbau der Gesellschaft. Mit ihr gibt es Gemeinsamkeiten in Einzelpunkten — und diese ernstzunehmen halten wir für wichtig — aber ihr fehlt die politische Kraft für eine grün-rote Kooperation. Dazu kommt, daß die FDP personell und programmatisch in eine solche Kooperation einzubeziehen nicht nur an deren erklärter Koalitionsabsicht, sondern auch an offensichtlich mangelnder Gemeinsamkeit scheitert.

So schön es vielleicht wäre mit SPD und FDP — um ein Beispiel zu nennen — die Stärkung dezentraler Demokratie durch eine Änderung der Gemeindeordnung (Bezirksbeiräte, Ortschaftsräte) durchzusetzen — oder wie die Einzelpunkte noch heißen, an denen in der laufenden Legislaturperiode eine Zusammenarbeit der drei Oppositonsparteien stattfand, eine gemeinsame Regierung ist damit nicht zu begründen. (...)

Wir sind nun der Auffassung, daß auch die Grünen derzeit nicht an einer Entscheidung im CDU-Spagat interessiert sein können. Denn der Flügelstreit in der Union prägt, stellvertretend für die ganze Gesellschaft, falsche Alternativen und Perspektiven. Anders gesagt: Uns kann nicht gelegen sein an einer Entscheidung, die liberale Perspektiven nur im Gewand technokratisch-industrialistischer Betonwalzen und wertkonservative Orientierungen nur im Kleid reaktionärer Wendepolitik sich entfalten ließe.

5. Das Konzept wechselnder Mehrheiten

Angesichts der beschriebenen Alternativen spricht unseres Erachtens viel für eine Politik wechselnder Mehrheiten. Dieses Konzept ist nicht insgesamt neu, auch wenn es auf Länderebene bisher nicht praktiziert wurde. Wechselnde Mehrheiten — und das heißt auch punktuelle Zusammenarbeit der Grünen mit allen Parteien — gibt es völlig selbstverständlich auf kommunaler Ebene und dies war in der Vergangenheit auch nie ein Anlaß für Richtungsstreit innerhalb der baden-württembergischen Grünen. (...) Auf Landes- und Bundesebene herrschen andere Sitten. (...)

Daß in einer bestimmten Situation, noch dazu, wenn alle (mit Ausnahme der FDP) sagen, sie wollen nicht koalieren, eine Minderheiten-Regierung denkbar wäre, die, nachdem sie gewählt ist, dann mit wechselnden Mehrheiten agieren muß, — dieser Gedanke ist geradezu eine Tabuverletzung. Eine Tabuverletzung, der sofort mit der ganzen „Aber-das-geht-doch-nicht-Rhetorik" oder mit der Verantwortungsleier begegnet wird.

(...) Wechselnde Mehrheiten in der Bevölkerung sollten sich auch in wechselnden Mehrheiten im Parlament niederschlagen könne.

In diesem Sinne stehen wir mit unserem Vorschlag für eine Veränderung der politischen Kultur. Wir wollen, daß es im Parlament genauso spannend werden kann, wie im wirklichen Leben. Eine ganze Reihe deutscher Urängste wird unserem Vorschlag entgegenschlagen. Aber es ist ein Vorschlag, der uns Grüne wieder zu dem machen könnte, was wir einmal waren: Zu einer springlebendigen Partei, die die politischen Verhältnisse zum Tanzen bringen kann.

(...) Späth und die CDU muß sich entscheiden, ob sie ihr vor der Wahl gegebenes Wort, keine Koalition zu wollen, halten wird oder nicht. Ob er lieber die Pöstchenjäger und/oder Langweiler befriedigt, als die Risiken und Chancen einer Politik der wechselnden Mehrheiten zu versuchen. Wir sind uns bewußt, daß eine Entscheidung für letztere Alternative überraschend käme, denn sie bedeutete eine politische Innovation. Dennoch halten wir unseren Vorschlag für vernünftig. Er resultiert nämlich nicht taktisch aus grüner Interessenlage, sondern basiert auf nüchterner Beurteilung der Komplexität aktueller gesellschaftlicher Orientierungen. Gerade dies aber erlaubt es uns auch, im Wahlkampf hartnäckig an unserem Vorschlag „Wechselnde Mehrheiten" festzuhalten. Er erweist sich nämlich unter der Perspektive als Instrument der Kritik der — zugegebenermaßen wahrscheinlicheren — verlogenen Regierungsalternativen.

(...) Es geht uns also nicht um eine Tolerierung. Eine Politik wechselnder Mehrheiten hat, wenn wir die CDU zunächst um ihre jetzige Mehrheit bringen und Späth sich dann gegen eine Koalition entscheidet, nur eine Bedingung: Es muß im Landtag genug Abgeordnete geben, die Späth (oder etwa einen anderen?) zum Ministerpräsidenten wählen, damit es losgehen kann. Und das soll unserer Meinung nach nicht an den Grünen scheitern. D.h., wir würden den Ministerpräsidenten mitwählen, wenn so die Tür für das Konzept inhaltlich begründeter wechselnder Mehrheiten geöffnet würde.

Für die CDU-Politik übernehmen wir bei diesem Vorschlag keine Verantwortung. Ministerpräsident wird Späth ja, wenn unsere Idee nicht funktioniert, auch ohne uns. Wir übernehmen mit diesem Vorschlag aber Verantwortung für die Politik, die bunte Landtagsmehrheiten danach von Fall zu Fall gestalten würde und in der Tat böte uns diese Politik größere Gestaltungschancen als jede andere realistische Variante. Wieso sollten wir uns nicht zusammen mit der CDU neue Chancen für den ländlichen Raum eröffnen, wo sie zum Teil schon angefangen hat, grüne Ideen aufzugreifen? Wieso sollten wir nicht zusammen mit SPD und FDP, wenn irgend möglich Verschlechterungen beim § 218 blockieren? Und wäre es nicht vorstellbar, daß der unionsinterne Richtungsstreit, der in Bonn derzeit CDU und CSU gegeneinander treibt, sich in Einzelfragen auch in Landtagsabstimmungen niederschlägt? Und wäre das nicht zu begrüßen?

Warum also nicht? Entweder gibt es zwischen zwei oder drei Parteien eine genügend große gemeinsame Schnittmenge, die für ein Koalitionsbündnis reicht, oder aber die größte Partei sucht sich jemanden für die Ministerpräsidentenwahl und dann geht die Post ab mit wechselnden Mehrheiten. Das wäre mit Sicherheit eine Verinhaltlichung von Politik. (...)

Wir wollen nicht ins Schwärmen verfallen, denn wir halten es durchaus für wahrscheinlich, daß die CDU sich nach dem Verlust ihrer Mehrheit lieber mit Hilfe irgendwelcher Steigbügelhalter an der Macht hält, als eine solche offene Politik zu riskieren. (...)

6. Nachbemerkung für Leute, die nur in Strömungskategorien denken

(...) Wir verstehen diesen Vorschlag als querliegend zur bisherigen Realo-Fundi-Debatte. Auch in unserer Partei ist ja vielleicht das Prinzip der wechselnden Mehrheiten angesagt.

War es nicht so manche(r) Ökosozialist(in), der/die wenn's um die hessische Koalition ging, immer von punktueller Zusammenarbeit mit allen Parteien und wechselnden Mehrheiten gesprochen hat? Waren es nicht die GAL-Frauen, die gemeinsam mit der CDU die Hundesteuer gesenkt haben?

Und ist es nicht so, daß es der etwas blaß gewordenen Realpolitik ganz gut tun würde, von ihrer positiven SPD-Fixierung wegzukommen, ohne dabei auf ökolibertär Koalitionen mit den Schwarzen ausloben zu müssen.

In diesem Sinne verstehen wir unseren Vorschlag.

Unterzeichner/innen:
Fritz Kuhn, Waltraud Ulshöfer, Biggi Bender, Reinhard Bütikofer, Birgit Voigt, Rezzo Schlauch, Gerd Schwandner, Wolfgang Kaiser, Rolf Bach, Nikolaus Huß, Andreas Bernstorff, Franz Untersteller, Michael Jacobi, Herta Parchent, Willi Hoss

Ellen Olms und Dietrich Schulze-Marmeling

Die GRÜNEN und die Palästinafrage



„... Genosse!" — „Genosse! ..."
Ex-MdB Jürgen Reents trifft PLO-Chef Arafat

Die „Sensibilitätsfrage"

Daß eine besondere Sensibilität im Umgang mit dem Staat Israel und dessen innen- wie außenpolitischer Praxis angesagt ist, soll keineswegs bestritten werden. Wenngleich dies nicht bedeuten kann, sich gegenüber israelischen Menschenrechtsverletzungen, militärischen Feldzügen etc. jeglicher Kritik zu enthalten. Indes hegen wir den Verdacht, daß die in Sachen Israel geforderte unbedingte Zurückhaltung zu einem guten Teil lediglich Anpassung an herrschende Politik reflektiert. Jedenfalls ist augenfällig, daß oftmals dieselben Personen, die gegenüber Israel zu Passivität auffordern, gegenüber der UdSSR, die einen deutschen Angriffskrieg mit immerhin 20 Millionen Toten zu bezahlen hatte, ein vergleichoares Gespür missen lassen. Im Gegenteil: Lapidar wird die UdSSR als „durch und durch militarisierte Gesellschaft", wie man sie „auch unter den Nazis erlebt" habe, denunziert; wird der UdSSR ein „übersteigertes Sicherheitsbedürfnis" unterstellt, obgleich das Deutsche Reich seinerzeit (..) bis in die Vororte Moskaus eindrang. Zweifelsohne gibt es eine Tendenz, die Verbrechen der Hitler-Generation und deren psychologische Last durch Verweise auf israelische Vergehen zu kompensieren. Nur: Diese Tendenz läßt sich auch — und hier vielleicht sogar noch deutlich mehr — im Verhältnis zur UdSSR konstatieren. (...)

Als Israel 1982 in den Libanon einfiel, gestaltete sich hierzulande die gängige Haltung wie folgt: 1. Der Libanon-Feldzug und die dabei begangenen Kriegsverbrechen beweisen, daß die Israelis — unsere ehemaligen Opfer — auch nicht bessser sind als wir, die

Libanon-Feldzug und die dabei begangenen Kriegsverbrechen beweisen, daß die Israelis — unsere ehemaligen Opfer — auch nicht bessser sind als wir, die

ehemaligen Täter. (...) 2. Wir zollen dem israelischen Volk unsere allergrößte Bewunderung, aufgrund seiner militärischen Fähigkeiten. (...)

Wie sich diese Rezeption israelischer Politik realpolitisch materialisiert, läßt sich einem Interview mit Manfred Wörner in der Zeitschrift „Tribüne" entnehmen: „*Wir versuchen natürlich zu erkennen, wo wir von den Israelis im operativen und taktischen Bereich lernen können. Umgekehrt sind die Israelis an unseren operativen und taktischen Konzepten interessiert. Es ist ja auch kein Geheimnis, daß die operativen und taktischen Konzeptionen der israelischen Armee in manchem den unseren sehr ähnlich sind, insbesondere wenn man an die Auftragstaktik und ähnliches denkt. (...) Ich weiß nicht, ob man das als einen Vorzug werten kann, aber mit Sicherheit ist die Erfahrung, die Israel in den Kriegen hat sammeln können, die uns glücklicherweise seit dem Zweiten Weltkrieg erspart geblieben sind, etwas, was sich im Stand der israelischen Technologie ausdrückt. Hier gibt es Erkenntnisse, von denen wir profitieren können.*" (...)

Daß Israel die Unterstützung der BRD (...) erfährt, hat wenig bis gar nichts mit Schuldbewußtsein und Wiedergutmachung zu tun, sondern ist primär der Tatsache geschuldet, daß der jüdische Staat in der Nahost-Region als Vorposten zur Durchsetzung westlicher Interessen, als mit der NATO eng verbundene regionale Ordnungsmacht agiert. Dadurch erscheinen bundesdeutsche Machtpolitik und (vermeintlicher) Pro-Semitismus/Antifaschismus als deckungsgleich. Die Solidarität bundesdeutscher Realpolitik gilt nicht den Juden per se, sondern dem Staat Israel und dessen pro-westlicher Ausrichtung. Wie ist es anders zu erklären, daß CDU und CSU einerseits die politischen Formationen sind, die sich besonders pro-israelisch geben, andererseits in den Unionsparteien der Antisemitismus weitaus virulenter ist als innerhalb von FDP und SPD? Und: Wie ist es anders zu erklären, daß der UdSSR eine vergleichbare Behandlung durch die BRD (Rüstungshilfen für die von uns ehemals Angegriffenen, Reparationszahlungen, Rücksichtnahme auf sowjetische Sicherheitsbedürfnisse etc.) nicht zuteil wird?

Mit dem Verweis auf die anders geartete Haltung gegenüber der UdSSR und den diesbezüglichen deutschen Verbrechen, beabsichtigen wir keineswegs, die Einmaligkeit der Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung in Frage zu stellen oder in irgendeiner Weise zu relativieren. (...) Andererseits bezweifeln wir, daß es diese Einmaligkeit ist, die die BRD seit ihrer Gründung zu einer völlig unterschiedlichen Behandlung der UdSSR einerseits und Israels andererseits bewegt. Dazu ist die Diskrepanz denn doch zu groß ... Und: Unbenommen von dieser Klarstellung bleibt auch die Feststellung, daß es zahlreiche Grüne im Umgang mit der UdSSR an Gespür und dem richtigen historischen Bewußtsein mangeln lassen.

Zudem stimmt es bedenklich, wenn grüner Antifaschismus stets dann strapaziert wird, wenn es um die Palästinenser oder anderweitige Nahost-Probleme geht. Wäre es nicht näherliegend, das diesbezügliche Engagement auf die wachsenden antisemitischen Tendenzen in der BRD zu konzentrieren? (...) Ist nicht der Frankfurter Börne-Platz ein wesentlich geeigneterer Ort, Sensibilität gegenüber der Geschichte und antifaschistisches Selbstverständnis unter Beweis zu stellen, als der Nahe-/Mittlere Osten? Warum müssen eigentlich die Palästinenser für deutsche Verbrechen büßen, nicht aber die Hitler-Generation und ihre Sprößlinge? Warum gibt es eigentlich — den deutschen Verbrechen zum Trotze — einen Staat mit dem Namen Bundesrepublik Deutschland, nicht aber einen palästinensischen Staat? Womit wir zu der Frage des Selbstbestimmungsrechtes und des Nationalstaates gelangen.

Selbstbestimmungsrecht und Nationalstaat

In der Fraktion kursiert derzeit der Kampfbegriff von der „Abkehr vom Nationalstaat". Exerziert werden soll

In der Fraktion kursiert derzeit der Kampfbegriff von der „Abkehr vom Nationalstaat". Exerziert werden soll

diese „neue Politik" indes ausgerechnet an solchen Völkern, die bislang noch nicht in den (mehr oder weniger fragwürdigen) Genuß eines eigenen Nationalstaates gekommen sind. An dieser Stelle muß festgehalten werden, daß diejenigen, die derzeit mit dieser Formel hausieren gehen, keineswegs die Abkehr vom Staat intendieren. Im Gegenteil: Die Akteure sind ja fast ausnahmslose dezidierte Befürworter des staatlichen Gewaltmonopols, also jener Einrichtung, die den Nationalstaat erst zum Staate werden läßt und seine Gefährlichkeit ausmacht. (..)

Wenn ein ehemaliger Apologet der Vision eines „unabhängigen, vereinigten sozialistischen Deutschlands" die Überkommenheit des Nationalstaates entdeckt, dann reibt man sich zunächst einmal leicht verwundert die Augen. Oha! Es wird noch gelernt. Weit gefehlt, wie ein näheres Hinsehen entlarvt. Vom herrschenden Standpunkt aus betrachtet, war diese Formel nie etwas anderes als unrealistischer Sektiererkram, da 1. die Wiedervereinigung (schon gar nicht im deutschen Alleingang) keine realitätstüchtige politische Option darstellt; 2. der Frage territorialer Herrschaftsausübung in unserer von ökonomischer Penetration, Interdependenzen etc. gekennzeichneten Welt nur noch sekundäre Bedeutung zukommt. Von Genscher bis Strauß ist man sich einig, daß die primäre Aufgabe nicht Wiedervereinigung lautet, sondern Etablierung von „demokratischen und rechtsstaatlichen Verhältnissen" in den Vorfeldstaaten der UdSSR. Von Genscher bis Strauß ist man sich einig, daß die sukzessive politische und ökonomische Integration dieser Vorfeldstaaten in das westliche System das anzuvisierende Ziel ist, nicht die direkte territoriale Beherrschung „ehemals deutscher Gebiete". (...) Desweiteren besteht von Genscher bis Strauß Übereinstimmung, daß Neutralität keine Alternative zur EG- und NATO-Mitgliedschaft darstellt. (...)

Tatsächlich wäre Neutralität — in Anbetracht der militärischen Machtverhältnisse in Europa wie global — mit einem Machtverlust für die BRD verbunden, die sich nicht länger der militärischen und ökonomischen Potentiale der anderen EG- und NATO-Staaten gegenüber der UdSSR versichern könnte. (...) Nicht trotz, sondern dank der NATO unterhält die BRD die größte konventionelle Streitmacht in Westeuropa.

Es bleibt der fade Beigeschmack, daß die Parole von der Abkehr vom Nationalstaat auf die Option der Wiedervereinigung sowie auf die Völker ohne Staat beschränkt bleiben soll. Was hingegen nicht zur Disposition steht, allerdings — vor dem Hintergrund der Geschichte — zur Disposition gestellt gehört, bevor wir uns diesbezüglich an anderen Völkern vergreifen und mit unseren „neuen" Erkenntnissen (in Wahrheit uralt) beglücken, das ist der real existierende Staat BRD. Wie sollen wir denn, die wir den Nationalstaat tatsächlich zur brutalsten Machtausübung — nach innen wie nach außen — benutzt haben, den Palästinensern oder anderen kommunizieren, daß der Nationalstaat auf den Misthaufen der Geschichte gehört, wenn wir selbst nicht von ihm abzulassen gedenken?

Erst recht sind wir mit von der Partie, wenn die Abkehr vom Staat überhaupt angesagt ist. Das Problem ist ja nicht in erster Linie, daß der Staat ein nationaler ist. Selbstverständlich kann sich auch ein Vielvölkerstaat friedensgefährdend gebärden, genauso wie Koalitionen von Staaten. Man wird ergo um das staatliche Gewaltmonopol kaum herumreden können. Allerdings sind wir entschiedene Gegner einer Perspektive, die an die Stelle des Nationalstaates einfach eine noch größere staatliche Einheit setzen will, etwa den „europäischen Nationalstaat". Was sich in einem solchen Gebilde an ökonomischer und militärischer Macht versammeln würde, könnte von den Ausgeschlossenen und der Dritten Welt nur als Bedrohung empfunden werden. (...)

Das palästinensische Selbstbestimmungsrecht

Das palästinensische Selbstbestimmungsrecht

Ein Zusammenhang zwischen Staat und Krieg läßt sich in der Tat nicht leugnen. Der Staat Israel, der sich seit seiner Gründung in einem permanenten Kriegszustand wähnt, der von nahezu konstitutivem Charakter für das Staatswesen ist, bietet hierfür im Nahen Osten ein Beispiel. „Abkehr vom Nationalstaat" kann hier — konsequent gedacht — nur heißen: Auflösung des Staates Israel. Der palästinensische Staat existiert ja noch gar nicht. Die Palästinenser zur Aufgabe ihrer nationalstaatlichen Aspirationen zu bewegen, ohne zuvor, zumindest aber gleichzeitig die Auflösung des Staates Israel zu fordern, läuft darauf hinaus, sich der normativen Kraft des Faktischen zu unterwerfen, wenngleich sie Repression und Vertreibung bedeutet, sowie dem Recht des Stärkeren Vorrang einzuräumen. Eine Gleichbehandlung von Israelis und Palästinensern ist in dieser Frage gar nicht möglich, da die jeweiligen Ausgangspositionen sich gänzlich unterschiedlich gestalten. Der israelische Staat ist eine real existierende Angelegenheit, dessen Herrschaftsbereich beständig expandiert und die palästinensische Population zusehends verdrängt. Der Palästinenserstaat ist bislang eine pure Fiktion, im übrigen — in seiner Form des Nationalstaates — eine Idee, die nur deshalb entstehen konnte, weil Israel an einem jüdischen Nationalstaat festhält und einen säkularen — nichtreligiösen und nichtnationalen — Staat im Nahen Osten ablehnt. Wenn heute nur noch vom palästinensischen Nationalstaat die Rede ist, so ist dies also israelischer Intransigenz geschuldet. Möglicherweise ist das Problem der Palästinenser tatsächlich dadurch zu lösen, daß der israelische Nationalstaat — mit all seinen repressiven und expansiven Tendenzen — sich auflöst. Merkwürdigerweise wird dies indes nicht thematisiert. (...)

Als die Fraktion seinerzeit den Lagerkrieg im Libanon diskutierte, lautete eine der artikulierten Positionen, das palästinensische Selbstbestimmungsrecht sei dem Sicherheitsbedürfnis Israels unterzuordnen und zu opfern. Auch hier wieder auffällig, daß ähnliche Zugeständnisse gegenüber dem sowjetischen Sicherheitsbedürfnis nicht zu hören sind, wie auch niemand der Idee verfällt, den Verzicht auf einen deutschen Staat — auch in der reduzierten Form der BRD — zu formulieren. Zu verzichten haben ausschließlich die Palästinenser. (...)

Otto Schily und andere setzen das Selbstbestimmungsrecht mit der Organisationsform des Nationalstaates gleich. Indès bleibt unbeantwortet, was denn an die Stelle des Selbstbestimmungsrechtes treten soll. Irgendjemand muß ja nun bestimmen, entweder die Betroffenen selbst (= Selbstbestimmung), oder aber es bestimmen andere über die Betroffenen (= Fremdbestimmung). Selbstverständlich läßt sich das Selbstbestimmungsrecht individualisieren. Zudem gilt es nicht nur im Verhältnis von Staaten zueinander, sondern auch was innerstaatliche Beziehungen anbelangt. Selbstbestimmung läßt sich auch mit Souveränität übersetzen. Schaut man sich die BRD an, so könnte man beispielsweise zu der Auffassung gelangen, daß die BRD zwar kein außenpolitisches Souveränitätsproblem kennt (im Gegenteil: faktisch — d.h. nicht unbedingt formaljuristisch — zählt die BRD leider zu den souveränsten Staaten über-

veränitätsproblem kennt (im Gegenteil: faktisch — d.h. nicht unbedingt formaljuristisch — zählt die BRD leider zu den souveränsten Staaten über-

haupt, was es ihr ermöglicht, anderen Staaten — z.B. bei der „Nach"rüstung den Niederlanden — ihren Willen aufzunötigen), wohl aber ein innenpolitisches, da es ihren Bürgern versagt bleibt, über lebenswichtige Fragen in eigener Regie zu entscheiden (siehe z.B. die seinerzeitige Debatte um Volksentscheide/Volksbefragungen in Sachen Raketenstationierung). Was nun die Palästinenser anbelangt, so besteht das Problem — und nur vor diesem Hintergrund sind ihre eigenstaatlichen Ambitionen zu verstehen — darin, daß ihnen aufgrund ihrer ethnischen Identität selbstverständliche Bürgerrechte verwehrt werden. Daß diesbezüglich nicht die geringsten Veränderungen in der israelischen Politik zu erwarten stehen, hat der Abgesandte der israelischen Botschaft bei seinem Auftritt vor der grünen Fraktion noch einmal in schonungsloser Deutlichkeit klargestellt.

Natürlich ist der Nationalstaat keineswegs die höchste Form der Selbstbestimmung. Völkern, die über ihn nicht verfügen, erscheint er jedoch als notwendiger Zwischenschritt zur „vollkommenen Selbstbestimmung". (...) Solange Menschen diskriminiert werden, weil sie einer bestimmten ethnischen Einheit angehören, (...) gibt es nur zwei Wege, das Problem zu lösen. Entweder die Auflösung des Staates, der bereits existiert, oder aber die Gründung eines weiteren Separatstaates durch die unterdrückte, ausgegrenzte Population. (Theoretisch besteht natürlich auch noch die Möglichkeit der Integration. Die Beispiele Südafrika, Nordirland und Israel zeigen jedoch, daß dies nicht gelingt: Durch die vollständige Integration der jeweils ausgegrenzten Populationen würden diese Staaten ihrer konstitutiven Elemente beraubt und einen geradezu revolutionären Charakterwandel erfahren. Zudem wäre die vollständige Integration nur zu dem Preis einer Neuformulierung der interethnischen Arbeitsteilung sowie des Status- und Privilegienverlustes für die ehemals tonangebende gesellschaftliche Gruppe zu bewerkstelligen).

Wird das palästinensische Volk der Anpassung an die bundesdeutsche Realpolitik geopfert?

In der augenblicklichen Situation, wo der israelische Staat real existiert und über alle staatlichen Machtmittel (Armee, Polizei etc.) verfügt, das palästinensische Volk hingegen nicht, kann die Abkehr vom Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser nur bedeuten, die ohnehin Schwächeren weiter einseitig zu schwächen, ja letztlich zum Abschuß freizugeben.

Die israelische Regierung läßt keinen Zweifel darüber aufkommen, daß sie nicht gewillt ist, den exklusiv-jüdischen/zionistischen Charakter des Staates zugunsten eines säkularen Gebildes, das allen dort lebenden Menschen — Juden wie Palästinensern — volle Bürgerrechte einräumt, zur Disposition zu stellen. Andererseits ist sie aber auch nicht gewillt, den Palästinensern die Errichtung eines eigenen Staates in den besetzten Gebieten zu gestatten. Aus diesem Grund zieht sich Israel weder aus den besetzten Gebieten zurück, noch betreibt die Regierung deren juristische Annektion, was genau genommen nur konsequent wä-

Israel weder aus den besetzten Gebieten zurück, noch betreibt die Regierung deren juristische Annektion, was genau genommen nur konsequent wä-

re. Indes: Annektion würde bedeuten, den dort lebenden Individuen volle Bürgerrechte einzuräumen, sie der jüdischen Bevölkerung gleichzustellen. Die Frage ist jedoch, ob unter solchen Bedingungen der exklusiv-jüdische/zionistische Charakter des Staates noch durchgehalten werden könnte. Es bedürfte wohl zumindest der Etablierung von Apartheidsstrukturen, die die Palästinenser als Bürger zweiter Klasse behandeln und vom politischen Prozeß weitgehend aussperren. Die Alternative hierzu wäre die Vertreibung und Vernichtung der Palästinenser. Eine demokratische, menschenwürdige Lösung steht nicht zur Diskussion. Faktisch forciert Israel die Integration der besetzten Gebiete bei gleichzeitiger Verdrängung der dort lebenden palästinensischen Bevölkerung. Wenn der Abgesandte der israelischen Botschaft vorgibt, er wüßte keine Lösung und er sei selbstverständlich auch gegen Apartheid und Vertreibung, so dient dies — in Anbetracht der Fakten — lediglich dem Zeitgewinn, bis die stetig weiter geschaffenen Fakten einen Punkt errreichen, an dem jede Umkehrung des Prozesses als unmöglich erscheint. (...)

Sollte sich die Auseinandersetzung weiter in Richtung repressive Lösung entwickeln, wofür z. Zt. vieles spricht (...), so würde dies einem Sieg der hiesigen Rechten gleichkommen. „Die Juden sind eben doch nicht besser als wir ..." Kann dies in unserem Interesse sein? Wohl kaum!

Es entspräche schon einem besonderen historischen Zynismus, wenn nicht die Deutschen, sondern das palästinensische Volk für deutsche Verbrechen zu büßen hätte. Dies macht die Fragwürdigkeit einer Position aus, die sich darauf reduziert, daß wir uns eines Engagaments im Palästinakonflikt aufgrund unserer Geschichte zu enthalten hätten. Jedenfalls eines pro-palästinensischen Engagements. (...) Sorry, liebe Palästinenser. Wir sind fein raus, mußten für unsere Verbrechen nicht bezahlen, durften wieder einen Staat gründen, bekamen volle Bürgerrechte und sind wieder wer in der heutigen Welt. Dies ist die Realität, daran kann man leider nicht mehr rütteln. Zur Disposition stellen kann man (angeblich) nur etwas, was noch nicht real existiert: die palästinensische Selbstbestimmung. Tut uns echt leid Leute ... —

An einer derartigen subtilen Arroganz gedenken wir uns nicht zu beteiligen.

Pax Americana

Koreas blockierte Unabhängigkeit

von Rainer Werning, Korea-Informationsstelle

Am 14. August 1945, wenige Tage nach dem amerikanischen Atombombenabwurf auf die Städte Hiroshima und Nagasaki, beendete die Kapitulation Japans den Zweiten Weltkrieg im Fernen Osten. Überall im ,,Land der Morgenstille'' kam es zu Jubelfeiern: schließlich hatte gleichzeitig die 36jährige japanische Kolonialherrschaft (1910-45) ein Ende gefunden. Ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung schien in greifbare Nähe gerückt zu sein.

Die japanischen Besatzer hatten zwar die Wirtschaft und Politik Koreas ihren Kriegszielen unterordnen, ja selbst die kulturelle Entfremdung durch das Verbot, koreanisch zu sprechen, erzwingen können. Protest und Widerstand der Bevölkerung ließen sich dadurch nicht ausschalten. Die in den Untergrund gedrängte antijapanische Opposition aus Nationalisten, Konservativen und Kommunisten konnte mit Kriegsende seit langem erstmals wieder offen und legal wirken. Mehr noch: aus ihren Reihen waren in fast allen Landesteilen örtliche Volkskomitees als Träger eines demokratischen Neubeginns entstanden. Am 6. September 1945 tagte die Repräsentativversammlung dieser Komitees in Seoul. Wichtigstes Konferenzergebnis war die Bildung einer gesamtnationalen Regierung der Volksrepublik Korea. Diese Republik aber hatte zwei Schönheitsfehler; ihr blieb die internationale Anerkennung versagt, und sie war kurzlebig.

Mitte August 1945 hatten die US-Streitkräfte im Fernen Osten mit der

Mitte August 1945 hatten die US-Streitkräfte im Fernen Osten mit der Kapitulation Tokios den Generalbefehl Nr. 1 erlassen. Er sah die Entwaffnung der japanischen Truppen in Korea durch das amerikanische und sowjetische Militär vor. In Übereinstimmung mit den zwischen beiden Siegermächten in Kairo (1943), Jalta und Potsdam (1945) getroffenen Vereinbarungen war aber ganz Korea zu okkupieren, um gemeinsam eine geordnete Demobilisierung der japanischen Kriegsmaschinerie zu überwachen. Dabei diente der 38. Breitengrad auf Vorschlag Washingtons als eine Art künstliche Trennlinie: nördlich davon sollte die sowjetische und südlich davon die amerikanische Armee für die Entwaffnung und schließliche Rücksendung der Japaner sorgen.

Am 8. September 1945 landete die 7. US-Infanteriedivision in Intschon an der Westküste Koreas. Die Besatzungstruppen unter Führung von General John R. Hodge nahm von der gebildeten Regierung der Volksrepublik Korea keine Notiz. Stattdessen stützte sich Hodge auf einstige Kollaborateure der japanischen Kolonialmacht, die fortan den Amerikanern als Berater dienten. Am 10. Oktober ernannte sich das U.S. Army Military Government in Korea (USAMGIK) zur einzig legitimen Regierung. Da keines ihrer Mitglieder koreanisch sprach, verwunderte es nicht, daß die Mehrheit der Bevölkerung ihre wiedergewonnene Freiheit durch die amerikanische Befreiung gefährdet sah.

Als ein Mitte November 1945 tagender Kongreß der Volksrepublik es ablehnte, sich selbst aufzulösen, erklärte General Hodge ihn kurzerhand für ungesetzlich. Auf Initiative der USAMGIK konstituierte sich Mitte Februar 1946 ein Parlamentarischer Demokratischer Rat, dessen Vorsitz dem aus den USA eingeflogenen Dr. Syngman Rhee übertragen wurde. Während des Krieges hatte Rhee in Washington die Korea-Kommission geleitet. Obgleich er die koreanische Nachkriegsrealität nur vage einzuschätzen vermochte, avancierte Rhee mit amerikanischer Rückendeckung zum politischen Bezugspunkt der vormals mit den Japanern anbändelnden Großgrundbesitzer, Kapitalisten und Staatsbürokraten. Aufgrund seines über dreißigjährigen Aufenthalts in den USA garantierte Rhee aus ihrer Sicht eine berechenbare Politik. Sie konnte nahtlos an die unter den Japanern geschaffenen kolonialen Strukturen anknüpfen und empfahl sich als Keil gegen ein wachsendes sozialrevolutionäres Potential.



Alfred Crofts, zeitweilig Mitglied der USAMGIK, brachte diesen Prozeß wie folgt zum Ausdruck: ,,*Seine* (Syngman Rhees; R.W.) *Rückkehr fand im allgemeinen wenig Beachtung, obwohl er offenbar vom ersten Augenblick an die Gunst der kollaborationistischen Gruppen gewonnen hatte (...) Vor der Landung der Amerikaner konnte eine politisch rechtsgerichtete Partei, die in der Vorstellung des Volkes mit der Kolonialherrschaft assoziiert wurde, nicht bestehen; doch kurz danach sollten wir wenigstens drei konservative Parteicliquen unterstützen.''*

In der Bevölkerung gärte es. Ihr Unmut entzündete sich an der zwischenzeitlich vorgenommenen außen- wie innenpolitischen Weichenstellung. Ohne auch nur die koreanische Seite angehört zu haben, hatten die Außenminister der USA und der Sowjetunion auf ihrem Moskauer Treffen im Dezember 1945 eine gemeinsame Treuhandverwaltung über das Land für fünf Jahre vereinbart. Im amerikanisch besetzten Teil gab es zudem nach dem Abzug der Japaner keine Anzeichen eines ersehnten Wandels in Politik und Wirtschaft.

Im September 1946 — Tausende von Koreanern füllten aufgrund ihrer gegen die US-Besatzer gerichteten ,,umstürzlerischen Umtriebe'' die Gefängnisse — erließen die amerikanischen Behörden Haftbefehl gegen namhafte kommunistische Führer, was diese bewog, sich in den nördlichen Landesteil abzusetzen. Wenig später kam es im Süden zu gewaltsamen Protesten, die von den Amerikanern niedergeschlagen und mit der Umwandlung mehrerer Ortschaften in sogenannte ,,strategische Weiler'' (zur Überwachung der Zivilbevölkerung geschaffene zentrale Sammelstellen) beantwortet wurden. Auslöser dieses als ,,Hungerrevolte'' in die Geschichte eingegangenen Aufstandes waren die erdrückenden sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Es herrschte Mangel an Nahrungsmitteln, Kleidung und Unterkünften. Großgrundbesitzer preßten aus der Bauernschaft exorbitante Pachtabgaben (bis zu 70 % des Ernteertrages) oder ließen die Pächter von ihren Ländereien vertreiben. Dabei stützte man sich auf die weitgehend intakte (von den Japanern gedrillte und jetzt der US-Oberaufsicht unterstellte) Polizei.

,,*Als wir hier die Polizei übernahmen*'', hatte der amerikanische Chef der (süd)koreanischen Polizeidivision, Oberst William Maglin, freimütig zu Protokoll gegeben, ,,*waren unter den 20.000 Mann 12. 000 Japaner. Was wir taten war folgendes: wir schickten die Japs nach Hause, stockten die Zahl der Koreaner auf und bauten einen Apparat auf, in den sämtliche jungen Männer integriert wurden, die der Polizei vorher geholfen hatten. (...) Einige fragten sich, ob es klug sei, von den Japanern ausgebildetes Personal einfach zu übernehmen. Doch wir dürfen nicht vergessen: viele Leute sind geborene Polizisten. Wenn sie unter den Japanern einen guten Job verrichteten, warum sollten sie dann nicht auch für uns einen guten Job tun? Es wäre doch unfair gewesen, sie nur deshalb davonzujagen, weil sie früher einmal unter den Japanern dienten.''*

In öffentlichen Meinungsumfragen hatten die amerikanischen Behörden wenig Schmeichelhaftes ermittelt; die Mehrheit der im Süden lebenden Bevölkerung neigte dazu, die japanische der amerikanischen Okkupation vorzuziehen. Dieses Stimmungsbild dürfte in erheblichem Maße durch die Entwicklung im nördlichen Landesteil beeinflußt worden sein. Dort hatte sich die sowjetische Besatzungsmacht nicht gegen die ursprüngliche Regierung gestellt, sondern über die Tolerierung der Volkskomitees hinaus die kommunistische Gruppe um Kim Il Sung unterstützt. Ihr überließ man dann weitgehend die Eigeninitiative. Ein sozialpolitisches Signal setzte der Norden schon im Frühjahr 1946. Von der Bodenreform profitierten zunächst über 700.000 besitzlose Bauernfamilien in Form von Landzuteilungen. Selbst amerikanische Beobachter werteten diese Maßnahme als einen Legitimationsgewinn Kim Il Sungs. Im amerikanisch besetzten Teil blieb Vergleichbares aus. So mußte die einsetzende Emanzipation im Norden auf die vorwiegend bäuerliche Bevölkerung Südkoreas eine Faszination ausgestrahlt haben.

Als sich diese innenpolitische Auseinanderentwicklung durch den amerikanisch-sowjetischen Dissens in Bezug auf die Modalitäten einer Vereinigung des Landes vertiefte, setzte die um Macht und Pfründe besorgte herrschende Elite, wenn schon nicht auf die gesamtkoreanische Karte, so doch auf eine Entwicklung des Südens in ihrem Sinne. Diesem Kalkül dienten Separatwahlen in Südkorea und die Internationalisierung der ,,*Korea-Frage*'' durch ein Einschalten der Vereinten Nationen (UN).

Separatwahlen — Separatstaaten Die Internationalisierung eines Konflikts (1948-50)

Im November 1947 beschloß die UN-Vollversammlung (damals mehrheitlich aus proamerikanischen Staaten zusammengesetzt) die Gründung einer Provisorischen Kommission für Korea. Als Reaktion auf diese Internationalisierung der Korea-Frage und die Stützung der Rhee-Gruppe im Sinne Washingtons verweigerte die Sowjetunion Kommissionsvertretern die Einreise in den von ihr kontrollierten Norden. Im Gegenzug propagierten Washington und die Korea-Kommission die Durchführung separater Wahlen zur Nationalversammlung, was in Korea sowie im Ausland als Grundstein zur Spaltung des Landes aufgefaßt wurde.

Im Mai 1948 fanden schließlich die Wahlen unter UN-Aufsicht statt. Betrug, massive Stimmenthaltung und Diskriminierungen kennzeichneten sie. Trotzdem bestätigte die UN-Vollversammlung ein halbes Jahr später Syngman Rhee zum Wahlsieger und drückte seiner Regierung sowie der von ihr am 15. August ausgerufenen Republik Korea (Südkorea; ROK) den Stempel der Legitimität auf. Wörtlich hieß es in der UN-Resolution vom Dezember 1948, die Rhee-Regierung sei eine ,,*gesetzmäßige Regierung*'', die ,,*über den Teil Koreas, den die Provisorische Kommission zu inspiziren imstande war, wirksame Machtbefugnis* [...]

,,*über den Teil Koreas, den die Provisorische Kommission zu inspiziren imstande war, wirksame Machtbefugnis* *ausübt (...) daß diese Regierung aus Wahlen hervorgegangen ist, die einen gültigen Ausdruck des freien Willens der Wähler in jenem Teil Koreas darstellen (...)''* und ,,*dies die einzige derartige d.h. gesetzmäßige und frei gewählte Regierung in Korea ist*''. So frei aber, wie behauptet wurde, waren die Wahlen allerdings nicht. Im Vorfeld der Mai-Wahlen lieferten sich Terrorbanden blutige Gefechte, die über 500 Menschen das Leben kosteten. Selbst die Wahlbeobachter der UNO, weniger als drei Dutzend an der Zahl, waren außerstande, ihrer Aufgabe auch nur annähernd gerecht zu werden.

In Nord wie Süd entfachten die Separatwahlen einen Sturm der Enttäuschung und Entrüstung, der (bis auf das Syngman Rhee-Lager) auch die Konservativen um Kim Kju Sik und Kim Kus Unabhängigkeitspartei aufwühlte. Sie zu verhindern und auf den Abzug aller im Lande stationierten ausländischen Truppen zu drängen, bildete die von der großen Mehrheit des Volkes getragene politische Hauptforderung. Andernfalls, so war auf etlichen gesamtkoreanischen Konferenzen von Parteien und gesellschaftlichen Organisationen hervorgehoben worden, drohe die selbst in den dunklen Jahren der japanischen Okkupation gewahrte nationale Einheit gesprengt zu werden.

Früher als erwartet bewahrheitete sich diese Befürchtung. Wohl als Reaktion auf die Ereignisse im Süden fanden im August 1948 im Norden Wahlen zur Obersten Volksversammlung statt. Am 9. September wurde in der Hauptstadt Pjöngjang die Koreanische Volksdemokratische Republik (KVDR) ausgerufen, die sich ihrerseits als Repräsentant des ganzen koreanischen Volkes verstand. Wenige Monate zuvor hatte Syngman Rhee den Alleinvertretungsanspruch seiner Regierung für ganz Korea erhoben, was ihm international zwar de jure mißlang, zunehmend aber de facto glücken sollte.

Gegen die Spaltungspolitik regte sich Ende 1948 in den Städten des Südens Widerstand. Bauern revoltierten, Guerillaaktionen flackerten in mehreren Provinzen auf. Regierungstruppen meuterten, und in der Nationalversammlung in der südlichen Hauptstadt Seoul geriet Präsident Rhees Regierungsstil unter Beschuß. Bis 1950 dauerten die Unruhen an. Zwischenzeitlich gab es in Nord wie Süd Bestrebungen, trotz der beiden Staatsgründungen die nationale Einheit zu wahren. So fand unter anderen im Juni 1949 die Vereinigung der Arbeiterparteien beider Landesteile statt. Ihr folgte wenig später die Verschmelzung der beiderseits des (mittlerweile zur Staatsgrenze aufgewerteten) 38. Breitengrades existierenden Vereinigten Demokratischen Front zur einheitlichen Front für die Wiedervereinigung des Vaterlandes. Aus Furcht vor Unterdrückungsmaßnahmen durch Syngman Rhee, der mittlerweile die Forderung nach Wiedervereinigung als offene Kampfansage an seine Regierung begriff und dieses ,,Vergehen'' durch die Polizei entsprechend ahnden ließ, gingen zahlreiche Nationalisten und die Führer der Kommunistischen Partei in den Norden. In umgekehrter Richtung setzte sich jetzt auch verstärkt ein Troß ehmaliger japanfreundlicher Elemente und Großgrundbesitzer in Bewegung.

1948 hatte die Sowjetunion ihre Besatzungstruppen aus Nordkorea abgezogen. Ein Jahr später zog Washington nach und ordnete den (Teil)abzug seiner Kontingente aus dem Süden an. Das amerikanische Militär mußte wohl der Schlagkraft von Rhees Ordnungshütern mißtraut haben; vorsorglich beließ es mindestens 500 Soldaten als Trainingspersonal für Polizei und Armee im Lande und drillte zur gleichen Zeit Koreaner in Japan. Im übrigen blieb die amerikanische Befehlshoheit über die südkoreanischen Polizei- und Armeeeinheiten bestehen. Wehrhafter Antikommunismus wuchs sich in der Folgezeit zur Staatsideologie aus, mit der Konsequenz, daß allein die Existenz der KVDR als latente Bedrohung wahrgenommen und eine ihr unterstellte Invasionslust dazu herangezogen wurde, Protest und Widerstand im Keim zu ersticken. Dieses Verständnis von Staatsräson erhielt mit der Gründung der Volksrepublik China (1.Oktober 1949) zusätzliches ideologisches Unterfutter. Der Kalte Krieg, von den USA begonnen, eskalierte, die Ost-West-Blockkonfrontation verschärfte sich. Die koreanische Halbinsel war unfreiwillig zu ihrer entscheidenden

USA begonnen, eskalierte, die Ost-West-Blockkonfrontation verschärfte sich. Die koreanische Halbinsel war unfreiwillig zu ihrer entscheidenden Nahtstelle geworden: Sah sich Seoul als ,,Vorposten der freien Welt'', was für sich genommen die USA und UN zum Engagement herausforderte, so wähnte sich Pjöngjang als ,,Bollwerk nationaler Befreiung''. Je mehr sich beide Positionen verfestigten, was seit den beiden Staatsgründungen im Sommer bzw. Herbst 1948 der Fall war, desto akuter wurde die Gefahr einer direkten militärischen Konfrontation. Sie wäre vielleicht kalkulierbar gewesen, hätte nicht gleichzeitig mit der Teilung des Landes ein erster Stärketest zwischen Ost und West an Konturen gewonnen.

Noch galt Korea nicht als Teil des ,,äußeren Verteidigungsrings'' amerikanischer Militärstrategie und Sicherheitspolitik. Das ,,China-Syndrom'', also das Herauskippen Chinas aus dem potentiellen Einflußbereich der USA, trug wesentlich zur Revision der amerikanischen Außenpolitik im allgemeinen und ihrer Fernostpolitik im besonderen bei. Die vom State Departement (Außenministerium) formulierte Leitlinie, die Vereinigten Staaten rückten nicht aus Gründen kurzfristiger Opportunität von ihrer prinzipienfesten Politik ab — im Falle Chinas hätte das getreu dem Konferenzgeist von Kairo, Jalta und Potsdam immerhin die Rückgabe Formosas (Taiwans) bedeutet — wurde von Grund auf geändert und schrittweise in eine aktive ,,Eindämmung'' überführt.

Die erste heiße Phase des Kalten Krieges Der Korea-Krieg (1950-53)

Nordkoreas Regierungschef Kim Il Sung schrieb in seiner 1969 erschienenen Schrift ,,Über den sozialistischen Aufbau und die südkoreanische Revolution in der Koreanischen Volksdemokratischen Republik'': ,,*Wir haben die falsche Behauptung zurückgewiesen, Nordkorea müsse, ohne die Revolution voranzutreiben, warten, bis Südkorea befreit ist, da Südkorea von den USA-Imperialisten okkupiert und unser Vaterland nicht vereinigt ist, und haben die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau im*

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

nördlichen Teil der Republik energisch forciert. Auf der anderen Seite wenden wir uns entschieden gegen jeden Versuch, nur für den sozialistischen Aufbau im nördlichen Teil zu sorgen und sich mit seinen Erfolgen zu begnügen, die Revolution in Südkorea und die Aufgabe der Vereinigung unseres Vaterlandes aber zu vergessen. Wir haben uns stets auf den prinzipiellen Standpunkt gestellt, Nordkorea als die Basis der koreanischen Revolution zu betrachten und es politisch, wirtschaftlich und militärisch unablässig zu stärken, zugleich aber den revolutionären Kampf der Bevölkerung Südkoreas zu unterstützen und auf diese Weise für die Vollendung der südkoreanischen Revolution, die Verwirklichung der Vereinigung des Landes zu kämpfen''.

1952 erschien im Ostberliner Dietz Verlag das Buch ,,Entlarvung der Anstifter des Bürgerkrieges in Korea — Dokumente und Materialien aus den Archiven der Li-Syng-Man (Syngman Rhee)-Regierung''. Es enthält unter anderem ein Geheimschreiben Rhees an seinen Sondergesandten Tscho Bion Ok und ist datiert vom 10. April 1949. Darin hieß es: ,,*Ich denke, Sie sollten die Lage in streng vertraulicher Weise freimütig mit hochgestellten Beamten der Vereinten Nationen und der Vereinigten Staaten besprechen. Sie sollten sie streng vertraulich über unsere Pläne zur Vereinigung Nord- und Südkoreas informieren. Wir sind heute tatsächlich in jeder Hinsicht für diese Vereinigung fertig, bis auf einen Punkt: Wir haben nicht genug Waffen und Munition (...) Für diese Operation benötigen wir zwei Marinefahrzeuge von je 8.000 Tonnen mit 18zölligen Geschützen für die Verteidigung der Flüsse Jalu und Tumen. Wir brauchen schnelle Patrouillenboote, um uns vor kommunistischen Un-*

mit 18zölligen Geschützen für die Verteidigung der Flüsse Jalu und Tumen. Wir brauchen schnelle Patrouillenboote, um uns vor kommunistischen Un-

tergrundbewegungen an unseren Küsten zu schützen. Wir brauchen 200.000 Soldaten, die für die Verteidi-



Kim Il Sung

gung der Nordgrenze ausgebildet und organisiert sind. Wir brauchen Flugzeuge zur Verteidigung und Flugabwehrgeschütze. Und wir brauchen sie jetzt''.

Schließlich erklärte der amerikanische Marineminister Matthews am 25. August 1950, auf den Tag genau zwei Monate nach Ausbruch des Korea-Krieges: ,,*Wir müssen rückhaltlos den Weltfrieden als unser unleugbares Ziel proklamieren. Wir sollten uns friedenswillig zeigen und unsere Absicht kundtun, jeden Preis, selbst den eines Krieges, zu zahlen, um eine Zusammenarbeit für den Frieden zu erzwingen. (...) (Diese) Friedenspolitik, obwohl sie uns die für eine wahre Demokratie neue Rolle zuweist, einen Angriffskrieg begonnen zu haben, würde uns eine stolze und volkstümliche Bezeichnung einbringen: Wir würden die ersten ,Friedensaggressoren' werden''*

Diese Äußerungen widerspiegelten die Motive und jeweilige Position der seit dem 25. Juni 1950 kriegführenden Parteien. Nordkorea hielt die Spaltung des Landes für unnatürlich und verstand sich als Hinterland des gesamtkoreanischen Befreiungskampfes. Südkorea, dessen Regierung in eine innenpolitische Dauerkrise geschlittert und nach nochmaligen (Parlaments)Wahlen im Mai 1950 isolierter denn je war, selbst gemäßigte Oppositionelle liquidierte und mit Einschüchterung und Terror gegen das Volk regierte, wiegte sich in Sicherheit, im ,,Feldzug gegen den Kommunismus'' durch die USA uneingeschränkte Unterstützung zu genießen. Mit Recht konnte Syngman Rhee dabei auf die Truman-Doktrin (März 1947) und die mit der Volksrepublik China herangewachsene ,,Bedrohung'' verweisen. Den Vereinigten Staaten lag zumindest an der Konsolidierung Südkoreas als Eckstein eines erweiterten Einkreisungsgürtels um das sozialistische Lager.

Vor dem 25. Juni 1950 waren entlang des 38. Breitengrades nord- wie südkoreanische Truppen massiert. Bewaffnete, von beiden Seiten provozierte Zwischenfälle hatten mehrfach stattgefunden. Dennoch blieb es bei einem labilen Gleichgewicht. Am Tage des Kriegsausbruchs, so berichtete John Gunther in seinem Buch ,,The Riddle of MacArthur'' (Das Rätsel um Mac Arthur), wurde im Hauptquartier Douglas MacArthurs, des Oberbefehlshabers der US-Streitkräfte im Pazifik und Fernen Osten, ,,*ein wichtiges Mitglied der Besatzungsmacht unerwartet ans Telefon gerufen. Der Betreffende kam zurück und flüsterte: ,Soeben ist eine tolle Geschichte passiert! Die Südkoreaner haben Nordkorea angegriffen!' ''* Außenminister Dean Acheson schien dieser Version zusätzliche Nahrung zu geben; er unter-

siert! Die Südkoreaner haben Nordkorea angegriffen!' '' Außenminister Dean Acheson schien dieser Version zusätzliche Nahrung zu geben; er unter-

stellte Präsident Rhee, häufig unkalkulierbar zu handeln. Schließlich hatten Rhee und sein Verteidigungsminister mehrfach die Bedrohung aus dem Norden als Schreckgespenst an die Wand gemalt. Im gleichen Atemzug wiesen sie stets, sogar vor der amerikanischen Öffentlichkeit, darauf hin, daß der Süden zum Gegenschlag bereit und gerüstet sei, im ,,Marsch gen Norden'' Pjöngjang in drei Tagen zu erobern.

Hatte also Seoul den militärischen Konflikt vom Zaun gebrochen? Das verfügbare Quellenmaterial rechtfertigt den Schluß, daß Syngman Rhees Truppen mit größter Wahrscheinlichkeit in der Nacht vom 24. auf den 25. Juni auf nordkoreanisches Gebiet vorrückten und sich auf die Stadt Haeju zubewegten, jedoch auf eine gutgerüstete nordkoreanische Armee stießen, die unverzüglich zum Gegenschlag ausholte. Er muß so massiv und zügig verlaufen sein, daß der Großteil der südkoreanischen Soldaten aufgerieben wurde und der Rest panikartig flüchtete. Der ,,vaterländische Befreiungskrieg'' war aus Nordkoreas Sicht nunmehr in sein entscheidendes Stadium getreten. Der Süden war zu einer Gegenwehr weder fähig noch willens — ein Indiz für die Isolierung Syngman Rhees und den desolaten Zustand seiner Armee. Sie wurde glattweg überrannt, und binnen weniger Tage standen die nordkoreanischen Truppen vor den Toren der südlichen Hafenstadt Pusan.

Die Stimmung jener Tage charakterisierte ein ehemaliges USAMGIK-Mitglied so: ,,*Die russischen Panzer der Invasoren hätten in den Bergen von einer entschlossenen Verteidigung leicht aufgehalten werden können. (...) Die kommunistische Doktrin macht wenig Eindruck auf eine Bevölkerung, der die gräßlichen Berichte nordkoreanischer Flüchtlinge bekannt waren. Andererseits begrüßten Millionen von Südkoreanern die Aussicht auf Wiedervereinigung des Landes, selbst unter den Bedingungen der Kommunisten. Diese Menschen hatten die Brutalität der Polizei, geistige Unterdrückung und politische Säuberungen erlebt. Nur wenige waren bereit, für Kriegsgewinnler und Schieber zu kämpfen oder für Syngman Rhee zu sterben. Nur zehn Prozent der Bevölkerung von Seoul verließen die Stadt; zahlreiche Truppen desertierten, und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, darunter Kim Kju Sik, liefen zu den Nordkoreanern über''.*

Hatte nicht doch Nordkorea, wie die zählebigste, bis heute wachgehaltene Version lautet, den Krieg durch einen Angriff begonnen? Als Beweis für diese These dienten ausschließlich südkoreanische Armeeberichte. Der amerikanische Botschafter in Seoul bezog sich in seinem ersten Telegramm ans Weiße Haus nach Ausbruch der Kampfhandlungen ausdrücklich auf

kanische Botschafter in Seoul bezog sich in seinem ersten Telegramm ans Weiße Haus nach Ausbruch der Kampfhandlungen ausdrücklich auf

diese Quelle. In Washington fiel dieser Quellenbezug indes fort. Stattdessen wurde der Telegrammtext als neutrale Tatsachenbehauptung präsentiert. In der ersten Stellungnahme der Provisorischen UN-Kommission für Korea, die damals keine eigenen Beobachter am 38. Breitengrad postiert hatte, wurde gar auf Meldungen des nordkoreanischen Rundfunks Bezug genommen, wonach die Südkoreaner nachts nach Norden einmarschiert seien, im Augenblick aber gen Süden zurückgedrängt würden. Da man ohne ausdrückliche Schuldzuweisung auf die Gefahr einer Konflikteskalation hinwies, wurde die Einberufung des UN-Sicherheitsrates zum schnellstmöglichen Termin vorgeschlagen. Die Frage nach der Verantwortlichkeit für den Kriegsbeginn wurde internationalisiert und ohne eine Untersuchung der Konfliktursache aufgrund damaliger Mehrheitsverhältnisse im Eiltempo im Sinne Washingtons beantwortet. Schon am 27. Juni empfahl der Sicherheitsrat, ,,*der Republik Korea die Hilfe zu gewähren, die gegebenenfalls erforderlich ist, um den bewaffneten Angriff abzuwehren und in ihrem Gebiet den Frieden und die Sicherheit wiederherzustellen''.* Am selben Tag hatte Präsident Truman den in der Region stationierten amerikanischen Luft- und Seestreitkräften Order erteilt, ,,*der koreanischen Regierung Schutz und Unterstützung zu gewähren''.* Das Flaggezeigen der 7. US-Flotte zwischen dem chinesischen Festland und Taiwan (das vorbeugend (!) unter ,,militärischen Schutz'' genommen wurde), aufgestockte Militärhilfe für die Philippinen und die französischen Truppen in Indochina, schließlich Sanktionsdrohungen gegen Nordkorea markierten die weiteren Etappen der amerikanischen Ostasienpolitik.

Ungeachtet dieser Entwicklung bleibt Pjöngjangs These wurmstichig, die USA hätten den Überfall auf Nordkorea inszeniert. Dagegen spricht nicht nur der ein Jahr zuvor durchgeführte Abzug des Löwenanteils der US-Truppen aus Südkorea. Die stärkste Militärmacht entfesselte wohl kaum einen dermaßen dilettantisch geplanten Angriffskrieg, in dessen Frühstadium sie gleich des größten Teils ,,ihres'' Territoriums verlustig ging. Die maßgeblich von den Vereinigten Staaten betriebene Spaltung des Landes erforderte hingegen ein wachsendes Engagement für ,,seinen Teil'' und wertete mit logischer Konsequenz die Seouler Regierung auf. Für Washington konnte und mußte demnach der Hinweis auf mögliche oder tatsächliche Bürgerkriegsprovokationen seitens der Südkoreaner als abwegig beziehungsweise ,,prokommunistische Propaganda'' erscheinen. Im Zuge des eskalierenden Kalten Krieges gewann diese Interpretation aber zunehmend an Bedeutung. Ihr Infragestellen hätte nur international die Glaubwürdigkeit der westlichen Führungsmacht untergraben, sondern auch als eine offenkundige Parteinahme für den ,,Expansionsdrang des Kommunismus'' (Truman) gegolten.

,,*Der Angriff auf Korea''*, so hatte Präsident Truman ja am 27. Juni 1950 verkündet, ,,*hat zweifelsfrei den Beweis erbracht, daß der Kommunismus die Phase der Subversion überschritten hat und sich nunmehr anschickt, unabhängige Nationen zu erobern und Zuflucht in bewaffnete Invasion und Krieg zu suchen''.*

Diese These war voreilig und ließ sich schwerlich mit den Einschätzungen hochrangiger amerikanischer Militärstrategen in Einklang bringen. Mac Arthurs Hauptquartier in Tokio hatte vor Kriegsbeginn mehrfach Meldungen und Lagebeurteilungen aus Seoul widersprochen, wonach Nordkorea einen Blitzkrieg plane. Selbst nach Kriegsbeginn spielte Mac-Arthurs Geheimdienstchef, Generalmajor Charles A. Willoughby, ein nordkoreanisches Überraschungsmanöver mit der Bemerkung herunter, sämtliche in Korea gesammelten nachrichtendienstlichen Informationen seien stets unverzüglich nach Washington weitergeleitet worden. Umso erstaunlicher — da offenbar im nachhinein konstruiert — wirkte die Erklärung von CIA-Chef Admiral Hillenkoetter, seine Behörde sei sich der brisanten Situation bewußt gewesen, die jeder Zeit zu einer Invasion in Korea führen konnte. Mehr noch: Militärkonferenzen der Oberbefehlshaber der USA, Großbritanniens und Australiens, auf denen die Lage in Ostasien und im Nordwest-Pazifik zur Diskussion standen, erachteten es bis kurz vor Kriegsbeginn nicht für nötig, einen potentiellen Aggressor öffentlich zu warnen.

Der Publizist I.F. Stone maß in seiner bereits 1952 erschienenen Studie über die verborgene Geschichte des Korea-Krieges (,,The Hidden History of the Korean War'') der Hypothese größtes Gewicht bei, ,,*daß die Invasion in politischer Hinsicht durch hartnäckiges Schweigen unterstützt, in militärischer Beziehung durch Verteidigungsmaßnahmen herausgefordert und schließlich durch kleine Vorstöße über die Grenze hinweg ausgelöst wurde''.* Anders ausgedrückt: Anstatt auf Südkorea mäßigend zu wirken, ließ Washington Seoul Provokationen entlang des 38. Breitengrads schüren, solange diese nicht in eine unkontrollierte, offene Invasion ausarteten. Nordkorea, so das weitergehende Kalkül, würde nicht tatenlos zusehen. Dessen erwarteter Gegenschlag ließ sich als Beweis seiner ,,Kriegslüsternheit'' anführen, die letztlich mit einer massiven militärischen US-Intervention zu vergelten sei und den Vorwand zu einer bewaffneten Konfrontation, wenn schon nicht mit der Sowjetunion, so doch mit dem ,,kommunistischen China'' böte.

In eben diesem Sinne verhielt sich die Schutzmacht der Syngman Rhee-Regierung. Präsident Truman erteilte Mitte September 1950 MacArthurs Plan sein Plazet, in Nordkorea einzumarschieren und es mit allen Mitteln zur Kapitulation zu zwingen. Dies demonstrierte, welch ein enger Spielraum den UN-Truppen, die sich am Einmarsch beteiligten, gesetzt war. Am 7. Oktober nämlich, eine Woche nachdem südkoreanische und amerikanische Soldaten den 38. Breitengrad überschritten hatten, stimmte dem die UN-Vollversammlung im nachhinein zu. Bald kämpften auf koreanischem Boden UN-Truppen aus Südafrika, Äthiopien, Thailand, den Philippinen und Kolumbien — unter amerikanischem Kommando. Ihre eigenen Grundsätze, auf friedlichem Wege zwischen den Kontraahenten zu vermitteln und den Status quo ante wiederherzustellen, hatten die Vereinten Nationen in eine offene Parteinahme für eine der kriegführenden Parteien umgemünzt. Warren Austin, Washingtons UN-Botschafter, legitimierte diesen Prinzipienbruch mit einem erstaunlichen Argument: ,,*Den Streitkräften des Aggressors* (Austin meinte Nordkorea; R.W.) *darf nicht gestattet werden, sich hinter eine imaginäre Trennungslinie* (den 38. Breitengrad; R.W.) *zu flüchten. (...) Diese künstliche Grenze zwischen Nord- und Südkorea hat weder de jure noch de facto eine Existenzberechtigung''.* Bekanntlich hatte Washington diese ,,künstliche Grenze'' vor Jahren selbst vorgeschlagen ...

In ,,Pax Americana'' Teil 2 wollen wir den Verlauf und die Auswirkungen des Korea-Krieges darstellen. Zitat von einem, der es wissen muß: ,,Es gab in Korea keine Angriffsziele mehr.'' Teil 3 behandelt das fortgesetzte US-Engagement in Südkorea, wobei besonders auf den Aufstand und die Massaker in Kwangju (Mai 1980) und die Folgen einzugehen sein wird.

PLO-Vertreter mit Saudi-Arabien

PLO-Vertreter mit Saudi-Arabien wg. Mekka solidarisch

Das vom Bonner PLO-Büro herausgegebene ,,Palästina-Bulletin'' (28.8.) meldet: ,,*Eine bemerkenswerte Solidarität demonstrierten die arabischen Botschafter und Missionschefs, unter ihnen der Bonner PLO-Vertreter Abdalla Frangi''*, mit ihrem saudischen Kollegen anläßlich einer Pressekonferenz zu dem Massaker von Mekka. Solidarisch machte man sich die saudische Version über die Zwischenfälle vertrauensvoll zu eigen. In einer gemeinsamen Erklärung wurde das iranische Regime als Unruhestifter verurteilt. Die arabischen Diplomaten, einschließlich Frangi, erklärten ihre ,,vorbehaltlose Unterstützung'' für alle Maßnahmen der saudischen Regierung, ,,*um die heiligen Stätten vor Terroristen zu schützen''.* Man muß in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß zu den konkreten saudischen Maßnahmen auch die enge Zusammenarbeit mit französischen und bundesdeutschen Anti-Terror-Einheiten gehört.

Das ,,Palästina Bulletin'' vermeldet ferner, daß Frangi bei der Pressekonferenz ,,*die Gefährlichkeit der iranischen Politik''* betont habe. ,,*Erst dadurch sei die israelische Invasion in den Libanon im Jahre 1982 ermöglicht worden''.* ,,*Heute führe diese iranische Politik direkt zur US-amerikanischen Flottenpräsenz im Golf, die vorher nicht existiert habe.''* Abschließend zitiert das ,,Palästina Bulletin'' guten Glaubens die Behauptung des saudischen Botschafters, es werde auf saudischem Boden keine Stützpunkte oder Versorgungseinrichtungen für die USA geben.

Eine hübsche Aufwertung für Frangi, der ja ansonsten in Bonn keinen regulären Diplomatenstatus hat und hier als Gleichberechtigter an der Seite seiner Kollegen auftreten konnte. Aber ist der Preis dafür mit einer einseitigen, unkritischen Stellungnahme für das ebenso reaktionäre wie pro-imperialistische saudische Regime nicht allzu hoch gewesen? Ist Frangis Aussage zum Libanon-Krieg nicht einfach an den Haaren herbeigezogen, und hätte er nicht mit gleichem Recht Khomeiny auch für die Gründung des Staates Israel verantwortlich machen können? Ist seine Aussage zur US-Flottenpräsenz im Golf etwa intelligenter? Hängt der Aufmarsch der USA in der Region nicht eher mit dem Sturz des Schah-Regimes als mit der provokatorischen Politik seiner Nachfolger zusammen? Sind die USA nicht weltweit präsent auch in Regionen, die gewiß nicht von der abenteuerlichen Politik des Iran in Mitleidenschaft gezogen sind? Hat Frangi nicht im Übereifer Ursachen und Wirkungen verwechselt?

Die authentische Politik der PLO scheint es jedenfalls nicht gewesen zu sein, was Frangi auf der Pressekonferenz an der Seite des saudischen Botschafters vertreten hat. Die PLO hat nämlich zu Mekka eine Erklärung abgegeben, die allgemein Trauer über die ,,schmerzhaften Ereignisse'' bekundet und dazu aufruft, politische Differenzen nicht an den heiligen Stätten auszutragen, aber ohne einseitig Partei zu ergreifen und ohne den saudischen Staatsterrorismus reinzuwaschen. Offenbar braucht man sich also als PLO-Vertreter wegen der finanziellen Unterstützung, die die PLO von Saudi-Arabien erhält, nicht unbedingt zum Affen zu machen.

Kt., Hamburg

Wie bedroht ist Israel?

Von Ellen Olms und Dietrich Schulze-Marmeling

Bei dem folgenden Artikel handelt es sich um eine stark überarbeitete — gekürzte wie erweiterte — Fassung einer Studie, die der grünen Fraktion im Bundestag vorgelegt wurde. Anlaß für die Studie war eine Debatte um die Sicherheitsbedürfnisse des Staates Israel, wie sie stets dann auf der Tagesordnung zu stehen pflegt, wenn es um die Rechte der Palästinenser geht. Der Verweis auf eine angebliche existentielle Bedrohung Israels muß dazu herhalten, die Relativierung oder Zurückstellung palästinensischer Ansprüche auf Selbstbestimmung und Eigenstaatlichkeit zu begründen. Der Staat Israel erscheint dabei in der Position des vermeintlich Schwächeren, dessen Existenz es zunächst noch gegenüber einer übermächtigen und feindlich gesonnenen arabischen Welt zu sichern gilt. Dazu gehören auch Gebietseroberungen — zwecks Schaffung von sicheren und besser zu verteidigenden Grenzen. Erst im Anschluß daran könne über das palästinensische Begehren verhandelt werden (wozu dann allerdings kein Territorium mehr vorhanden ist).

Von einer Position der „Äquidistanz" und Unparteilichkeit her betrachtet, ergäbe eine Vorrangigkeit der Anerkennung des Staates Israel gegenüber der Anerkennung und Realisierung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts indes nur einen Sinn, wenn die Existenz Israels tatsächlich und einseitig bedroht wäre. Die angebliche ständige existentielle Bedrohung Israels durch „die Araber" ist zentraler Bestandteil der israelischen Staatsdoktrin und ideologische Grundlage für eine Politik des permanenten Präventivkrieges, der im Libanon, in den besetzten Gebieten (Golan-Höhen, Westbank, Gaza-Streifen) oder auch schon mal im irakischen oder tunesischen Luftraum — also immer außerhalb der Staatsgrenzen von 1948/49 — gefochten wird.

Der folgende Text widmet sich der Frage nach dem tatsächlichen Ausmaß der militärischen Bedrohung Israels. Dabei soll es allein darum gehen, ob eine wesentliche Begründung für die Vorrangigkeit der Interessen Israels gegenüber dem Selbstbestimmungsrecht des staatenlosen, im Flüchtlingsstatus dahinvegetierenden palästinensischen Volkes überhaupt zutreffend ist.

Unberücksichtigt blieb die Frage westlicher Rüstungsexporte an Israel und an bestimmte arabische Staaten. Die Auseinandersetzung damit ist deshalb von Belang, weil Rüstungslieferungen nach Ägypten, Saudi-Arabien etc. immer wieder als Aufrüstung gegen Israel ausgegeben werden. Dazu möchten wir auf unseren Artikel im AK 283 verweisen, der sich mit dem Charakter westlicher Rüstungsexporte in arabische Staaten anhand des Falls Saudi-Arabien befaßt.

Die USA und Israel

Jede Analyse des militärischen Kräfteverhältnisses in der Region hat den Faktor USA zu berücksichtigen, zumal sich diese als Garantiemacht für Israel versteht. Der ehemalige israelische Verteidigungsminister, Ezer Weizmann, definierte Rolle und Bedeutung seines Landes so: *„Israel ist das stabilste westliche Land in der Region; es befindet sich in der vordersten Linie zur Verhinderung der sowjetischen Expansion im Nahen Osten (...) Es ist in der Gegenwart und in der Zukunft mit den USA und dem Westen verbunden, und seine Sicherheitsbasis ist Teil der westlichen Infrastruktur."* (1)

Abhängigkeit und Verbundenheit mit dem imperialistischen Lager sind zentrale Charakterzüge des israelischen Staates und seines Status im internationalen System. Zwar erfreut sich Israel innerhalb des imperialistischen Milieus einer relativen Autonomie, andererseits bleibt es auf die finanzielle und militärische Rückendeckung seiner Politik durch die USA und die NATO angewiesen. Dabei haben Israels Beziehungen zum Imperialismus verschiedene Stadien durchlaufen: In den 50er und 60er Jahren war Israel zunächst stärker mit Frankreich und der BRD liiert. Die Deckungsgleichheit zwischen französischen und israelischen Positionen ergab sich aus Frankreichs Engagement im Algerien-Krieg und seiner Interessen in Ägypten (Suez-Kanal). Die BRD verstand es, ihre Wiedergutmachungspflicht mit ihren strategischen Interessen in der Nahost-Region zu verbinden. Diese Ära ist sehr eng mit dem Namen Franz-Josef Strauß verknüpft, der in den 50er Jahren von Ben Gurion als Staatsgast eingeladen wurde, um die Atomforschung zwischen beiden Ländern voranzutreiben. — Wenngleich die Rolle dieser und anderer westeuropäischer Staaten nicht unterschätzt werden darf, so war doch seit den 60er Jahren die finanzielle und militärische Unterstützung Israels durch die USA von herausragender Bedeutung.

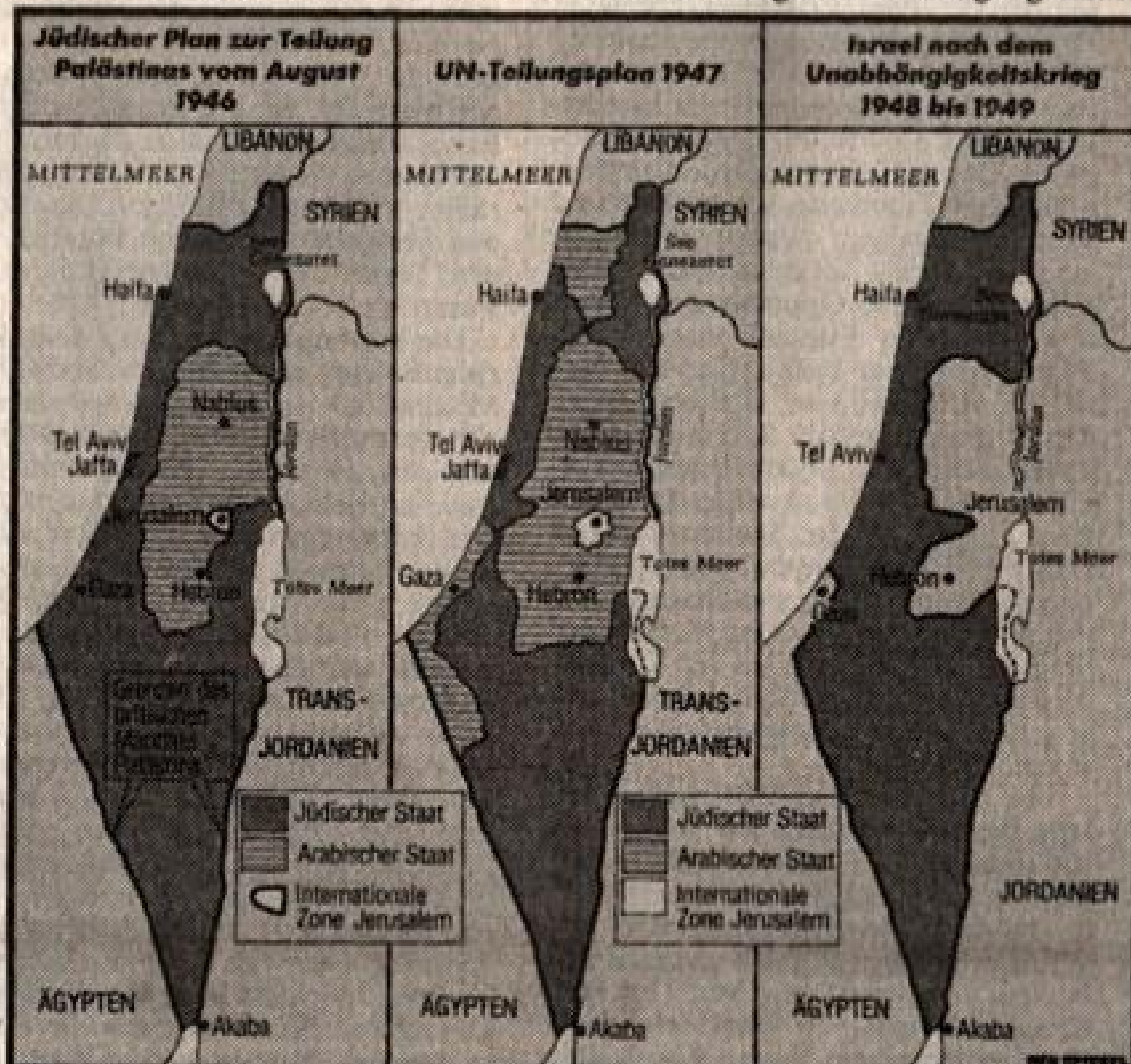
Vor dem Juni-Krieg von 1967 fungierte Israel in Asien und Afrika als Agent der ehemaligen europäischen Kolonialmächte. Seine geographische Lage ermöglichte es ihm, eine Brücke zwischen Europa, Afrika und Asien zu bilden. Der junge, kolonialgeschichtlich unbelastete, mit einer vermeintlich emanzipatorischen Ideologie ausgestattete israelische Staat, dessen Volk zuvor Opfer schlimmster imperialistischer Vernichtungspolitik geworden war, erschien der Dritten Welt (ausgenommen die arabischen Staaten) als einer von ihnen. Damit eröffnete er zugleich den westeuropäischen Bourgeoisien Märkte in Asien und auf dem afrikanischen Kontinent, die ihnen aus historischen, politischen und ökonomischen Gründen zunächst verschlossen blieben. Mit dem Juni-Krieg von 1967 diskreditierte sich Israel jedoch in den Augen zahlreicher Völker und Staaten der Dritten Welt. Seither ist eine verstärkte Hinwendung Israels zu den offen repressiven und pro-westlichen Regimes an der Peripherie des Weltsystems zu registrieren. (2)

In den 70er Jahren waren die Beziehungen Israels zum Imperialismus von einigen Irritationen gekennzeichnet, ohne daß sie deshalb jemals zur Disposition gestanden hätten. Das Interesse der USA an Stabilität (im imperialistischen Sinne) und einer pro-westlichen Ordnung in der Region, die mehr umfaßt als nur Israel, kollidierte partiell mit der Logik des zionistischen Selbstverständnisses, das zur Eröffnung neuer Spannungsfelder führte und di Befriedung älterer wie einen Ausgleich mit den moderaten, pro-westlich orientierten arabischen Staaten erschwert.

Es lag und liegt im Interesse von USA und NATO, zumindest Teile der arabischen Welt in das westliche Lager hinüberzuziehen und in das eigene Vorgehen gegenüber der UdSSR und sozialrevolutionärer Bewegungen in der Region einzubinden. Dabei richtet sich das Hauptaugenmerk der NATO auf Ägypten und Saudi-Arabien, die beide seit Jahren vom Westen aufgerüstet werden. Die Bevorzugung Israels birgt zudem die Gefahr in sich, in der arabischen Welt jeglichen Kredit zu verspielen und Einfluß zu verlieren. Vor allem nach dem Nahost-Krieg von 1973 gelangten USA und NATO zusehends zu der Erkenntnis, daß Israel auf die Dauer starker regionaler Verbündeter bedürfe, auch zwecks Entlastung der eigenen Kräfte. Die periodischen Proteste Tel Avivs sind denn auch weniger von der Furcht getragen, an diese Staaten gelieferte Waffen könnten eines Tages zum Einsatz gegen Israel kommen. Die Aufrüstung Saudi-Arabiens erfolgt in der Form der abhängigen Militarisierung und zwar in ihrer extremsten Variante. Es ist kaum damit zu rechnen, daß sich die saudische Armee ohne die Hilfe der tausende von westlichen Militärberatern in Bewegung setzen könnte. (3)

So geht es Israel vielmehr um die Wahrung seines Status als zentraler Brückenkopf und privilegierter Ansprechpartner des Imperialismus in dieser Region, wobei es keine Gelegenheit ungenutzt läßt, auf seine besondere Zuverlässigkeit — im Gegensatz zu den arabischen Staaten — zu verweisen. Der israelische Militär- und Strategiejournalist, Seew Schiff, analysiert das israelische Interesse an einer engen Verbindung mit den USA wie folgt: *„Israel will absichern, eine starke Armee und einen starken Staat zu erhalten. Als Gegenwert bietet Israel an: politische Stabilität und echte Freundschaft; fortgeschrittenes technologisches Fundament, das im wesentlichen der der amerikanischen Ausrüstung angepaßt ist; ein über die ganze Region ausgebreiteter entwickelter Nachrichtendienst. Ein Irrtum ist anzunehmen, daß Israel die Festsetzung der USA in der Region allein von unserem engen Gesichtspunkt gegenüber den Arabern sieht und nicht mehr als das. In langfristiger Sicht ist ein Vorteil in den regionalen Bündnissen der USA vorhanden, in denen Israel integriert zu sein hat ... Das ist auch die Ursache, daß man in Israel die militärische Zusammenarbeit der USA mit der ägyptischen Armee nicht nur negativ sieht ..."* (4)

Außerdem dienen die Proteste der Begründung zusätzlicher finanzieller und militärischer Hilfeleistungen des Westens an Israel, quasi als Kompensation für die an arabische Staaten ergangenen Rüstungslieferungen. Da Israel jedoch auch aus der Sicht von USA und NATO der weitaus stabilste und zuverlässigste Faktor in der Region ist, die pro-westlichen arabischen Staaten hingegen von Zerrissenheit und kulturellen wie sozialen Auseinandersetzungen geprägt sind, bzw. von Regimen geführt werden, die nur über eine schmale politische und soziale Basis verfügen, ist Israels bevorzugte Stellung nicht wirklich gefährdet.



Dementsprechend erhält Israel ungleich mehr Wirtschafts- und Rüstungshilfe durch die USA als die arabischen Staaten, sodaß gewährleistet bleibt, daß Israel den ersten Platz in der militärischen Hierarchie der Region auch fortan besetzt. (5)

Zudem hat die amerikanische Nahost-Politik in den 80er Jahren eine Wandlung erfahren, die Israel direkt zugute kommt. Während in den 70er Jahren in der amerikanischen Nahost-Strategie eine Schule tonangebend war, die im Palästinenserproblem die Hauptursache für die innere Instabilität der Region und für die Einflußmöglichkeiten der UdSSR sah und die dementsprechend stärker auf eine politische Lösung abstellte, betont die Reagan-Administration wieder eindeutig die prioritäre strategische Bedeutung Israels. Im Gegensatz zur Regierung Carter unterscheidet die Reagan-Mannschaft die globalen strategischen Interessen der USA von dem Palästinenserproblem, das ihrer Ansicht nach die amerikanischen Belange nicht direkt tangiert. Die Annexion der Westbank und des Gaza-Streifens sei ohnehin eine vollendete Tatsache, ohne daß das israelische Vorgehen die Instabilität in der Region beträchtlich erhöht habe. Die Frage der besetzten Gebiete wird somit zusehends als eine innere Angelegenheit Israels betrachtet. (6)

In den 70er Jahren war dies noch anders. So versuchten die USA Israels territoriale Forderungen für einen Friedensschluß zu mäßigen, um für die USA neue Positionen in der arabischen Welt zu gewinnen. Die US-Diplomatie fürchtete, selbst in den konservativen arabischen Staaten an Boden zu verlieren, was die Voraussetzungen für die Sicherung ihrer Interessen in der Region vom Persischen Golf bis Marokko erschwert hätte. Sie fürchtete, bald keine Nahost-, keine afrikanische und keine Mittelmeerpolitik mehr zu haben, wenn es ihr nicht gelang, einen Interessenausgleich zwischen Israel und Teilen der arabischen Welt herbeizuführen.

In Anbetracht der eklatanten Schwäche der arabischen Welt, ihrer Zersplittertheit und der weitgehenden ökonomischen und militärischen Abhängigkeit ihrer Eliten vom Imperialismus müssen die USA heute nur noch in bedingtem Umfang auf panarabische Emotionen Rücksicht nehmen. Das Ausmaß des Umfangs wird dadurch bestimmt, daß es den arabischen Regimes möglich bleiben muß, ihr Gesicht gegenüber der eigenen Bevölkerung und internen Oppositionsbewegungen zu wahren.

Hiermit stoßen wir auf einen interessanten Aspekt des israelisch-arabischen Konflikts, der gemeinhin viel zu wenig Berücksichtigung findet. In der Weise, in der der Konflikt ausgefochten wird, als Auseinandersetzung zwischen klassengesellschaftlich organisierten Nationalstaaten, hat er für die arabischen Regime und somit auch für den Imperialismus eine stabilisierende Funktion. Dies erklärt, warum selbst ein so eindeutig pro-westliches Land wie Saudi-Arabien periodisch in antizionistische Rhetorik einstimmt, Israels (angeblichem) regionalen Hauptfeind Syrien finanziell aushilft, die PLO unterstützt. Eine vollständige Beilegung des Konfliktes — unter westlichen Vorzeichen — darf es gar nicht geben, weil dadurch Kräfte auf den Plan gerufen werden könnten, die die Beseitigung der gegenüber dem Imperialismus offenen Regimes und die Einschlagung eines radikaleren Kurses beabsichtigen. Die Ermordung Sadats mag als Beispiel dafür dienen, was demjenigen droht, der allzu offensichtlich ins „andere Lager" überwechselt und Verrat an der arabisch-palästinensischen Sache begeht. Von daher müssen Israel, die NATO-Staaten und die arabischen Regimes daran interessiert sein, daß der Konflikt — auf einem kontrollierbaren Level — weiter ausgetragen wird, auch wenn die Differenzen im zwischenstaatlichen Verhältnis erheblich geringer sind, als es gemeinhin erscheint. Daß dies selbst für einen Staat wie Syrien gilt, werden wir noch sehen.

Der israelische Libanon-Feldzug, der die vorbehaltlose Unterstützung durch die USA fand, ist Ausdruck der oben skizzierten Wandlung in der US-Nahostpolitik. Die USA unterstützen das israelische Vorgehen im Libanon, da sie davon ausgingen, daß dieser Krieg die Position der USA auf Kosten der UdSSR und deren Klientel Syrien stärken würde. Eine erfolgreiche israelische Kriegsführung sollte der arabischen Welt beweisen, daß gegen die USA in der Region nichts geht, daß sich sowjetischer Beistand nicht auszahlt (weil er letztendlich eine Chimäre bleibt), indessen es sich lohnt, ein guter Freund Washingtons zu sein. Die folgende diplomatische Initiative — der Reagan-Plan — diente lediglich dazu, von der völlig einseitigen Parteinahme der USA für die israelische Aggression abzulenken.

Konkret vollzieht sich die Unterstützung Israels durch die USA und die NATO in den folgenden Formen: Die hohe Auslandsverschuldung Israels, Produkt seiner Kriegswirtschaft und der deformierten Struktur seiner Ökonomie, wird von den NATO-Staaten gedeckt. Hier ist von Interesse, daß die Zusammensetzung der israelischen Auslandsschuld gänzlich anderer Natur ist, als man dies von anderen Schuldnerstaaten kennt. *„Man kann die schwierige Lage Israels nicht übersehen. Laut dem Bericht der Israel-Bank für das Jahr 1981 beträgt die Summe der Außenschuld des Staates ca. 18 Milliarden US-Dollar. Ohne sich der Gefahr eines großen Irrtums auszusetzen, ist anzunehmen, daß seit damals die Schuld auf 20 Milliarden Dollar stieg. Es ist natürlich, daß die Beziehungen des internationalen Bankensystems zu einem Staat, dessen Schulden die Höhe der Schulden Polens erreicht, gelinde ausgedrückt, etwas mißtrauisch sind.*

Um jedoch die unweigerliche Frage, ob Israel zu einer Finanzgefahr wird, zu klären, muß man die Struktur der Zusammensetzung der Auslandsschuld aus der Nähe prüfen. Sofort ergibt die Prüfung eindeutig, daß im Gegensatz zu den anderen Schuldnerstaaten der Großteil der Schulden Israels — an 80% — gegenüber Staaten, nicht gegenüber Privatbanken besteht, hauptsächlich gegenüber den USA und der BRD, und gegenüber dem jüdischen Volk (gemeint sind Juden und jüdische Organisationen, die außerhalb des Staates Israel leben; Anm. eo/dsm) *und jüdischen öffentlichen Institutionen, die Schuldscheine des Staates Israel erwarben. Nur ein Rest von etwa 20% sind Schulden an Privatbanken. Also, wenn man die Beziehungen des internationalen Bankensystems zu Israel behandelt, darf man nicht vergessen, daß nur ca. 5-6 Milliarden Dollar geschäftsmäßige Schulden vorhanden sind."* (7) Diese Schuldenstruktur ermöglicht eine relativ problemlose Umwandlung von Krediten in Schenkungen. Solange wie Israel für die NATO einen strategischen Wert darstellt, der als Basis für die Bekämpfung sozialrevolutionärer Einflüsse in einer für den Westen bedeutsamen Region unersetzbar ist und deshalb erhalten bleiben muß, werden die USA und die BRD Israel an der Frage der Verschuldung nicht zugrundegehenlassen. Importe (inklusive Kapitalimporte) werden mehrheitlich unter Bedingungen gewährt, die den Rückfluß von Dividenden, Zinsen und Kapital nicht vorsehen. Dies sind Umstände, die den exemplarischen Charakter der ökonomischen Entwicklung Israels für andere Länder einschneidend begrenzen. Die umfangreichen ökonomischen und militärischen Hilfeleistungen ermöglichen es Israel, das militärische Kräfteverhältnis in der Region zu eigenen Gunsten zu gestalten. Den quantitativen größten Sprung erlebten die israelischen Militärausgaben und Rüstungsimporte im Zeitraum 1966-67 bis 1971-72. (8) Seinerzeit verfünffachte sich der israelische Militärhaushalt. Im gleichen Zeitraum wuchs der Umfang der Rüstungsimporte von 116 Mio. auf 800 Mio. US-Dollar. (9) 1982 erhielt Israel — pro Kopf berechnet — 14 mal so viel Auslandshilfe durch die USA wie Ägypten, immerhin der wichtigste Garant amerikanischer Interessen in der Region nach Israel. Israel zählt zu den wenigen Staaten (10), die von den USA hochqualifizierte Rüstungsgüter erhalten, deren Transfer eigentlich nur in NATO-Staaten gestattet ist. Außer Israel kamen Anfang der 80er Jahre Ägypten, Saudi-Araben, Süd-Korea, Pakistan, Venezuela und Marokko in diesen „Genuß".

Das Verhältnis von amerikanischen zu sowjetischen Garantien

Die israelische Sicherheitspolitik beruht auf den folgenden zwei Voraussetzungen: 1. Die USA garantieren dafür, daß durch Waffen- und Technologieimporte sowie Finanzhilfen die Überlegenheit der israelischen Streitkräfte gegenüber jeder arabischen Allianzbildung und Rüstung erhalten bleibt und daß sie Israels Unverletzlichkeit unter allen Bedingungen bewahren würden, inklusive Kriegsdrohungen und militärischen Auseinandersetzungen; 2. Es wird davon ausgegangen, daß die UdSSR den arabischen Staten einen entsprechenden Beistand nicht leistet. Sollte dies doch der Fall sein, so muß die UdSSR durch Eskalationsdrohungen davon abgehalten werden.

Fortsetzung nächste Seite

Nahost

PALESTINE'S BOUNDARIES
EARLY TWENTIETH CENTURY



© Jaffee Center for Strategic Studies — 1986

UNSCOP PARTITION PLAN AND
1949 ARMISTICE LINE OF ISRAEL



© Jaffee Center for Strategic Studies 1986

© Jaffee Center for Strategic Studies — 1986

© Jaffee Center for Strategic Studies 1986

Fortsetzung von vorheriger Seite

Bislang ist dieses Kalkül vollends aufgegangen. Alle arabischen Regimes — gleich ob es sich dabei um Ägypten, Syrien oder Libyen handelte — mußten die Erfahrung machen, daß die Unterstützung durch die UdSSR dort aufhört, wo arabisches Agieren die direkte Konfrontation mit den USA heraufbeschwören könnte. Dies bedeutet, daß keine arabische Kriegsführung die Unterstützung der UdSSR erhalten wird, die die Existenz Israels zu tangieren droht. Wahrscheinlich gilt diese Zurückhaltung bereits für den Fall, daß die von Israel besetzten Gebiete angegriffen werden, zumal dann, wenn Israel dies wie sein Kernland (also sein Staatsgebiet in den Grenzen von vor 1967) als ,,Sanktuarien'' versteht. Das sowjetische Verhalten im Oktoberkrieg von 1973 läßt eine derartige Annahme jedenfalls zu. Militärische Rückendeckung seitens der UdSSR dürfte sich auf defensive militärische Aktionen, die der Konservierung des sicherheitspolitischen Status Quo gelten, beschränken. In der Vergangenheit hat die UdSSR wiederholt im mäßigenden Sinn in die arabische Kriegsführung eingegriffen, was mit ein Grund dafür ist, daß die UdSSR bei den arabischen Regimes an Einfluß verlor.

Das amerikanische Engagement zugunsten Israels hingegen ist weitaus offensiver angelegt, und die amerikanischen Garantien sind deutlich weitreichender. Dies läßt sich am Beispiel des israelischen Libanonfeldzuges von 1982 illustrieren. Im ersten Quartal des Jahres 1982, d.h. noch vor Beginn des Libanonkrieges, erhielt Israel militärische Ausrüstung im Wert von 218 Millionen US-Dollar von den USA. Dies entsprach dem zehnfachen Wert der militärischen Lieferungen, die Israel im gleichen Zeitraum des Jahres 1980 erreichten. Gegenüber dem Jahr 1981 bedeutete dies noch immer eine Erhöhung der militärischen Hilfeleistungen um 50%. Die Rüstungsgüter, die Israel erhielt, waren exakt jene, die dann im Libanonkrieg extensiv eingesetzt wurden. Wenige Wochen vor dem Krieg entschied die US-Administration, 75 F-16 Bomber an Israel zu verkaufen. Zwei Tage nach dieser Entscheidung legte die Administration dem Kongreß einen Antrag auf Genehmigung weiterer Maschinen diese Typs vor. Am gleichen Tag stimmte das Senatskomitee für auswärtige Beziehungen zu, 123 Millionen US-Dollar zu den 785 Millionen US-Dollar Wirtschaftshilfe, die bereits zuvor für Israel bewilligt worden waren, hinzuzuaddieren und die Gesamtsumme von 910 Millionen in eine Schenkung umzuwandeln.

Zeitgleich organisierten die USA einen gigantischen Flottenaufmarsch im Mittelmeer mit dem Ergebnis, daß am Tage, als Israel in den Libanon einmarschierte, eine der machtvollsten US-Flotten, die es je gab, vor der libanesischen Küste stationiert war. Während der Flugzeugträger ,,Kennedy'' Israels Streitkräften Deckung aus der Luft gab und die israelischen Operationen zur See gegenüber etwaigen arabischen Angriffen schützte, bezog ein weiterer Flugzeugträger — mit dem Namen ,,Eisenhower'' — im maritimen Einflußbereich der UdSSR nahe Kreta Stellung. Letzterer war mit Atomwaffen bestückt. Das Eintreffen der atomar ausgerüsteten Streitmacht am Vorabend der israelischen Invasion demonstrierte die Bereitschaft der USA, die militärischen Operationen der israelischen Armee gegenüber der UdSSR zu decken. Seitens der UdSSR sollte der Aufmarsch als Signal für einen amerikanischen Willen gewertet werden, den Libanonkrieg — sollte die UdSSR nicht Wohlverhalten an den Tag legen — zu einer Auseinandersetzung mit der anderen Großmacht zu eskalieren. Nachdem die UdSSR ihre Flottenpräsenz im Mittelmeer ebenfalls verstärkt hatten, erfolgte unter dem Deckmantel einer NATO-Bereitschaftsübung eine weitere Aufstockung der maritimen Streitkräfte der USA vor der Küste Libanons, womit wohl Eskalationsbereitschaft unter Beweis gestellt werden sollte. (11)

Betreffs einer Bestimmung des militärischen Kräfteverhältnisses in der Region ist somit das folgende zu berücksichtigen: Während die USA auf israelischer Seite einen Faktor darstellen, gilt dies für das Verhältnis der Großmacht UdSSR zu Israels Hauptkontrahenten, Syrien nur bedingt, da Syrien erstens von der UdSSR schlechter militärisch ausgerüstet wird als Israel von den USA, zweitens die amerikanischen Garantien für Israel weitergehender sind als die der UdSSR gegenüber ihrem Klientel.

Das militärische Kräfteverhältnis zwischen Israel und seinen Nachbarn

Die zweifelsohne ungünstigste Ausgangsposition und Kräftekonstellation bestand für Israel im Oktoberkrieg von 1973. Nichtsdestotrotz eroberte Israel mehr Territorien, als es verlor. Und wäre es ab einem bestimmten Punkt der Auseinandersetzungen von den USA nicht zur Einstellung seiner Kriegshandlungen genötigt worden, so wären die territorialen Gewinne eventuell noch größer ausgefallen. Wenngleich die arabische Kriegseröffnung für Israel nicht unerwartet kam, da man in Tel Aviv noch vor Kriegsausbruch syrische und ägyptische Truppenmassierungen registriert hatte, war hier das Moment der Überraschung noch am ehesten gegeben. Seither haben sich die Chancen für die theoretisch einzig verbleibende Option einer erfolgreichen Kriegsführung gegen Israel, nämlich: Rückeroberung der von Israel okkupierten Gebiete durch einen ,,Blitzkrieg'' weiter verschlechtert. Durch Truppenentflechtungsabkommen wie durch die Lieferung von Radar- und Kontrollflugzeugen und Aufklärungsdrohnen an Israel ist diese Option faktisch hinfällig geworden.

Aufgrund der Tatsache, daß sie als erste die Initiative ergriffen, verzeichneten die arabischen Streitkräfte zunächst an beiden Fronten Erfolge, wie sie sie bis dahin in keinem der Kriege mit Israel verbuchen konnten. Israel begann daraufhin, zivile Ziele in Ägypten und Syrien anzugreifen, worauf die arabischen Staaten während des gesamten Kriegsverlaufes bewußt verzichteten, da ihr Kriegsziel lediglich darin bestand, den Status Quo der israelischen Besatzungspolitik zu verändern. Nach einer Woche gelang es Israel, den syrischen Angriff am Golan zu stoppen. In den folgenden Tagen wurden die syrischen Truppen zurückgedrängt, wobei die israelischen Streitkräfte weiter als im Krieg von 1967 auf syrisches Gebiet vorrückten. Am neunten Tag gelang es, auch den ägyptischen Vormarsch zu beenden. Am zwölften Tag des Krieges durchstießen die Israelis die ägyptische Front und drangen auf das westliche Ufer des Suez-Kanals vor. Dies war — grob skizziert — der Verlauf jenes israelisch-arabischen Krieges, in dem sich Israel mit der denkbar ungünstigsten Ausgangsposition und Kräftekonstellation konfrontiert sah.

Die arabischen Streitkräfte erreichten in den Jahren nach 1974 niemals wieder die Stärke wie 1973. Ein eher als irreal zu bezeichnendes ,,worst case''-Szenario Jehoshua Ravivs kommt zu dem Ergebnis, daß die arabischen Staaten selbst beim für Israel schlimmsten aller theoretisch denkbaren Fälle 1980 schwächer dastanden als 1973. (12) Als irreal ist das Szenario Ravivs deshalb zu kritisieren, weil es von teilweise unhaltbaren Voraussetzungen ausgeht. So konstruiert Raviv eine arabische Kriegskoalition, die aus Syrien, Irak, Jordanien, Kuwait, Sudan, Saudi-Arabien, der PLO und Algerien besteht. Desweiteren rechnet er Divisionen gegen Divisionen auf und setzt sowjetische und französische Panzer und Flugzeuge mit arabischen Besatzungen den modernen israelisch bemannten Panzern und Flugzeugen (Herkunftsland u.a. USA) gleich. Bislang haben jedoch noch alle Nahostkriege gezeigt, daß die Israelis den arabischen Staaten hinsichtlich Ausrüstung wie Qualifikation ihrer Streitkräfte deutlich überlegen sind. Immerhin betragen Israels Militärausgaben pro aktives Militärpersonal noch heute mehr als das Doppelte wie die entsprechenden Ausgaben Ägyptens, Jordaniens und Syriens zusammengenommen. (13)

Von noch größerer Bedeutung für eine realistische Einschätzung des Kräfteverhältnisses und des Bedrohungsgrades ist indes, daß eine Neuauflage der arabischen Kriegskoalition von 1973 in absehbarer Zeit nicht zu erwarten steht. Mit dem Camp-David-Abkommen von 1979 scherte Ägypten aus der antiisraelischen Front aus. Die Ägypter hatten in der Vergangenheit die größten Streitkräfte gegen Israel gestellt. (Das gesamte mobilisierbare Heerespersonal Ägyptens beträgt 620.000 Mann, ist somit mehr als doppelt so groß wie das Syriens.) Ägypten ist heute in die westliche Nahoststrategie fest eingebunden. Ein Indiz hierfür ist die Nutzung ägyptischer militärischer Einrichtungen durch die amerikanische Rapid Deployment Force und deren gemeinsame Manöver mit den ägyptischen Streitkräften. Die USA forcierten ihre militärische Kooperation mit Ägypten (wie mit Saudi-Arabien) nach dem Sturz des Schahs und dem Wegfall des Irans in seiner Funktion als prowestlich orientierte regionale Ordnungsmacht.

Was Jordanien, den militärisch schwächsten Nachbarstaat Israels, anbelangt, so ist das Interesse Husseins an einer bilateralen Vereinbarung mit Tel Aviv nach dem Vorbild von Camp David unübersehbar. Die Bemühungen Husseins, eine internationale Nahostkonferenz zu arrangieren, orientieren nicht auf eine internationale Lösung des Nahostkonfliktes, wie dies etwa von der PLO gefordert wird, sondern auf eine internationale Abdeckung eines israelisch-jordanischen Separatfriedens. Wenngleich ein derartiger Separatfrieden in vertraglicher Form noch nicht existiert (faktisch allerdings schon), erscheint es als völlig unwahrscheinlich, daß sich Jordanien an einem weiteren antiisraelischen Waffen-

schon), erscheint es als völlig unwahrscheinlich, daß sich Jordanien an einem weiteren antiisraelischen Waffen-

gang beteiligen würde. Dazu muß noch die riesige militärische Überlegenheit Israels in Rechnung gestellt werden. Israel behandelt schon seit Jahren den jordanischen Luftraum als seinen eigenen. 1981 benutzte Israel seine eindeutige Luftüberlegenheit dazu, über Jordanien in den Irak einzufliegen, um dort einen im Bau befindlichen Atomreaktor mit F-15 und F-16-Maschinen zu zerstören. Im Krieg von 1973 wagte es Jordanien — bei einem für die Araber erheblich günstigeren Kräfteverhältnis als heute — nicht, mit mehr als einer nach Syrien entsandten Brigade in den Kampf einzutreten, weil es nicht über die erforderlichen Luftwaffen- und Luftverteidigungskapazitäten verfügte. Seither hat die jordanische Armee an Kampfkraft eher noch verloren. Allein schon aufgrund seines problematischen innenpolitischen Kräfteverhältnisses ist Jordanien heute auf Gedeih und Verderb Israel und den USA ausgeliefert. Sicherheit kann es für das haschemitische Regime nur mit Hilfe Israels und der USA geben.

Bleibt noch Syrien als an Israel angrenzender Staat übrig. (Der Libanon kann vernachlässigt werden, da die militärische Bedrohung, die Israel aus diesem Raum erwächst, sich auf Operationen der PLO reduziert). Syrien soll hier von besonderem Interesse sein, weil dieser Staat gemeinhin als einzig glaubwürdiger Konfrontationsstaat und konsequenter Verfechter der radikalen arabischen Position gegenüber Israel gehandelt wird.

Doch zuvor seien einige grundsätzlichere Anmerkungen zur Logik der arabischen Regime und ihres ,,Antizionismus'' erlaubt.

Exkurs: Zur Logik der arabischen Regimes und ihres „Antizionismus"

Der verbale ,,Antizionismus'' der arabischen Regimes ist zu einem nicht unerheblichen Teil ein purer Reflex auf innenpolitische Stimmungen, denen die Herrschenden — ob des Machterhaltes — im bedingten Umfang Rechnung zu tragen haben. Ein Beispiel hierfür ist der Nahostkrieg von 1973, in den die arabischen Führungen eher widerwillig zogen. ,,*Daß die syrisch-ägyptischen Armeen ausgerechnet im Oktober 1973 die von Israel besetzten arabischen Territorien zurückzugewinnen versuchten, hatte denn auch nur akzidentiell militärische, aber vor allem soziopolitische Beweggründe. Die Unzufriedenheit der arabischen Massen mit der ägyptisch-syrischen Hinhaltepolitik gegenüber der israelischen Besatzungsmacht geriet 1973 auf einen gefährlichen Höhepunkt. Gleichzeitig wurde die bestehende Malaise durch die innen- und sozialpolitische Entwicklung in den arabischen Staaten verstärkt. Die Regimegegner von Sadat und Assad — insbesondere im Militär — drohten diese Konstellation durch Staatsstreiche in beiden Ländern auszunutzen. So bedeutete Krieg für den ägyptischen und den syrischen Staatsapparat auch eine innenpolitische Entlastung.*'' (14) Durch einen Krieg, der seitens der Regimes als begrenzter konzipiert war, sollte soziopolitisch explosive Stimmung externalisiert und die arabisch-nationalistische Aspiration ruhiggestellt werden. Eine tatsächliche Mobilisierung für die ,,arabische Sache'' fand indessen nicht statt.

So müssen die USA, die NATO und Israel daran interessiert sein, daß ein Regime wie das Assads in Syrien auch fortan an der Macht bleibt, da die Alternative eher in einem radikalen und fundamentalistischen denn in einem hundertprozentig pro-westlichen Kurswechsel bestehen würde. Aus Legitimationsgründen muß auch der israelisch-arabische Konflikt eine Fortsetzung finden. In Anbetracht der Tatsache, daß das syrische Regime sich aus einer religiösen Minderheit rekrutiert, gerät die Außenpolitik — insbesondere in ihrer (pan)arabischen Komponente — zur bedeutendsten Quelle der Zustimmung und nationalen Mobilisierung. Umso mehr da soziopolitische Spannungen bei knappen Ressourcen eine ökonomische und soziale Integration erschweren. (15) Diesbezüglich existiert also eine Interessensparallelität zwischen dem Westen, Israel und dem syrischen Regime. Für Syrien ist dabei allerdings von Bedeutung, daß die Fortsetzung des Konfliktes keine allzu kostspielige und Syrien permanent schädigende Angelegenheit wird, womit es gegenüber dem vermeintlichen Kontrahenden erpressbar wird, da Sicherheit — intern wie extern — nur mit Hilfe von USA/NATO und Israel zu erringen ist.

Ökonomisch und militärisch sind die arabischen Regimes ohnehin stärker am Westen als an der UdSSR interessiert, da die NATO-Staaten ihnen mehr zu bieten haben. Eine Abkehr vom Westen ist in der Regel eine zeitlich be-

am Westen als an der UdSSR interessiert, da die NATO-Staaten ihnen mehr zu bieten haben. Eine Abkehr vom Westen ist in der Regel eine zeitlich be-

grenzte Angelegenheit, verursacht durch diplomatisches Ungeschick (etwa eine allzu offene und einseitige Parteinahme für Israel, die jegliche arabischen Interessen — auch die der Regimes — mißachtet) oder durch das Ausbleiben von materiellen Leistungen, die für die militärische Statuspflege der arabischen Staaten von Bedeutung ist. Selbst was die Ära Nasser anbelangt, kann nicht davon gesprochen werden, daß sein Bruch mit dem Westen seinerzeit prinzipiell und vorwiegend politisch-ideologisch begründet war. Entscheidend war vielmehr, daß die USA Ägypten lediglich leichte Waffen, wie sie noch von der königlichen Regierung — zwecks Aufrechterhaltung der inneren Ordnung — bestellt worden waren, anstatt der vom Revolutionsregime geforderten Großwaffensysteme, die der ,,Verteidigung gegen Israel'' dienen sollten, zu liefern gedachte. Während die US-Administration zögerte und versuchte, die Bewaffnung der ägyptischen Armee durch die USA mit einer außenpolitischen Bedingung — Ägyptens Teilnahme am Bagdad-Pakt — zu koppeln, wandte Nasser sich an die UdSSR. Wie sich immer wieder erweisen sollte, war Ägypten für die UdSSR alles andere als ein sicherer und leicht lenkbarer Verbündeter. Aus verwandten Überlegungen vollzog Sadat später eine erneute Wende in der ägyptischen Außenpolitik, die das Land an die Seite der USA manövrierte. Seit 1970 hatte Sadat in Moskau vergeblich auf Raketen für den Direktbeschuß Israels und auf mehr Kampfflugzeuge und modernere Jäger vom Typ Mig-23 gedrängt. Die UdSSR beschied das ägyptische Begehren abschlägig. Damit machte Moskau deutlich, daß die sowjetische Regierung nicht gewillt war, Ägypten die Fähigkeit zu verleihen, einen Krieg gegen Israel zu eröffnen, der eventuell über die Rückeroberung der 1967 verlorengegangenen ägyptischen Gebiete hinausgehen würde. Sadat stellte die UdSSR vor die Alternative, entweder sich zu seinen politischen Konditionen an der Seite Ägyptens zu engagieren oder aber den Bruch zu riskieren, mit dem strategischen Resultat, daß sich die Lage im Nahen und Mittleren Osten stärker zum Vorteil der USA verändern würde.

Noch jeder Nahostkrieg war auch ein Akt der ,,Umerziehung'', der die arabischen Regimes enger an die Seite der USA und der NATO trieb. Seit dem Krieg von 1967 sind die Kernländer stetig nach rechts gerückt. Die Kriege ließen die ,,Krise der kleinbürgerlichen Regimes'' evident werden. Im führenden arabischen Staat, Ägypten, kam es zu einer krisenhaften Entwicklung, ,,*deren Ergebnis aber nicht*

Fortsetzung nächste Seite

Nahost



Fortsetzung von vorheriger Seite

eine über die Region verbreitete Radikalisierung nach links war. Die Krisen der 70er Jahre wurden vielmehr auf konservativem Weg gelöst. Das Ergebnis dieser Lösung ist die konservative und geschwächte arabische Welt von heute.'' (16) Mit dem Aufstieg der ölproduzierenden Staaten ging zudem die engere Integration der Region in das kapitalistische Weltsystem einher, die das Denken der ökonomischen und politischen Eliten in der arabischen Welt unmittelbar berührte.

Von besonderem Interesse soll hier jedoch sein, daß noch jeder Krieg — ob 1967, 1973 oder 1982 im Libanon ausgefochten — dokumentierte, daß sich eine Anlehnung an die UdSSR kaum rentiert, vor allem aber das Bündnis mit der UdSSR von seiner Qualität her betrachtet mit dem amerikanisch-israelischen Bündnis nicht mithalten kann. Westliche Waffen erwiesen sich noch in jedem Nahostkrieg gegenüber den östlichen Lieferungen als überlegen. Nichts anderes gilt bezüglich ökonomischer und technologischer Hilfeleistungen. 1967 konnte die UdSSR die Niederlage Ägyptens und Syriens nicht verhindern. 1970 zeigte sich, daß die mit sowjetischer Hilfe und Beratung praktizierte Strategie des ,,Zermürbungskrieges'' am Suez-Kanal Ägypten mehr Kraft kostete als Israel und von Tel Aviv mit Luftangriffen in die Tiefe des Landes beantwortet wurde, gegen die die mit Hilfe der UdSSR aufgebaute und von dieser mitkontrollierte ägyptische Luftabwehr nichts ausrichten konnte. Die Verbindung mit der UdSSR brachte Ägypten keine Verbesserung seines Status gegenüber Israel wie überhaupt im internationalen System ein.

Mit jedem Krieg und jeder Niederlage verstärkte sich der Opportunismus der arabischen Regimes. So brach Ägypten zwar bereits Mitte 1972 mit der UdSSR, doch wurde die totale Anlehnung an die USA erst nach dem Krieg von 1973 vollzogen. Ähnliches gilt auch für Syrien, das nach dem Oktoberkrieg zunächst auf die Verhandlungen Kissingers mit der israelischen Regierung setzte. Spätestens mit dem Oktoberkrieg wurde den arabischen Regimes bewußt, daß eine Statusverbesserung (inklusive verbesserter militärischer Ausrüstung) und eine Beilegung des Konfliktes mit Israel nicht gegen, sondern nur mit Hilfe der USA zu erlangen waren. Zumal bezüglich einer Beilegung des israelisch-arabischen Konfliktes der radikale Weg, wie ihn die internen Oppositionsbewegungen forderten, nicht beschritten werden durfte, da dieser vielleicht eine Dynamik mit dem Ergebnis des Sturzes der Regimes ausgelöst hätte. Die arabischen Regimes gingen davon aus, daß nur die USA dazu in der Lage sein würden, auf Israel mit dem Ziel größerer Kompromißbereitschaft Druck auszuüben. Die US-Administration unterließ ihrerseits nichts, was derartige Hoffnungen zu nähren versprach. Der prowestliche Opportunismus der arabischen Regimes bot die vortreffliche Möglichkeit, verlorengegangenes politisches, ökonomisches und militärisches Terrain in der arabischen Welt zurückzuerobern, ohne deshalb mit Israel brechen zu müssen. Tatsächlich haben die Strukturen ökonomischer und militärischer Abhängigkeit der arabischen Regimes gegenüber der westlichen Welt in den 70er und 80er Jahren erheblich zugenommen, was ihren außenpolitischen Spielraum eingeschränkt. Das Niveau der Armeen Ägyptens und Saudi-Arabiens konnte in diesen Jahren zwar erheblich verbessert werden, doch dürften beide Länder kaum dazu in der Lage sein, gegen den Willen der USA eine ernsthaft gemeinte Kriegsführung gegen Israel — d.h. keine begrenzte, die lediglich die Funktion der innenpolitischen Ruhigstellung zu erfüllen hat — zu praktizieren. Es wäre ja absurd anzunehmen, daß die USA für ein derartiges Projekt eher zu haben sind als die UdSSR. Hieraus wiederum wird ersichtlich, daß die arabischen Regimes in der Vergangenheit eher wider Willen in den Krieg gegen Israel zogen bzw. höchstens eine Statusverbesserung im Verhältnis zu Israel intendierten, nicht aber dessen Existenz zur Disposition zu stellen gedachten. Anders ergibt der Wechsel an die Seite der USA keinen Sinn, da man sich von diesem vielleicht eine Statusverbeserung — vermittels hochwertiger Waffen, größerer und effektiverer Wirtschaftshilfe —, nicht jedoch eine erfolgreiche Kriegsführung gegen Israel erhoffen kann.

Die militärischen Fähigkeiten Syriens

Der Libanonkrieg von 1982 hat Syrien deutlich die Grenzen seiner militärischen Fähigkeiten aufgezeigt. Die syrischen Luftstreitkräfte verloren nicht weniger als 86 Maschinen bei Luftgefechten mit den Israelis. Israels Verluste bestanden hingegen in einer einzigen Maschine. (17) Einmal mehr zeigte sich die Überlegenheit Israels als Industrieland gegenüber einem Entwicklungsland wie Syrien. Wie schon bei den vorausgegangenen Nahostkriegen konnte Israel seine Waffen häufiger pro Kampftag einsetzen. Israels Kampfflugzeuge konnten mindestens doppelt so häufig in die Luft und zum Einsatz gebracht werden wie die Syriens. Ein Multiplikatoreffekt, der bei einer Analyse des Kräfteverhältnisses zwischen Israel und Syrien Berücksichtigung finden muß. Der zu diesem Zeitpunkt modernste sowjetische Panzer vom Typ T-72, mit dem die Syrer von der UdSSR ausgestattet worden waren, erzielte nicht einen einzigen Treffer im Bekaatal. Panzer des Typs T-54/55 (obgleich es sich dabei um eine modernisierte Ausgabe handelte) wurden von den Israelis gleich reihenweise erobert. (18) So stellt die leichte quantitative Überlegeheit der Syrer bei den Panzern offenbar keine ernstzunehmende Bedrohung für die Israelis dar, sondern wird durch höhere Qualität und Kampfkraft mehr als ausgeglichen. Ein rein quantitativer Kräftevergleich zwischen Jordanien, Ägypten und Syrien einerseits und Israel andererseits ergibt bei nahezu allen Ebenen der Kriegsführung und Waffenkategorien eine Überlegenheit zugunsten der arabischen Staaten. Andererseits ist diese quantitative Überlegenheit seit 1973 eher abnehmender Tendenz. Ganz abgesehen davon, daß Israel schon 1973 aus einer Position quantitativer Unterlegenheit einen eindeutigen Sieg davontrug, aufgrund technologischer Überlegenheit und überlegener Kampfkraft. Zudem handelt es sich — wie dargestellt — bei einer Front Ägypten, Jordanien und Syrien um eine irreale Konstruktion. Von daher können genau genommen nur die syrischen Streitkräfte Berücksichtigung finden. Ein quantitativer Vergleich allein zwischen Syrien und Israel liefert jedoch das folgende Bild: In vier von neun Kategorien des militärischen Kräftevergleichs liegt Israel vorn, u.a. in nahezu allen Bereichen der Luftkriegsführung. (19)

Das Fazit eines Kräftevergleichs zwischen Syrien und Israel kann somit nur lauten: Die syrischen Streitkräfte besitzen nicht die geringste Chance, eine militärische Auseinandersetzung mit Israel zu ihren Gunsten zu gestalten, selbst wenn der Gegenstand der Auseinandersetzung lediglich der Versuch der Rückeroberung der von Israel besetzten syrischen Golan-Höhen ist. Militärische Analysen sprechen dafür, daß Syrien sich auf dem derzeitigen Stand seiner Rüstung zwar mit sowjetischer Hilfe gegen einen Angriff Israels, der seiner Existenz gilt, verteidigen könnte, aber nicht die Fähigkeit besitzt, einen Krieg gegen Israel zu gewinnen. (20)

Dazu kommt noch die erheblich ungünstigere geostrategische Ausgangsposition Syriens. Während Israel von vorgeschobenem Posten aus gegen Syrien operieren kann und seine Truppen nahe der syrischen Hauptstadt stationiert sind, müßte Syrien erst einmal eine ,,Pufferzone'' überwinden, um die Zentren des israelischen Lebens zu erreichen. Tatsächlich muß sich Syrien von Israel erheblich stärker bedroht fühlen als umgekehrt Israel von Syrien. Die syrisch-israelischen Kampfhandlungen von 1982 haben überdies einmal mehr dokumentiert, von welch geringem Nutzen der Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und Syrien ist. Obgleich die UdSSR den Syrern (für sowjetische Verhältnise) moderne T-72 Panzer sowie TU-22, Mig-23 und Mig-25 früher als ihren Verbündeten im Warschauer Pakt auslieferten, mußte die syrische Armee schon nach kurzer Zeit den Rückzug antreten.

Zwar verfügt Syrien mittlerweile mit der SS-21 über eine der besten und zielgenauesten sowjetischen Boden-Boden-Raketen (konventionell armiert), die die unmittelbare Bedrohung der Zentren des syrischen Lebens — durch die ,,Vornestationierung'' der israelischen Streitkräfte — paralysieren helfen soll. Mit der SS-21 lassen sich nicht nur Städte und größere Ansiedlungen, sondern auch militärische Punktziele anvisieren (Flugplätze, Militärbasen etc.). Indes verbleibt die SS-21 unter der Kontrolle sowjetischen Personals und ist somit nur bei Zustimmung Moskaus einsetzbar. Von daher kann auch nicht angenommen werden, daß diese Waffen mit der aggressiven Intention der Existenzvernichtung Israels stationiert werden oder zum Einsatz kommen könnten. Einer derartigen Einsatzform würde die UdSSR ihre Zustimmung verweigern, da diese eine nicht gewollte Eskalation und Konfrontation mit den USA heraufbeschwören müßte. Abgesehen davon, daß Syrien im Fall der Verfolgung solcher Absichten mit dem Einsatz der israelischen Nuklearwaffen zu rechnen hätte. Mit der SS-21 kann Syrien nun zwar der israelischen Luftüberlegenheit etwas entgegensetzen. Andererseits würde die syrische Armee — deren Kampfkraft im Libanonkrieg von den Israelis nachhaltig geschwächt wurde (nicht zuletzt in der Absicht, den Prozeß der Herstellung eines ,,militär-strategischen Gleichgewichts'' frühzeitig, zu einem für Syrien ungünstigen Zeitpunkt, zu torpedieren, s.u.) — einen mit allen Kräften vorgetragenen Angriff Israels über kurz oder lang nicht aushalten können. Die SS-21-Option dürfte kaum dazu taugen, einen israelischen Vormarsch im Libanon zu behindern. Sie verstärkt lediglich Syriens Fähigkeit, einen israelischen Angriff, der die Existenz des syrischen Staates in Frage stellt, glaubwürdig abzuschrecken. Denn der Einsatz syrischer Raketen gegen Städte und Militäreinrichtungen ,,in der Tiefe'' des israelischen Territoriums würde einen derartigen Angriff für Israel sehr kostspielig gestalten. Tote und Verwundete durch syrische Raketenangriffe, wie sie etwa der Irak in den iranischen Städten anrichtete, wären für Israel mit seiner Bevölkerung von 4 Millionen ein noch größeres Problem, als sie das für das 40 Millionenvolk der Iraner schon heute sind. Da Israel jedoch in der Lage ist, Syrien ungleich höhere Schäden zuzufügen, und gegenüber Damaskus über eine eindeutige Eskalationsdominanz verfügt, kann von einem ,,militärstrategischen Gleichgewicht'' zwischen beiden Staaten weder jetzt noch in absehbarer Zeit die Rede sein.

Israel wertet die Stationierung von Raketen, die von Syrien aus israelisches Territorium erreichen können, als Indiz für angeblich aggressive Absichten der Regierung in Damaskus. Allerdings: Bevor Syrien sowjetische Boden-Boden-Raketen erhielt, lieferten die USA bereits ,,Lance''-Raketen an Israel. Mittlerweile hat Israel über dem Mittelmeer erfolgreich die Jericho-II-Rakete getestet. Die Reichweite dieses Trägersystems beträgt 1.450 km, was bedeutet, daß sich mit ihr alle Hauptstädte der am Nahostkonflikt beteiligten Staaten sowie auch südliche Teile der UdSSR erreichen lassen. Genau genommen müßte die Jericho-II als potentieller Atomwaffenträger Bestandteil der Verhandlungen um eine globale ,,Null-Lösung'' bei den weitreichenden Mittelstreckenwafen (1.000 bis 5.500 km) sein. Auf der anderen Seite beschied die UdSSR den Wunsch Assads abschlägig, Syrien mit der SS-23-Rakete auszurüsten, deren Reichweite mit 350 km deutlich über der der SS-21 (120 km) liegt. Im Zusammenhang mit der ,,Raketendebatte'' ist desweiteren von Interesse, daß Israel der erste Nicht-NATO-Staat war, der seine Beteiligung am SDI-Projekt zusagte. Die diesbezüglichen Motive Israels dürften die folgenden sein:

— Eine Beteiligung an SDI soll garantieren, daß das hohe technologische Niveau des israelischen Rüstungssektors wie der mit diesem verquickten anderen industriellen Sektoren auch fortan erhalten bleibt, da in allen bisherigen Nahostkriegen die technologische Dominanz der Israelis einen kriegsentscheidenden Faktor darstellte.

— Im Rahmen von SDI geht es auch um sogenannte Anti-Raketen-Raketen (Anti Tactical Missiles / ATM bzw. Anti Tactical Ballistic Missiles / ATBM), die nach Wiedereintritt der Gefechtsköpfe einer Interkontinentalrakete in die Erdatmosphäre oder aber — und dies ist für Israel von weit größerem Interesse — gegen Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite zum Einsatz kommen würden. Derartige Raketen könnten zu den ersten konkreten Resultaten des SDI-Projektes zählen. Ein Raketenabwehrsystem, das zur Zerstörung von Raketen mittlerer und kurzer Reichweite befähigt, würde auf dem nahöstlichen Kriegsschauplatz die Gewichte weiter zugunsten Israels verschieben.

Das (unrealistische) Ziel der Vernichtung des Staates Israel hat Syrien längst aufgegeben, wenn es dieses überhaupt jemals ernsthaft verfolgt hat. Angestrebt wird heute vielmehr ein ,,strategisches Gleichgewicht'' (,,Parität'') mit Israel. Mit der Herstellung von ,,Parität'' verfolgt Syrien primär defensive Zielsetzungen: Wahrung des aktuellen (auch territorialen) Status Syriens im Nahen Osten, insbesondere im Verhältnis zu Israel. In einem nicht unerheblichen Ausmaß beruht das Streben nach Machtgleichgewicht auf einem starken Gefühl der Bedrohung durch Israel, das eine Verstärkung erfuhr, nachdem Ägypten als größte arabische Militärmacht mit Camp David aus der militärischen Gleichung ausschied. Desweiteren ist das syrische Streben nach ,,Parität'' Ausdruck des Anspruchs auf ein Mitspracherecht in der Region. Syrien fürchtet eine Lösung des Nahost-Konfliktes, die es ausgespart läßt und isoliert, mit der Folge eines weiteren Machtverlustes.

Das Projekt der ,,strategischen Parität'' ist allerdings mittlerweile in eine Krise geraten. Zum einen gelang es den Israelis mit ihrem Libanon-Feldzug, den Prozeß des Aufbaus militärischer Macht nachhaltig zu stören (s.o.). Zum anderen stößt Syrien beim Ausbau seines Militärapparates zusehends an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit. So kommt es nicht von ungefähr, daß der syrische Haushalt 1987 selbst eine Senkung der bislang sakrosankten Rüstungs- und Verteidigungsausgaben vorsieht. Nominell zwar lediglich um 1,2%, wobei jedoch berücksichtigt werden muß, daß bei einer Inflationsrate von offiziell 20% die reale Kaufkraft des neuen Haushalts um 25% schrumpfen wird. (21)

Das Problem des Assad-Regimes besteht darin, daß es sich einschneidende Verringerungen der Rüstungsausgaben, zwecks Freisetzung von Mitteln zur Bewältigung der ökonomischen und sozialen Probleme, kaum leisten kann, ohne daß diese die Gefahr von Aufruhr in der Armee und bei Teilen der Bevölkerung, die Kapitulation vor dem ,,zionistischen Feind'' und Verrat an der panarabischen Sache wittern dürften, provozieren würden. Denn schließlich ist die ,,arabisch-nationalistisch'' gefärbte Außenpolitik bislang die wesentliche innenpolitische Klammer wie Legitimationsgrundlage des Minderheitenregimes gewesen.

Doch würden einschneidende Kürzungen im staatlichen Sozialbereich, zwecks Bereitstellung von Ressourcen für die Fortsetzung des Strebens nach ,,strategischer Parität'', mittelfristig nicht minder Widerstand provozieren und zur weiteren Isolierung des Regimes beitragen. Daher wird Syrien in Zukunft noch stärker als bisher auf externe finanzielle Zuwendungen, nicht zuletzt aus den NATO-Staaten und aus Saudi-Arabien, dem Sponsor strategischer Projekte der USA in der Region, angewiesen sein.

Eine Bereitschaft Syriens zu einem bilateralen Abkommen mit Israel — nach dem Vorbild von Camp David — ist durchaus vorhanden. Es mangelt allein an einer Offerte, die Syrien sein Plazet zu einem Friedensvertrag mit Israel ohne erheblichen Glaubwürdigkeitsverlust ermöglicht.

Was an Verhandlungsmasse und Spielraum existiert, ist deutlich weniger als im Fall Ägyptens, da Israel sich kaum dazu bereit finden wird, die syrischen Golan-Höhen zu räumen. Ohne eine Rückgabe der Golan-Höhen ist jedoch kein Abkommen denkbar, das das Assad-Regime gegenüber der eigenen Bevölkerung und der arabischen Welt vertreten kann, zumal es ja von dem Mythos lebt, der einzige Konfrontationsstaat in der Region zu sein.

Wahrscheinlicher als ein offizieller Separatfrieden nach Camp-David-Vorbild ist deshalb eine stillschweigende Kooperation, etwa den Libanon betreffend, die periodisch von verbalen, eventuell auch begrenzten kriegerischen Auseinandersetzungen mehr begleitet als durchbrochen wird.

Wie das Beispiel Ägyptens gezeigt hat, wo die UdSSR immerhin einen relativ umfangreichen militärischen Kontrollapparat errichtet hatte, ist die existierende sowjetisch-syrische militärische Zusammenarbeit kein Hindernis gegen einen Übergang Syriens an die Seite des Westens. Der militärischen Verzahnung zum Trotze betreibt Syrien bereits heute eine ausgesprochen unabhängige Politik gegenüber der UdSSR. So ist letztlich nicht auszuschließen, daß sich im Falle Syriens ein Phänomen wiederholt, das wir bereits bei anderen arabischen Staaten konstatieren konnten: Um einen bestimmten Status gegenüber Israel (wie aber auch der arabischen Konkurrenz, da — entgegen allem verbalen ,,Panarabismus'' — die Außenpolitik arabischer Staaten von nationalstaatlichen Motiven geleitet wird) zu wahren oder gar auszubauen, erfolgt die partielle bis vollständige Anlehnung an den Westen. Mit dieser — macht- und sicherheitspolitisch motivierten — Neuorientierung geht notwendigerweise eine Relativierung der Widersprüche im israelisch-arabischen Verhältnis einher — jedenfalls was die Regimeebene anbelangt.

Dem Westen gelingt es so, machtpolitische Ambitionen arabischer Regimes in eine für ihn nützliche Weise zu integrieren und in eine Richtung zu lenken, die das eigene Gewicht in der Region stärkt. Eine ähnliche Entwicklung war in den 60er und 70er Jahren auch bei einigen der sogenannten ,,Schwellenländer'' zu beobachten, die sich — zwecks Statusverbesserung in der internationalen Hierarchie — mit dem exportorientierten Wachstumsmodell in eine verstärkte und qualitativ neue Abhängigkeit zu den Metropolen des Kapitalismus begaben. Auf die Dauer wird Syrien seinen Status in der Region nur wahrnehmen können, wenn dem Regime nicht nur die UdSSR, sondern auch die USA, die EG und Saudi-Arabien zur Seite stehen.

Anmerkungen:

1) zitiert nach Jakob Taut: Judenfrage und Zionismus, Frankfurt/M. 1986

2) Israel ist mittlerweile zum bedeutendsten Waffenproduzenten in der Dritten Welt avanciert. Im Zeitraum 1980-84 zeichnete es gemeinsam mit Indien für 47% des Gesamtproduktionswertes von Waffen in der Dritten Welt verantwortlich. Nach Brasilien belegt Israel den zweiten Rang in der Liste der Waffenexporteure der Dritten Welt. Zu den Kunden israelischer Waffenexporte zählen insbesondere Staaten, denen es schwerfällt, schnell von anderen Staaten jene Rüstungsgüter zu erhalten, die sie begehren. Der Grund ist zumeist, daß diese Staaten international diskreditiert sind, da repressiven und aggressiven Charakters. Angeführt wird die israelische Empfängerliste vom südafrikanischen Buren-Regime. Desweiteren zählen zu seinen Kunden Staaten wie El Salvador, Honduras, Guatemala und Chile.

Zum israelischen Rüstungsexport siehe ausführlicher: Ellen Olms/Dietrich Schulze-Marmeling: Militärmacht Israel, in: „AIB — Die Dritte-Welt-Zeitschrift", Ausgabe 9/1987.

3) Zur saudischen Armee siehe unseren Artikel in AK 283.

4) zitiert nach Taut, a.a.O.

5) Ein Beispiel hierfür ist das amerikanische „Flugzeugpaket" für Israel, Saudi-Arabien und Ägypten vom Frühjahr 1978. Alle drei Staaten erhielten Waffensysteme, doch wurde Israel im Verhältnis zu den arabischen Empfängern deutlich besser bedacht. Siehe hierzu insbesondere Lutz Meyer: Rüstungskontrolle und internationaler Waffenhandel: Folgerungen aus der Politik Jimmy Carters 1977-79 unter besonderer Berücksichtigung des Mittleren Ostens, Frankfurt/M. 1986.

6) Siehe hierzu Meron Benvenisti: Israels Dilemma: jüdischer oder demokratischer Staat, in: „Europa Archiv", Folge 20/1984.

7) So die Zeitung „Haarez", zitiert nach Taut, a.a.O.

8) Ester Howard: The Sorcerer's Apprentice, in: „Merip Reports", Februar 1983.

9) ebenda

10) Taut, a.a.O.

11) Angaben nach Claudia Wright: Israels Attack no Surprise to Pentagon, in: „These Times" v. 4.9.1982.

12) Jehoshua Raviv: The Arab-Israeli Military Balance, Tel Aviv 1980.

13) Anthony Cordesman: Jordanian Arms and the Middle East Balance, Washington 1983.

14) Walter Hollstein: Kein Frieden um Israel, Bonn 1977.

15) Zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik in Syrien siehe u.a. Gudrun Krämer: Arabismus und Nationalstaatlichkeit: Syrien als nahöstliche Regionalmacht, Ebenhausen, Mai 1987 (Stiftung Wissenschaft und Politik).

16) Fred Halliday: 1967 und die Folgen der Katastrophe, in: „Palästina Bulletin", Ausgabe 28/1987 (auszugsweise Übersetzung eines Beitrags von Halliday, der im „Middle East Report", Ausgabe Mai/Juni 1987 erschien).

17) Cordesman, a.a.O.

18) Andreas v. Bülow: Die eingebildete Unterlegenheit. Das Kräfteverhältnis West-Ost, wie es wirklich ist, München 1985.

19) Cordesman, a.a.O.

20) Siehe u.a. Kenneth S. Brower: Das militärische Gleichgewicht im Nahen Osten, in: „Internationale Wehrrevue", Ausgabe 7/1987.

21) „Handelsblatt" v. 14.7.1987.

Nun doch: Herbstaktionen in Wackersdorf

Zwar laufen nun nach monatelangen Entschlußschwierigkeiten die Vorbereitungen der Herbstaktionen in Wackersdorf auf vollen Touren: Vom 8. bis 10. Oktober sollen Aktionstage in der Oberpfalz stattfinden, die mit einer Großkundgebung am 10.10. mit anschließender Demonstration zum WAA-Baugelände beendet werden. Dennoch scheint das ganze ein eher regionales, bayrisches Ereignis zu werden. Auch die Tatsache, daß im Herbst keine anderen Großaktionen von der Anti-AKW-Bewegung geplant sind, dürfte wohl kaum zu einer bundesweiten Mobilisierung führen. Einerseits ist es damit zwar gelungen, ein Aktionsbündnis ohne Ausschluß bestimmter Strömungen zu schaffen. Andererseits wird diese Aktion, nach dieser Vorbereitung und nach dem Stand der Unterstützung, meilenweit von dem ursprünglichen Ziel — wie es auf der Nürnberger BUKO vorgestellt wurde — entfernt sein.

Am Trägerkreis beteiligen sich inzwischen neben den Oberpfälzer BIs, Vertretern der süd- und nordbayrischen Friedensbewegung regelmäßig das Anti-Atom-Plenum München, der Bund Naturschutz Jugend, Robin Wood und RadiAktiv. Zeitweise war auch ein Vertreter des Frankfurter Arbeitskreises gegen Atomanlagen anwesend. Inzwischen haben aber die Frankfurter ihre Mitarbeit m Trägerkreis aufgekündigt, da sie mit einigen Beschlüssen inhaltlich nicht einverstanden waren. Damit ist nun eine Beteiligung von Anti-AKW-BIs -außerhalb Bayerns völlig zurückgegangen. Der BUF (Bundeskongreß unabhängiger Friedensgruppen) ist zwar frühzeitig aus dem Bündnis ausgestiegen, hat aber seinen süddeutschen Vertreter/innen empfohlen, sich an der konkreten Vorbereitung zu beteiligen.

Harte Trägerkreisdebatten

Bereits das erste Treffen des Trägerkreises (s. AK 284 u. RadiAktiv Nr. 14) versprach erbitterte Diskussionen um jeden kleinen Tagesordnungspunkt. Es zeigte sich schon bei der Aufrufdebatte, daß in mehr und auch weniger entscheidenden Punkten immer ein Konflikt zwischen Vertretern aus der Friedensbewegung (DKP-orientiert) und Anti-AKW-Bewegung bzw. den radikalen Teilen der Anti-WAA-Bewegung bestehen würde. So war ein gemeinsamer Aufruf — der ja schließlich deutliches Zeichen für die gemeinamen In-

Anti-AKW-Bewegung bzw. den radikalen Teilen der Anti-WAA-Bewegung bestehen würde. So war ein gemeinsamer Aufruf — der ja schließlich deutliches Zeichen für die gemeinamen In-teressen wäre — nicht durchsetzbar, denn die Friedensbewegungsvertreter wollten ihrer Basis nicht die allzu radikale Forderung nach sofortiger Stillegung aller Atomanlagen zumuten. Jede Bewegung verbreitet nun ihren eigenen Aufruf zu den Herbstaktionen. Lediglich eine „Gemeinsame politische Erklärung des Trägerkreises" sollte veröffentlicht werden und wird inzwischen auch verschickt. Der Trägerkreis „unterstützt in dieser Erklärung die Forderungen der Bewegungen" — diese Formulierung war der laue Kompromiß. „Der Trägerkreis unterstützt die zentralen Forderungen sowohl der Anti-AKW/WAA-Bewegung sofortige Stillegung aller Atomanlagen weltweit und keine zivile oder militärische Nutzung der Atomenergie als auch der bayerischen Friedensbewegung Abzug der Cruise Missiles und Pershing II, die doppelte Nullösung als ersten Schritt in den Einstieg zur umfassenden Abrüstung. Dabei müssen auch die in der Bundesrepublik stationierten Pershing Ia-Raketen verschwinden".
Gemeinsame Forderungen sind: „Keine Kriminalisierung demokratischer und sozialer Bewegungen, Einstellung aller Ermitlungsverfahren, Keine WAA".

Aber es gibt nicht ur zwei verschiedene Aufrufe. Ein „Kompromiß"-Schema durchzieht sämtliche bislang gefaßten Beschlüsse: Zwei Moderatoren werden durch die Kundgebung führen, jeweils das Vertrauen der einen Seite genießend, wobei die Friedensbewegten Franz Schindler aus Regensburg benannt haben, einen in der Oberpfalz bekannten SPDler (was zum Ausstieg der Frankfurter führte, da sie darin einen Verstoß gegen den Beschluß, keine Parteiredner auftreten zu lassen, sahen). Für die Anti-AKW-Bewegung soll Brigitte Pabst aus der Oberpfalz moderieren. Jeweils ein/e Bewegungsvertraute/r arbeiten zur Vorbereitung im Anti-WAA-Büro, zwei Anmelder — paritätisch gewählt — haben die Aktionen angemeldet und auch das Plakat ist diagonal zweigeteilt — für jede Bewegung eine Hälfte... Zeitweise sah es so aus, als bestünde die Gemeinsamkeit lediglich im Termin.

Atomstaat gegen Stamokap

Heftige Diskussionen entstanden um die Frage, ob der Begriff „Atomstaat", den die Oberpfälzer als passenden Begriff für das was sie in den letzten zwei Jahren in ihrer Region erleben durften, begreifen, ein „technokratisches Staatsverständnis" (so die Friedensbewegten) zum Ausdruck bringt. Mit dieser Argumentation und mit dem Hinweis auf den ihrer Auffassung nach zutreffenderen Begriff „Staatsmonopolistischer Kapitalismus" verhinderten die sogenannten Friedensbewegungsvertreter jedenfalls beim Plakat den Begriff „Atomstaat". Die Überschrift lautet nun: „Herbstaktionen gegen den atomaren Wahnsinn — Gemeinsam gegen die WAA". Beim Flugblatt für die Aktionstage wurde die Überschrift „Sand ins Getriebe des Atomstaats" in den unteren Bereich der ersten Seite verbannt.

Demo-Durchsetzung fraglich?

Von manchen wurde erwartet, daß die Friedensbewegungs-Vertreter/innen die bereits zu Beginn beschlossene Trägerkreisgrundlage, die Demo werde auch im Falle eines Verbots politisch, juristisch und praktisch durchgesetzt, zu kippen versuchen würden. Bislang hat sich dies (noch?) nicht bestätigt. Zwar war von ihrer Seite aus immer wieder die Rede davon, man müsse die Entscheidung hierüber „in der konkreten Situation" treffen; es wurde auch eine Diskussion über „Sinn und Zwecke einer Demo zum Bauzaun" verlangt. Als diese dann stattfand, herrschte jedoch allgemeiner Konsens darüber, daß an einer entschlossenen Durchsetzung der Demo nicht gerüttelt werde. Ganz offensichtlich spielt hierbei eine entscheidende Rolle, daß die Oberpfälzer BIs hinsichtlich einer Verwässerung dieses Punktes (bis jetzt jedenfalls) nicht mit sich reden lassen.

Während der Kundgebung soll mit Handzetteln die Demoroute bekanntgegeben werden. Einig war man sich nach einiger Diskussion darüber, daß auch im Falle eines Verbots ein entsprechendes Signal für die Demo von der Bühne ausgehen müsse.

Auch für das wohl demnächst stattfindende Gespräch mit dem Landrats-

auch im Falle eines Verbots ein entsprechendes Signal für die Demo von der Bühne ausgehen müsse.
Auch für das wohl demnächst stattfindende Gespräch mit dem Landrats-amt, bei dem in der Regel auch die führenden Polizeikräfte der Oberpfalz anwesend sind, wurde Vorsorge getroffen. Beschlossen ist, daß nur über das verkehrstechnisch Notwendige gesprochen wird. An dem Gespräch nehmen neben den beiden Anmeldern (Helmut Wilhelm, BBU und bayerischer Verfassungsrichter und ein FBler) die beiden Moderatoren, die beiden Büroleute sowie der Robin-Wood-Vertreter, der Versammlungsleiter der Demo am 12.10.85 in München war und jemand aus dem Kreis der BUKO-Veranstalter aus Nürnberg teil.

Die Gegenseite rüstet

Bereits zum letzten Trägerkreis am 5.9.87 bot ein Artikel der Süddeutschen Zeitung einen kleinen Vorgeschmack auf die Aktivitäten der Gegenseite. Der offensichtlich von Oberpfälzer Polizeiführungskräften lancierte Artikel hatte die geplanten Herbstaktionen zum Gegenstand. Zwar wurde die Passage der Trägerkreisgrundlagen zitiert, wonach Ziel der Herbstaktionen nicht der Konflikt mit der Polizei sei, sondern die Aktionen konstruktiv und nicht gegen die Bevölkerung gerichtet sein sollen. Den Hauptteil machte dann aber eine Stellungnahme des Oberpfälzer Polizeipräsidenten Fenzl aus. Er forderte die BIs auf, sich von allen gewalttätigen Aktionen im Vorfeld zu distanzieren, verwies auf die „gewaltfreie Strategie" der Polizei in den letzten Monaten („Polizei ohne Helme").

Es ist zu erwarten, daß der Druck zunimmt, zumal gut vorstellbar ist, daß die Kundgebung zwar zugelassen, aber die Demonstration verboten wird. Wie tragfähig die beschlossenen Grundlagen des Bündnisses für eine derartige Situation sein werden, ist kaum vorherzusehen. Denn nach aller Erfahrung wird es in dieser Situation maßgeblich auf das politische Kräfteverhältnis zwischen Oberpfälzern und Linken einerseits und den Friedensbewegungsvertretern andererseits ankommen. Jedenfalls ist dann mit einer erneuten Infragestellung hinsichtlich der Durchführung der Demo zu rechnen. Darüberhinaus wird sich auch zeigen müssen, ob die dann am 10.10. anwesenden Demoteilnehmer politisch wie auch quantitativ stark und entschlossen genug sind, um tatsächlich eine Demo durchzusetzen.

Stand der Mobilisierung

Nachdem monatelang auf jedem Treffen immer wieder das Gegenteil des Vorangegangenen beschlossen wurde, nachdem u.a. aus diesem Grund eine wirklich bundesweite Unterstützung der Herbstaktionen durch alle relevanten linken Kräfte gescheitert ist, läßt auch die bisherige Mobilisierungsentwicklung einen eher regionalen, landesweiten Charakter der Aktionen vermuten. Zwar existieren einige Städtepartnerschaften zwischen Oberpfälzer BIs und Bundes-Anti-AKW-BIs, die sich vor allem mit der Vorbereitung der Aktionstage beschäftigen. Die Tatsache aber, daß eine bundesweite Beteiligung an der Trägerkreisarbeit nicht stattfindet, gibt wohl ein realistisches Bild des bundesweiten Interesses an den Aktionen. Das hat sich auch dadurch nicht verändert, daß nun massenhaft zur Unterstützung aufgerufen wurde. Die Rückmeldungen entsprechen ganz der Lage der Anti-AKW-Bewegung. Vielfach wird vorgezogen, an den Standorten vor Ort dezentrale Aktionen durchzuführen oder aber erst einmal ausgiebig die Krise der Bewegung zu erörtern oder auch nicht.

Es ist wenig wahrscheinlich, daß sich an dieser Lage in den nächsten Wochen noch Grundsätzliches ändern wird. Während aus bayrischen BIs Flugblätter und Plakate verstärkt angefordert werden, zeichnet sich Vergleichbares auf Bundesebene nicht ab.

Die Autonomen: Zwischen Abstinenz und Unentschlossenheit

Deutlich zu spüren ist die vor allem bei den Autonomen skeptische bis ablehnende Haltung gegenüber Großaktionen, wie sie mit Kundgebung und Demonstration geplant ist.

In einem Artikel in der Autonomen-Zeitung „Unzertrennlich" (Nr. 6) wird nach einer kritischen und selbstkritischen Analyse der Entwicklung der Anti-AKW-Bewegung und Autono-

In einem Artikel in der Autonomen-Zeitung „Unzertrennlich" (Nr. 6) wird nach einer kritischen und selbstkritischen Analyse der Entwicklung der Anti-AKW-Bewegung und Autono-men festgestellt: „*Autonome können jedoch weder in der Großdemonstration eine politische Perspektive gewinnen, noch durch Gegenaktionen die Bewegung spalten, ihre Autonomie über die Autonomie der Bewegung stellen, als ginge es in erster Linie um die Verhinderung der Demo (Machtpolitik, Streit zwischen Avantgarden um die Führung der Bewegung) und nicht um die Verhinderung der WAA. Die Aufarbeitung des Anti-WAA-Widerstands der letzten zwei Jahre, vom süddeutschen Autonomenplenum vorgeschlagen, sollte angegangen werden, anstatt die Fehler anderer Bewegungen zu wiederholen. Die Demonstration kann nicht verhindert werden, was Spaltung hieße, sollte jedoch in ihrer Beschränktheit begriffen und vermittelt werden. Inwieweit die Aktionstage der BIs (...) über den Herbst hinaus wirken, muß noch diskutiert werden (dort ist der Einfluß der Reformisten auf den Sonntagstreffen erfreulich gering; sie scheinen sich bisher mit aller Kraft um die Kontrolle der Demo zu bemühen). Die Aktionstage sollten meiner Meinung nach unterstützt werden, im nächsten Jahr in der Anti-AKW-Bewegung die Initiative für Großaktionen (wenn überhaupt) ergriffen werden.*"

Einige autonome Gruppierungen sind von Anfang an ferngeblieben, nachdem der von ihnen eingebrachte Vorschlag einer Aktion in Amberg nicht durchgesetzt wurde. (1) Weitere Gruppen sprangen ab, als sie den verhältnismäßig staken und prägenden Einfluß der Friedensbewegung im Trägerkreis sahen. Das einzige autonome Projekt, was als Alternative zu Aktionstagen und Demo geplant war, ist nun auch gestorben: Die Infokarawane, eine Art Veranstaltungs- und Informationskampagne durch die Oberpfalz. Es heißt dazu in einem Blatt des Infobüros Altenschwand: „*Das Ergebnis (...) ist, daß die Infokarawane nicht stattfindet. Die Gründe dafür: 1. An den Erfolgsaussichten der Infokarawane wurde schon von Anfang an unterschwellig gezweifelt. 2. Mensch wußte nicht, wie die Inhalte praktisch umgesetzt werden können, ohne daß es Veranstaltungen nach dem üblichen Muster werden. 3. Aus diesen zwei Gründen wurde das Organisatorische nicht angegangen. (...) Zuerst haben die Autonomen vorort von der verfahrenen Situation des örtlichen Widerstands berichtet. Dabei kam ein ziemlicher Frust rüber. Dann wurde darüber geredet, was es noch für Ansätze Autonomer Politik geben kann. Dabei waren alle ziemlich ratlos. Der einzige Vorschlag, der kam, war das Aufbauen von eigenen Strukturen in der Oberpfalz mit WGs und Kneipen. (...).*" („Der Oberpfälzer") Eine wahrlich drastische Zustandsbeschreibung .

KB/Gruppe Nürnberg

Bestellungen von Flugblättern, Plakaten und sonstige Infos, Kontakte für auswärtige Gruppen: Trägerkreis, c/o Anti-WAA-Büro Schwandorf, Tel. 09431/1029

Kriegsschiff besetzt



Zum Tag des Friedens besetzten wir, eine Gruppe Autonomer aus Wilhelmshaven, ein Kriegsschiff der Bundesmarine.

Wir borgten uns ein Ruderboot, in dem wir zu sechst, unbemerkt, über den Kanal, in das militärische Hafengelände eindrangen. An der Reling des Achterdecks machten wir ein Transparent mit der Aufschrift „Frieden statt Waffen" fest. Vier von uns schafften es ohne weitere Schwierigkeiten, bis zur Mastspitze hochzuklettern. Dort ketteten wir uns fest, um zu demonstrieren, daß der militärische Sicherheitsbereich so sicher ist wie der Frieden. Ein Offizier des Schiffes meinte, uns den Hintern mit Hilfe eines schnell installierten Wasserwerfers versohlen zu müssen. C-Rohr mit 12 bar Druck! Seine Kameraden waren etwas humaner, sie fragten uns: „Wie seid ihr an Bord gekommen? Wie lange wollt ihr da oben sitzen bleiben? Kommt doch wieder runter!"

Bewußt hatten wir die Schlüssel der Vorhängeschlösser schon vorher ins Wasser geworfen. So beobachteten wir drei Stunden, bei Dosenbier und Zigaretten, das kopflose und hektische Treiben von Schiffsbesatzung, Sicherheitsoffizieren, zivilem Wachpersonal, Feldjägern, politischer Polizei, Wasserschutzpolizei und Feuerwehr.

Parallel zu unserer Aktion hatten der DGB und die Friedensliste eine Kundgebung mit anschließender Podiumsdiskussion im Pumpwerk gemacht. Der Demo-Zug (Krögelplatz-Pumpwerk) mußte über eine Brücke, die nahe an dem von uns besetzten Schiff liegt. Dort agitierten unsere Genossen mit Flugblättern und einem weiteren Transparent mit der Aufschrift „Handeln statt reden". Die Demonstranten hatten so die Wahl zwischen der totredenden Friedensdiskussion von DGB, Friedensliste und den Gästen aus der DDR (Thema Atomwaffenfreier Korridor in Mitteleuropa) und unserer aktiven Friedensdemonstration. Ein großer Teil der Menschen entschied sich, seine Solidarität am Haupttor der Marinekaserne zu zeigen. Dank der Verhandlungen am Tor gewährte man uns freien Abzug.

Mit Informationen und Musik versorgte uns, per Megaphon, Radio Anarchia vom anderen Kanalufer aus. Das Durchtrennen der Ketten wurde zum Problem, da in dem ganzen Militärbereich kein Bolzenschneider zu finden war, so sehr die uniformierten Sklaven des Imperialismus auch suchten. Erst ein städtisches Feuerwehrauto konnte mit Blaulicht ein solches Werkzeug bringen.

Nach Feststellung der Personalien verließen wir das Kasernengelände und gingen mit den Demonstranten vom Haupttor ins Pumpwerk. Dort hatte man sich auf eine Konfrontation mit uns eingestellt. Bedingt durch das Konkurrenzverhalten der Friedensliste/DGB, glaubte man, daß wir der Podiumsdiskussion geschadet hätten. Deshalb konnten sich die einzelnen Persönlichkeiten der FL/DGB nicht mit unserer Aktion solidarisieren.

Die Wilhelmshavener Zeitung, ein reaktionmäres, marineorientiertes Käseblatt, verschwieg unsere Aktion, denn Verleger Bruns hatte ja für gute Marineberichterstattung das Bundesverdienstkreuz über die Admiralität erhalten. Gestern am 5.9.87 ist er daran erstickt.

Dies ist eine Tagebuchaufzeichnung, von der wir wollen, daß sie so gedruckt wird. Entschuldigt, aber wir haben euer elitäres Geschwafel satt.

Wilhelmshavener Autonome, WAU

Schwierigkeiten mit der neuen Rechten

I

Was sich im rechten Lager tut, gibt vielfach Rätsel auf. Die staatstragende Christdemokratie, seit den ausgehenden 60er Jahren in der Defensive, ist auf dem langen Marsch heraus aus dem Traditionalismus. Konkurrierende Ideenfabriken des Konservativismus sprießen — wie Leggewie (1) vorgeführt hat — bald näher, bald ferner der realen Politik in Bonn und anderswo. Wie immer, das Ziel ist: Erneuerung rechter Ideologie.

Außerhalb der staats- bzw. regierungsloyalen Rechten ergibt sich die gleiche Problematik verschärft: Nach dem Niedergang der NPD und dem Scheitern der Neonazi-Strategie (à la Kühnen) experimentiert das rechtsradikale Spektrum mit Erneuerungs- und Sammlungsstrategien.

Die offenbare Unfähigkeit, mit traditionellen Rezepten für konservative oder rechtsradikale Politik sichere Mehrheiten bzw. Akzeptanz finden zu können, ließ insbesondere solche Strömungen aufleben, die ideologisch zwischen rechts und links jonglieren: die Neue Rechte der Solidaristen und Nationalrevolutionäre, der Konservativen Revolution u.ä.

Daß hier die entscheidenden Anstöße zu einer grundlegenden Erneuerung rechter Politik lägen, wurden nicht nur von der neurechten Szenerie selbst behauptet (Bartsch, Pröhuber). (2) Kriti-

von der neurechten Szenerie selbst behauptet (Bartsch, Pröhuber). (2) Kriti-

scher Betrachtung blieb die Herkunft der Neuen aus der alten Rechten (von vor und nach 1933 und vor wie nach 1945) natürlich nicht verborgen. Dennoch: Mit der Abnutzung traditioneller konservativ-rechter Ideologie- und Politikmuster *und* **der Herausbildung neuer (weder durch SPD noch Neue Linke eindeutig bestimmter) Politikszenen Alternative, Öko-Bewegung, Anti-Atom- und Friedensbewegung) schien eine schillernd neue Rechte an Attraktivität zu gewinnen. Stöß beispielsweise argwohnte schon 1978/9 einen Aufwärtstrend von „altem und neuem Nationalismus in der Bundesrepublik" und registrierte, besonders in der Ökologie- und Alternativbewegung, „konservative Aspekte". (3)**

Seitdem ist diese Entwicklungslinie materialreich dargestellt worden: „Faschismus und Neofaschismus" haben demnach ihre aktuelle Bedeutung aufgrund jener „links" stilisierten, kulturkritischen Traditionen aus der Vorgeschichte des Faschismus, die, dort aufgefangen und vereinnahmt, sich nach 1945 wieder entfalteten und heute im Zusammenspiel von Neuer Rechten und Neo-Konservativismus neue ideologische *und* politische Durchschlagskraft bis in die Reihen der CDU/CSU hinein haben (Opitz). (4)

Zur Debatte stehen Inhalt und Ziel dieser Erneuerung, die — etwa von Klönne (5) — als „Kulturrevolution von rechts", ansonsten vielfach schlicht als „Wendepolitik" etikettiert wird. Zweierlei ist dabei zu unterscheiden: Ideologie und Politik der tatsächlichen Machtzentralen in und um die CDU/CSU einerseits, Wollen und Wirken der Neuen Rechten, im engeren Sinn, andererseits.

Was diese betrifft, ist ihre Entstehung und organisatorische Verquickung mit der sonstigen Rechtsaußen-Szene in den Grundzügen wiederholt beschrieben worden; das gleiche gilt für die ideologischen Verrenkungen, deren wesentlichen Merkmale (Biologismus, nationale Identität, Ethnopluralismus etc.) offenliegen (Bartsch, Pröhuber, Koelschtzky). (6)

In welcher Weise diese Ideologien tatsächlich die Stichworte nicht nur für die traditionalistischen Rechtsaußen- sondern auch für CDU/CSU-nahe Kreise geliefert haben, wie in der „Kulturrevolutionsthese" behauptet wird, wäre allerdings aufschlußreich zu erfahren.

Dazu würde auch gehören, das personell-organisatorische, auch publizistische Kräfteverhältnis im Rechtsextremismus — von Frey und NPD bis Nationalrevolutionärer Koordinationsausschuß und „wir selbst" — auf aktuellem Stand zu untersuchen. Desgleichen steht eine Untersuchung der Kontaktversuche von Vertretern der neurechten „nationalen Identität" zu der Linken verbundenen Kreisen (z.B. den Leuten um Peter Brandt in Westberlin) an.

II

Das in diesem Herbst im Campus-Verlag erschienene Buch *Margret Feits* über *„die ‚Neue Rechte' in der Bundesrepublik"* (7) verspricht, außer über deren Organisation und Ideologie, auch über neurechte Strategie Auskunft zu geben. Als Zielgruppen werden besonders Ökobewegung („Grüne") und Friedensbewegung genannt.

Diesen Fragen wird im letzten Drittel des Buches nachgegangen, nachdem zuvor das zusammengefaßt wurde, was über Entstehung, Personen, Organisationen und Ideologie bislang (Stand: ca. 1985) greifbar ist. Die jeweils knappen Abschnitte des letzten Teils bringen jedoch ebenfalls kaum neues oder aktuelleres Material. Anhand der LDD etwa (Linke Deutschland Diskussion) wäre ein über deren Eigenveröffentlichungen bzw. Presseberichte hinausgehender Informationsstand sinnvoll zu erwarten, soll der Verknüpfung von Teilen der Neuen Rechten, Teilen der ehemaligen ML-Linken und gewissen Sektoren der SPD näher auf die Spur gekommen werden. *Welche* Teile der tatsächlich oder vermeintlich Linken sich hier dem neurechten Spektrum öffnen, ist aus Feits Darstellung jedoch nicht zu entnehmen. Gleiches gilt für ihre Andeutung sozusagen überzeitlich existierender *„Schwierigkeiten der Grünen im Umgang mit der Neuen Rechten"* (Seite 152). Wenig später erfährt die Leserin, aus neurechten Annähererkreisen sei bereits seit 1983/4 das Scheitern ihrer Unterwanderungsstrategien beklagt worden ...

Die Darstellung der rechten Szene, seit 1945, ist in sich ebenfalls nicht wi-

Die Darstellung der rechten Szene, seit 1945, ist in sich ebenfalls nicht wi-

dersprucbsfrei; das angelegte Analyseraster ist mehrfach verwunderlich. So spart der Aufriß verschiedener Phasen der Entwicklung rechtsextremer Bemühungen in der BRD weitgehend die Neonazi-Initiative der späten 70er Jahre aus, die von Schönborn, Roeder, Christophersen usw. und deren Zöglingen um Kühnen betrieben wurde. Wenn aber, wie dann doch erwähnt wird, auch bei Kühnen neurechte ideologische (übrigens nicht nur solche!) Anleihen feststellbar sind — wie steht es dann mit der angeblich so geschickten „Wissenschaftlichkeit" — das heißt: Seriosität — der Neued Rechten, die *„zur Verschleierung des wahren Charakters dieser rechtsextremistischen Konzepte"* (145) so überaus taktisch erfolgreich eingesetzt worden sei?

„Die Hegemonie der NPD im rechtsextremen Lager der Bundesrepublik" (170) ist weiterhin gesichert (und zwar aufgrund ihres Umschwenkens auf Positionen der Neuen Rechten), lautet Feits aktuelles Resumee — in der Darstellung des „Netzwerks" der Neuen Rechten (Schaubild, 243) erscheint sie dagegen bestenfalls als Vorläuferin und Zuträgerorganisation unter ferner liefen. Die von Koelschtzky übernommene — unhaltbare — Einordnung der NPD als „vollständig" neurechts gewendete Gruppe beißt sich dann gleich darauf mit der herabspielenden Erwähnung Freys. Dessen Organisationen (immerhin heute das finanzstärkste und publizistisch potenteste Element des BRD-Rechtsextremismus!) werden als Sammelpunkt von *„rückwärtsgewandten Rechtsextremen"* aus dem Gesamtbild ausgeblendet (171). Wiepaßt dies nun aber zusammen mit der seit 1986 betriebenen NPD-Frey-Partnerschaft und Freys „Liste D"-Aktivität?

Immerhin wäre das Buch als Gesamtdarstellung bis ca. 1985 eine nutzbringende Informationsquelle (bedauerlicherweise ohne Register), enthielte es nicht allzu viele Fehler und Irrtümer, die an der *„verarbeiteten Menge neuer (?) Informationen"* (H. Meyer im Vorwort) keine rechte Freude aufkommen lassen.

Ein Beispiel: *„Der Herausgeber von ‚Wir selbst' ist Siegfried Bublies"*, heißt es auf Seite 75/76, *„ein ehemals aktives Mitglied der JN Koblenz, der durch seine — gemeinsam mit Dr. med. Max Otto Bruckner, einem Mitglied der rassistischen ‚Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung' und späteren Vorsitzenden des rechtsextremistischen ‚Weltbundes zum Schutzes des Lebens' — aktive Wahlunterstützung für die mit NPD-Funktionären durchsetzte ‚Grüne Liste Rheinland-Pfalz' im Landtagswahlkampf 1979 aufgefallen war."* Mag die pauschale Einstufung des WSL als „rechtsextremistisch" als zwar recht grobschnittig aber schließlich auch nicht total irrtümlich hingehen, mag auch der Autorin das zumindest verbale Abrücken des Ernährungs-Papstes von den Rasse-Anthropologen entgangen sein (wie diverse andere durchaus erwähnenswerte Politaktivitäten), es bleibt doch der Umstand, daß der Mann *Bruker* heißt und daß die Zeitangabe „später", wenn sie nicht völlig vage bleibt, dann mit dem genannten Datum 1979 nichts zu tun hat; denn Bruker trat im WSL schon 1974 ab.

Genaue Angaben sind häufig offenbar Glücksache: *„Heute noch"* gäbe es Zulauf zur Neuen Rechten aus JN-Kreisen — Feits Beleg: *„Wie die Gründung der Zeitschrift ‚Wir selbst' 1979 in Koblenz gezeigt hat"* (Seite 170). Wie hier hilft die Autorin sich mit vielen „bis heute", „bis vor kurzem", „mittlerweile", „neuerdings", „aktuell" etc., wo präzise Daten notwendig wären.

So kommt es auch dazu, daß Frey angeblich die „Wehrsportgruppe Hoffmann" als Saalschutz *„engagiert"* (Seite 178), die doch höchstoffiziell verboten ist.

Genausowenig wie die „Northern League" eine schlichtweg *„britische"* Organisation ist (81), ist die „National Front" jemals eine Organisation des Alt-Faschisten Mosley gewesen (195).

Deckert ist nicht *„Oberregierungsrat"*, sondern Oberstudienrat — und auch nicht mehr für die NPD aktiv (191); daß „Jörg Rieck" ein Pseudonym Jürgen Riegers ist, läßt sich zwar vermuten, aber wo bleibt der Beweis? (81/195) Und so weiter. Ein besonderes Kapitel sind offenbar Namen: aus Frau *Holle Grimm* wird eine „Holle-Grimm" (190), aus Wilfried *van* Oven wird ein „von Oven" (193), der Rassist *Irsigler* heißt „Irsigher" (195). *Gert Sudholt* wird zum Ratespiel: Gert Sudholt/Gert Sudhoff/Gerd Sudholt/Sudhoff (Seiten 188-90). Nur beiläufig sei erwähnt, daß weder Autorin noch Verlags-Lektorat sich an Schreibfehlern wie „Ausschwitz" (167), „Crème" (189) oder „Institut of Psychology" (80) gestört haben, daß falsche Satzbezüge stehen blieben („... von Verschuer ..., Chef des ... Auschwitz-Arztes Dr. Mengele, der 1951 mit einer Geldbuße von 600 DM wegen NS-‚Mitläuferschaft' belegt wurde und bereits 1951 wieder einen Ruf an die Universität Münster erhielt ...", 146) und daß bei Campus offenbar Kommas wegrationalisiert werden. Das Literaturverzeichnis weist im übrigen nicht alle im Text vorkommende Literatur aus (z.B. S. 178, 185, 190).

R., Antifa-Kommission, Hamburg

Zum Thema:

1) Claus Leggewie, Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Denkfabriken der Wende, Westberlin 1987
2) Günter Bartsch, Revolution von rechts? Ideologie und Organisation der Neuen Rechten, Freiburg 1975; Karl-Heinz Pröhuber, Die nationalrevolutionäre Bewegung in Westdeutschland, Hamburg 1980 (beides neurechte Eigendarstellungen)
3) Richard Stoß, Väter und Enkel: Alter und Neuer Nationalismus in der Bundesrepublik, Ästhetik und Kommunikation 32/1978, S. 35ff.; Konservative Aspekte der Ökologie- bzw. Alternativbewegung, Ästhetik und Kommunikation 36/1979, S. 19ff.
4) Reinhard Opitz, Faschismus und Neofaschismus, Frankfurt/M. 1984
5) Arno Klönne, Historiker-Debatte und ‚Kulturrevolution von rechts', Blätter für deutsche und internationale Politik 3/1987, jetzt in R. Kühnl (Hrsg.), Vergangenheit, die nicht vergehen will, Köln 1987, S. 317ff. (ähnlich in verschiedenen Zeitschriften).
6) Martina Koelschtzky, Die Stimme ihrer Herren. Die Ideologie der Neuen Rechten, Köln 1986
7) Margret Feit, Die ‚Neue Rechte' in der Bundesrepublik. Organisation — Ideologie — Strategie, Frankfurt/New York 1987

Naziterror unter den Augen der Polizei

Nationales Skinhead- und FAP-Treffen in Northeim

Nationales Skinhead- und FAP-Treffen in Northeim

Am 29. August fand im südniedersächsischen Northeim ein bundesweitesd Skinhead-Treffen statt. Unter dem Motto „Kraft durch Freude — Zum Raufen, Saufen und Spaß machen" versuchten die Skins und FAP Revanche zu nehmen für eine mißglückte „Führer-Geburtstagsfeier". Denn schon am 20. April hatten sich ca. 40 Westberliner, Göttinger und Northeimer Skins sowie FAPler auf dem Northeimer Marktplatz — unter den Augen der Polizei — zusammengerottet, Nazilieder gegröhlt und im weiteren Verlauf einen türkischen Jugendlichen zusammengeschlagen. Damals wurden die Nazis nach mehreren schweren Straßenschlachten von türkischen und deutschen Antifaschisten aus Northeim vertrieben. Diesmal wollten die Nazis mit Hilfe bundesweiter Mobilisierung — im SA-Stil — die Straße frei kämpfen.

Am 29.8. versammelten sich ca. 70 Skins, die vor allem aus NRW und Norddeutschland angereist waren, am Northeimer Bahnhof. Im Laufe des Nachmittags zogen sie dann alkoholisiert mit „Sieg Heil"-Rufen und rassistischen Parolen in die Northeimer Innenstadt. Dabei wurden sie von der Polizei „ständig beobachtet", wie die „Hessische/Niedersächsische Allgemeine" vom 31.8.87 richtig notierte, ohne daß die Polizei einschritt.

Daß die Skins und FAPler auf ihr geplantes gewaltsames Vorgehen gegen die ausländischen Jugendlichen verzichten mußten, lag nicht so sehr an der Polizeipräsenz, sondern an dem massiven und entschlossenen Auftreten der Göttinger und Northeimer Antifaschist(inn)en. Da die Pläne der Skins und FAPler erst relativ spät bekannt geworden sind, wurde in aller Eile eine „Initiative gegen das Skinhead-Treffen" gebildet. Trotz der kurzen Mobilisierungszeit kamen immerhin weit über 200 Antifaschist(inn)en zu einer Veranstaltung der „Initiative" und nahmen an einer Gegendemonstration teil. Der größte Teil der Antifaschist(inn)en hatte sich in Erwartung von Auseinandersetzungen mit Holzknüppeln bewaffnet.

Vor allem unter diesem Eindruck zogen es die Skins und FAPler vor, sich zum Bahnhof zurückzuziehen. Auf dem Weg dahin zerschlugen sie noch einige Fensterscheiben. Erst am Abend nahm die Polizei vier Nazis vorübergehend fest, und das wohl auch nur, weil sie sich allzu demonstrativ vor Pressefotografen mit „Hitlergruß" aufbauten.

In Northeim hatte es für die Skins nur zum Saufen gereicht. Auf das Raufen wollten sie aber nicht verzichten. Gegen Abend setzte sich ein Teil der Skins in Richtung Hildesheim in Bewegung. Um Mitternacht kam es dann am Hildesheiemr Bahnhof zu einer blutigen Schlägerei zwischen ca. 30 Skins und ca. 60 türkischen Jugendlichen. Der anwesenden Polizei gelang es erst „rund eine Stunde später" die „Massenschlägerei" zu beenden. „Zurück blieben auf dem Schlachtfeld nägelgespickte Dachlatten, gummiumwickelte Schlagstöcke und Pflastersteine." (Hildesheimer Allg. Zeitung, 1.9.87) Die Polizei ermittelt nun gegen die „Verantwortlichen und die macht sie Seiten der Türken aus. (HAZ, 1.9.87).

Die Rolle der Polizei

Bei den schweren Auseinandersetzungen der letzten Zeit im südniedersächsischen Raum zwischen Skins/FAP und den ausländischen Jungendlichen will die Polizei den Konflikt als unpolitisch erscheinen lassen. Man versucht in der Öffentlichkeit ein Bild zu zeichnen, als würden hier irgendwelche rivalisierenden Jugendbanden aus irrationalen Gründen aufeinander einschlagen.

Nach den schweren „Osterkrawallen", im Anschluß an die „Führergeburtstagsfeier" der FAP auf dem Northeimer Marktplatz ließ die Polizei die Meldung in der Presse ausstreuen, daß die Ursache für die damaligen blutigen Straßenschlachten nicht der militante Rassismus der FAP war, sondern daß es sich schlicht um eine „persönliche Auseinandersetzung zwischen Northeimer Jugendlichen" handelte. „Ein 16 Jahre alter Northeimer, vermutlich ein Sympathisant der rechten Szene, soll (...) die 16 Jahre alte deutsche Freundin eines in Northeim lebenden Türken beleidigt haben" (Göttinger Tageblatt, 5.6.87), so die Version der Polizei gegenüber der Presse.

Offener kann man derzeit für die Skins/FAP nicht Partei ergreifen. Daß der blutige Terror gegen Ausländer bei den Skins/FAP zum politischen Programm gehört, daß dieser Terror u.a. im bei Göttingen gelegenen Mackenroder FAP-Zentrum trainiert, organisiert und gezielt als Strategie eingesetzt wird, wird von der Polizei und den Verantwortlichen glattweg geleugnet. Die Polizei stülpt dem Wolf das Schafsfell über.

Ein derartig zusammengezimmertes Lagebild ermöglicht der Polizei einiges: Da kann sie in Seelenruhe zuhören, wenn die FAPler Nazilieder anstimmen, erteilt ihnen erst Platzverbot, wenn sie mit Bierflaschen werfen; da läßt man die sturztrunkenen FAPler unbekümmert durch die Innenstadt ziehen und mit Dachlatten Jagd auf Türken machen, denn wer hätte ahnen können, daß die so etwas wie Eisenstangen, Fahrradketten, Dachlatten, Gaspistole und einen schwarzen Stahlhelm mit SA-Emblemen mit sich führen. Und nach der Schlacht kann man sich dann in der Pose des Wahrers der Sicherheit und Ordnung hinstellen und entweder beide Gruppen, wie in Northeim, mit Ermittlungsverfahren überziehen (siehe HNA, 21.4.87) oder eben nur die türkischen Jugendlichen, wie in Hildesheim.

HE., KB Göttingen



Skins beim Angriff auf eine linke Wohngemeinschaft in Braunschweig im September 1986



Krise der kapitalistischen Stahlindustrie

Dritte Welle von Massenentlassungen in Vorbereitung, Teil 2

Im ersten Teil dieses Artikels ist gezeigt worden, daß die geplanten und zum Teil schon beschlossenen Massenentlassungen in der westdeutschen Stahlindustrie in einer Größenordnung von 30.000 Arbeitsplätzen Ausdruck einer seit 1974/75 anhaltenden und tiefgreifenden Krise dieses Industriesektors sind. Es handelt sich um kein BRD-spezifisches Problem, sondern die Krisenursachen liegen in den veränderten Weltmarktbedingungen (Rückgang des Stahlverbrauchs in den „reichen'' Industrieländern aufgrund geringerer wirtschaftlicher Wachstumsraten, Auftreten neuer Konkurrenten) und in den veränderten Produktionsbedingungen (Materialeinsparungen zwecks Kostensenkungen; Substitution von Stahl durch andere Materialien) begründet. Krisenverschärfend wirkte sich die Modernisierung und der Aufbau riesiger Stahlkapazitäten Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre in Erwartung unaufhörlichen Wirtschaftswachstums der Nachfrage aus.

Ferner wurde in Teil 1 beschrieben, daß die westdeutsche Stahlindustrie integraler Bestandteil eines gemeinsamen EG-Stahlmarktes ist. Die bevorstehende Rationalisierungs- und Massenentlassungswelle steht daher in einem untrennbaren Zusammenhang mit Plänen der EG-Kommission und dem EG-Stahl-Kartell EUROFER, bis 1990 weitere überschüssige Kapazitäten abzubauen.

Im zweiten Teil der Untersuchung der kapitalistischen Stahlkrise geht es um die westdeutsche Stahlindustrie.

Innerhalb der EG nimmt die westdeutsche Stahlindustrie eine dominierende ökonomische Position ein. Rund ein Drittel der Rohstahlerzeugung und des Rohstahlverbrauchs der gesamten EG entfällt auf die BRD — so viel wie die zweit- und drittgrößten Stahlhersteller der EG (Italien und Frankreich) zusammen erlangen bzw. verbrauchen. Hinsichtlich der Modernität und Produktivität hat die BRD nicht nur im Vergleich zur EG-Konkurrenz, sondern auch im Vergleich zu Japan eine Spitzenstellung.

Im Unterschied zu den EG-Stahlkonkurrenten Italien, Frankreich, Großbritannien oder Belgien, die ihre Stahlsektoren im Zuge der Stahlkrise teilweise oder ganz verstaatlichten (1), erfolgt der größte Teil der westdeutschen Stahlerzeugung in privater Verfügungsgewalt bei kartellartigen Absprachen. Dabei konzentrieren sieben Stahlkonzerne rund 85% der gesamten Stahlerzeugung der BRD auf sich. 1983 waren die Marktanteile in der BRD wie folgt verteilt:

Konzern	Marktanteile in der BRD
Thyssen	26,4%
Klöckner	12,6%
Krupp	10,9%
Hoesch	10,9%
Mannesmann	9,0%
Peine-Salzgitter (staatlich)	8,6%
Saarstahl	6,7%
Gesamt:	85,1%

(Grünert 1985, S. 34)

Es versteht sich fast schon von selbst, daß die BRD vor Frankreich der mit Abstand größte Stahlexporteur, aber auch Importeur ist. Hinzu kommt, daß Thyssen und Klöckner zu den größten Stahlhändlern der Welt gehören und dabei auch nichtheimischen Stahl „vermarkten''.

Die westdeutsche Stahlkrise 1974-1985

Seit dem Ausbruch der Stahlkrise wurden die Belegschaften um ca. ein Drittel abgebaut: von 221.000 (1975) auf ca. 150.000 (1985). Demgegenüber wies die Rohstahlerzeugung seit 1975 — bei stärkeren Schwankungen — ein vergleichsweise hohes Niveau auf. Die Rohstahlerzeugung in der BRD lag 1985 genau so hoch wie zu Beginn der Krise (1975). Das heißt nichts anderes, als daß die Stahlkrise auf doppelte Weise auf die Arbeiter abgewälzt wurde. Zum einen durch die Vernichtung von rund 70.000 Arbeitsplätzen, zum anderen durch verstärkte Rationalisierung und eine höhere Ausbeutung der Beschäftigten in der Stahlindustrie. Produzierte 1975 ein Arbeiter 18,36 Tonnen Stahl, so waren es 1985 schon 27 Tonnen! Der Umsatz je Beschäftigten in der „Eisenschaffenden Industrie'' hat sich im gleichen Zeitraum nahezu verdoppelt: von 128.400 DM auf 240.000 DM (Stat. Jahrbuch 1986).

Für die gestiegene Produktivität sorgten nicht nur die Arbeiter, sondern auch der Einsatz modernster Produktionsverfahren wie Stranggußanlagen und integrierte Walzstraßen. Trotz stagnierenden Stahlverbrauchs weiteten die westdeutschen Stahlkapitalisten ihre überschüssigen Kapazitäten bis 1981 sogar noch aus, ehe sie sich zu einem drastischen Abbau 1983/84 bereitfanden. Das Paradoxon, die Kapazitäten in der Krise und bei zumindest stagnierender Nachfrage noch auszubauen, erklärt sich aus der Absicht, die EG-Rivalen niederzukonkurrieren. (1)

Die westdeutsche Stahlindustrie verfügt jedoch gegenüber ihren Konkurrenten nach wie vor über die höchsten Kapazitäten. Der drastische Abbau der Kapazitäten erfolgte aus zwei Überlegungen heraus: Zum einen hat sich die Einsicht durchgesetzt, daß sich auch langfristig die hohen Kapazitäten nicht bezahlt machen, da die Stahlnachfrage im In- und Ausland kaum zunehmen dürfte. Und zweitens aus den Erfahrungen heraus, daß das Konzept des Niederkonkurrierens an den EG-Reglementierungen und den Widerständen in den Konkurrenzländern der EG kaum Chancen auf Erfolg hat. Außerdem kann die Bundesregierung im Rahmen der EG-Verhandlungen über den Kapazitätsabbau auf erhebliche „Vorleistungen'' gegenüber ihren Rivalen verweisen und politischen Druck ausüben, daß nun die anderen mit dem „Abspecken'' dran seien.

Die Krisenlösung „Made in Germany'' bestand bei Ausbruch der Stahlkrise Mitte der siebziger Jahre zunächst darin, die dominierende ökonomische Stellung der westdeutschen Stahlkonzerne einzusetzen. Die zwischen 1972 und 1982 erfolgte Fusion zwischen Hoesch und dem niederländischen Hoogovens-Konzern diente ebenso dieser Strategie wie der — gescheiterte — Versuch einer Liaison zwischen Klöckner und Cockerill (Belgien). Das 1986 gebildete EG-Stahlkartell EUROFER, dem anfangs 15, dann 22 führende EG-Konzerne angehören, entsprach der „marktwirtschaftlichen'' Strategie des westdeutschen Kapitals, ihre Interessen auf Basis ihrer dominierenden Positionen gegenüber ihren Kontrahenten durchzusetzen und zu „freiwilligen Marktabsprachen'' über Mengen und Preise zu gelangen. Spätestens mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1980 brach das EUROFER-Kartell infolge innerer Widersprüche auseinander — damit war die Strategie der westdeutschen Konzernmanager gescheitert. Hinzu kam, daß sich die westdeutschen Konzerne nicht nur mit privatwirtschaftlichen Konkurrenten auseinanderzusetzen hatten, sonder auch mit den Regierungen, denn die britischen und französischen Industrien waren inzwischen verstaatlicht.

Nachdem die EUROFER-Lösung scheiterte, übernahm ab 1980 die EG-Kommission das Krisenmanagement und legte nach langwierigen Verhandlungen Produktions- und Lieferquoten für die Stahlerzeuger in der EG fest. Erheblichen Widerstand leistete als Interessenvertreterin der westdeutschen Stahlindustrie die Bundesregierung gegen die Legalisierung der staatlichen Subventionen, die sich zwischen 1980 und 1985 auf 80,5 Mrd. DM beliefen. (1) Die westdeutschen Konzerne sahen ihre Wettbewerbspositionen gefährdet, da durch die Subventionen die konkurrierenden Unternehmen nicht nur am Leben gehalten wurden, sondern mit staatlich gestützten Dumpingpreisen Marktpositionen der BRD unterlaufen werden konnten. Dabei subventionierten die Gralshüter der Marktwirtschaft (damaliger Bundeskanzler: Helmut Schmidt) bereits seit 1978 ARBED-Saarstahl und hatten selbst keine weiße Weste.

Auf Drängen der Bundesregierung erwirkte die BRD einen „Subventionskodex'' in der EG, wonach die direkten Subventionen für die Stahlindustrie von der EG genehmigt werden müssen und vorrangig der Kapazitätsstillegung zu dienen hätten. (1) Ebenso erreichte die Bundesregierung eine Begrenzung der Subventionen bis Ende 1985, womit gleichzeitig auch die Forderung nach einer vollständigen Liberalisierung des EG-Stahlmarktes verbunden wurde. Tatsächlich erloschen die *direkten* Subventionen fristgemäß — die Quotenregulierungen jedoch gelten bis Ende 1987, und es besteht schon heute kein Zweifel mehr darüber, daß sie verlängert werden — übrigens mit Zustimmung der BRD. Im Ergebnis hat die Subventionspolitik in der EG zum Teil Kapazitätsstillegungen und Massenentlassungen belohnt, zum anderen die Modernisierungen begünstigt, ohne die Disproportionen zwischen Angebot und Nachfrage sowie die Auseinandersetzungen um EG-Marktanteile lösen zu können. Die bestehenden Widersprüche wurde eher konserviert.

Zu Beginn der achtziger Jahre gab es zahlreiche Versuche zur Neuordnung der westdeutschen Stahlindustrie. Hintergrund dieser Bemühungen war ein bisheriger Konkurrenzvorteil, nämlich die enge Verzahnung von Stahlerzeugung und -verarbeitung, die auf die Weiterverarbeitungsbetriebe zugeschnitten sind. Nun sollten diese beiden Produktionsstufen voneinander getrennt und auf die reine Stahlerzeugung konzentriert werden.

Verhandlungen zwischen Krupp und Hoesch über die Bildung einer gemeinsamen Ruhrstahl AG scheiterten aber ebenso wie diesbezügliche Pläne zwischen Thyssen und Krupp. Im November 1982 entwarfen drei sogenannte Stahl-Moderatoren im Auftrag der führenden Stahlkonzerne und Banken ein Neuordnungskonzept, nach dem

Fortsetzung nächste Seite

Ertragslage der Stahlkonzerne (Millionen DM)

	Bruttogewinn				Umsatzüberschuß			
	1983	1984	1985	1986	1983	1984	1985	1986
Thyssen Stahl AG	−208	136	664	233	607	782	991	782
AG (Welt)	−384	339	1090	760	952	1157	1739	1624
Krupp Stahl AG	−330	70	72		−65	514	448	
GmbH (Welt)	−135	297	287		410	790	776	
Klöckner Werke AG	−104	8	14		−46	862	215	
Konzern	−130	16	55	32	−34	861	308	373
Hoesch Stahl AG		53	195		879	274	389	
AG (Konzern)	539	112	485		953	498	733	
Salzgitter Stahl AG	−149	−135	101	94	30	148	450	356
AG (Konzern)	−668	−391	88	104	6	100	682	568

Der Gewerkschafter 4/87

Bruttogewinn: Jahresüberschuß vor Steuern und Abführung
Umsatzüberschuß („Cash flow"): Jahresüberschuß + Abschreibungen + Zuführung zu den Pensionsrückstellungen
Mit Ausnahme von HOESCH und KRUPP (31. 12.) enden die Geschäftsjahre der Stahl-Konzerne jeweils am 30. 9.

Fortsetzung von vorheriger Seite

die Rohstahlerzeugung — bei gleichzeitiger Rationalisierung und Massenentlassungen — von Thyssen und Krupp am Rhein und von Hoesch, Klöckner und Peine-Salzgitter an der Ruhr konzentriert werden sollte. All diese Überlegungen zur Konzentration und Optimierung der Rohstahlerzeugung bei wachsender Kapitalkonzentration scheiterten jedoch an den unterschiedlichen Interessen und Profitzielen der jeweiligen Konzerne. (Grünert 1986, S. 35)

Westdeutsche Konzernstrategie: Stahl allein macht nicht glücklich

Anstelle einer gemeinsamen Lösung bestand die eigentliche Strategie der sechs westdeutschen Konzerne in einer formellen Ausgliederung ihrer Stahlabteilungen zu juristisch selbständigen Unternehmen („Krupp-Stahl", „Klöckner-Stahl" usw.). Die Stahlkonzerne investierten dafür sehr erfolgreich in andere Wirtschaftsbereiche wie in die Rüstung, die Stahlverarbeitung, den Maschinenbau, die Elektronik und den Dienstleistungs- und Handelsbereich. Die Ausgliederung des Stahls in Tochtergesellschaften und die „Diversifizierung in Zukunftsbereiche" (WW 14/1987) sieht in den sechs Stahlunternehmen wie folgt aus:

— **Mannesmann** produziert Stahl seit Jahren nur noch für den Eigenbedarf (Röhrenproduktion). Zwar erzielt Mannesmann als Westeuropas größter Röhrenproduzent ansehnliche Profite, aber damit nicht genug. Durch den Erwerb der Firmen Tally Corp. (USA), Hartmann & Braun, Kienzle und ANT avancierte der Stahlkonzern zu einem weltweit führenden Hersteller von rechnergesteuerten Maschinen sowie der Nachrichtentechnik. Marktpositionen im Maschinenbau konnten hinzugewonnen werden durch die Tochter Fichtel & Sachs oder die Mannesmann-Demag. Im Bereich der Hydraulik stieg Mannesmann durch den Erwerb der Rexroth GmbH zu einem führenden Hersteller in diesem Bereich auf.

— Innerhalb von nur zehn Jahren stieß auch der **Klöckner**-Konzern in die Weltspitze vor. Nicht bei Stahl, sondern im Maschinenbau. Dies gilt für die Spritzgußmaschinen ebenso wie für Getränkemaschinen durch den Erwerb der Firmen Seitz-Enzinger und Holstein & Kappert. Hinzu kommt die Klöckner-Humboldt-Deutz (KHD) im Bereich von Motoren. Das Handelshaus Klöckner & Co. gehört zu den größten Westeuropas.

— **Thyssen** stieg durch den Kauf der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG groß in den Bau von Aufzügen
größten Westeuropas.

— **Thyssen** stieg durch den Kauf der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG groß in den Bau von Aufzügen und Rolltreppen ein und ist über die Thyssen-Nordseewerke und Blohm & Voss am Schiffbau beteiligt. Und wie es sich gehört, unterhält Thyssen auch eine eigene „Handelsunion AG". Durch den Erwerb der Karl Hüller AG drang Thyssen auch in den Bereich numerisch gesteuerter Maschinen vor. Zusammen mit Hoesch besitzt Thyssen seine Aktien auch bei der Rasselstein AG (Weißbleche), den Stahlwerken Bochum (Fein- und Elektrobleche) und der Eisen- und Hüttenwerke AG in Köln.

— **Hoesch** verfügt über gute Marktpositionen bei Baumaschinen dank des Erwerbs von Orenstein & Koppel, fertigt über die PHB-Weserhütte Maschinen- und Industrieanlagen und besitzt ein eigenes Software-Unternehmen mit dem bescheidenen Namen „mbp".

— **Krupp** hat seine Aktivitäten ebenfalls ausgedehnt. Neben der Krupp MaK in Kiel (Maschinenbau) und der Kooperation mit Krauss-Maffei im Rüstungsbereich — das hat bekanntlich Tradition — kaufte Krupp die Polysia AG, die Zementanlagen herstellt. Und die Krupp-Atlas-Elektronik hat das Format eines modernen „High-Tech"Unternehmens und produziert u.a. EDV-gesteuerte Maschinen, Feuerleitsysteme für die Nato, Solaranlagen und modernste Regeltechniken.

— Auch der staatliche Konzern **Peine-Salzgitter** hat seine Produktion durch den Kauf des Elektronik-Unternehmens Hagenuk „diversifiziert". (Grünert 1985, S. 36; WW 14/1987)

Entsprechend sanken die Stahlanteile am Gesamtumsatz der genannten Konzerne: sie betrugen 1985 bei Thyssen nur noch 26%, bei Krupp 27,6%, bei Mannesmann 29,2%, bei Peine-Salzgitter 26,7%, bei Hoesch 40,9% und bei Klöckner 49,5%. (WW 14/1987). Angesichts dieser Expansion in „stahlfremde" Bereiche klingt der Name „Stahlindustrie" fast schon antiquiert.

Die Ausgliederung des Bereichs der Stahlerzeugung in juristisch selbständige „Töchter" erfolgte in erster Linie aus dem Grund, daß die Verluste im Stahlgeschäft nicht durch die Heranziehung von Kapital aus den profitablen Bereichen gedeckt zu werden brauchten, sondern die Steuerzahler bzw. der Staat zur Sozialisierung zur Kasse gebeten wurden. So kommt es dazu, daß der Thyssen-Konzern beispielsweise sowohl seinen Aktionären eine kräftige Dividende zahlt wie auch zwischen 5900 und 7800 Arbeitsplätze im Stahlbereich vernichten will und dafür vom Staat Subventionen verlangt.

Einen kleinen Teil (1,8 Mrd. DM) der direkten Subventionen, die die Stahlkonzerne seit Anfang der achtziger Jahre erhielten, müssen die Kapitalisten spätestens ab 1988 wieder zurückzahlen oder bei Gewinnabschlüssen sofort. (Die Zeit, 29/1986) Der Staat erhielt bisher nur von Klöckner ein klägliches Sümmchen, obwohl fast alle Konzerne in den Jahren 1984 und 1985 wieder schwarze Zahlen in ihren Bilanzen aufwiesen. Der Hoesch-Chef beklagte sich derweil schon über die „bürokratische Knibbeligkeit" der Bundesregierung. (ebenda)

Angesichts der bevorstehenden Krise und neuer staatlicher Beihilfen kann davon ausgegangen werden, daß den Stahlkapitalisten die Schulden von der Bundesregierung erlassen werden.

Subventionen — ein profitables Geschäft

Am Beispiel der Saarstahl-Völklingen, der früheren ARBED-Saarstahl, soll exemplarisch gezeigt werden, wem die insgesamt rund 3,3 Mrd. DM Staatsknete, die dieser Konzern seit 1978 kassierte, dienten.

Vor neun Jahren sicherte sich der luxemburgische ARBED-Konzern die Aktienmehrheiten der Röchling-Stahlwerke und der Neunkircher Eisenwerke und fusionierte beide Firmen 1982 zur ARBED-Saarstahl. Die Sanierung der Saar-Filiale mußten Bund und saarländische Landesregierung übernehmen, nachdem ARBED einen Vertrag mit der IG Metall aus dem Jahre 1978 über einen Verzicht auf Massenentlassungen aufkündigte. Die 3,3 Mrd. DM staatlicher Subventionen förderten Kapazitätsabbau und die Durchmodernisierung alter Anlagen auf der einen Seite und den Abbau von Arbeitsplätzen von 27.000 auf 10.000 im Juni dieses Jahres auf der anderen Seite (Grünert 1985, S. 37; FR, 7.8.1987)

Wirtschaftlich rentabel geworden ist Saarstahl dennoch nicht, sondern sollte von ARBED noch weiter heruntersaniert werden, bis nach einigen Auseinandersetzungen die saarländische Landesregierung vor drei Jahren den Betrieb übernahm.

Im allgemeinen sind Strategien der
einandersetzungen die saarländische Landesregierung vor drei Jahren den Betrieb übernahm.

Im allgemeinen sind Strategien der Sozialisierung von Verlusten äußerst profitabel für die betroffenen Unternehmen. Ein Beispiel dafür bietet Hoesch. Seit 1980 kostete der Belegschaftsabbau den Konzern 605 Mio. DM, dafür sanken die Personalkosten um sage und schreibe 900 Mio. DM. Die „Kosten' der Massenentlassungen übernahm der Staat zur Hälfte, so daß per Saldo eine Kostenersparnis von rund 600 Mio. DM zugunsten der Hoesch-Kapitalisten heraussprang. (Die Zeit 29/1986) (2)

Neue Massenentlassungen in der westdeutschen Stahlindustrie

Bereits im letzten Jahr kündigten Vertreter der westdeutschen Stahlindustrie weitere Massenentlassungen an. Von 15.000 redete etwa Thyssen-Chef Kriwet. (FR, 16.9.86) Diese Zahlen sind inzwischen glatte Untertreibungen. Ganze Stahlstandorte und mindestens die doppelte Anzahl an Arbeitsplätzen stehen nach den Planungen der Stahlkapitalisten zur Disposition:

— Der Klöckner-Konzern hat bereits im April dieses Jahres die oberpfälzische **Maxhütte** abgestoßen. Die damit verbundene Kapitalvernichtung von rund 380 Mio. DM beglich Klöckner mit einem Kapitalschnitt bei den Aktionären (320 Mio. DM Verlust für die Rentiers), mit Hilfe der Deutschen Bank und des Handelshauses von Klöckner. Das Grundkapital wurde von 117 auf 250 Mio. DM aufgestockt. Mit dem Abstoßen der Maxhütte hat sich Klöckner vorerst gesundsaniert. Mit dem Konkurs der Maxhütte am 16.4.1987 erlöschen auch die geltenden Sozialpläne für die bereits entlassenen und größtenteils frühpensionierten Maxhütten-Arbeiter. Die 1233 betroffenen Arbeiter sind nun die Betrogenen und müssen erhebliche Einkommenseinbußen hinnehmen, die ihre Existenz gefährden. Die Kapitalisten sparen damit 50 Mio. DM. Der regional bedeutende Stahlstandort in der Oberpfalz steht zur Disposition. Noch streiten sich Konzerne und bayerische Landesregierung, wer die Sanierung oder völlige Stillegung bewerkstelligen soll. Fünf Stahlkonzerne haben sich bereits als Totengräber angeboten. Angeblich würden sie die Maxhütte als modernisiertes Mini-Stahlwerk weiterführen, wenn der Staat alle früheren Kosten sowie künftige Investitionen

modernisiertes Mini-Stahlwerk weiterführen, wenn der Staat alle früheren Kosten sowie künftige Investitionen

und Sozialplanlasten übernimmt. Bei diesem Plan würden 3.600 der noch verbliebenen 4.500 Arbeitsplätze, über mehrere Jahre gestreckt, vernichtet.

Obendrein dürfte mittelfristig die gesamte Stillegung anstehen, denn ein „Mini-Stahlwerk" lohnte sich aus der Sicht der Kapitalisten wegen mangelnder Rentabilität nicht. Demgegenüber sympathisiert die bayerische Landesregierung eher mit der Variante, die Maxhütte zu einem reinen Stahlwalzbetrieb umzurüsten. Dabei stünden ebenfalls Massenentlassungen von 3.600 Arbeitern an. Die Investitionskosten beliefen sich auf 130 Mio. DM, Bayern ist derzeit lediglich bereit, für 1987 und 1988 100 Mio. DM für die Sanierung locker zu machen. Bis jetzt sind 420 Kündigungen ausgesprochen worden.

— Der **Hoesch**-Konzern plant den Abbau von 4.000 Arbeitsplätzen und will den Stahlanteil am Gesamtumsatz von bisher 40% auf 25% herabsetzen. 1980 arbeiteten noch 32.000 Stahlarbeiter bei Hoesch, nach den Konzernplanungen wären es dann nur noch 12.000. (FR, 8.5.87)

— **Mannesmann** plant Massenentlassungen in den Röhrenwerken in Höhe von 6.500 Beschäftigten. Betroffen sind die Standorte Düsseldorf, Duisburg und Mühlheim/Ruhr. (FR, 14.5.86)

— Im Juni dieses Jahres beschloß der
sind die Standorte Düsseldorf, Duisburg und Mühlheim/Ruhr. (FR, 14.5.86)

— Im Juni dieses Jahres beschloß der Aufsichtsrat des **Thyssen**-Konzerns mit der ausschlaggebenden Stimme des „neutralen" Mannes (ex-Bundespräsident Scheel) die völlige Stillegung der Stahlwerke in Hattingen (2.900 Arbeitsplätze) und Oberhausen (3.000 Arbeitsplätze). Bis 1989 stehen weitere 1.900 Arbeitsplätze bei den Thyssen-Managern auf der Streichliste. (FR, 28.3.87) Nach größeren Demonstrationen vor allem in Hattingen gegen diese Kahlschlagkonzepte verzichtete die Konzernleitung zunächst auf den Vollzug und will die EG-Beschlüsse über die Höhe der Stillegungsprämien und Sozialplanleistungen im September abwarten. Inzwischen haben die Konzernbosse mit dem Betriebsrat der Hattinger Henrichshütte eine Einigung über einen Sozialplan und die Rettung des Standortes Hattingen erzielt. Demnach sollen bis Ende 1988 rund 800 der 2.900 Arbeiter mittels Frühpensionierungen und Versetzungen auf Basis des alten Sozialplanes aus dem Jahre 1983 entlassen werde; ab 1.1.1988 soll ein neuer Sozialplan in Kraft treten, wenn Bonn sich bereit erklärt, die Sozialplankosten zum großen Teil zu übernehmen. Der Betriebsrat ist im Gegenzug dann bereit, die Klage gegen Thyssen zurückzunehmen, die wegen der einseitigen Kündigung des alten Sozialplanes seitens der Kapitalisten noch anhängig ist.

— **Krupp-Stahl** plant den schrittweisen Abbau von 5.500 bis 5.800 Arbeitsplätzen bis 1990. Dabei sickerten auch Stillegungspläne für die Profilstahlwerke in Siegen und Rheinhausen durch. (WW 22/1987) Nach anderen Quellen stehen auch die Stahlwerke in Duisburg und Bochum zur Disposition. (FR, 26.3.87)

— Bei **Saarstahl** ist kurzfristig ein Arbeitsplatzabbau von derzeit etwa 10.000 auf 9.000 geplant. Allerdings steht hier offenbar sehr viel mehr auf dem Spiel. Für 1988 wurde nämlich vereinbart, daß der französische Staatskonzern Sacilor, Mehrheitseigner bei den Dillinger Hüttenwerken, die Fusion der Dillinger Werke und Saarstahl bewerkstelligen sollte. Voraussetzung: Saarstahl müsse „gesund" sein. Saarstahl befindet sich jedoch in der Krise und die dortige Landesregierung mußte in diesem Jahr 50 Mio. DM Steuern stunden, um dem Konzern aus Liquiditätsengpässen herauszuhelfen. Es existieren Pläne, wonach Saarstahl in den Konkurs getrieben werden soll und das Dillinger Hüttenwerk Saarstahl einfach „schluckt', da das billiger kommt. Der federführende französische Konzern Sacilor hat ebenfalls Probleme; mit 15,5 Mrd. DM will der französische Staat die beiden in seiner Hand befindlichen Konzerne Sacilor und Unisor fusionieren und sanieren. Dabei tritt dann die saarländische Stahlindustrie (Dillinger und Saarstahl) als „hauseigener" Konkurrent gegenüber den französischen Stahlstandorten, insbesondere in Lothringen, auf. (WW 41/1986)

Aus der erfolgten Übersicht ergibt sich, daß zum ersten Mal seit dem Ausbruch der Stahlkrise ganze Stahlstandorte liquidiert werden sollen. Akut von der Stillegung bedroht ist die Maxhütte in der Oberpfalz, ein Thyssen-Stahlwerk in Hattingen, ein weiteres in Oberhausen. Weitere Standortvernichtungen werden in Erwägung gezogen in Siegen, Rheinhausen, Duisburg und Bochum (alle Krupp) — und auch Saarstahl steht, wie gezeigt, mittelfristig zur Disposition. Insofern treffen auch die Befürchtungen der IG Metall zu, daß es um Massenentlassungen von rund 40.000 Stahlarbeitern geht.

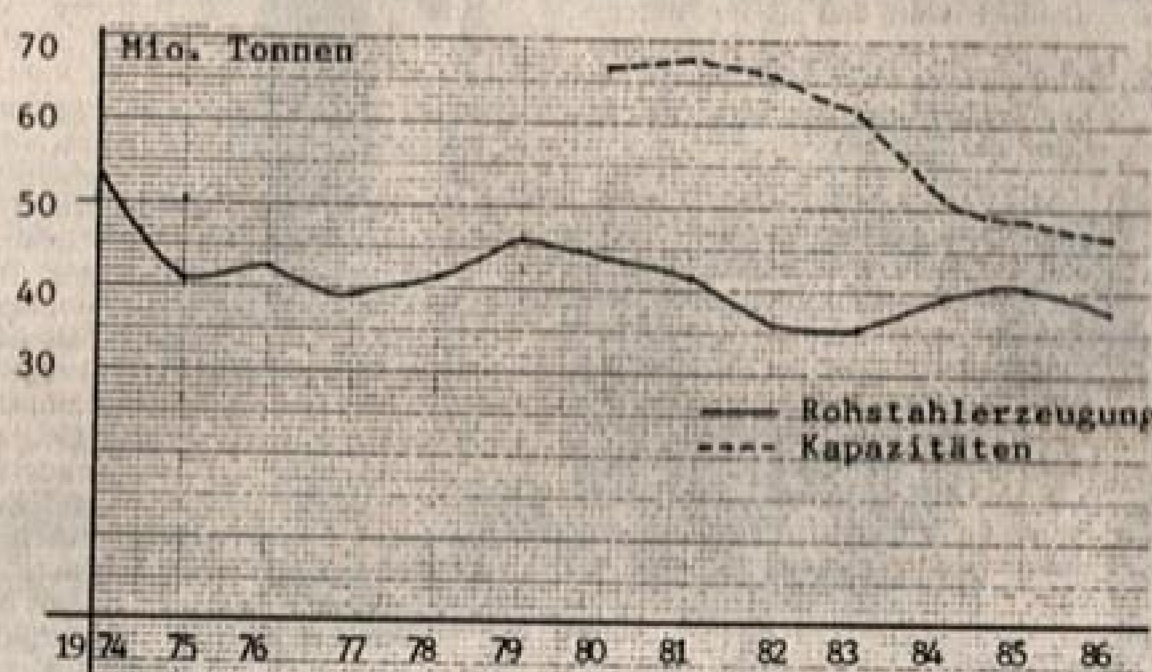
Krisenbewältigung — Made in Germany

Krisenbewältigung — Made in Germany

In den innenpolitischen Diskussionen wird offensichtlich vom Abbau von 20.000 Arbeitsplätzen ausgegangen — ein Anzeichen dafür, daß die Krisenprozesse hinausgezögert werden sollen, vorausgesetzt, der Staat spielt bei der Sozialisierung der Verluste und „sozialen Verträglichkeit" der Krisenlasten mit. Im Januar dieses Jahres nun legten die Kapitalisten von Hoesch, Krupp, Thyssen und Mannesmann das Konzept einer „Stahlstiftung" vor. Nach saarländischem Vorbild besteht die zu errichtende „Stahlstiftung Ruhr" im Kern darin, die Kosten der anstehenden Sozialpläne zu verstaatlichen; EG und Bund/Länderregierungen tragen zwei Drittel der Kosten, die Konzerne nur ein Drittel. Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen hat demnach die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit zu tragen, während sich die Konzerne „bemühen" wollen, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die veranschlagten Kosten des Abwälzens der Kapitalvernichtungen auf die Arbeiter und die Steuerzahler betragen 1,6 bis 1,8 Mrd. DM, von denen die Konzerne allenfalls 600 Mio. DM übernehmen würden. Wie profitabel diese Art kapitalistischer Sanierung sein kann, wurde bereits am Beispiel Hoesch erläutert. Beim Vorbild der saarländischen „Stahlstiftung" funktioniert die Sache etwa folgendermaßen: die damalige „Beschäftigungsgesellschaft" als Auffangbecken von entlassenen Arbeitern wurde in die „Stahlstiftung" umgewandelt. 1.100, später 2.000 Arbeiter erhalten im Rahmen dieser Stiftung Beihilfen für Umschulungen und Weiterbildungsmaßnahmen oder müssen im Bereich von staatlichen ABM-Maßnahmen arbeiten. In dieser auf zwei Jahre begrenzten Zeit erhalten die Arbeiter Arbeitslosengeld vom Arbeitsamt, während Saarstahl die Differenz zu 90% des letzten Nettolohns hinzubezahlt. Das kommt Saarstahl erheblich billiger als

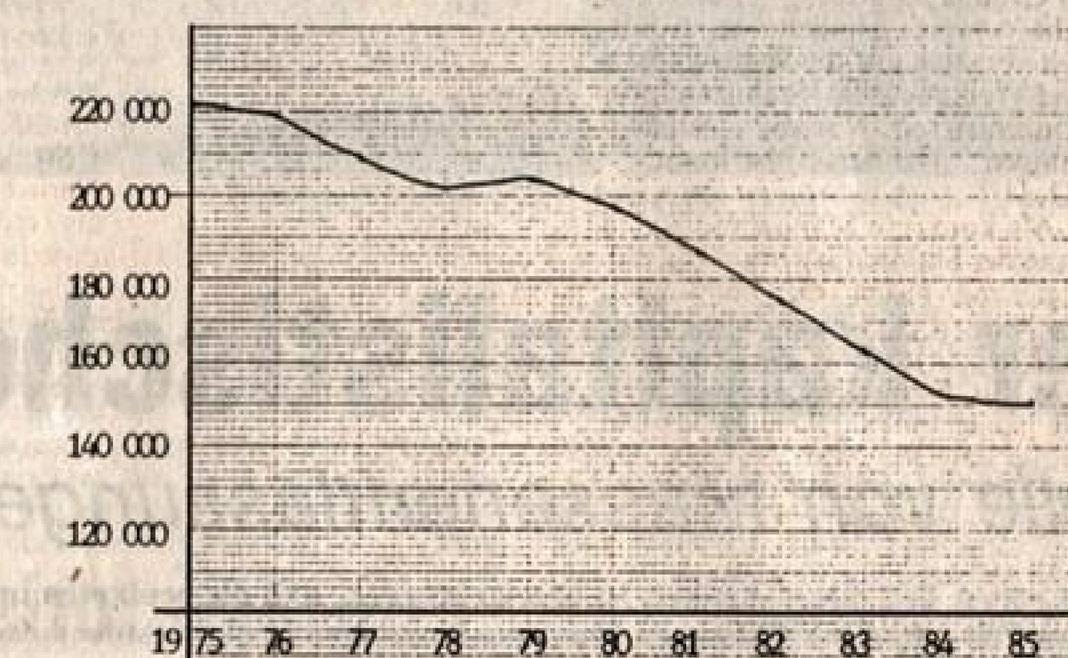
Fortsetzung nächste Seite

Rohstahlerzeugung in der BRD 1974-1986 und Rohstahlkapazitäten 1980-1986



(Quelle: Stat. Jahrbuch der Eisen- und Stahlindustrie, 1986)

Abhängig Beschäftigte in der westdeutschen Stahlindustrie 1975 bis 1985



(Quelle: Eisen und Stahl, Luxembourg 1986, S. 24)



Gewerkschaftsprotest in Gelsenkirchen

Fortsetzung von vorheriger Seite

die Kosten für Sozialpläne. Im Unterschied zur "Beschäftigungsgesellschaft" besteht bei der ,,Stahlstiftung'' nunmehr keine Übernahmegarantie für die Arbeiter in der ,,Stiftung''. Die Arbeiter, die mit 55 Jahren vorzeitig pensioniert wurden, erhalten ihre Frührenten aus der Staatskasse: zu 50% aus Bonn und zu den anderen 50% aus der EG. Die IG Metall hingegen forderte bereits im Dezember letzten Jahres die Bildung eines ,,nationalen Stahlausschusses''. (Steinkühler nach: FR, 12.12.86) Diese Art ,,konzertierte Aktion'' solle die Stahlkrise gemeinsam bewältigen. Die IG Metall hält dabei den Abbau von Kapazitäten für unvermeidlich, forderte aber staatliche Garantien für den Erhalt von Standorten, eine Verstaatlichung von gefährdeten Stahlstandorten, höhere Investitionen und für Ersatzarbeitsplätze und die Installierung von ,,Beschäftigungsgesellschaften''. Zwischen den Vorständen der IG Metall und den Konzernbossen kam es seit Anfang dieses Jahres zu Verhandlungen, und Ende März fanden sich Kapitalisten und Gewerkschaftsführung zum ersten ,,Stahlgipfel'' bei Kanzler Kohl zusammen — allerdings verliefen die Gespräche ohne Ergebnis.

Deutsche am besten beschäftigt

Vergleich der Rohstahl-Kapazitäten bei den wichtigsten EG-Produzenten zwischen 1980 und 1986 und ihre Auslastung im laufenden Jahr (in Millionen Tonnen, Auslastung in Prozent)





Im Juni dieses Jahres einigten sich IG Metall und die Manager von Thyssen, Krupp, Mannesmann und Hoesch auf ein ,,gemeinsames Positionspapier''. Danach erklärten sich die Kapitalisten bereit, auf Massenentlassungen zu verzichten, stimmten einem zweijährigen Kündigungsstop zu und wollen keine ,,betriebsbedingten Kündigungen'' aussprechen. Sie erklären ihre Absicht, Ersatzarbeitsplätze zu schaffen und ,,wenn irgend möglich'', in die Stahlproduktion zu investieren. Die ,,Vorrangigkeit'' der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen wird genauso anerkannt wie die Möglichkeit, ,,Beschäftigungsgesellschaften'' einzurichten. Allerdings ist dieser Punkt nach wie vor umstritten. Statt von ,,Stahlstiftung'' oder ,,Beschäftigungsgesellschaft'' ist nunmehr von einer ,,Gemeinschaftsinitiative Ruhr'' die Rede.

Die IG Metall stimmte im Gegenzug für die vage Absichtserklärung der Kapitalisten, die Vorrangigkeit von Ersatzarbeitsplätzen anzuerkennen, der ,,Verstaatlichung der Verluste'', vor allem der Sozialpläne, und den Stillegungsabsichten zu. Ein Punkt, der von Steinkühler im nachhinein kritisiert wurde. Konsens zwischen IG Metall und Konzernspitze ist demnach auch die Sozialisierung der Verluste nach dem Drittelprinzip; von den 1,8 Mrd. DM tragen EG, Bund und Länder zwei Drittel, die Kapitalisten nur ein Drittel der Kosten.

Die IG Metall gab ihren Segen auch für den Abbau von 20.000 Arbeitsplätzen. Demnach ist geplant, 10.000 Arbeiter in den nächsten drei Jahren frühzeitig zu pensionieren, wenn sie das Alter von 55 Jahren erreicht haben. (3) Die Kosten für diese 10.000 Betroffenen zahlt allein der Staat. Weitere 6.000 Arbeiter sollen innerhalb der Konzerne umgesetzt werden. Die dann dort verdrängten älteren Arbeiter über 55 Jahre werden in den frühzeitigen Ruhestand geschickt (''Stellvertreterprinzip''). Und allein für die verbleibenden 4.000 Arbeiter, die ihren Arbeitsplatz demnächst verlieren, ist eine Art ,,Beschäftigungsgesellschaft'' vorgesehen, deren Modalitäten im einzelnen noch umstritten sind, jedoch von den Konzernen getragen werden, wenn der Staat sich mit Beihilfen beteiligt.

Hinsichtlich der Vermeidung von Massenentlassungen auf einen Schlag stellten die Konzernchefs unmißverständlich klar, daß sie nur unter der Bedingung zeitlich gestreckt werden können, wenn der Staat ausreichende finanzielle Mittel zusichert. (FR, 2.6., 12.6. und 19.6.87)

Mit dem ,,gemeinsamen Positionspapier'' gingen Vertreter der IG Metall und der Konzernleitungen Mitte Juni zur zweiten Stahlrunde nach Bonn, denn ihr gemeinsam getragenes Sanierungskonzept für die Stahlindustrie beinhaltet die Sozialisierung der Verluste. Ausgerechnet Finanzminister Stoltenberg wies die Stahlkapitalisten darauf hin, daß es ihnen ,,gutgeht'' und lehnte die finanziellen Forderungen in dieser Größenordnung ab. Die Bundesregierung vertröstete im Rahmen dieser ,,Konzertierten Aktion'' auf anstehende Entscheidungen des EG-Ministerrats am 23.9.87; nur wenn die EG Zahlungen beschließe, wäre auch Bonn bereit, die Sanierung mitzutragen. Damit platzte auch der zweite sogenannte ,,Stahlgipfel''. Bereits am 8.1.87 erläuterte Kohl die Grundpositionen der Bundesregierung. Er lehnte Verstaatlichungen und staatliche Erhaltungsgarantien für Stahlstandorte ab. Die BRD benötige eine ,,vernünftige Grundausstattung'' in diesem Wirtschaftszweig. Ähnlich wie im Bergbau gelte es, sich auf die kostengünstigsten und rentabelsten Stahlstandorte zu konzentrieren. Nur die ,,Anpassungsfähigen'' sollten überleben. (FR, 9.1.87)

Als konkrete Maßnahme zur Sanierung der Stahlindustrie hat die Bundesregierung bisher die Zahlungsfristen für Kurzarbeiter- und Arbeitslosengeld verlängert, im Etat 1987 ca. 200 Mio. DM für Sozialpläne vorgesehen und die sogenannten Strukturbeihilfen in Höhe von 360 Mio. DM bis 1990 (je zur Hälfte von Bund und Ländern getragen) verlängert.

Konsensuale Lösung angestrebt

Es herrscht Einigkeit bei allen drei Beteiligten — Kapitalisten, IG Metall und Staat — darüber, die bevorstehende weitere Sanierung der Stahlindustrie und deren Folgen für die Beschäftigten (Massenentlassungen) möglichst konsensual und konfliktvermeidend über die Bühne zu bringen. Die ,,Vorleistung'' dazu erbrachte die Bundesregierung gleich nach den Bundestagswahlen, als sie die gesetzliche Montan-

Konsensuale Lösung angestrebt

Es herrscht Einigkeit bei allen drei Beteiligten — Kapitalisten, IG Metall und Staat — darüber, die bevorstehende weitere Sanierung der Stahlindustrie und deren Folgen für die Beschäftigten (Massenentlassungen) möglichst konsensual und konfliktvermeidend über die Bühne zu bringen. Die ,,Vorleistung'' dazu erbrachte die Bundesregierung gleich nach den Bundestagswahlen, als sie die gesetzliche Montan-Mitbestimmung verlängerte. Und als ,,friedensstiftend'' erwies sich auch der Vorstand der IG Metall, der zum einen selbst mit dem ,,nationalen Stahlausschuß'' die Installierung der ,,Konzertierten Aktion'' vorschlug.

Gravierender noch ist allerdings das hohe Maß an Übereinstimmung zwischen der IG Metall-Führung und den Stahlkapitalisten:

— Auch die IG Metall hält einen Kapazitätsabbau im Bereich der Stahlindustrie für ,,umvermeidbar''. (,,taz'', 17.12.86) Dieser Punkt ist schon theoretisch umstritten (die Angebotsökonomen sprechen von Überkapazitäten, die ,,Keynesianer'' lieber von ,,Unterauslastung''). Darüberhinaus wurde bereits im ersten Teil dieser Untersuchung gezeigt, daß die Frage der Kapazitäten eine *politische* ist und sowohl von den Klassenkampfbedingungen in den einzelnen EG-Ländern abhängt als auch von den jeweiligen Konkurrenzpositionen und politischen Kräfteverhältnissen der betroffenen Länder der EG. (1) Auf die Prämisse der ,,unvermeidlichen'' Kapazitätssenkungen hat sich die IG Metall bereits eingelassen.

— Die Vorstände der IG Metall folgen auch einer zweiten Prämisse: Sie teilen die Ursachenanalyse der Stahlkrise in der BRD — Schuld seien besonders die EG-Konkurrenten, die dank ihrer subventionierten Stahlexporte in die BRD die westdeutsche ,,Wettbewerbsfähigkeit'' untergraben würden — ebenso wie die Haltung der Bundesregierung, gegen die von der EG-Kommission angestrebten Liberalisierung des Stahlmarktes einzutreten, da dann der ,,Wettbewerb'' mit unkontrollierten Subventionswettläufen in den verstaatlichten Stahlkonzernen Italiens, Frankreichs und Großbritanniens gegen die westdeutsche Industrie ausgetragen werde. Ganz abgesehen davon, daß der Subventionsvorwurf demagogisch ist, da die westdeutsche Stahlindustrie in den letzten sieben Jahren mit über acht Mrd. DM bedient worden ist — die vielen indirekten Subventionen (Zuschüsse der Landesregierungen, zinsgünstige Kredite, Sozialplankosten usw.) gar nicht mitgerechnet — läßt sich die IG Metall damit im Kern auf eine ,,chauvinistische'' Argumentation mit praktischen Folgen ein. Denn sie folgt damit der Logik der Stahlkapitalisten und der jeweiligen Regierungen, bei der EG-weiten ,,Neuordnung'' der Krisenlasten die Interessen ,,unserer'' Stahlindustrie gegen die ausländischen Konkurrenten zu unterstützen. Wer sich dieser Logik unterordnet, wird etwa EG-weite Aktivitäten im Rahmen des Zusammenschlusses der westeuropäischen Metallarbeitergewerkschaften ablehnen müssen.

— Der Vorstand der IG Metall trägt im ,,gemeinsamen Positionspapier'' die schrittweise Vernichtung von 20.000 Arbeitsplätzen in der Stahlindustrie mit. Was hat sie dafür als ,,Gegenleistung'' erhalten? Praktisch nichts, außer völlig unverbindlichen Zusagen nach Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen und der Einrichtung von ,,Beschäftigungsgesellschaften''. Letztere sind de facto Auffangbecken für ca. 4.000 betroffene Arbeiter, die durch andere bestehende ,,soziale Netze'' (Frühverrentungen, Abfindungen usw.) fallen und in besonderen Krisenabteilungen der Stahlkonzerne zeitlich befristet unterkommen. Für viele betroffene Arbeiter handelt es sich bei der ,,Beschäftigungsgesellschaft'' entweder um Durchgangsstationen bis zur Frühpensionierung (das gilt für die etwa 50-jährigen Arbeiter) oder um eine verzögerte Entlassung. Aus der Sicht der Kapitalisten handelt es sich dabei um ein Konzept, ihnen ,,die Soziallasten von der Schuldenlast zu nehmen, die aus der Stillegung von Werken entsteht'' (FAZ, 16.3.87)

— IG Metall-Vorstand und Stahlkonzerne folgen gemeinsam der Strategie der ,,Verstaatlichung der Verluste''; darüber ließe sich allenfalls reden, wenn es sich bei der Stahlindustrie um marode und überschuldete Existenzen handeln würde. Die Konzernbilanzen der Jahre 1983 bis 1985 sprechen da jedoch eine andere Sprache: die jährlichen Umsatzüberschüsse, also die ,,liquiden'' Mittel, über die ein Unternehmen verfügt (,,Cash flow''), betrugen für fünf Konzerne (Thyssen, Krupp, Klöckner, Hoesch, Peine-Salzgitter) für die Konzernbereiche kumuliert 9,9 Mrd. DM — für die ,,Stahlabteilungen'' der Konzerne immerhin noch 6,8 Mrd. DM.

Zwar weisen verschiedene IG Metall-Sprecher in kämpferischen Reden vor streikenden Stahlarbeitern auf diese Tatbestände hin — bei den sogenannten ,,Spitzengesprächen'' jedoch wurde nicht eingeklagt, daß die Konzerne selbst zur Kasse gebeten werden. Im Gegenteil: durch die Sozialisierung der Verluste bei Betriebsstillegungen oder -rationalisierungen und das Abwälzen der Sozialplankosten auf den Staat springt für die Kapitalisten noch ein profitables Geschäft heraus.

Gegenüber dieser offiziellen Konfliktvermeidungsstrategie und dem Bestreben nach einer ,,sozial verträglichen'' Lösung der Stahlkrise blieben Forderungen von linken und oppositionellen Gewerkschaftern und Betriebsräten in der Minderheit. So die Forderungen nach Rationalisierungsschutzabkommen, wie sie in der Druckindustrie erkämpft werden konnten oder Forderungen nach dem Abbau der Überstunden und insgesamt erträglicheren Arbeitsbedingungen zur Verringerung der Arbeitshetze. Linke Gewerkschafter werfen ihren Vorständen gleichfalls vor, die Forderung nach einer Vergesellschaftung der Stahlindustrie nicht genügend popularisiert zu haben, obwohl dies offizielle Programmatik der IG Metall ist. Nur ansatzweise werden langfristigere Lösungen vorgeschlagen, wie etwa die Umbaumaßnahmen und Produktionsumstellungen für die Maxhütte in der Oberpfalz.

Die generelle Linie der Vernichtung von Arbeitsplätzen und einer ,,sozialen Abfederung'', die der Staat zu finanzieren hat, ist vorgegeben. Bei den bereits stattgefundenen zahlreichen Streiks und Protestdemonstrationen der Stahlarbeiter in den bedrohten Standorten — besonders in der Oberpfalz und in Hattingen sowie im Ruhrgebiet — ging es um den Erhalt von Arbeitsplätzen, während sich die IG Metall-Führung bereits mit dem schrittweisen Abbau von 20.000 Arbeitsplätzen abgefunden hat. Es wird allein von der weiteren Kampfbereitschaft der Stahlarbeiter abhängen, Kapitalisten und Bundesregierung zu Zugeständnissen hinsichtlich des Ausmaßes der Entlassungen und hinsichtlich der Ausgestaltung der Sozialpläne zu zwingen. Das ist angesichts der Krise, der wilden Entschlossenheit der Stahlkonzern-Manager und einer IG Metall-Führung, die eine konsensuale Lösung bevorzugt, ein sehr schwieriges Unterfangen.

D. / Westberlin

Anmerkungen:

(1) Vergl. Teil 1 dieses Artikels in Arbeiterkampf Nr. 285/August 1987

(2) Dabei reicht der „Cash-flow", also der Jahresumsatzüberschuß bei Hoesch aus, um binnen zwei Jahren alle Verluste abzugleichen.

(3) Das Mittel der Frühpensionierungen der über 55-jährigen Arbeiter wurde bereits während der letzten Stahlkrise praktiziert, so daß die Anzahl der gegenwärtig über 55-jährigen Arbeiter, die in Stahlwerken beschäftigt sind, nur noch gering ist. Daher die zeitliche Streckung auf drei Jahre, bis weitere Arbeiter das zwangsweise Alter der Frühpensionierung erreicht haben werden.

Quellen:

Grünert 1985: Grünert, H.; Kapitalistische Stahlkrise und Veränderung von Monopolstrukturen in der BRD, in: IPW-Berichte 5/1985, Berlin (DDR)

Stat. Jahrbuch 1986: Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1986, Wiesbaden

WW 14/87: Wirtschaftswoche 14/1987, sowie diverse weitere Ausgaben der Jahrgänge 1985-1987

Die Zeit, Frankfurter Rundschau, Frankfurter Allgemeine, Tageszeitung, diverse Ausgaben

Die Grünen, Stahlforum der Grünen im Bundestag am 25.4.87 in Bonn, Beiträge und Materialien

Ein historisches Papier von SPD und SED

Ob ein Ereignis ,,historisch'' genannt werden kann, hat sich bisher meist erst Jahre oder Jahrzehnte danach herausgestellt. Bei der Begebenheit, von der hier die Rede sein soll, stand nicht nur für die ,,UZ'' *sofort* fest, daß etwas ,,wahrhaft historisches'' geschehen war. Die SPD-Grundwertekommission, in der Partei zuständig für ebenso ausgewogene wie unverbindliche Formulierungen zu allgemeinen Problemen des Zeitgeschehens, und die Aka-

aus Berlin (DDR) nicht einmal als Dissens in den SPD/SED-Text eingebracht. Stattdessen serviert die sozialdemokratische Seite im gemeinsamen Elaborat Schwadroniererei über die ,,*Rechtfertigung sowjetischer Machtansprüche*'', ohne daß die SED auch nur mit einer Andeutung über den amerikanischen Imperialismus gekontert hätte.

Daß sie sich bemüht haben und fleißig waren, soll den Genossen beider

tretend für die westliche Demokratie (die niemals einen Reagan und seinen Partner Schmidt hervorbrachte) und sie spricht für ihre eigenen Beschlüsse, in denen die Höhe des Rüstungsetats nur geringfügig unter dem liegt, was die CDU/CSU veranschlagt.

Man muß von den SED-Diplomaten nicht erwarten, daß sie ihre SPD-Gesprächspartner darauf hinweisen, daß es schon immer zweitrangig war,

Ein historisches Papier von SPD und SED

Ob ein Ereignis ,,historisch'' genannt werden kann, hat sich bisher meist erst Jahre oder Jahrzehnte danach herausgestellt. Bei der Begebenheit, von der hier die Rede sein soll, stand nicht nur für die ,,UZ'' *sofort* fest, daß etwas ,,wahrhaft historisches'' geschehen war. Die SPD-Grundwertekommission, in der Partei zuständig für ebenso ausgewogene wie unverbindliche Formulierungen zu allgemeinen Problemen des Zeitgeschehens, und die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED haben sich in langen Verhandlungen auf ein 17-seitiges Papier mit dem Titel ,,Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit'' geeinigt. Der Text beginnt mit dem Satz: ,,*Unsere weltgeschichtlich neue Situation besteht darin, daß die Menschheit nur noch gemeinsam überleben oder gemeinsam untergehen kann*''. Das Bemerkenswerte an der Entdeckung des ,,neuen'' Kontinents Amerika durch Columbus war der Umstand, daß der Erdteil den Europäern bis dahin völlig unbekannt war. Was in diesem Fall als ,,neue'' Situation beschrieben wird, ist faktisch schon seit Jahrzehnten durch die Anhäufung von Atomwaffen Realität und Gegenstand vieler Erörterungen. Was folgt daraus, fragt man sich, und liest weiter. Es ist, als blättere man in einer Kirchentagsrede: ,,*Frieden, Beendigung des Wettrüstens, Entspannung liegen im Interesse beider Systeme, aller Staaten und aller Völker, der gesamten Menschheit ... Beide Systeme müssen sich gegenseitig für friedensfähig halten*'', während US-Kriegsschiffe im Persischen Golf nach der nächsten Mine suchen. Es müsse alles vermieden werden, ,,*was die andere Seite als prinzipiell unfriedlich oder zum Frieden unfähig erscheinen ließe*''. Prinzipiell, also grundsätzlich ist der Imperialismus friedlich und zum Frieden fähig. Professor Jürgen Kuczynski, nicht gerade ein Einfaltspinsel unter den SED-Genossen, schrieb unlängst, Abrüstung sei ,,*eine Notwendigkeit, wenn ein vom Monopolkapital beherrschter Staat seine Position in der Welt des Kapitals halten oder verbessern will*'' (,,Horizont'', Nr. 6/1987). Zu solchen Fehlleistungen gelangt man nur, wenn das Wunschdenken die Analyse schon eine Weile überwuchert hat. Otto Reinhold von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beeilte sich freilich, nach der Veröffentlichung des Papiers in einem ,,Spiegel''-Gespräch, darauf hinzuweisen, ,,*daß der Imperialismus, die Macht der Monopole immer Expansionsstreben hervorbringt*'' (,,Spiegel'', 36/87). Selbst diese moderate Formulierung, die das undiplomatische Wort Krieg vermeidet, haben die Kollegen Gesellschaftswissenschaftler aus Berlin (DDR) nicht einmal als Dissens in den SPD/SED-Text eingebracht. Stattdessen serviert die sozialdemokratische Seite im gemeinsamen Elaborat Schwadroniererei über die ,,*Rechtfertigung sowjetischer Machtansprüche*'', ohne daß die SED auch nur mit einer Andeutung über den amerikanischen Imperialismus gekontert hätte.

Daß sie sich bemüht haben und fleißig waren, soll den Genossen beider Seiten nicht abgesprochen werden. Ihr unterschiedliches Demokratieverständnis haben die Ideologen der beiden mitgliederstärksten Parteien der Arbeiterbewegung auf deutschem Boden so schön in wenige Zeilen gepreßt, daß ihnen noch Generationen von Lehrern der BRD-Gemeinschaftskunde und der DDR-Staatsbürgerkunde dafür dankbar sein werden.

Doch nicht nur Meinungsverschiedenheiten, auch echte, tiefgehende Gemeinsamkeiten hält das historische Papier für spätere Bände der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung fest. Ob sie ihrem Politbüro folgen oder ihrem Parteivorstand, deutsche Sozialdemokraten und Kommunisten sind ,,*für die soziale Beherrschung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts*'', für die ,,*Entwicklung lebendiger Demokratie*'', eine ,,*Weiterentwicklung der Menschenrechte*'' und eine ,,*auch gegenüber den nachkommenden Generationen verantwortbare Gestaltung des Verhältnisses von Ökonomie und Ökologie, von Mensch und Natur*''.

Nur Überresten von Sektierertum kann es geschuldet sein, daß beide Parteien es versäumten, für diese zentralen Passagen ihrer Erklärung alle Fraktionen des Deutschen Bundestages und der Volkskammer der DDR als Mitunterzeichner zu gewinnen. Wo deutsche Sozialisten in derart historisch-konkreter Weise für das Gute und gegen das Böse Partei ergreifen, darf auch die Berufung auf ,,*das humanistische Erbe Europas*'' nicht fehlen. Das schließt offenbar das Bekenntnis zu der jeden progressiven Schiller-Verehrer beschämenden ,,Glocke'' ein: ,,Von der Stirne heiß, rinnen muß der Schweiß'' — zumindest bei Passagen wie dieser: ,,*Da die Sozialdemokraten den Verfassungskonsens der westlichen Demokratie mittragen, auch wenn sie niemals die Verantwortung für andere, konkurrierende Kräfte übernehmen können, sprechen sie in vielen Fragen stellvertretend für die westliche Demokratie*''. Die SPD ist eine Partei der NATO, kann aber niemals etwas dafür, wenn NATO-Armeen auf Falkland, in Grenada, Libyen oder am Golf bomben, schießen und morden. Die SPD spricht stellvertretend für die westliche Demokratie (die niemals einen Reagan und seinen Partner Schmidt hervorbrachte) und sie spricht für ihre eigenen Beschlüsse, in denen die Höhe des Rüstungsetats nur geringfügig unter dem liegt, was die CDU/CSU veranschlagt.

Man muß von den SED-Diplomaten nicht erwarten, daß sie ihre SPD-Gesprächspartner darauf hinweisen, daß es schon immer zweitrangig war, ob ein Mitglied einer Bankräubergruppe einen Kassierer mit der Knarre bedroht oder nur Schmiere steht. Aber man hätte von Kommunisten zumindest erwarten können, daß sie dafür sorgen, daß die Mitglieder ihrer Partei von solchen Kalauern in einem gemeinsamen Papier mit Sozialdemokraten verschont werden.

Die Reaktionen auf die Veröffentlichung des SPD/SED-Textes waren keineswegs so ,,heftig'', wie DKP-Pressesprecher Kurt Schacht sich selbst und anderen einredete (,,UZ'', 29.8.). Geißler warf der SPD vor, sie habe mit dem Text ,,fundamentale Unterschiede verwischt'', die klugen Bourgeois von der FAZ finden das Ding ,,zwiespältig'', weil sie hoffen, daß durch dessen Veröffentlichung in der DDR-Presse das eh schon illusionäre und schwärmerisch positive Bild vieler DDR-Bürger und auch mancher SED-Genossen von der ,,sozialistischen'', ,,linken'' Arbeiterpartei SPD noch ein bißchen aufpoliert wird. ,,*Erstmals seit sieben Jahrzehnten gibt es von Sozialdemokraten und Kommunisten ein gemeinsames Papier zu grundlegenden ideologischen und politischen Fragen unserer Zeit*'', schreibt Kurt Schacht in der UZ (2.9.).

Dieses ,,*ideologisch brisante Dokument*'' (,,Frankfurter Rundschau'', 28.8.) von SPD und SED enthält weder eine Analyse noch auch nur eine einzige konkrete Forderung. Die Länge des Textes füllt mehr als eine Zeitungsseite, der Inhalt strebt gegen Null. Dies Papierchen ist historisch so bedeutsam wie der ,,Orientierungsrahmen 85'' der SPD aus der Mitte der siebziger Jahre. Friedenspolitik betreiben SED und KPdSU heute als Bäckerei für ziemlich kleine Brötchen. Niemand kann ihnen in der heutigen Situation, da der revolutionäre Aufstand des Proletariats in den imperialistischen Ländern nicht gerade vor der Tür steht, verübeln, alle Möglichkeiten für Dialoge und den Abbau von Konfrontationen zu nutzen. Es gibt allerdings keinen Grund, Beifall zu klatschen, wenn das Angebot zur nuklearen ,,Null-Lösung'' mit einer intellektuellen Null-Variante ergänzt wird.

Gerd Eggeling

Glasnost und UdSSR-Geschichte:

Noch viele weiße Flecken

„Die ganze Wahrheit" müsse über die Geschichte der UdSSR gesagt werden, hat Gorbatschow im April beim Besuch seines polnischen Kollegen Jaruzelski versprochen; „weiße Flecken" in der Geschichte dürfe es nicht mehr geben. Der Anlaß war gut gewählt, denn gerade die Geschichte der sowjetisch-polnischen Beziehungen ist reich an Tabu-Zonen. Ob sich das in absehbarer Zeit wirklich wesentlich ändern wird, bleibt abzuwarten. Bisher sieht es noch nicht danach aus.

Beispiel 1: Auf einer gemeinsamen sowjetisch-polnischen Pressekonferenz in Warschau Anfang September wurde zwar ganz allgemein von „schwierigen Momenten" in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten gesprochen, aber eine konkrete Zwischenfrage nach dem Massaker von Katyn wurde überhört und blieb unbeantwortet. Im Wald von Katyn waren im 2. Weltkrieg Tausende polnischer Offiziere, die 1939 in sowjetische Kriegsgefangenenschaft geraten waren, erschossen worden. (siehe Kasten)

Beispiel 2: Zum Jahrestag des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags von 1939 gab es Ende August Demonstrationen in den drei baltischen Sowjetrepubliken. In einer geheimen Zusatzklausel des Vertrags waren die damals noch selbstständigen Staaten Estland, Lettland und Litauen als Teil der sowjetischen Einflußzone definiert worden, worauf 1940 die direkte Annektion folgte. Aufgrund desselben Geheimabkommens beteiligte sich die UdSSR im September 1939 am Krieg gegen Polen und eignete sich den Ostteil des Landes an. Die sowjetische Geschichtsschreibung ignoriert nach wie vor die Existenz der Zusatzklausel, auch wenn die alte Behauptung, es handele sich um eine antisowjetische Fälschung, nicht mehr zu hören und zu lesen ist. Die sowjetische Geschichtsschreibung rechtfertigt darüber hinaus die Annektion der baltischen Staaten mit der zumindest schönfärberischen Behauptung, es habe sich um einen freiwilligen Anschluß der baltischen Völker an die UdSSR gehandelt. So war es auch jetzt wieder aus den sowjetischen Medien zu vernehmen. Zugleich wurden die Demonstrationen als „subversive Umtriebe" angegriffen, hinter denen westliche Geheimdienste und pro-faschistische Emigranten gestanden hätten. Dies zeigt, ebenso wie die zum Teil heftigen Reaktionen auf die tatarischen Manifestationen im Juli, daß die KPdSU sich auch im Zeichen von Perestroika und Glasnost schwer tut, auf die nationalen Widersprüche im Land gelassen und sachlich zu reagieren. Es ist vor diesem realpolitischen Hintergrund sicher kein Zufall, daß in Gorbatschows Reden die Aussagen zu den Nationalitätenproblemen in der UdSSR höchst dürftig bis fragwür-
sprüche im Land gelassen und sachlich zu reagieren. Es ist vor diesem realpolitischen Hintergrund sicher kein Zufall, daß in Gorbatschows Reden die Aussagen zu den Nationalitätenproblemen in der UdSSR höchst dürftig bis fragwür-
dig ausgefallen sind: Während Lenin nicht müde wurde, vor dem „großrussischen Chauvinismus" als Hauptgefahr zu warnen, legt Gorbatschow den Schwerpunkt auf nationalistische „Abweichungen" unter den kleineren, nicht-russischen Völkern der UdSSR.

Gorbatschow hat sich bisher auffallend zurückgehalten, in die neu in Gang gekommene historische Debatte um die Zeit des „Stalinismus" persönlich einzugreifen. Der Name Stalin ist bisher in Gorbatschows Reden überhaupt noch nicht gefallen, weder im positiven noch im negativen Sinn. Seine Anspielungen auf die „stalinistische" Ära sind durch Behutsamkeit und Ausgewogenheit gekennzeichnet: neben den negativen Erscheinungen wird der Stolz auf das in der UdSSR erreichte immer wieder betont. Sein bisher deutlichstes Urteil formulierte Gorbatschow im Juli vor Kadern aus den Bereichen Medien und Kultur: niemals könne man verzeihen oder rechtfertigen, „*was in den Jahren 1937 bis 1938 geschah. Niemals. Die Verantwortung dafür tragen jene, die damals an der Macht waren.*"

An dieser Aussage fallen zwei Dinge auf: Zum einen reduziert Gorbatschow seine Schuldzuweisung auf die Machthabenden, grenzt sich indirekt also ab gegen Hypothesen einer gesellschaftlichen Mitverantwortung für die damalige Politik. Außerdem spricht er lediglich die beiden Jahre 1937-38 an, als der „stalinistische" Terror seinen Höhepunkt erreichte. Der erste der großen Moskauer Prozesse — gegen das „trotzkistisch-sinowjewistische terroristische Zentrum" — hatte aber schon 1936 stattgefunden, und der historisch umstrittene Zeitraum begint spätestens Ende der 20er Jahre, mit der erzwungenen Kollektivierung der Landwirtschaft. Gorbatschows Formulierung „1937-38" engt also die Fragestellung, wie sie heute schon von einigen sowjetischen Historikern aufgeworfen wird, künstlich ein. Das muß nicht bedeuten und scheint bisher auch nicht zu bedeuten, daß der historischen Debatte wirklich nur ein so enger Rahmen gesteckt werden soll. Es deutet aber darauf hin, daß Gorbatschow, völlig anders als Chruschtschow in den 50er und frühen 60er Jahren, diese Debatte nicht als Protagonist vorantreiben will, sondern sie eher den Fachleuten zuweist. Das heißt, die Stalinismus-Debatte soll, im Gegensatz zu damals, jetzt nicht zum Objekt der Tagespolitik und einer die Gesellschaft erschütternden Polarisierung gemacht werden. Das kann der wissenschaftlichen Erforschung der historischen Tatsachen eigentlich nur gut tun, falls sich diese ansonsten frei entfalten könnte. Gorbatschow hat gewiß recht, wenn er sagt, über die sowjetische Geschichte müsse man „*ohne Sensationen, ernsthaft und verantwortungsvoll*" reden, „*weil über solche Dinge weder mit Spott noch mit Zorn gesprochen werden darf.*" Die Frage ist nur, wieweit die Historiker sich wirklich von den Zwängen der politischen Vorgaben und Rücksichten freimachen können.



Chruschtschow: der erste Versuch

Chruschtschow: der erste Versuch

Um die Dimension der im Zeichen von Glasnost neu begonnenen historischen Debatte richtig einschätzen zu können, ist der Vergleich mit Chruschtschows „Entstalinisierung" nötig. Dieser Vergleich relativiert nämlich vieles, was heute als beispiellose Kühnheit und Beschreiten völlig neuer Wege überbewertet wird.

Stalin starb 1953, und bereits wenige Monate nach seinem Tod begann eine praktische „Entstalinisierung", vor allem in der Form, daß große Teil des alten Polizeiapparats zerschlagen wurden. Das spektakulärste Signal dieser Wende war die Hinrichtung des Innenministers Berija Ende 1953, der zum Hauptschuldigen für alle unrechtmäßigen Polizeipraktiken der Vergangenheit aufgebaut wurde.

Auf dem 20. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 rechnete Chruschtschow in einer internen Rede vor den Delegierten erstmals umfassend mit Stalin ab. Diese Rede wurde wenig später westlichen Medien zugespielt und dort publiziert. In der UdSSR wurde zeitweise sogar ihre Existenz bestritten, und sie ist dort bis heute nicht veröffentlicht worden. (siehe Kasten)

Ein erster öffentlicher Reflex der Chruschtschow-Rede war ein Artikel der Parteizeitung „Prawda" am 28. März 1956: „Warum ist der Personenkult dem Geist des Marxismus-Leninismus fremd?". Zunächst werden dort die „*unbestreitbaren großen Verdienste*" Stalins hervorgehoben, zu denen auch die „*historischen Siege im unversöhnlichen ideologischen Kampf gegen verschiedene dem Leninismus feindliche politische Strömungen — die Trotzkisten, Sinowjewisten, die rechten Opportunisten, die bürgerlichen Nationalisten*" gezählt werden. Die Kritik an Stalin wird fast ausschließlich auf den „Personenkult" und auf den „letzten Lebensabschnitt" Stalins beschränkt. Konkret angesprochen werden als Folge des Personenkults lediglich „*ernste Fehler in der Leitung der Landwirtschaft*" — die auch nicht genauer bezeichnet werden.

Am 2.Juli 1956 veröffentlichte die „Prawda" einen Beschluß des ZK der KPdSU vom 30. Juni „Über die Überwindung des Personenkults und seiner Folgen". Erneut wird betont, Stalin habe „*als Theoretiker und hervorragender Organisator an der Spitze des Kampfes der Partei gegen die Trotzkisten, die rechten Opportunisten, die bürgerlichen Nationalisten, gegen die Machenschaften der kapitalistischen Einkreisung*" gestanden. Falsch sei aber die Formel Stalins von der Verschärfung des Klassenkampfs im Sozialismus gewesen, die zwar „*für bestimmte Etappen der Übergangsperiode richtig war*", aber von Stalin in einer Situation vorgebracht worden sei (1937), als „*der Sozialismus in unserem Land bereits gesiegt hatte, als die Ausbeuterklassen und ihre wirtschaftliche Basis liquidiert waren.*" Diese Formel Stalins habe als „*Begründung für krasseste Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit und für Massenrepressalien*" gedient. „*Durch die Ränke der Feinde*" (die Gruppe um Berija, der aber erst im Dezember 1938 Innenminister und Polizeichef wurde)
senrepressalien" gedient. „Durch die Ränke der Feinde" (die Gruppe um Berija, der aber erst im Dezember 1938 Innenminister und Polizeichef wurde)
„*wurden viele ehrliche Kommunisten und parteilose Sowjetmenschen verleumdet und trugen unschuldigerweise einen Schaden davon.*" Keine weitere Aussage zu diesem Thema!

Der Rest der Resolution beschäftigt sich mit der Argumentation, daß der „Personenkult" erstens nicht durch die Natur der sowjetischen Gesellschaft verursacht worden sei und diese zweitens auch nicht verändert habe. Ferner: Warum trat keiner der damaligen Spitzenfunktionäre Stalin entgegen? Antwort der ZK-Resolution: Stalin war damals so populär, daß jedes Auftreten gegen ihn vom Volk nicht verstanden und nicht unterstützt worden wäre.

Die nächste wichtige Station der „Entstalinisierung" war Chruschtschows Schlußrede auf dem 22. Parteitag 1961. Inzwischen waren die Politbüromitglieder Molotow, Kaganowitsch, Malenko und Woroschilow als „parteifeindliche Gruppe" ausgeschaltet worden. Chruschtschow machte sie nun für den bisherigen schleppenden Gang der „Entstalinisierung" verantwortlich: Sie seien vor dem 20. Parteitag überhaupt dagegen gewesen, die Stalin-Frage aufzurollen. Auch nach dem 20. Parteitag hätten sie „*aus Leibeskräften die Klärung der Fälle des Mißbrauchs der Macht gehemmt, aus Angst, daß ihre Rolle als Mitschuldige an den Massenrepressionen an den Tag kommen werde.*"

Chruschtschow ging in seiner Rede vor dem 22. Parteitag sehr viel weiter als alles bis dahin der sowjetischen Öffentlichkeit zugängliche Material. Er sprach nun davon, daß die Massenre-

Fortsetzung nächste Seite

Die Moskauer Prozesse

Bis zum Ende der 20er Jahre hatte Stalin alle gegnerischen Positionen in der Parteispitze ausgeschaltet. Sie waren ohne Macht an den Rand der Partei gedrängt oder wie Trotzki aus dem Land getrieben, als 1936-38 in drei großen Prozessen ihre physische Vernichtung betrieben wurde.

Der erste dieser Prozesse fand im August 1936 statt. Es gab 16 Angeklagte, unter ihnen die ehemaligen Politbüromitglieder Sinowjew (Komintern-Vorsitzender 1919-25) und Kamenjew. Alle wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die Anklage behauptete, die 16 seien Mitglieder einer von Trotzki und Sinowjew gegründeten terroristischen Geheimorganisation gewesen, die die Ermordung der sowjetischen Partei- und Staatsführer geplant habe.

Im Januar 1937 standen die nächsten 17 vor Gericht. Darunter die ehemaligen Spitzenfunktionäre Pjiatakow und Sokolnikow sowie Karl Radek, der Anfang der 20er Jahre für die Komintern in Deutschland gearbeitet hatte. Es gab 13 vollstreckte Todesurteile und vier Haftstrafen von 8-10 Jahren. Den Angeklagten wurde vorgeworfen, sie hätten ein von Trotzki gesteuertes zweites Verschwörerzentrum gebildet. Ihre Aufgabe sei es gewesen, Sabotageakte zu organisieren und Mordanschläge vorzubereiten. Ziel sei gewesen, mit Hilfe der faschistischen Staaten Deutschland und Japan die Sowjetmacht zu stürzen.

Im März 1938 folgte ein Prozeß gegen 21 Angeklagte. Unter ihnen die ehemaligen Politbüromitglieder Bucharin (Kominternvorsitzender 1925-28; nach Lenins Ansicht einer der begabtesten Theoretiker der KPdSU), Rykow und Krestinkij sowie Jagoda, der von 1934 bis 1936 Innenminister und Chef der Geheimpolizei gewesen war. Es gab 18 Todesurteile. Die Konstruktion der Anklage war nun noch monströser: Die Gruppe habe im Auftrag Trotzkis und der Geheimdienste feindlicher Staaten Sabotage, Terrorismus und Spionage betrieben, um die Sowjetmacht zu stürzen und die Herrschaft der Bourgeoisie wiederherzustellen. Die Verschwörer seien bereit gewesen, den Imperialisten große Teile der UdSSR (Ukraine, Weißrußland, Georgien, Armenien u.a.) abzutreten. Trotzki, so behauptete nun die Anklage, habe schon seit 1921 mit dem deutschen und seit 1926 auch mit dem britischen Geheimdienst zusammengearbeitet. Auch zum japanischen Geheimdienst hätten die Trotzkisten Verbindungen gehabt.

Die Prozesse sind bis heute nicht aufgerollt, die Angeklagten nicht rehabilitiert worden.

Was geschah in Katyn?

Zu den immer noch tabuisierten historischen Altlasten auf den sowjetisch-polnischen Beziehungen gehört das Massaker von Katyn.

Am 13. April 1943 meldeten die deutschen Nachrichtenmedien, daß im Wald von Katyn, nahe der sowjetischen Stadt Smolensk, die Leichen von mehreren Tausend polnischen Militärangehörigen, großenteils Offizieren, in Massengräbern gefunden worden seien. Das Massaker sei von den „Bolschewisten" verübt worden.

Die Toten gehörten, soweit besteht Übereinstimmung, zu den über 200.000 Kriegsgefangenen, die sich der Roten Armee beim Einmarsch nach Ostpolen im September 1939 ergeben hatten. Nach dem deutschen Überfall auf die UdSSR im Juni 1941 war es zu einer sowjetisch-polnischen Annäherung gekommen. Die Kriegsgefangenen wurden entlassen, um für den Neuaufbau polnischer Streitkräfte an der Seite der Alliierten zur Verfügung
auf die UdSSR im Juni 1941 war es zu einer sowjetisch-polnischen Annäherung gekommen. Die Kriegsgefangenen wurden entlassen, um für den Neuaufbau polnischer Streitkräfte an der Seite der Alliierten zur Verfügung
zu stehen. Dabei stellte sich bald heraus, daß der Verbeib von rund 15.000 Gefangenen, mehrheitlich Offiziere, nicht aufzuklären war. Ihr Schicksal ließ sich soweit rekonstruieren, daß sie sich zunächst in drei sowjetischen Lagern befunden hatten, die aber zwischen April und Juni 1940 aufgelöst worden waren. Damals brach auch der Briefkontakt zu diesen Gefangenen ab. Auf ständige Nachfragen bekamen die Polen in den Jahren 1941-42 von sowjetischer Seite nur die Auskunft: Man wisse gar nichts, vermutlich seien diese Gefangenen geflohen.

In diese Situation platzte die Meldung der Nazi-Propaganda. Zwei Tage später gab die UdSSR eine amtliche Erklärung ab: polnische Kriegsgefangene, die 1941 zu Bauarbeiten westlich von Smolensk eingesetzt gewesen seien, seien in die Hände der vorrückenden Deutschen gefallen und von diesen ermordet worden. Davon war bisher aber nie die Rede gewesen.

Als die polnische Exilregierung in London diese Version nicht einfach akzeptierte, sondern eine Untersuchung durch das Internationale Rote Kreuz forderte, brach die UdSSR die Beziehungen ab, was praktisch der erste Schritt zum Aufbau einer prosowjetischen Gegenregierung war.

Es fanden an den Massengräbern zwei Untersuchungen statt. Die erste Ende April 1943 unter deutscher Regie, die zweite nach der Befreiung des Gebiets im Spätsommer 1943 durch die UdSSR. Beide brachten die jeweils von vornherein zu erwartenden Ergebnisse.

Alle Indizien zusammengenommen
stellen aber eine fast lückenlose Be-
die zweite nach der Befreiung des Gebiets im Spätsommer 1943 durch die UdSSR. Beide brachten die jeweils von vornherein zu erwartenden Ergebnisse.
Alle Indizien zusammengenommen
stellen aber eine fast lückenlose Beweiskette für eine sowjetische Verantwortlichkeit dar. Die sowjetische Version ist äußerst unwahrscheinlich, denn wie hätten im Durcheinander der Kriegshandlungen 1941 Tausende polnischer Kriegsgefangener *geschlossen* in die Hände der Deutschen fallen können, ohne daß wenigstens einige hätten flüchten können? Es ist aber von den 15.000 Verschwundenen kein einziger Überlebender aufgetaucht.

Aber schön war es doch!

„Wie viele Veränderungen haben sich nach unserer Revolution — nicht nur in unserem Lande, sondern auch in der ganzen Welt — vollzogen, welche Prozesse hat sie doch eingeleitet! Und all das muß man mit einem weiten Blick sehen, man darf sich nicht irgendwelchen einseitigen Vorstellungen und Stimmungen hingeben. Auf denen können wir unser Verhältnis zu allem, was nach dem Oktober war, nicht aufbauen. So, Genossen, kann man überhaupt in die Irre geraten. Ich denke, daß wir niemals verzeihen oder rechtfertigen können oder sollten, was in den Jahren 1937 bis 1938 geschah. Niemals. Die Verantwortung dafür tragen jene, die damals an der Macht waren.

Doch das, Genossen, kann all das nicht herabsetzen, was wir heute haben, was die Partei und das Volk geleistet haben, die diese Prüfungen durchliefen. Die Verluste waren erheblich, waren groß. Wir wissen, was die Jahre 1937-1938 brachten, welchen Schlag sie gegen die Kader in der Partei, unter den Angehörigen der Intelligenz und gegen die Militärkader bedeuteten. Und dennoch sind wir verpflichtet zu sehen, welch gewaltige Kraft im Sozialismus steckt, in unserer Ordnung, die dem standgehalten hat, in den Kampf gegen den Nazismus gegangen ist und gesiegt hat. Deshalb muß über unseren 70. Jahrestag mit Stolz auf unser großes Volk, seine Geschichte und seine Heldentaten gesprochen werden.

Wir sagen die Wahrheit und nur die Wahrheit. Wir sind stolz auf jeden von uns durchlebten Tag. Und jeder Tag ist uns teuer, sei er auch noch so schwer gewesen, weil das unsere Schule der Geschichte, unsere historischen Lehren sind."

(Gorbatschow auf einem Treffen mit den Leitern der Massenmedien und der Berufsverbände der Kulturschaffenden)

Chruschtschows Geheimrede

Auf dem 20. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 sprach Nikita Chruschtschow in interner Rede erstmals umfassend über die „Fehler Stalins". Die Hauptpunkte waren:

— **Lenins „Testament"**. Im Dezember 1922 warnte Lenin in einem Brief an den Parteitag davor, daß Stalin, zu dieser Zeit Generalsekretär der KPdSU, zum Mißbrauch der in seinen Händen konzentrierten „gewaltigen Macht" neigen könnte. Lenin schlug vor, Stalin durch einen „geduldigeren, loyaleren, höflicheren" Mann abzulösen. Dieser Brief wurde den Delegierten des 13. Parteitags bekanntgegeben, die sich aber für die Belassung Stalins auf seinem Posten entschieden. In der Tat habe Stalin im Kampf gegen „Trotzkisten", „Sinowjewisten" und „Bucharinisten" in den 20er Jahren zunächst eine positive Rolle gespielt. Bemerkenswert sei, daß in diesem Kampf *„noch keine radikalen Unterdrückungsmaßnahmen angewandt wurden"*.

— **Die „Säuberungen" der 30er Jahre.** In den Jahren 1935-38 habe die Massenunterdrückung begonnen. Zunächst habe sie sich noch gegen die „Feinde des Leninismus" gerichtet, *„obwohl diese von der Partei längst politisch besiegt worden waren"*, habe dann aber auch *„zahlreiche aufrechte Kommunisten"* erfaßt. Es müsse festgestellt werden, *„daß auch bei Personen, die seinerzeit in Widerspruch zur Parteilinie geraten waren, oft keine stichhaltigen Gründe für ihre physische Vernichtung vorlagen."* Lenin sei, wie Chruschtschow an konkreten Beispielen veranschaulichte, mit solchen Menschen und solchen politischen Widersprüchen völlig anders umgegangen. Eine Parteikommission zur Untersuchung der Massenunterdrückung sei eingesetzt worden. Man habe festgestellt, daß von den auf dem 17. Parteitag (1934) gewählten 139 Mitgliedern und Kandidaten des ZK 98 Personen, gleich 70 %, in den Jahren 1937-38 verhaftet und erschossen wurden. Von den 1966 Delegierten des 17. Parteitags seien 1108 als angebliche Konterrevolutionäre verhaftet worden. Von 1936 auf 1937 sei die Anzahl der Verhaftungen unter dem Vorwurf konterrevolutionärer Verbrechen auf das Zehnfache angestiegen. *„Ein großer Teil dieser Urteile wird gegenwärtig überprüft, und ein großer Teil von ihnen wird annulliert, da sie unbegründet sind und auf Fälschungen beruhen."* Chruschtschow nannte in diesem Zusammenhang zahlreiche Namen als zu Unrecht Inhaftierte und Ermordete, erwähnte aber keinen der in den 30er Jahren „liquidierten" alten KPdSU-Führer wie Sinowjew, Kamenew, Bucharin u.a.

— **Stalin und der Krieg**. Stalin habe sich vor dem deutschen Überfall vom Juni 1941 gegenüber allen, zum Teil sehr konkreten, Warnungen völlig leichtfertig verhalten. Er habe sogar befohlen, solchen Informationen keinen Glauben zu schenken, um nicht einen deutschen Angriff zu provozieren. Aus dem gleichen Grund habe Stalin im Grenzgebiet keinerlei Verteidigungsvorbereitungen treffen lassen. Sehr ernste Konsequenzen habe besonders in den ersten Kriegswochen die Tatsache gehabt, daß in den Jahren 1937-41 zahlreiche militärische Führer *liquidiert* worden seien. Stalin habe sich angesichts der Niederlagen defätistisch verhalten und sich in Passivität geflüchtet. Als militärischer Führer sei er verständnislos und inkompetent gewesen.

— **Massendeportationen**. In den Jahren 1943-44 seien auf Veranlassung Stalins ganze Völker, ohne jede Ausnahme, aus ihren Heimatgebieten in weit entfernte Regionen deportiert worden. *„Kein Marxist-Leninist und überhaupt kein vernünftiger Mensch kann verstehen, wie es möglich ist, ganze Völker samt Frauen und Kindern, alten Leuten, Kommunisten und Komsomolzen für feindliche Handlungen verantwortlich zu machen, Massenrepressalien gegen sie anzuwenden und sie wegen der Schädlingsarbeit Einzelner oder kleinerer Gruppen der Not und dem Elend auszusetzen."* - Bemerkenswert ist, daß Chruschtschow in diesem Zusammenhang eine Reihe von kleineren Völkern nannte, aber nicht die damals gleichfalls deportierten Krim-Tataren erwähnte, die kürzlich mit Demonstrationen in Moskau auf sich aufmerksam machten.

— **Nach dem Krieg**. Die Situation sei nach Beendigung des Krieges „sogar noch komplizierter" geworden, Stalin sei „noch launischer, reizbarer und brutaler" wie auch mißtrauischer geworden. Chruschtschow sprach an dieser Stelle mehrere Prozesse und „Säuberungen" der Nachkriegszeit an und nannte eine Reihe von Personen namentlich als unschuldige Opfer.

— **Jugoslawien**. 1948 kam es zum Bruch zwischen der UdSSR und Jugoslawien, eine heftige gegenseitige Polemik begann. Das ZK der KPdSU habe sich nunmehr sehr gründlich mit der Angelegenheit befaßt und sei zum Schluß gekommen, daß Stalin auch dabei eine schlechte Rolle gespielt habe. An der ganzen Affäre sei nichts gewesen, was nicht durch eine Diskussion unter Genossen lösbar gewesen wäre. Der Bruch wäre also vermeidbar gewesen. Das solle nicht heißen, daß die jugoslawischen Führer nicht auch Fehler gemacht hätten, aber diese seien von Stalin monströs aufgebauscht worden. Die Normalisierung der Beziehungen zu Jugoslawien sei inzwischen eingeleitet worden.

30er Jahre werden nicht einmal erwähnt.

Die Geschichtsschreibung der UdSSR ist zu erheblichen Teilen auf einer vorkapitalistischen Stufe stehengeblieben, als Geschichte nicht als möglichst exakte Wissenschaft betrieben wurde, sondern sich mit der Mythologie vermischte. Menschen, die eine zentrale Rolle in der Oktoberrevolution und in den Auseinandersetzungen der 20er Jahre gespielt haben, werden zu Unpersonen, über deren Leben sich in keiner Enzyklopädie, in keinem historischen Buch etwas nachlesen läßt. Aus Fotos und Filmen wird ihr Abbild sorgfältig entfernt. Wesentliche Abschnitte der sowjetischen Geschichte werden nicht nur verzerrt überliefert, sondern total ausgeblendet.

Der Leiter des Moskauer Instituts für Historische Archive, Afanassjew, schrieb vor kurzem: *„Meines Erachtens müßte man die Erforschung der mit dem Personenkult Stalins zusammenhängenden Probleme in ihrem Komplex endlich auf eine sachliche Grundlage stellen. Bei uns ist keine einzige wissenschaftliche Abhandlung über diese bedeutende Frage erschienen. Die nichtmarxistische Historiographie zu diesem Thema zählt dagegen Hunderte, ja Tausende von Veröffentlichungen. Von uns aber wird es weiterhin mißachtet."*

Kommen die Dinge jetzt in Bewegung? Bisher scheinen mehr gut klingende Absichtserklärungen als wirklich neue historische Arbeitsansätze produziert worden zu sein. Es gibt für die sowjetischen Historiker zwei große Probleme. Erstens bleibt die sowjetische Historiographie nach wie vor auf „Parteilichkeit" verpflichtet, was im Extremfall bis zu Zensur und Denkverbot geht. Über Stalins persönliche „Fehler und Verbrechen" wird sich vermutlich bald wieder relativ frei reden lassen, aber man wird wohl auch künftig besondere Schwierigkeiten haben, sich den expansionistischen Aspekten der sowjetischen Außenpolitik zu nähern, etwa im Verhältnis zu Polen oder zu den baltischen Völkern. Da steht die Staatsräson immer noch höher als die historische Wahrheit. Das zweite Problem ist die Nicht-Verfügbarkeit des Materials. Nehmen wir beispielsweise einen sowjetischen Historiker, der eine Arbeit über die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1939-41, insbesondere den Nichtangriffspakt, schreiben will. Ihm sind nicht nur die Eckdaten seiner Untersuchungsergebnisse von der Staatsraison vorgeschrieben, sondern ihm sind auch die sowjetischen Archive versperrt — ein Manko, das er insofern natürlich mit seinen westlichen Kollegen teilt, die über die Sowjetgeschichte arbeiten. Das bedeutet: ohne Öffnung der Archive, seien es nun die Akten der Außenpolitik oder des Polizeiapparats, wird sich auch bei bestem Willen der sowjetischen Historiker nicht viel bewegen.

Kt., Hamburg

Fortsetzung von vorheriger Seite

pressionen bereits nach dem Mord am Leningrader Spitzenfunktionär Kirow, 1935, begonnen hätten. Das Attentat war damals den „trotzkistischen" und sonstigen „Parteifeinden" angelastet worden. Diese Version sei, so Chruschtschow, höchst zweifelhaft, und eine genaue Untersuchung sei im Gang. Die Glasnost weit vorwegnehmend sagte Chruschtschow damals: *„Es ist unsere Pflicht, sorgfältig und allseitig in Angelegenheiten dieser Art, die mit Mißbrauch der Macht zusammenhängen, Klarheit zu schaffen ... Solange wir arbeiten, können und müssen wir vieles klarstellen und der Partei und dem Volk die Wahrheit sagen. Wir sind verpflichtet, alles zu tun, um jetzt die Wahrheit an den Tag zu bringen, denn je mehr Zeit seit diesen Ereignissen verfließt, desto schwieriger wird es, die Wahrheit wiederherzustellen. Die Toten lassen sich, wie man sagt, nicht mehr wieder lebend machen. Es ist jedoch notwendig, daß in der Geschichte der Partei darüber wahrheitsgetreu berichtet wird. Das muß geschehen, damit sich derartige Erscheinungen in Zukunft niemals wiederholen."*

„Tausende unschuldige Menschen" seien ums Leben gekommen, sagte Chruschtschow in seiner Rede, darunter *„zahlreiche Partei- und Staatsfunktionäre und führende Militärs"*. 15-20 nannte er namentlich und erwähnte, daß sie inzwischen rehabilitiert worden seien. Darunter Marschall Tuchatschewski und andere aus der Armeespitze, die 1937 in einer der düstersten Episoden jener Jahre hingerichtet wurden — mutmaßlich aufgrund einer gezielten nazi-deutschen Provokation.

Es sei vorgeschlagen worden, *„das Gedenken an die namhaften Partei- und Staatsfunktionäre zu verewigen, die Opfer haltloser Repressivmaßnahmen in der Periode des Personenkults geworden sind."* Das Parteipräsidium halte diesen Vorschlag für richtig. Vielleicht, so Chruschtschow, sollte man in Moskau ein Denkmal für die „Opfer der Willkür" errichten.

Das Denkmal gibt es bis heute noch nicht. Auch die von Chruschtschow angekündigten Untersuchungen über die Prozesse und „Säuberungen" der Stalin-Zeit scheinen mit dem Sturz Chruschtschows 1964 eingestellt worden zu sein. Aber auch schon Chruschtschow selbst hatte es vermieden, die drei zentralen Moskauer Prozesse der Jahre 1936, 1937 und 1938 und die damals angeklagten und größtenteils hingerichteten Parteiführer überhaupt zu erwähnen. (siehe Kasten)

Verschlossene Archive

Nach der Absetzung Chruschtschows wurde die kritische Auseinandersetzung mit dem „Stalinismus" jäh gestoppt. Die in den 70er Jahren neubearbeitete Geschichte der KPdSU rühmt Stalins *„Verdienste bei der Verwirklichung der Pläne des sozialistischen Aufbaus und im Kampf gegen die antileninistische Opposition"*, spricht dann von „ernsten Fehlern", *„die zur Folge hatten, daß schuldlose Sowjetbürger, darunter auch Parteimitglieder, in Mitleidenschaft gezogen wurden."* Auch eine Reihe prominenter Partei- und Staatsfunktionäre sei unbegründeten Repressalien zum Opfer gefallen. Punkt und Schluß. Nichts weiter, keine Namen, keine konkreten Ereignisse. Die großen Prozesse der

»Wir brauchen die Wahrheit über die Gesellschaft«

Prof. Juri Afanassjew über die Geschichtsschreibung in der UdSSR

(aus „Sowjetunion heute", August 1987)

Siebzig Jahre Oktoberrevolution hat Prof. Juri Afanassjew, Rektor des Moskauer Instituts für historische Archive, zum Anlaß genommen, in einem Interview mit der „Sowjetskaja Kultura" über wichtige Entwicklungstadien des Sowjetstaates nachzudenken. Afanassjew beschreibt die jahrzehntelange Stagnation und die Deformierungen moralischer Richtpunkte im geistigen Leben der Gesellschaft. Als eine dringende Aufgabe für die historische Forschung zur Durchsetzung der Umgestaltung bezeichnet er den mit dem Personenkult um Stalin zusammenhängenden Problemkreis. Wir bringen das sehr umfangreiche Interview in einer Zusammenfassung.



Lenin-Foto mit Trotzki (x) ...



Gefälschtes Lenin-Foto ohne Trotzki

Einer der springenden Punkte für die Erkenntnis unserer sozialistischen Zukunft lautet: Wir brauchen die Wahrheit über die Gesellschaft, in der wir leben. Die Vergangenheit ist schließlich weder ein selbständiges Problem noch eines von vielen anderen Problemen. Ohne Vergangenheit ist kein Selbstbewußtsein möglich, ist der ganze Sinn und Unsinn von heute, Ängste, Hoffnungen und Pläne, unbegreiflich. Wir sind nun einmal so beschaffen, daß schon allein unsere Fähigkeit, uns von

und Unsinn von heute, Ängste, Hoffnungen und Pläne, unbegreiflich. Wir sind nun einmal so beschaffen, daß schon allein unsere Fähigkeit, uns von

der Vergangenheit zu trennen, auf Kenntnisse über diese Vergangenheit angewiesen ist und sich darauf stützt.

Angesichts der Aufgaben, welche die Gesellschaft gegenwärtig zu lösen hat, ist Kenntnis vor allem über zwei Knotenpunkte unserer Geschichte erforderlich: 1917-29, „zu Lenins Zeit und nach Lenin" und 1956-1965, „nach Stalin, der XX. Parteitag und die Reformversuche". Es lohnt sich, die Siege und die Niederlagen dieser besonders bewegten und widersprüchlichen Zeiträume einmal näher zu betrachten.

Ich will es konkreter sagen: Stellen wir uns die Frage, ob wir uns in der Auseinandersetzung um Ideen und „Modelle" des Sozialismus, die zu Lebzeiten Lenins und nach seinem Tode vorgeschlagen wurden, gut genug auskennen. Es gilt, die Materialien der Parteitage und Parteikonferenzen von neuem zu lesen und ihre Neuausgabe abzuschließen, aber auch die Arbeitsweise der Archive gründlich zu verändern. Wir müssen uns in die sozialen Wurzeln und in die innere Logik jener Ideen — ob sie nun falsch oder richtig waren — hineindenken, die damals zusammenstießen.

Ferner. Auch Stalins Referate und Beiträge dürfen auf keinen Fall unserer Aufmerksamkeit entgehen. Wenn es notwendig ist, soll man sie neu verlegen. Unser Fernsehen zeigt ihn uns bisher nicht anders als mit dem Nimbus der Macht der Weisheit. Jetzt soll die junge Generation die Möglichkeit erhalten, sich über diesen Mann eine objektive Vorstellung zu bilden, indem sie seine Schriften sowie die Schriften Lenins und seiner Kampfgefährten vor sich hinlegen kann. Es geht nicht um eine einfache Rückkehr zum XX. Parteitag. Vielmehr muß man bei der Analyse eine neue Tiefe gewinnen.

Ein weiterer Gesichtspunkt, der den gleichen Gedanken fortsetzt: In dem Fernsehfilm „Meine Zeitgenossen" schreitet der junge Gargarin nach der Rückkehr auf die Erde über einen Läufer. Man möchte gerne wissen, wem er da Meldung erstatten und wer ihn durch Handschlag begrüßen wird. Die jungen Leute wissen es nicht, die älteren wechseln vielsagende Blicke. War es denn wirklich notwendig, Chrustschow abzuschneiden? Sicher war er eine komplizierte, mehrdeutige Persönlichkeit. Seine Rolle in der Nachkriegsgeschichte unserer Gesellschaft muß noch präzisiert werden. Aber wie lange wollen wir noch so tun, als hätte es ihn überhaupt nicht gegeben? Soll Gargarin weiterhin gezwungen werden, irgendwo in die Ferne, aus der Leere in die Leere, zu schreiten?

Wir sprechen von Stagnation in den letzten fünfzehn bis zwanzig Jahren. Für mich ist es sehr bitter, daran zu denken, daß der beste Teil des reifen Lebens meiner Altersgenossen mit dieser Stagnation zusammenfiel. Das läßt sich nicht mehr ändern. Aber um so weniger darf diese Zeit vergessen werden. Sie ist wichtig und lehrreich. Wir wollen uns an den X. und an den XX. Parteitag erinnern und uns darüber Gedanken machen. Das müssen wir um des XXVIII. und XXIX. Parteitags willen. Wir wollen sowohl an das Schlimme als auch an alle Errungenschaften und Paradoxa unserer Geschichte, an alles, was darin mutig und ehrlich war, an die verwirklichten, aber auch an die unverwirklichten Vorhaben sowie an die dabei gesammelten Erfahrungen denken. Wir müssen die Geschichte des Beginns und des Scheiterns der Wirtschaftsreform Mitte der sechziger Jahre einer Analyse unterziehen.

Und wir brauchen eine gut dokumentierte, furchtlose Zukunft für die Parteigeschichte. Ohne sie entstehen Mythen.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Historische Mythen und gesellschaftliches Selbstbewußtsein

Deprimierend sind allerdings nicht die „Mythen", nicht die halbabergläubischen Elemente des Alltagsbewußtseins, deprimierend ist vielmehr der Umstand, daß sie nicht am Rande ernsthafter Studien vorkommen, sondern historische Werke ersetzen. Es gilt, die Menschen daran zu gewöhnen, in umfassenden Kategorien zu denken und sich nicht mit Anekdoten zu begnügen. Dann wäre klar, daß Zar Nikolaus II nicht nur ein bornierter, ungebildeter bzw. mäßig gebildeter Mann war, sondern auch heimtückisch, starrköpfig und brutal.

Den Nährboden für die Entstehung der Legenden über reaktionäre Persönlichkeiten der Vergangenheit bildet die schon vor fünfzig Jahren überholte Tradition, diese Leute zu karikieren, was dem heutigen kulturellen Niveau der sowjetischen Menschen nicht mehr entspricht. Schließlich wirkt sich hier jenes Vakuum in der Schilderung reaktionärer historischer Gestalten und Perioden aus, das durch das faktische Verbot, diese Probleme zu behandeln, künstlich geschaffen wurde.

Parallel dazu wurde die Geschichte der Revolution verharmlost, blieb gesichtslos und durch soziologische Schemata gebunden, die die Herzen der Menschen und besonders der jungen Generation nicht berührten. Im geistigen Leben der Gesellschaft wurden moralische Richtpunkte deformiert. Einige Autoren rückten bei der Beurteilung von Tatsachen und einzelnen historischen Persönlichkeiten sogar offen vom klassenmäßigen Vorgehen ab.

Das alles erschütterte spürbar die

Das alles erschütterte spürbar die Stabilität der demokratischen Traditionen in unserem gesellschaftlichen Selbstbewußtsein. Es entstand allmählich eine Ideologie (die übrigens in gewissen Kreisen rührige Unterstützung fand), die einen Hang zu „starken Persönlichkeiten" hatte. Das war eine sehr ernste Erscheinung. Die Beseitigung der klassenmäßigen, ja auch der demokratischen Beurteilung bei der Darstellung von Personen und Ereignissen der Vergangenheit verstärkte sich besonders in den siebziger Jahren.

Indem sie das kulturelle Erbe des russischen Volkes mit Resultaten des Wirkens des Zarismus und der in Rußland herrschenden Klassen identifizieren, begeistern sich einige Autoren für die in den dreißiger Jahren vollzogene Abkehr vom „harten Dogmatismus" der vorangegangenen Jahre, in denen marxistische Historiker die von der adligen und bürgerlichen Geschichtsschreibung geerbte apologetische Betrachtung der Geschichte des Absolutismus revidierten. Gewisse Verfasser von historischen, publizistischen und schöngeistigen Schriften haben die keinesfalls originelle Aufgabe übernommen, die „gesamtnationale" Mission der russischen Zaren und Adligen zu popularisieren, sie zu Wortführern aller Klassen und der Gesellschaft insgesamt zu machen.

Es erscheinen viele interessante Bücher über die Geschichte des vorrevolutionären Rußland, aber niemand wird auch nur ein einziges ebenso populärers Buch über die Sowjetzeit nennen können. Damit haben aber die Historiker den Einfluß auf das gesellschaftliche Bewußtsein teilweise eingebüßt.

Stagnation oder Geschichte als Wissenschaft

Ein Historiker, der wichtige Probleme behandeln, die Gesellschaft, in der wir leben, umfassend und sachlich schildern will, muß auch das moralische Recht dazu besitzen. Das kann aber nur im Kampf gegen diejenigen, die die Geschichte als Wissenschaft zu sozialer Passivität verurteilen, aber auch gegen die eigenen Übel — Trägheit und Servilität — errungen werden.

In unserer eigenen Zunft steht die Umgestaltung, wie wir hoffen, noch bevor. Aufforderungen zu Diskussionen und theoretischen Verallgemeinerungen gab es mehr als genug. Aber jeder wußte schließlich, daß in der Geschichtsforschung Theorie und neue Kenntnisse nur dann gefördert werden, wenn sie mit der „allgemeingültigen Meinung" übereinstimmen. Das Abrücken von der „Norm" konnte für einen Historiker böse Folgen haben, bis zur Entfernung aus dem wissenschaftlichen Leben.

Das Recht auf Sinngebung und auf Revision theoretischer Probleme hatte sich eine Gruppe von Menschen vorbehalten, die sich eine Menge Ämter aufbürdete. Anfang der siebziger Jahre wurde die Zerschmetterung einer ganzen Richtung organisiert, welche Forschungsarbeiten im Sinne der Theorie vom Nebeneinanderbestehen von Elementen mehrerer sozialökonomischer Formationen in der russischen Gesellschaft vor der Revolution betrieb und allgemeingültige Schlüsse bezüglich der Besonderheiten der historischen Entwicklungswege Rußlands zu ziehen versuchte. Fünfzehn Jahre später genieren sich dieselben Leute nicht, nunmehr im eigenen Namen das zu wiederholen, was sie früher als Abrücken vom Marxismus mit dem Bannstrahl belegten.

Für zwanzig Jahre war der geistige Fortschritt gestoppt worden. Natürlich nicht absolut. Gedanken lassen sich nicht ganz zum Stehen bringen. Dennoch waren es Jahre der künstlichen Bremsung. Jetzt ist es Mode geworden, über die allgemeine Situation, die in unserem Lande entstand, über die weltweite Ausweglosigkeit der vergangenen Jahre zu seufzen. Darüber soll man sich sicherlich Gedanken machen. Aber schließlich gab es auch konkrete Adressen. Nicht von ungefähr greift Michail Gorbatschow ständig darauf zurück, wobei er unter anderen auch das ZK der KPdSU, die Führung des Landes erwähnt. Das müssen aber alle tun. Anonyme Kritik ist nicht der beste Begleiter der Umgestaltung. Es gab und es gibt konkrete Leute, die unmittelbar für Stagnation „sorgten". Man muß sie zumindest kennen, um so mehr, da ihre Denk- und Handlungsweise auch heute die gleiche geblieben ist.

Die Kampagne zur Unterbindung der wissenschaftlichen Forschungen in der Geschichtswissenschaft wurde Anfang der siebziger Jahre von S. Trapesnikow geleitet, dem im Bereich der Lenkung der Wissenschaft alles erlaubt war, und der beinahe auf alle Posten Personen setzte, die von ihm abhängig

war, und der beinahe auf alle Posten Personen setzte, die von ihm abhängig und aus diesem Grunde durch „gesellschaftliche" Bande zusammengeschweißt waren. Einige von ihnen sind weiterhin für die Geschichtswissenschaft „zuständig" und werden nicht müde, zu „kühnem Suchen und Diskussionen" aufzufordern. Auf der am 9. März abgehaltenen Sitzung der Abteilung Geschichte der Akademie der Wissenschaften der UdSSR nannte Professor P. Wolobujew, korrespondierendes Mitglied der Akademie, einige dieser Leute und unterzog den Zustand unserer Geschichtswissenschaft scharfer Kritik. Aber es war eine ziemlich einsame Stimme. Andererseits wurden die Appelle gewisser Amtswalter laut, „bei der Umgestaltung nicht überstürzt zu handeln". Ich glaube, in diesem Bereich muß sich die Polarisierung der Standpunkte verstärken. Es ist keine turnusmäßige Kampagne, sondern es kommt eine neue Epoche.

Zurück zu den Quellen

Welche Perioden müssen auf neue Art und wahrheitsgetreuer als bisher geschildert werden? Die Logik der wissenschaftlichen Entwicklung besagt, daß es kein Problem gibt, das als endgültig erforscht gelten könnte und auch in Zukunft keinerlei Berichtigungen bedarf. Aber unter unseren Verhältnissen, da die Hauptaufgabe der Historiker darin besteht, die Umgestaltung durchzusetzen und diesen Prozeß möglichst unumkehrbar zu machen, gibt es, wie ich glaube, einige Fragen, die besonders dringend sind. Meines Erachtens müßte man die Erforschung der mit dem Personenkult Stalins zusammenhängenden Probleme in ihrem Komplex endlich auf eine sachliche Grundlage stellen. Bei uns ist keine einzige wissenschaftliche Abhandlung über diese bedeutende Frage erschienen. Die nichtmarxistische Historiographie zu diesem Thema zählt dagegen Hunderte, ja Tausende von Veröffentlichungen. Von uns aber wird es weiterhin mißachtet.

Mir geht es beispielsweise nicht in den Kopf, daß die Massenrepressalien gegen rechtschaffene Sowjetbürger in den dreißiger Jahren entweder auf „Fehler" oder auf „Unzulänglichkeiten bei der Befolgung der sozialistischen Gesetzlichkeit" (die in einem Atemzug mit Unzulänglichkeiten im Dienstleistungsbereich erwähnt werden) oder sogar auf „unvermeidliche Unkosten des Klassenkampfes und der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft" zurückzuführen seien. In den bekannten Parteibeschlüssen werden sie anders charakterisiert: „Verzerrungen", „Willkür", „Ungesetzlichkeit", „Machtmißbrauch in der Periode des Personenkultes", „Untaten der Berija-Bande". So sind sie auch ins Bewußtsein des Volkes eingegangen. Nach 1956 sind keine wissenschaftlichen Angaben erschienen, die zu einer Revision dieses Werturteils berechtigen würden.

Heute ziehen wir es zunehmend vor, Marx und Lenin im Original, ohne Vermittlung eines beliebigen Interpreten zu lesen. Bleiben wir allein mit Marx und Lenin, dann sind sie für uns nicht so sehr „Lehrer" — wüßten sie, daß wir sie so nennen, so wäre es für sie sicherlich keine große Freude! — als vielmehr ständige Gesprächspartner. Wenn man sie so liest, muß man nachdenken. Dabei werden Probleme nicht gelöst, sondern eher aufgerollt. Sie wühlen uns intellektuell auf. Wir sollen die Begründer des Marxismus an neuen, von ihnen nicht vorgesehenen Wendepunkten der Geschichte verstehen lernen. Leider wird es in allen Lehrbüchern so dargestellt, als habe man alles, was sie sagten, längst und endgültig begriffen. Ihre Gedanken werden nicht als Probleme, sondern als Antworten dargelegt. Das ist der springende Punkt des Dogmatismus.

Warum zeigt es sich, daß anscheinend fachgerecht verfaßte Kommentare hinderlich sind? Weil sie eben nicht fachgerecht sind! Sie bauen vielmehr auf folgendem Postulat auf: Die Klassiker sind immer im Recht, sie haben stets das Richtige gesagt, während ihre Opponenten immer unrecht haben. Sogar wenn die Klassiker ihre eigenen Ansichten widerlegen, sich ändern, ihren gestrigen Standpunkt bestreiten, sogar in solchen Fällen sagt der Kommentator, anstatt sich mit schwierigen intellektuellen Kollisionen zu befassen, anstatt etwas zu suchen, zu wählen, zu bezweifeln und sonstige Eigenschaften des lebendigen Geistes zu zeigen, sie hätten lediglich der veränderten Wirklichkeit Rechnung getragen. Die Wirklichkeit habe sich gewandelt, sie selbst aber seien unwandelbar! Dabei hatten sie gebildete, talentierte und manchmal sogar geniale Opponenten: Proudhon, Bakunin, Lassalle, Kropotkin, Plechanow. Wir aber verdummen manchmal ihre Opponenten und setzen dadurch sie selbst herab. Die Ideen von Marx, Engels und Lenin wachsen in der Geschichte wie jeder kulturelle Wert: Sie saugen jenen Inhalt auf, von dem sie selbst keine Ahnung hatten. Ihre Ideen sind für die Zukunft geöffnet.

Natürlich werden diese Dinge von ernstzunehmenden Philosophen und Historikern anders als von Dogmatikern behandelt, aber vorderhand gibt es nur wenige Schriften dieser Art.

Der Staat und die Revolution

Ich habe mir oft überlegt, warum Lenin im allerletzten „ruhigen" Zeitabschnitt, buchstäblich am Vorabend des Oktober-Sturms das Werk „Staat und Revolution" verfaßte. Wir alle werden diese Arbeit immer wieder lesen müssen. Es stand die Eroberung der Macht durch das Proletariat bevor, und das Problem der Macht, der Machtausübung wurde zum Hauptproblem. In der Sozialdemokratie wurde das Problem so ausgelegt: Staat *oder* Revolution. Für Lenin kam alles auf die *kopulative* Konjunktion an: Wie sollte dieses „und" realisiert werden?

Das ist bei Lenin das Hauptthema. Und dies wird durch alle unsere Erfahrungen mit allen unseren Siegen und Niederlagen, durch alle diese wertvollen Erfahrungen bestätigt. Die Revolution wird in staatlichen Formen vollzogen, und der Staat muß revolutionär sein. Die Wortverbindung „revolutionärer Staat" ist paradox. Alles findet in diesem inhaltichen Zwischenraum zwischen Staat und Revolution Platz. Es kommt eben auf das „und" an. Und warum? Können wir uns etwa eine Wortverbindung „Bürokratie und Revolution" vorstellen? Lenins Kerngedanke ist: Es darf keine Sowjetbürokratie entstehen. Ihm war klar, daß wir ohne den Staat nicht auskommen, aber ein bürokratischer Staat würde den Zusammenbruch der Revolution bedeuten.

Eine Zeitlang entschwand eines dieser Wörter aus unserem Gesichtskreis: Wir dachten an den Staat, vergaßen jedoch die Revolution. Jetzt stehen wir wieder vor diesem Problem: Staat *und* Revolution. Nicht von ungefähr liegt in diesem Problem das ganze Pathos des Berichtes von Michail Gorbatschow auf dem Januar-ZK-Plenum (1987). Trägt doch ein wichtigster Teil die Überschrift: „Die sozialistische Demokratie vertiefen, die Selbstverwaltung des Volkes entwickeln."

Sprechen wir von den Werten unseres siebzigjährigen Weges, so möchte ich hervorheben, daß wir uns zu oft mit Siegesmeldungen beeilten und vergaßen, daß wir am Anfang einer weltumfassenden Wende stehen, die Jahrhunderte und Jahrtausende dauern kann. Noch ist das erste Jahrhundert nicht abgelaufen, noch ist der erste Tag nicht zu Ende. Alles, was wir erreicht haben, muß ebenso wie unsere ganze Unzufriedenheit auf diesen Tag bezogen werden. Wir sind immer noch Bahnbrecher. Und unsere wertmäßigen Erfahrungen sind all das, was wir der Weltgeschichte geschenkt, was wir um den Preis des Kampfes, der Qualen und Hoffnungen geleistet haben. Lenin hätte jetzt ganz bestimmt das eine und andere präzisiert, das eine und andere überprüft. Erschütternd ist etwas anderes: Seine wichtigsten Gedanken sind nicht veraltet, sie überholen uns immer noch, wir müssen sie erst in die Tat umsetzen. So verhielt sich Lenin selbst zu Marx, so, auf Leninsche Art, müssen wir uns zu den Werken Lenins verhalten.

Perestroika und Arbeitswelt

Interview mit einem Moskauer Betriebsratsvorsitzenden



Was bringt die Perestroika für die sowjetischen Arbeiter? Wie sehen neue Formen der Arbeitsorganisation aus? Welche neuen Rechte hat ein Betriebsrat? Was ist kritikwürdig, wo stehen Konflikte mit der Betriebsleitung an?

Zu all diesen Fragen nimmt Alexander Pawlowitsch Puganzow, Betriebsratsvorsitzender der Moskauer Werkzeugfabrik „Kalibr", Stellung. Das Interview erschien zunächst in der Moskauer Zeitschrift NEUE ZEIT (30/87).

Im vorigen Heft unserer Zeitschrift zitierten wir den US-Politologen Marshall Goldman, stellvertretender Direktor des Russischen Forschungszentrums an der Harvard-Universität. Im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Veränderungen sagte er: „Das größte Problem mit diesen Reformen ist, daß sie den Arbeitern nichts geben". Was meinen Sie dazu?

Fangen wir mit meiner Brigade an, ich bin nämlich Brigadier. Alle Mitglieder, fünf Montageschlosser, sind gemäß dem Gesetz über Produktionsbetriebe zu einer neuen Form des Arbeitsentgelts, zum Brigadevertrag, übergegangen. Was bedeutet das? Die Brigade erhält nur ihr Arbeitspensum vorgegeben und den gesamten Lohnfonds. Wir selbst entscheiden darüber, wie wir am besten den Arbeitsauftrag erfüllen, wo wir die einzelnen Menschen einsetzen und wie wir über den Fonds verfügen. Früher, bei der genauen Reglementierung der Arbeit, war der Werktätige nicht daran interessiert, über den Plan hinaus zu produzieren. Jetzt ist es für uns vorteilhaft, den Auftrag rascher oder mit weniger Kräften zu erfüllen, denn der Lohnfonds bleibt unverändert. Das Prinzip „Mehr und besser leisten, um mehr zu verdienen" läßt uns in der Tat das Tempo erhöhen und die Arbeit durchorganisieren. Es ist durchaus möglich, daß mit der Zeit, bei optimaler Organisation, in vielen Brigaden das eine oder andere Mitglied in der Tat überflüssig wird. Also werden Arbeitskräfte dabei freigesetzt.

Glauben Sie, daß das normal und gerecht ist?

Natürlich, denn das bedeutet einen gesunderen Betrieb.

Aber um welchen Preis? Sollen Menschen rausgeschmissen werden?

Warum denn gleich rausgeschmissen? Überall im Lande herrscht Mangel an Arbeitskräften, also müssen sie umorientiert, umverteilt bzw. um- und weitergeschult werden. Die Reform drängt die Menschen dazu. Heute lohnt es sich schon geldmäßig nicht, überflüssige Menschen im Betrieb zu halten.

Man darf aber einen lebendigen Menschen nicht nur daran messen, ob er sich beim Arbeitseinsatz bewährt oder nicht ...

Gut, nehmen wir ein konkretes Beispiel. Zu meiner Brigade gehörte eine Zeitlang Alexander Kurotschkin, ein

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

ganz guter Schlosser. Er wollte aber im Brigadevertrag nicht arbeiten, das gefiel ihm nicht, und er trat aus der Brigade aus. Selbstverständlich wurde er nicht entlassen, denn Brigadevertrag ist eine freiwillige Angelegenheit. Alexander glaubte, daß er mit seiner Qualifikation außerhalb der Brigade mehr verdienen würde. In Wirklichkeit kam es anders: Sowohl der Betriebsabteilungsleiter als auch die Meister vergeben die kompliziertesten und folglich am besten bezahlten Aufträge am liebsten an Brigaden, die im Vertrag arbeiten. Die Leiter verlassen sich auf diese Brigaden, denn darin herrscht immer Disziplin, und die Mitglieder können einander, falls nötig, wenn etwa einer krank wird, ersetzen, sie helfen einander. Das ist nicht anders möglich, die Brigademitglieder arbeiten ja im Rahmen ein und desselben Vertrages. Wird dagegen ein einzelner Schlosser krank, ist es schwer, ihn gleich zu ersetzen. Und so kommt es, daß Kurotschkin sich durch seinen Austritt aus der Brigade selbst geschadet hat. Von höherer Warte aus gesehen wirkt die bei vernünftiger Arbeitsorganisation unvermeidliche Freisetzung von Arbeitskräften disziplinierend. Unter den Verhältnissen der Wirtschaftsreform und der Gerechtigkeit wird ein Mensch nicht von der Werkleitung, sondern, so sonderbar es auch klingt, von sich selbst entlassen. Beispielsweise dadurch, daß er keinen neuen Beruf dazulernen wollte oder die vertraglichen Verpflichtungen nicht erfüllte, seine Kräfte überschätzte oder die Kollegen versetzte.

Das heißt aber, daß der Brigadevertrag, ja die gesamte Wirtschaftsreform den Menschen zwingen, seine Einstellung zur Arbeit zu ändern?

Das ist es eben! Und das ist, glaube ich, das Beste, was unsere Reform einem Menschen gibt. Übrigens ist guter Lohn ein ebenfalls gewichtiges Argument. Was das Geld betrifft: Als Bri-
nem Menschen gibt. Übrigens ist guter Lohn ein ebenfalls gewichtiges Argument. Was das Geld betrifft: Als Bri-
gadier muß ich gute Arbeiter fördern, dazu habe ich sogar einen kleinen Fonds, den ich zusammengespart habe, aber dieser Fonds hat seine Tücken: Bekommt der eine mehr, so wird der Betrag ja von einem anderen abgezogen. Und außerdem: Was, wenn man an niemandem sparen kann, wenn niemand eine materielle Strafe verdient hat?

Wollen Sie sagen, daß der Brigadevertrag in seiner heutigen Form Unzulänglichkeiten hat?

Er ist noch nicht ganz ,,eingefahren'', auch nicht elastisch genug. Er muß sich ins System der Selbstfinanzierung des Betriebes und in die wirtschaftliche Rechnungsführung erst einfügen.

Alexander Pawlowitsch, vor wenigen Monaten wurden Sie zum Vorsitzenden des Belegschaftsrates gewählt. Was glauben Sie, warum?

Nun, wohl deshalb, weil ich in der Fabrik jahrelang die Schlichtungskommission leitete. Ich war also eine Art Schiedsrichter, und ich gab mir Mühe, gerecht zu urteilen.

Aber der Rat hat andere Aufgaben.

Der Rat hat große Befugnisse. Falls die Fabrikleitung einen von unserem Standpunkt aus falschen Beschluß faßt, sind wir berechtigt, ihn anzufechten und abzuändern. Wenn sich der Direktor nicht fügt, können wir eine Betriebsratssitzung einberufen und die Frage auf einer Betriebsversammlung erörtern.

Sehen Sie solche Konfliktsituationen voraus?

Sie sind durchaus möglich. Nicht, daß ich sie herbeiwünsche, aber ich weiß: Jeder Direktor möchte, besonders unter den neuen Bedingungen, da er über den Gewinn selbstständig entscheidet, mehr Geld, sagen wir, in die Produktion investieren. Aber der Rat könnte einwenden, gegenwärtig sei die Finanzierung einer betriebseigenen Touristenherberge oder der Bau eines prophylaktischen Betriebssanatoriums für die Arbeiter wichtiger. Und der Betriebsrat wird auf seiner Meinung bestehen.

Erzählen Sie mir bitte ausführlicher über den Rat. Welche Leute gehören ihm an? Wie werden Sie arbeiten? Womit beginnen Sie?

Unser Rat zählt 40 Personen, zwei Drittel davon sind Arbeiter und Ingenieure. Es sind Menschen, die große Autorität genießen. Ein Drittel sind leitende Funktionäre: Abteilungsleiter, Wirtschaftsfachleute, stellvertretende Leiter der Abteilungen Produktion, Finanzwesen, Technologie. Womit wir uns befassen wollen? Wir haben mehrere den ganzen Betrieb betreffende Fragen unserer Fabrik unter unsere Kontrolle gestellt. Die erste ist die Beseitigung von Übernormativbeständen.

Wie kommen sie zustande?

In jedem Betrieb, darunter auch in unserem, haben sich in den letzten Jahren riesige tote Vorräte an Roh- und Werkstoffen, Ausrüstungen und Komplexteilen angehäuft — eine Folge der unrationellen Wirtschaftsweise unter den Verhältnissen des alten ökonomischen Systems. Die vollgestopften Lagerschuppen müssen geräumt werden, andere Betriebe brauchen bestimmt etwas von unseren Vorräten. Jetzt wollen wir damit handeln. Schon hat der Direktor eine Verfügung über den Abbau der Übernormativbestände erlassen. Der Rat denkt darüber nach, wie das zu verwirklichen ist. Verkaufen wäre ein Weg. Ein anderer ist, die Bestände auf neue Weise bei uns im Betrieb zu nutzen. Außerdem könnten sie in Kooperation mit anderen Betrieben realisiert werden. Kurzum, es wird eine gründliche Rationalisierungsarbeit geleistet. Damit beschäftigen sich 10 Ratsmitglieder. Weitere 10 sorgen dafür, daß die neuen Arbeitsbedingungen genau eingehalten werden, kontrollieren, wie bei uns im Betrieb neue, differenziertere Tarifnetze für alle Kategorien, von Arbeitern bis zu den Konstrukteuren, eingeführt werden. Diese Netze erlauben es, die geleistete Arbeit in vollem Umfang zu entlohnen und die Qualität der Erzeugnisse und das Schöpferische an der Arbeit materiell zu stimulieren. Eine höllisch schwere Arbeit, aber in unserem Rat haben wir gute Ökonomen.

Ein kompliziertes Problem für den Rat ist die Verteilung der Gewinne, wenn es auch erst in Zukunft soweit ist.

Bereiten Sie sich darauf vor?

Bereiten Sie sich darauf vor?

Natürlich. Die Verteilung der Gewinne muß ein Hebel, ein Instrument sein, der Fabrik zum Durchbruch zu verhelfen. Ich sagte schon, daß unsere Meinung von der des Direktors abweichen kann, z.B. in Bezug darauf, ob man ein prophylaktisches Betriebssanatorium bauen oder die Produktion erweitern müsse. Aber das ist noch Zukunftsmusik. Vorläufig geht es uns darum, hocheffektive Geräte und Präzisionsausrüstungen für unseren Betrieb zu erwerben.

In der Fabrik ,,Kalibr'', die ihre Präzisionsgeräte in 50 Länder exportiert, sollte es an solchen Geräten mangeln?

Leider ja. Uns fehlt es an numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen (NSS), an Meßinstrumenten. Aber selbst das, was wir hereinbekommen, wird manchmal monatelang nicht montiert, weil wir keine passenden Räume haben. Eine NSS muß in einem sauberen Raum mit vorgegebener Lufttemperatur aufgestellt werden, sonst gibt es Störungen. Daraus folgt, daß man die alten Betriebsräume von Grund auf umbauen und an die Technik neu herangehen muß. Eben das ist jetzt die größte Sorge unseres Rats.

Offen gesagt, fürchte ich, daß der Belegschaftsrat den traurigen Weg aller bisherigen gesellschaftlichen Räte und Kommissionen gehen wird, die früher in großer Zahl entstanden, deren Nutzen aber verschwindend gering war.

Nein, das darf nicht sein. Die Bedingungen sind heute anders. Außerdem hat unser Rat nicht nur beratende Stimme. Unter den Verhältnissen der Eigenfinanzierung und Rentabilität leistet sich unsere Fabrik den Luxus, ganze 40 Mitarbeiter in einen gesellschaftlichen Rat zu delegieren. Das geschieht doch nicht bloß so, sondern in der Hoffnung auf einen hohen Nutzeffekt (ich als Ratsvorsitzender habe einen arbeitsfreien Tag pro Woche, ohne daß mir etwas vom Lohn abgezogen wird.) Wenn wir unsere Arbeit nicht leisten, werden wir abberufen. Wir sind die organisierende Kraft der Umgestaltung in der Fabrik. Nach Neujahr wird bei ,,Kalibr'' die Staatliche Erzeugnisabnahme eingeführt. Der Rat verantwortet z.B. die Vorbereitung darauf und muß dafür sorgen, daß dieser Prozeß möglichst schmerzlos verläuft.

Warum ,,schmerzlos''?

Weil viele Menschen anfangs möglicherweise weniger verdienen werden. Beispielsweise Kollegen, die Versäumnisse und Ausschuß zuließen.

Was würden Sie heute außerdem zu Anzeichen der Umgestaltung zählen?

Wenn Sie so allgemein fragen, antworte ich: Demokratisierung aller Lebensbereiche, Offenheit, direkteres Verhältnis zwischen Leiter und Arbeiter, allgemeine wirtschaftliche Schulung.

Auf unsere Fabrik bezogen, bedeutet das für mich außerdem die Attestierung der Arbeitsplätze und auch der Mitarbeiter selbst. Man könnte mir entgegenhalten, daß eine solche Attestierung in den Betrieben unseres Landes vor einem oder zwei Jahren schon vorgenommen wurde. Ich glaube aber, daß sie damals verfrüht war. Nur die wirtschaftliche Rechnungsführung, die Selbstfinanzierung und Rentabilität schaffen Bedingungen für eine wirkliche Attestierung, für ein sachkundiges Urteil über die Berufseignung jedes Kollegen. Da man früher nicht in diesen Kategorien dachte, mußten wir bei der Beurteilung der Mitarbeiter ,,über den Daumen peilen''. Natürlich waren auch persönliche Sympathien und Antipathien mit im Spiel. Die wirtschaftliche Rechnungsführung bringt Ordnung in den Betrieb und läßt genau ermessen, ob ein Mitarbeiter gut und wie gut er ist, ob wir seinen Arbeitsplatz brauchen oder nicht. Das ist wirkliche Attestierung. Eine weitere komplizierte Sache ist die Anlegung eines betriebseigenen Geldfonds. Um fortschrittliche Technik und moderne Ausrüstungen zu kaufen und zu meistern, um die Arbeitsleistungen auf neue Art zu entlohnen, muß ein Betrieb Geld haben. Früher wurde dieser Fonds aus den Mitteln des Staates gebildet, gegenwärtig muß er vom Betrieb erarbeitet werden.

Wie wäre es, kehren wir zu Marshall Goldmans Worten zurück?

Daß die Reform uns Arbeitern nichts gebracht haben soll? Ich kann dazu nur sagen: Der Autor dieser Zeilen mag ein großer Fachmann sein, trotzdem bringt er in unseren Realien etwas durcheinander. Er sollte jetzt in einen sowjetischen Betrieb kommen und sich alles ansehen, ich bin sicher, da würde er etwas ganz anderes sagen. Er würde schon herausfinden, daß die Hauptperson in der Wirtschaftsreform und der gesamten Umgestaltung der arbeitende Mensch mit seinen Interessen ist. Ich habe mich mit Ihnen über alles Mögliche unterhalten, nicht nur über Positives, sondern auch über die heutigen Schwierigkeiten. Ja, der Arbeiter hat es im Moment wirklich nicht leicht, er muß sich zusammennehmen, sich weiterbilden, sorgfältiger arbeiten und bessere Qualität liefern. Er muß verantworten, was er produziert. Aber all das gereicht uns schließlich zum Nutzen, nicht wahr?

Nicht alles wird in Rubeln gemessen, wenn Mr. Goldman Geld meinte, obwohl wir jetzt mehr verdienen, das kann ich bezeugen. Es gibt noch etwas: Die Selbstachtung, die Würde eines Arbeiters, sein Stolz, und den gibt uns die Umgestaltung zurück. Für uns haben solche Dinge einen weit höheren Stellenwert.

Ein anderer Versuch, Sozialismus zu praktizieren

Interview mit Prof. Hansgeorg Conert über die Entwicklung in der UdSSR

in der UdSSR

Die sowjetische Politik der Umgestaltung, insbesondere die beschlossene Wirtschaftsreform, ist innerhalb der sozialistischen Linken umstritten. Um unsere Leserschaft genauer über Ziel und Inhalt dieser Reform zu informieren und um mehr zu erfahren über die kritischen Bruchpunkte der sowjetischen Politik, baten wir den Bremer Professor Hansgeorg Conert, einen ausgewiesenen Kenner sowjetischer Ökonomie, um ein Gespräch. Es liegt in der Natur des behandelten Gegenstandes, daß über den engen Rahmen wirtschaftlicher Veränderungen hinaus auch Aspekte gesellschaftlicher Demokratie und des sozialistischen Selbstverständnisses berührt wurden. — Das Gespräch für den AK führte fo.

Hansgeorg, du hast verschiedentlich in deinen Artikeln auf Ähnlichkeiten der Wirtschaftsreform von 1965 und des jetzigen Ansatzes unter Generalsekretär Gorbatschow hingewiesen. Kannst du erläutern, wo die Überschneidungen, wo die Unterschiede liegen?

Die neue Wirtschaftsreform setzte bereits 1983, vor dem Amtsantritt Gorbatschows, zu Zeiten Juri Andropows ein. Der bis dahin umfassendste Ansatz für eine Wirtschaftsreform war der aus dem Jahre 1965. Zwischen der damaligen Konzeption und der aktuellen gibt es sehr viel Übereinstimmung, die sich in gleichlautenden Formulierungen und Regelungen widerspiegelt. Vor allem die Vorhaben der Dezentralisierung ökonomischer Entscheidungen durch Verlagerung von Entscheidungskompetenzen von den zentralen und mittleren Wirtschaftsorganenen runter auf die Ebene der Betriebe gleichen sich. So war jedenfalls die Situation bis vor etwa sechs Monaten.

Danach sind weitere Beschlüsse gefaßt worden, die über die Konzeption von 1965 hinausreichen. Die sind vor allem zusammengefaßt in dem neuen Betriebsgesetz und dem Beschluß des Juni-Plenums des ZK ,,Grundsätze einer radikalen Umgestaltung der Wirtschaftsleitung''. Der Unterschied zu 1965 liegt darin, daß die zentralen Wirtschaftsverwaltungsorgane, das bekannteste ist Gosplan, und die mittleren Organe, dies sind vor allem die über 60 Ministerien für Wirtschaft, in ihren Strukturen und Kompetenzen verändert werden sollen. 1965 ging es nur um die Kompetenzverteilung zwischen Betrieben und Ministerien, während die höheren Organe nicht betroffen waren.

Wirtschaftsreform und Perestroika

In einem deiner Artikel hast du den Ansatz der jetzigen Umgestaltung als einen weit umfassenderen als 1965 beschrieben. Du hebst darin hervor, daß bei dem gegenwärtigen Reformversuch dem subjektiven Faktor, der Stellung des Menschen im Arbeitsleben und in der Gesellschaft mehr Gewicht zukomme. Kritiker der sowjetischen Entwicklung sehen in der Demokratisierung nur eine Funktion der angestrebten ökonomischen Effektivierung. Wie bewertest du diese Auffassung?

Ich bezog mich eben nur auf die Unterschiede in der Wirtschaftsreform und ich setze Wirtschaftsreform nicht gleich Perestroika. Perestroika geht in der Dimension sehr viel weiter. Da kommen hinzu die zum Teil realisierten, aber vor allem noch beabsichtigten Veränderungen im politischen Bereich, wozu Glasnost, Transparenz, Meinungsfreiheit und Diskussionsfreiheit gehören. Das Verhältnis von Demokratisierungspolitik und Wirtschaftsreform sehe ich so, daß die Wirtschaftsreform mit dem Ziel der Effektivierung und Beschleunigung der Wirtschaftsprozesse am Anfang und im Mittelpunkt der Umgestaltung steht. Insofern ist es vielleicht nicht ganz falsch, wenn man meint, daß Demokratisierung einen instrumentellen Charakter habe. Nur, sie hat nicht allein diesen Charakter, zumindest nicht bei Gorbatschow. — Nebenbei gesagt: Wenn man sich immer auf Gorbatschow beruft, hat das einen negativen personalisierenden Beigeschmack, doch ist dies kaum zu vermeiden, weil kaum ein anderer Spitzenfunktionär dermaßen umfassend die Probleme und Notwendigkeiten der Umgestaltung artikuliert.

Gorbatschow formuliert in seinen Beiträgen die Vorstellung einer modernen Gesellschaft, die sich gleichzeitig auszeichnet durch eine hohe wirtschaftliche Dynamik und Effizienz, durch Volkswohlstand und durch eine gesellschaftliche Situation, der durch die Artikulation und das Aufeinandertreffen unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen eine eigene politische Dynamik innewohnt. Die Möglichkeit der Vertretung dieser differierenden Auffassungen ist natürlich begrenzt durch den Rahmen der sozialistischen Gesellschaft. Die Artikulation ist m.E. erwünscht als ein aktives soziales Verhalten. Das beruht auf der sicher nicht falschen Vorstellung, daß man nicht in der Arbeitswelt Initiative, Verantwortungsbewußtsein und Leistungsbereitschaft erwarten kann, wenn die Menschen im politischen und gesellschaftlichen Bereich weiterhin total entmündigt sind. Der instrumentelle Charakter der Demokratisierung ist nicht dominierend, sondern sie ist auch ein Stück Selbstzweck.

Gorbatschow betont in seinen Reden seit Anfang dieses Jahres nicht von ungefähr die Demokratisierung in den verschiedensten politischen und kulturellen Bereichen. Das liegt vielleicht auch daran, daß die Demokratisierung auf mehr Widerstand innerhalb der Partei und einzelner Schichten der Bevölkerung stößt als die reine Wirtschaftsreform.

Wie kann ein Arbeiter in einem sowjetischen Großbetrieb heute konkret mitbestimmen, welchen Einfluß hat er? Inwieweit werden seine Entscheidungsbefugnisse bei einer Verwirklichung der Wirtschaftsreformen ausgedehnt?

Ich meine, daß die Möglichkeiten der sowjetischen Arbeiter, im Betrieb Entscheidungen mittragen oder mitbeeinflussen zu können, bisher außerordentlich gering gewesen sind. Das ist zum Teil aus den bisher geltenden Gesetzen und Verordnungen, denn es gab ja bereits eine Betriebsverordnung aus dem Jahre 1965, zu ersehen. In den sowjetischen Betrieben gibt es eine ,,Ständige Produktionsberatung'', deren Kompetenzen auf den Bereich der Produktion beschränkt sind.

Wie wird dieses Gremium gewählt? Direkt oder über die Gewerkschaften?

Beides — ein Teil der Mitglieder wird von der Belegschaft direkt gewählt, andere sind Repräsentanten der Betriebsgewerkschaftsleitung und anderer im Betrieb vertretener Organisationen, wie der KPdSU und des Komsomol. Wieder andere sind Kraft Amtes drin: Repräsentanten der Betriebsleitung oder in ihrer Eigenschaft als ,,Neuerer''. Aber die Kompetenzen dieses Gremiums sind begrenzt und außerordentlich schwammig formuliert. In der BVO ist immer nur die Rede von ,,erörtern'' und ,,beraten''. Es geht also nicht um Entscheidungen. Die zweite Einschränkung ist die, daß es nicht darum geht, alternative Produktionskonzepte zu entwickeln, zumindest nicht in dem Sinne, wie es bei uns zur Zeit als Humanisierung der Arbeit diskutiert wird. Sondern es geht um die Entwicklung von Produktionskonzepten, durch die die Planerfüllung effektiver gewährleistet werden kann, wobei die Planerstellung selbst nicht zu den Kompetenzen dieses Gremiums gehört. Es ist hier nicht an ein Vertretungsorgan, sondern an ein Sachberatungsorgan gedacht, das betriebliche Prozesse im Sinne einer höheren Effizienz gestalten soll.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Entscheidungsrechte werden ausgedehnt

Inwieweit haben die Beschäftigten Einfluß auf die Verteilung der Sozialfonds?

Das ist fast der einzige Bereich, in dem zwar die Beschäftigten nicht direkt, aber das Betriebsgewerkschaftskomitee bisher ein gewisses Mitentscheidungsrecht hatte. Seit 1965 verfügen die Betriebe über einen Sozial- und Kulturfonds, aus dem sowohl soziale Einrichtungen (Betriebskindergärten, Ferienheime) finanziert werden wie auch Kulturstätten, die übrigens eine ziemlich große Rolle spielen. Wobei man immer noch fragen kann, wie dieses Komitee zustandekommt. Du weißt ja, daß es in der Vergangenheit in bestimmten politischen Kreisen geradezu als eine Verleumdung gegolten hätte, wenn man auf den formalen Charakter dieser Wahlen hingewiesen hätte. Heute wird in der Sowjetunion selber zugegeben, daß es sich bei den ,,Wahlen'' faktisch um Ernennungen handelte.

In dem neuen Betriebsgesetz ist ein neues Organ, der ,,Sowjet des Arbeitskollektivs'' vorgesehen. Dieser Rat wird laut Gesetz direkt gewählt und soll ein reines Wahlgremium sein, in dem niemand mehr Kraft Amtes sitzen soll. Was mit den bestehenden Organen, z.B. der ,,Ständigen Produktionsberatung'', geschehen soll, wird nirgendwo geklärt. Die Kompetenzen des ,,Sowjets des Arbeitskollektivs'' gehen weit über bisherige Bestimmungen hinaus. Gerade in Hinblick auf diesen Artikel des neuen Betriebsgesetzes wurden ganz substantielle Änderungen gegenüber dem im Februar veröffentlichten Entwurf vorgenommen. Bei einer Reihe von betrieblichen Problemen, die sich auf Arbeitsprozesse beziehen, auf die Einführung neuer Produktionstechniken, war im Entwurf nur die Rede davon, daß der Rat diese Fragen mit dem Gewerkschaftskomitee und der Betriebsleitung ,,erörtert''. In der Endfassung steht, daß der Sowjet ,,entscheidet'', und zwar allein entscheidet und nicht gemeinsam mit der Betriebsleitung oder dem Gewerkschaftskomitee. Außerdem sind zusätzliche Kompetenzen hinzugekommen. Ein ,,Rat des Arbeitskollektivs'' wird auch auf unteren Ebenen, in den einzelnen Betriebsteilen, gewählt. Nach der bisherigen Erfahrung bin ich skeptisch, ob das so realisiert wird. Vieles ist unklar geblieben, weil die formalen Rechte, die dem ,,Rat des Arbeitskollektivs'' zugestanden werden, begleitet sein müßten von Bestimmungen, die die Rechte der Organe, die vorher diese Entscheidungskompetenzen innehatten, einschränken. Dies ist für die Sowjetunion nicht untypisch, daß unterschiedliche Normen gleichzeitig gültig sind.

In der Konzeption und der rechtlichen Ausgestaltung gibt es übrigens sehr viel Übereinstimmungen mit dem jugoslawischen Modell. Das ist bemerkenswert, weil die sowjetische Führung ursprünglich den jugoslawischen Weg sehr scharf kritisierte und auch später als für die Sowjetunion unakzeptabel ablehnte.

Du charakterisierst in deinem letzten Artikel in der Zeitschrift ,,Sozialismus'' die gesellschaftspolitischen Auffassungen in der Sowjetunion als ,,sozialharmonisch''. In welchem Maße behindert eine solches Verständnis die offene Austragung von Interessenkonflikten?

Ich meine, daß das sozialharmonische Grundverständnis nicht nur in gesetzlichen Regelungen und in offiziellen Reden zum Ausdruck kam, sondern auch in breiten Schichten der Bevölkerung verbreitet ist. Wir haben vorhin über die ,,Ständigen Produktionsberatungen'' gesprochen, die völlig von diesem Verständnis beherrscht waren. Man löst eine gemeinsame Aufgabe, aber die Aufgabe ist nicht von denen gestellt, die sie lösen, sondern von oben. Die Aufgabe wird gelöst, aber nicht selbst problematisiert. Ich habe Bedenken, daß dieses Verständnis auch in naher Zukunft weiter wirken wird, vor allem forciert von Betriebsleitern, Mitarbeitern der Ministerien, von den Betriebsgewerkschaftskomitees und selbst Teilen der Beschäftigten.

Was nun die Sichtweise angeht, die bei der Reformgruppe der Partei vorherrscht, meine ich, sieht es anders aus. Bereits vor Gorbatschow gab es eine theoretische Diskussion darum, inwieweit es auch in der sozialistischen Gesellschaft Gruppeninteressen gibt, die eine eigene Qualität haben und nicht identisch sind mit dem gesellschaftlichen Gesamtinteresse, das z.B. der an einem Akademieinstitut arbeitende Professor Butjenko eher als eine Fiktion darstellt. Butjenko plädiert entsprechend dafür, gesellschaftliche Einrichtungen zu finden, in denen solche unterschiedlichen Interessen sich artikulieren und Entscheidungen beeinflussen können. Mir scheint, daß eine solche realistische und differenzierte Einschätzung von der Reformgruppe getragen wird. Dahinter steht die Erkenntnis, daß wirkliche gesellschaftliche Stabilität ohne solche Formen nicht erreicht werden kann.

Kommt ein Streikrecht?

Hat sich die sowjetische Debatte der letzten Monate in diesem Zusammenhang womöglich der Problematik des Streikrechts im Sozialismus genähert?

In der offiziellen Debatte fehlen darauf noch Hinweise. Ich schätze es so ein, daß dieses Problem von der Reformergruppe für zu brisant gehalten wird, um es jetzt von sich aus zu thematisieren. Was man in der mittleren Perspektive maximal erwarten kann, dürfte in eine Richtung gehen, wie es in Jugoslawien gelöst worden ist. Dort existiert die sehr pragmatische Regelung, Streiks als Faktum anzuerkennen, die weder legal noch illegal sind. Sie werden nicht unterdrückt, sondern man ist bemüht, eine gütliche Einigung zu erreichen, was bisher in Jugoslawien meist gelang.

Stichwort ,,Jugoslawien'': Sehr kritisch wird unter Sozialisten teilweise vermerkt, daß die Orientierung auf den einzelbetrieblichen Gewinn eine Dynamik wie in Jugoslawien befördern könne. Die Gesamtarbeiterklasse werde in einzelne Betriebsbelegschaften segmentiert, die zueinander in Konkurrenz stehen. Teilst du solche Auffassungen?

Diese Möglichkeit ist zweifelsohne gegeben. Aber zunächst muß man sich noch mal vergegenwärtigen, wie die zentrale sowjetische Wirtschaftsleitung heute funktioniert. Da wird von den Ministerien nicht nur vorgegeben, wieviel ein Betrieb von einem Produkt herstellen soll, sondern auch hinsichtlich der Produktionsbedingungen und -voraussetzungen hat der einzelne Betriebsleiter keinerlei Dispositionsmöglichkeit. Von oben wird ihm nicht nur vorgeschrieben, wieviele Leute er beschäftigen darf, sondern viel kleinlicher, wieviel Buchhalter, wieviel Ingenieure usw. Diese zentrale Bestimmung der konkreten betrieblichen Produktionsbedingungen funktioniert nicht. Ökonomisches Handeln im Sinne eines Aufwands-Ertrags-Kalküls, auch wenn ich hier Ertrag nicht als Gewinn verstehe, sondern in stofflichen Einheiten bemesse, ist nicht möglich, wenn diese Aufwands-Ertrags-Berechnung nicht dort stattfindet, wo die Bedingungen der Produktionsausübung bekannt sind. Insofern ist es kein Zufall, daß alle Versuche, die Mängel des zentralistischen Systems zu überwinden, immer in die Richtung gehen, den Betrieben eine größere Selbständigkeit zuzugestehen.

Welche Elemente der Wirtschaftsreform sollen denn zukünftig gesamtgesellschaftliche Planung sichern?

Selbstverständlich sieht die Wirtschaftsreform keine Abkehr von der Planwirtschaft vor. In Zukunft sollen langfristige Perspektivpläne, die sich über einen Zeitraum bis zu 15 Jahren erstrecken, die faktisch vorherrschende Jahresplanung ersetzen. Die Erstellung dieser Pläne ist weiterhin die Aufgabe der staatlichen Plankommission. Auf der ministeriellen Ebene sollen diese Pläne dann konkretisiert werden, allerdings nicht wie in der Vergangenheit an die Betriebe weitergegeben werden. Die Betriebe sollen ihre Pläne eigenständig aufstellen und bestätigen.

Vier Instrumente sollen gewährleisten, daß diese betrieblichen Pläne mit den Perspektivvorgaben von Gosplan und den Ministerien übereinstimmen. Erstens sollen die Betriebe sich an den zentralen Plänen orientieren und die dort gesetzten Proportionen und Schwerpunkte berücksichtigen.

Zweitens bekommen die Betriebe von den Ministerien sogenannte Normative vorgegeben. Das sind Verhältniszahlen, die zwei wirtschaftliche Prozesse aneinanderkoppeln. Ein Beispiel: Wenn Erhöhung der Produktivität und Lohnfonds gekoppelt werden, könnte der Betrieb bei der Steigerung der Produktivität um einen Prozentpunkt den Lohnfonds um 0,8 Prozentpunkte aufstocken. Die Planung der Betriebe müßte sich an diese Normative halten und könnte in unserem Beispiel keine darüberhinausgehende Lohnentwicklung einleiten.

Der dritte Aspekt sind die Staatsaufträge. Von kritischen sowjetischen Teilnehmern der Diskussion ist sofort eingewandt worden, daß hier nur die Etiketten getauscht werden und bisher verbindliche Staatsauflagen nun als Staatsaufträge durchgesetzt werden. Diese Gefahr sehe ich auch. In der Konzeption sieht es allerdings anders aus. Sowohl hinsichtlich der Bezahlung wie der Versorgung der Betriebe mit den entsprechenden Ressourcen ist an vorteilhafte Bedingungen für die Betriebe gedacht, so daß man geradezu an ein Ausschreibungssystem denkt, bei dem die Betriebe sich um diese Staatsaufträge bewerben sollen. Keineswegs sollen diese Staatsaufträge mehr als 50 Prozent der Auslastung eines Betriebes ausmachen. Die andere Hälfte der Kapazität soll durch Aufträge ausgelastet werden, die der Betrieb direkt entgegennimmt, z.B. in der Leichtindustrie durch Aufträge der Handelsorganisationen.

Die vierte Form der zentralen Wirtschaftsplanung sind sogenannte Limite, die sich allerdings nur auf Investitionen beziehen, für die eine umfangreiche Bautätigkeit notwendig ist, um zu verhindern, daß die Betriebe über die vorhandene Baukapazität hinaus expandieren. Das hängt damit zusammen, daß in der Vergangenheit Investitionen überwiegend in einer Form vorgenommen wurden, die mit großen Bauaufträgen verbunden war. Das führte zu Fertigstellungszeiten von 12-15 Jahren, nach denen die eigentlichen Produktionsanlagen natürlich technisch längst überholt waren. Um das zu verhindern, werden durch diese Limite Beschränkungen der Erweiterungsinvestitionen vorgenommen.

Ich sehe viel stärker als eine Auflösung zentraler Einflußnahme die Gefahr, daß diese Instrumente nur neue Formen sind, in denen der alte rigide Zentralismus sich erneut durchsetzen kann.

Arbeitslosigkeit als Element der wirtschaftlichen Beschleunigung?

Hier in der Bundesrepublik machte kürzlich eine Spiegel-Veröffentlichung Furore, in der ein sowjetischer Autor zur Steigerung der Leistungsbereitschaft der Arbeiter die Inkaufnahme einer Sockel-Arbeitslosigkeit empfahl. Haben solche Positionen in der UdSSR bereits eine politische oder soziale Grundlage?

Bisher tasten nur sehr wenige Wirtschaftswissenschaftler und Soziologen in ihren Beiträgen das Recht auf Arbeit an. Gorbatschow hat sich aber auf dem Juni-Plenum von diesen Vorstellungen deutlich distanziert. Mir scheint das nicht zufällig, da das Maß der politischen und sozialen Stabilität, die die Sowjetunion hat, weitgehend auf diesen sozialen Sicherungen beruht, die von der Arbeiterklasse als Errungenschaften betrachtet werden. Sollten sie in Frage gestellt werden, wäre das mit gewaltigen Legitimitätseinbußen für das System verbunden. Daß andere, abweichende Vorstellungen veröffentlicht werden können, gehört aber zu Glasnost mit dazu, auch wenn sie gegenüber der Bevölkerung und in der Partei nicht durchgesetzt werden können.

Ein Problem ist sicherlich, daß derzeit sowohl regional wie strukturell eine Ungleichverteilung der Arbeitskräfte existiert. Die Betriebsbelegschaften sind im allgemeinen aufgebläht. Bisher gibt es keine systematische Umqualifikation, es gibt kein Arbeitslosengeld für zeitweilige Beschäftigungslosigkeit, so daß hier neue Instrumente erst geschaffen werden müßten.

Gorbatschow vergißt in keiner seiner wirtschaftspolitischen Reden einen Angriff auf die Gleichmacherei. Er kritisiert damit ausschließlich die Möglichkeit, daß weniger engagierte Arbeiter den gleichen Lohn erhalten wie leistungsbereitere. Ich empfinde diese Kritiken allerdings als Ablenkung von der ja nicht geringen Ungleichheit in der sowjetischen Gesellschaft.

Nicht erst seit Gorbatschow, sondern seit der Breschnew-Zeit, eigentlich seit Stalin gibt es Kritik an der Gleichmacherei, die als negative Abqualifizierung des Begriffs Gleichheit benutzt wird. Nach meinem Eindruck gibt es eine Gleichzeitigkeit von relativ hoher Gleichheit und Ungleichheit. Auf der Betriebsebene, in Handelsorganisationen und selbst staatlichen Verwaltungen ist die Einkommensdifferenzierung nicht sehr hoch. Hoch ist sie, wenn ich vergleiche, was ein Arbeiter in Sibirien und ein Dreher in einer Masschinenbaufabrik in Charkow verdienen können, während in dieser Fabrik selbst die Einkommensunterschiede nicht sehr groß sind. Wenn dann die Unterschiede der Konsumfähigkeit in solchen abgegrenzten Populationen dennoch groß sind, liegt das daran, daß die Möglichkeiten, wie einzelne sich Zugang zu Konsumtionsgütern verschaffen können, auseinanderklaffen. Daneben ist die Möglichkeit, durch Nebenarbeiten relativ hohe Einkommen zu erzielen, zu berücksichtigen.

Die Verstärkung der Kritik der Gleichmacherei hat für mich in doppelter Hinsicht eine bedenkliche Note. Zum einen gehört zu meinem Sozialismus-Verständnis, daß Sozialismus viel mit sozialer Gleichheit zu tun hat, nicht mit absoluter, aber weitgehender materieller Gleichheit. Darüberhinaus habe ich den Eindruck, daß hinter dieser verstärkten Kritik an Gleichmacherei ein ziemlich plattes, geradezu behavioristisches Verständnis von sozialen Motivierungen steht, wonach Anreiz vorwiegend durch mehr Geld ausgeübt werden könne. Meines Erachtens liegt die mangelnde Produktivität nicht allein oder hauptsächlich an zu geringer Entlohnung. Es ist doch gar nicht garantiert, daß Menschen kreativer und produktiver arbeiten, wenn sie mehr Geld bekommen. Das hängt ganz eng auch mit den Arbeitsbedingungen in ihrer Gesamtheit zusammen.

,,... immer schwerer, Sozialismus konkret zu definieren''

Zum Schluß unseres Gesprächs möchte ich auf deine Gesamtbewertung der sowjetischen Entwicklung zu sprechen kommen. Du hast geschrieben, trotz der ökonomistischen und technizistischen Elemente der sowjetischen Diskussion und Experimente sei sie vom Standpunkt eines westlichen Marxismus zu begrüßen. Was verstehst du unter ,,westlichem Marxismus'' und weshalb sind die sowjetischen Reformen von dessen Position aus positiv aufzunehmen?

Ganz kurz zur Begriffsklärung: Ich habe den Begriff hier im weiteren Sinne gebraucht als Negativ-Abgrenzung gegenüber denjenigen Strömungen, die sich auf den Kommunismus sowjetischer Prägung beziehen. Im linken Diskurs umfaßt dieser Begriff ,,westlicher Marxismus'' dann linke Teile der Sozialdemokratie bis hin zu nichtorthodoxen kommunistischen Organisationsansätzen.

Mir fällt es angesichts der Erfahrungen mit sozialdemokratischen Politikkonzeptionen einerseits, dem kommunistischen Modell der Sowjetunion andererseits, aber auch Entwicklungen jenseits dieser Ansätze wie etwa in Jugoslawien oder in China immer schwerer, Sozialismus konkret zu definieren durch bestimmte Grundsätze und Institutionen politischer und ökonomischer Art. Meine Frage ist die, ob wir Sozialismus, wie er unter den modernen gesellschaftlichen Verhältnissen möglich ist, nicht zunächst durch Grundbestimmungen definieren müssen, die als nicht-kapitalistische gefaßt sind. Also nicht zu sagen, diese und jene Einrichtungen und gesellschaftlichen Beziehungen sind sozialistisch, sondern das Fehlen bestimmter Charakteristika der kapitalistischen Gesellschaft als Kennzeichen für sozialistische Gesellschaften zu werten. Darunter würde ich dann vor allem verstehen, daß der ganze Gesellschaftsprozeß nicht durch die Prozesse der Kapitalverwertung prädeterminiert wird. Man sollte Festhalten an dem Anspruch, daß gesellschaftliche Prozesse unter und durch Beteiligung der gesellschaftlichen Subjekte entschieden werden. In welchen Formen das geschehen soll, wird man in vielfältiger Weise durchdenken, diskutieren und praktizieren müssen, ohne an bestimmten Formen, die traditionell als unverzichtbar angesehen werden, unbedingt festhalten zu müssen.

Ich sehe gegenwärtig bei Strömungen, die sich in der Vergangenheit eher desinteressiert oder ablehnend gegenüber den sowjetischen Entwicklungen gezeigt haben, eine Tendenz, nun von der Sowjetunion die Verwirklichung eigener Sozialismus-Vorstellungen zu erwarten. Ich meine, daß solche Hoffnungen enttäuscht werden müssen, weil zu wenig beachtet wird, welche Voraussetzungen in der Sowjetunion herrschen.

Immerhin halte ich es für möglich, daß die Entwicklung in der Sowjetunion auf eine Gesellschaft hinausläuft, die ein Stück mehr materialer Rationalität in ihre Beziehungsformen, in die Art, wie gesellschaftliche Prozesse konzipiert und verwirklicht werden, einbringt als das im Kapitalismus der Fall ist. Unabhängig davon, ob man sagt, das entspricht den klassischen Sozialismus-Vorstellungen, zum Beispiel der Gleichzeitigkeit völliger personaler Autonomie und sozialer Gerechtigkeit, kann die Sowjetunion vielleicht vernünftigere Austragungsformen gesellschaftlicher Interessenkonflikte verwirklichen als das im Westen der Fall ist.

Ich teile deine skizzierte Auffassung vom, verkürzt gesagt, ,,Sozialismus als Experiment''. Um diese Experimente allerdings positiv zu wenden, scheint mir ein hohes Maß an politischer, kultureller und gesellschaftswissenschaftlicher Freiheit unverzichtbar. Nur bei der Möglichkeit einer breit angelegten, unvoreingenommenen Debatte, die keine sozialistische Strömung als ,,weißen Fleck'' behandelt, lassen sich doch die jeweiligen Erfahrungen überhaupt auswerten, neue Wege bei tiefer gesellschaftlicher Verankerung beschreiten.

Dem kann ich nur zustimmen, möchte aber zwei Dinge ergänzen. Ich habe den Eindruck, daß diese grob artikulierte Sicht auch die der sowjetischen Reformer ist. Wenn sich diese Vorstellungen dennoch nicht durchsetzen sollten, liegt das daran, daß die Reformergruppe innerhalb der Partei und Gesellschaft keine Mehrheit findet. Es kann sein, daß sich in den Betrieben, Universitäten, Kommunen eine solche politische Kultur nicht schnell genug entwickelt. Wir können von der Diskussionsfreude, die wir in bestimmten Bereichen wiederfinden, nicht schließen, das sei auf allen gesellschaftlichen Ebenen der Fall. Gorbatschow hat unlängst gesagt, wir haben zu wenig politische Kultur, zu wenig Diskussionskultur. Ich glaube, das ist realistisch.

Anmerkungen

Wir möchten die interessierten LeserInnen noch auf einige Aufsätze von Hansgeorg Conert hinweisen, die durchweg in der Zeitschrift „Sozialismus", Hamburg, vsa-Verlag, erschienen sind.

(1) Experimentierkurs — Funktionsprobleme der sowjetischen Wirtschaft, in: Nr. 7/84
(2) Experimente — Der schwierige Weg zur ökonomischen Effizienz in der UdSSR, in: Nr. 5/85
(3) Die Linke und der Reale Sozialismus, in: Nr. 9/85
(4) Perestroika — Umbau der Wirtschaft: Programm, Realität, Widerstände, in: Nr. 3/87
(5) Die „neuen Methoden des Wirtschaftens" — Zum Entwurf eines neuen Betriebsgesetzes in der Sowjetunion, in: Nr. 6/87

Mit Sabotage ins Reich der Freiheit?

„Maschinensturm" als neue Politik im Betrieb

Sie wollen sich weder *„auf parlamentarische Mehrheiten ... verlassen"* noch *„auf eine wie auch immer geartete Revolution ... warten"*. Die Rede ist von der Fachgruppe Betrieb und Gewerkschaft der Hamburger GAL. Ernüchtert von gewerkschaftlichen „Jahrhundertkämpfen", genervt von der zahnlosen „ja aber — Position" der Gewerkschaften zu den neuen Technologien und sauer angesichts zunehmender Fixierung der GAL auf die Parlamentsarbeit, will die Fachgruppe nun eine Diskussion um neue betriebliche Kampfformen anschieben. Als Diskussionsanreiz hat sie eine Broschüre mit dem Titel *„Maschinenstürmerei und Sabotage — Produzenten in der Verantwortung"* veröffentlicht. Neben einem aktuellen Teil enthält die Broschüre Darstellungen verschiedener Bewegungen, die sich in den letzten 200 Jahren mit „der Maschinerie" auseinandergesetzt haben. Die Autoren beginnen mit den Aufständen der englischen Strumpfwirker (Luddisten), schildern Aktionen und Programmatik der US-amerikanischen Wobblies, berichten von antifaschistischen Betriebsgruppen in Hamburg und Diskussionszusammenhängen von Naturwissenschaftlern unter den Nazis. Abgerundet wird dieser Streifzug durch die Geschichte schließlich mit Berichten von den Kämpfen der italienischen Automobilarbeiter und den Hippies von Lordstown, die Anfang der 70er Jahre in der modernsten Autofabrik der Welt bei General Motors die Autositze aufschlitzten, und anderes mehr ...

Die Fachgruppe hat zur Diskussion ihrer Vorstellungen bisher mehrere Diskussionsrunden organisiert an denen vor allem linke Gewerkschafter teilnahmen. Geplant sind weitere Runden mit GALiern und Leuten aus den Bewegungen.

Von der „klammheimlichen Freude" zur politischen Bewegung

Von der „klammheimlichen Freude" zur politischen Bewegung

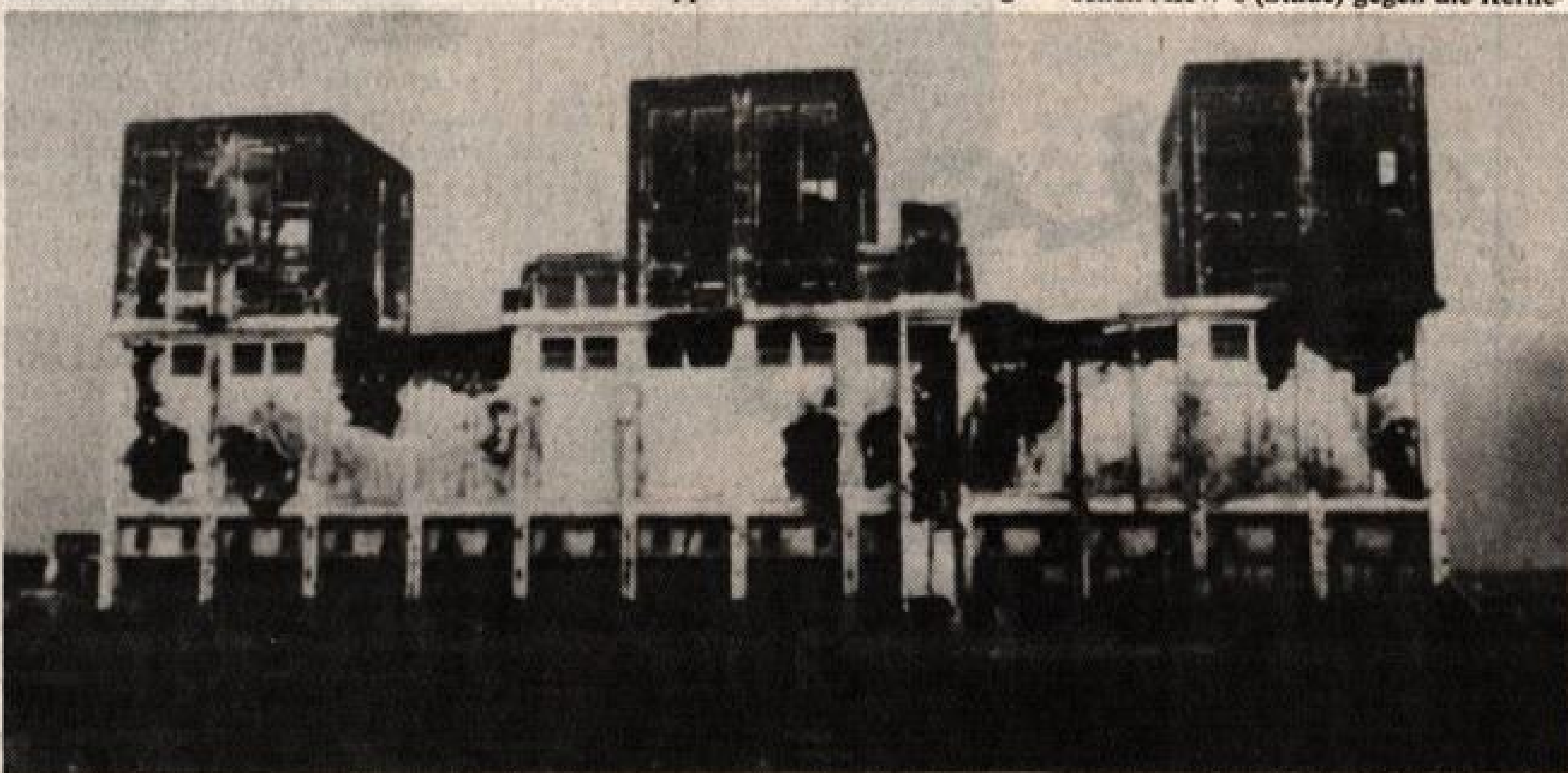
Parallel zu den Bemühungen der GAL-Fachgruppe haben drei Hamburger Filmemacher (Christian Bau, Maria Hemmleb, Manfred Oppermann) einen Videofilm „Maschinensturm" fertiggestellt. Der Film: eine Kampfansage an „die Maschine". Die Kamera schweift durch ausgebrannte englische Fabrikruinen, zeigt die Kälte großindustrieller Fertigungshallen und die unerbittliche Perfektion ihrer Anlagen. Assoziationen zu Kirchen und Schlachthäusern werden wach. Als Kontrast: Originalaufnahmen vom Testgelände der Nazi-"Wunderwaffe" V2. Sie ist nicht in stolzem Fluge zu sehen, sondern torkelnd, meist nur wenige Meter über der Startrampe. Dann fällt sie schlapp puffend gen Heimaterde.

Doch nicht nur „Maschine" und „Fabrik" werden von ihrer abscheulichsten Seite her dargestellt. Auch Pflichtbewußtsein und Arbeitseifer werden — mittels Ausschnitten aus dem Nazi-Film „Rüstungsarbeiter" (1942) — auf's Korn genommen. Und schließlich der Kern des Films: EDV-Arbeiterinnen, Angestellte, Betriebsräte (u.a. bekannte Hamburger Betriebslinke) erscheinen vor der Kamera und beschreiben die Genugtuung die es ihnen bereitet, wenn der Produktionsprozeß einmal unterbrochen ist, weil irgendjemand „vergessen" hat, nach erkannter Gefahr (für Maschine und Produkt) rechtzeitig auf den Aus-Knopf zu drücken oder eine bestimmte Lauge nachzufüllen. Wenn es an der Drehbank kracht oder im chemischen Labor so an zu schäumen fängt, daß zwei, drei Stockwerke mit Rasierschaum angefüllt sind, hat die Ausbeutung eine zeitlang Ruh, vorausgesetzt mensch hat auch an den Arbeits- bzw. Unfallschutz gedacht.

Der Film bringt in konzentrierter Form das, was es an passivem und aktivem Widerstand immer schon gegeben hat, ohne daß dies im öffentlichen Bewußtsein eine größere Rolle gespielt hätte. Das Neue ist, daß sich hier Lohnabhängige *öffentlich* zu einer Haltung bekennen, die die fristlose Kündigung zur Folge haben kann. Die Ernsthaftigkeit und der Mut, der hier deutlich wird, wird nicht dadurch geschmälert, daß die KollegInnen, die sich zur aktiven Sabotage bekennen und entsprechende Tips geben (wie mensch bspw. mit Salzsäure und einer Einwegspritze hochkomplizierte Anlagen gezielt „totspritzen" kann) nicht im Bild gezeigt werden, bzw. nicht mehr in der jeweiligen Firma arbeiten. Wenn Sabotage und Maschinenstürmerei *heute* jedoch als *politisches* Konzept mit *Breitenwirkung* verstanden werden soll, drängen sich einige Fragen auf.

Gute Bedingungen für Sabotage heutzutage?

Auf diese Frage gibt die GAL-Broschüre keine Antwort. Es wird auch nicht der Versuch gemacht, den genauen Unterschied herauszuarbeiten zwischen den historischen Darstellungen — bspw. die Sabotageaktionen der antifaschistischen Betriebszellen —



und der heutigen Situation. Damals war die Sabotage eine der *wenigen* Möglichkeiten von Widerstand *überhaupt* und war damit auch eine der wenigen Möglichkeiten sich für ein praktisch umzusetzendes Ziel politisch zusammenzuschließen. Das ist heute zweifellos anders.

Doch die Mühe genauerer Differenzierung machen sich die Autoren leider nicht. Stattdessen werden Allgemein-

sammenzuschließen. Das ist heute zweifellos anders.
Doch die Mühe genauerer Differenzierung machen sich die Autoren leider nicht. Stattdessen werden Allgemein-

plätze hochgehalten. Es wird schlicht festgestellt, die Sabotage sei *„die effektivste Form, die jetzige Produktionsweise zu verändern oder wenigstens zu stoppen"*. (S. 38) Alle anderen Ansätze menschenfeindliche Produktion zu verhindern seien zwar *„wichtig"* hätten bisher jedoch nicht zu praktischen Ergebnissen geführt. Das Problem der Gewerkschafter, die über Arbeitskreise in den Betrieben die Rüstungsproduktion kritisieren und Alternativen aufzeigen, ist *„die praktische Durchsetzung ihrer Ideen"* ... *„Bleibt uns deshalb"*, so wird gefragt, *„also nichts anderes übrig, als bei schöner Theorie stehenzubleiben, uns auf parlamentarische Mehrheiten zu verlassen oder auf eine wie auch immer geartete Revolution zu warten?"* (S. 4) Diese Art von Suggestivfragen sind leider alles, was die Autoren der Broschüre zu den heutigen Bedingungen von Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit zu sagen haben. D.h. wer die Fragen nicht mit „ja" beantworten will, kommt um eine „Sabotagediskussion" auf keinen Fall herum.

Mit der konkrete Analyse einer konkreten Situation hat das jedoch wenig zu tun. Eher mit Frust und Weltuntergangsstimmung nach dem Motto: Jetzt oder nie!

Sabotage heute breit propagieren?

Den Autoren ist es wichtig darauf hinzuweisen, daß Sabotage nicht allein mit konspirativen Einzelaktionen gleichzusetzen ist:„ ... *für uns fallen unter diesen Begriff sehr unterschiedliche und vor allem möglichst auch kollektive Aktionen: von offenen politischen Stellungnahmen als Lohnabhängige gegen bestimmte Produkte, über Langsamarbeiten und andere Formen informellen Widerstands, bis hin zu Arbeitsverweigerung und Streik"* (S. 4). Doch *„in einer Situation massenhafter Arbeitsplatzvernichtung* (wo, wie die Autoren selbst schreiben,) *nur wenige Kolleg/inn/en ... offen gegen den Bau von Fregatten oder Panzern auftreten"* (S. 38), wie soll es ausgerechnet da möglich sein, auf breiterer Ebene über Sabotage zu diskutieren, geschweige denn diese zu betreiben? Von den Autoren gibt es diesbezüglich leider keine Antwort. Stattdessen wird frei nach dem Motto „Jeder kann anfangen!" festgestellt: *„Ohne Kapitalverwertung und Konkurrenzfähigkeit läßt sich dieses System nicht aufrechterhalten. Die Frage ist nur, ob wir das weiter mitmachen ... Jeder Tag, an dem wir mithelfen können, daß irgendein gefährlicher Schrott nicht das Werk verläßt, bringt uns ein Stück Lebensqualität und schafft uns Zeit, Alternativen zu entwickeln"* (S. 38).

Sabotage — Randgruppenstrategie?

Die handelnden Subjekte von Maschinenstürmerei und Sabotage entstammten, mit Ausnahme der antifaschistischen Gruppen in deutschen Rüstungsbetrieben, nicht den Kerngruppen, sondern den Randgruppen des Proletariats.

— Die Wobblies organisierten in erster Linie die ungelernten Arbeiter und waren sogar der Meinung, daß *diese* Kern und Triebkraft des Proletriat seien, da sie keine Privilegien zu verteidigen hätten.

— Die Rebellion der Fiat-Arbeiter En-

waren sogar der Meinung, daß diese Kern und Triebkraft des Proletriat seien, da sie keine Privilegien zu verteidigen hätten.
— Die Rebellion der Fiat-Arbeiter En-

de der 60er Jahre ging von den Einwanderern aus dem Süden aus.

— Die wilden Streiks in der BRD Anfang der 70er Jahre gingen nicht wesentlich über die Betriebe hinaus, in denen ausländische Kollegen einen überdurchschnittlichen Anteil der Belegschaft ausmachten (vor allem Automobilindustrie)

— Die Maschinenstürmer des 19. Jahrhunderts gehörten selbst noch nicht zum Proletariat, sondern waren gewerbetreibende Kleinbürger.

All diese Bewegungen erreichten zwar eine große Militanz, schafften es jedoch nicht, die wesentlichen Kernsektoren des Proletariats zu gewinnen. Es stellt sich also auch im historischen Rückblick die Frage, ob Sabotage überhaupt die Aktionsform ist, mit der heute *breitere* Schichten des Proletariats mobilisiert werden können.

Herrschaft von Sachen?

Anstatt sich der *„verzweifelte(n) Suche vieler Linker nach dem verantwortlichen Subjekt"* anzuschließen, suchen die Autoren dies lieber in der eigenen Klasse: *„Als Lohnabhängige unterstützen wir — mehr oder weniger direkt — diese Produktionsweise, die immer mehr Destruktivkräfte hervorbringt. Wir als Erwerbstätige bauen AKWs"* etc. (Es folgt eine Aufstellung der besonders schlimmen Produktionsbereiche). Und als ob das alles noch garnichts wär', wird noch einer draufgesetzt:*„Wir tragen mit unserer Produktionsweise"* (wieso eigentlich unserer?, Anm.d. Verf.) *„zur Ausplünderung der Dritten Welt und irgendwann zur Vernichtung der ganzen Menschheit bei" (S. 4).*

Besitzverhältnisse sowie Fragen der *staatlichen Macht* und der *herrschenden Ideologie* bleiben da außen vor. Auch die Rolle und Funktion der Sozialdemokratie bleibt fast unerwähnt. Doch auf der Suche nach Verantwortlichen wäre ja gerade sie zu nennen, die bisher dort, wo sie die Regierungsgeschäfte führt, alle Forderungen und Konzepte zur Umstellung von Rüstungsproduktion oder zur Abschaltung bestimmter AKW's mit marktwirtschaftlichen Argumenten oder dem Verweis auf die Zuständigkeit des Bundes abgelehnt hat. *Die SPD* trägt damit in den Ländern, in denen sie die Regierungsgeschäfte führt, die *Verantwortung* dafür, daß keine Schritte in Richtung auf eine soziale und ökologische Produktionsweise eingeleitet werden und die Belegschaften von Rüstungsbetrieben immer wieder vor die grausige Alternative gestellt werden: Entweder für den Krieg zu produzieren oder arbeitslos zu sein. Die SPD trägt außerdem die Verantwortung dafür, daß AKW-Arbeiter in Nordrhein-Westfalen oder Schleswig-Holstein ebenfalls vor die Alternative gestellt werden entweder weiterzuarbeiten, oder arbeitslos zu sein. Diese Verantwortung der SPD wird nicht dadurch geringer, daß der niedersächsiche SPD-Vorsitzende Schröder recht wacker vor der Belegschaft eines niedersächsischen AKW's (Stade) gegen die Kernenergie agitiert. Zum Glück (für Ihn) brauchte er in diesem Fall nicht zu zeigen, wie ernst er es in der Praxis meint.

Die Unernsthaftigkeit, mit der die SPD Ausstiegspläne entwirft und dann wieder verwässert und verwirft, macht sie auch mitverantwortlich für das Bewußtsein ihrer Wähler, die so immer wieder mit scheinbaren Sachzwängen hinters Licht geführt werden.

wieder verwässert und verwirft, macht sie auch mitverantwortlich für das Bewußtsein ihrer Wähler, die so immer wieder mit scheinbaren Sachzwängen hinters Licht geführt werden.

Doch nicht nur die Sozialdemokratie wird von den Autoren der GAL-Broschüre weitgehend verschont. Auch die Kapitalisten sind fein raus. Denn, so die Autoren, *„aus der ökonomisch sachlichen Herrschaft der Kapitalisten ist die Herrschaft von übermächtigen Sachen geworden ... Die Manager in den Chefetagen der Konzerne erscheinen nur noch als Anhängsel der auf Jahrzehnte angelegten Kapitalbewegungen."* Die Anschläge der RAF bzw. die Tatsache, daß sich in den Kommandozentralen nichts geändert hat, zeige, daß *„auch in den höchsten Stellen ... letztlich nur austauschbare Figuren* (sitzen), *deren Funktion sich in der Erhaltung der Verwertungsbedingungen des blind prozessierenden Kapitals erschöpft."* (S. 36) Die Herrschenden tragen nach Meinung der Autoren nicht nur keine Verantwortung, sondern sind im Gegenteil selbst Opfer „des Kapitals". *„Bei der weltweit betriebenen Produktionsweise scheint uns heute trotz zweier Weltkriege zum ersten Mal der Mensch als Gattung in Gefahr"* (S. 36).

Mystifikation der Ökonomie

Die Gemeinsamkeit der in der Broschüre dargestellten Bewegungen *„erschöpft sich"* nach Meinung der Autoren *„in der Ablehnung des Dogmas von der Unantastbarkeit der Maschinen"* (S. 3). Damit begibt mensch sich selbst stillschweigend auf den Bewußtseinsstand dieser Bewegungen und verpaßt so die Chance, einen Schritt weiter zu gehen und „die Maschinerie" genauer zu analysieren. Bei solch einer Analyse könnte ja u.U. eine viel differenzierte Sichtweise „der Maschinerie" wie der neuen Technologien herauskommen, als die AutorInnen sie vorgelegt haben. Etwa Angaben darüber, was davon in eine neue Gesellschaft übernommen werden kann, was modifiziert werden muß und was so destruktiv ist, daß es nur noch abgeschafft werden kann.

Doch nicht nur „die Maschinerie" und die neuen Technologien werden mystifiziert, sondern auch „das Kapital". Den oben erwähnten Übergang von *„der ökonomisch sachlichen Herrschaft der Kapitalisten"* zu der *„Herrschaft von übermächtigen Sachen"* erklären die Autoren mit der *„ungeheure(n)* Ausdehnung des fixen Kapitals. Damit *„bleibt von seiner historischen Bestimmung, die einmal mit der Entfaltung der menschlichen Produktivkräfte die Möglichkeit humanen Lebens für alle versprach, nichts mehr übrig."* Falls die Autoren mit dieser Aussage eine Abgrenzung vom Marxismus versuchen, so muß ihnen rein sachlich widersprochen werden. Denn Marx und Engels sprachen nicht von der historischen Bestimmung des Kapitals sondern von der historischen Bestimmung des Proletariats, dem die Aufgabe zufällt, den Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen aufzulösen.

Das Kapital als *„übermächtige Sache"* ist *„zur zweiten Natur geworden"* (S. 36) schreiben die Autoren weiter. Doch „das Kapital" existiert nicht unabhängig und außerhalb vom menschlichen Bewußtsein. Die Funktion des Kapitals ist untrennbar verbunden mit den Interesssen seiner Besitzer. Wer das bestreiten will, fällt nicht nur hinter die 150jährige Geschichte des wissenschaftlichen Sozialismus, sondern selbst hinter bestimmte richtige Erkenntnisse der bürgerlichen Ökonomie zurück.

Schließlich legen die AutorInnen auch über „die Produktion" einen Schleier, der diese einer analytischen Betrachtungsweise entzieht. Zutreffend stellen sie fest, daß *„bei genauerer Betrachtung der heutigen Produktion die Palette der ‚schlimmen Ausnahmen' überwältigend anwächst."* Man müße sich fragen, so schreiben sie dann aber weiter, *„ob denn nicht der ‚Mißbrauch' der eigentliche Zweck, die ‚Ausnahme' die Regel ist"* (S.33). Doch, so könnte mensch zurückfragen, ist nicht der „Mißbrauch" im Kapitalismus schon immer der eigentliche Zweck gewesen? Denn wer will bestreiten, daß die „ganz normale Ausbeutung" nicht eigentlich auch schon „schlimm" ist. Die Tatsache, daß bei immer mehr Produktionsbereichen der Mißbrauch *deutlicher* wird, hängt doch schlicht und einfach mit den Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus zusammen. Diese Gesetzmäßigkeiten bewirken, daß der *„gesellschaftliche Charakter der Produktionsmittel und Produkte ... sich heute gegen die Pro-*

setzmäßigkeiten des Kapitalismus zusammen. Diese Gesetzmäßigkeiten bewirken, daß der „gesellschaftliche Charakter der Produktionsmittel und Produkte ... sich heute gegen die Pro-

duzenten selbst kehrt, (indem er) *die Produktions- und Austauschweise periodisch durchbricht und sich nur als blindwirkendes Naturgesetz gewalttätig und zerstörend durchsetzt..."* Wenn allerdings der gesellschaftliche Charakter von Produktionsmitteln und Produkten von den Produzenten *„mit vollem Bewußtsein zur Geltung gebracht"* wird, indem *„die Gesellschaft offen und ohne Umwege Besitz ergreift von jeder andern Leitung außer der ihrigen entwachsenen Produktivkräften"*, so besteht laut Friedrich Engels die Chance, daß sich *„der gesellschaftliche Charakter der Produktionsmittel und Produkte, ... aus einer Ursache der Störung und des periodischen Zusammenbruchs in den mächtigsten Hebel der Produktion selbst* (verwandelt)„ (Anti-Dühring, MEW 20, S. 260). Erst wenn die Gesellschaft von den Produktionsmitteln Besitz ergreift und damit *„die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion ... ersetzt durch planmäßige bewußte Organisation ... tritt der Mensch, in gewissem Sinn, ... aus tierischen Daseinsbedingungen in wirklich menschliche .. erst von da an werden die von ihnen in Bewegung gesetzten gesellschaftlichen Ursachen vorwiegend und in stets steigendem Maße auch die von ihnen gewollten Wirkungen haben. Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit"* (Ebd. S. 264).

uh

Die Broschüre der GAL-Fachgruppe Betrieb & Gewerkschaft kann bestellt werden über
Michaela Stomberg c/o GAL-FG B&G
Bartelsstr. 30, 2 Hamburg 6

Der Videofilm „Maschinensturm" (45 Min.) kann ausgeliehen werden über „die Thede", Thedestr. 85,
2 Hamburg 50, Tel. 040/38 37 57

»Gegen die Dummheit in der Musik«

Zum 25. Todestag von Hanns Eisler

Vor 25 Jahren, am 6. September 1962, verstarb Hanns Eisler im Alter von 64 Jahren in Berlin (DDR). In diesem AK wird sein Wirken in der Weimarer Republik dargestellt. Im folgenden AK werden die Zeit des Exils und die Jahre in der DDR behandelt.

Die „Dummheit in der Musik" zu bekämpfen, ist ein immer wieder auftauchender Gedanke in den Äußerungen Hanns Eislers. Zur „Dummheit in der Musik" gehört für ihn die Losgelöstheit der Musik von der gesellschaftlichen Realität, die u.a. in der Formel „L'art pour l'art" ihren Ausdruck findet. Dummheit ist ihm auch die Verwendung von unzeitgemäßen Inhalten und veralteten Mitteln in der Musik.

Für Eisler hat die Musik immer eine Funktion. Auch die scheinbare Zwecklosigkeit der bürgerlichen Musikideologie hat eine Funktion, nämlich die Ablenkung von den gesellschaftlichen Zuständen. Eisler zog daraus die Konsequenz, sich auf die Seite der revolutionären Kämpfe seiner Zeit zu stellen.

In der Bundesrepublik wird daher sein Todestag ebenso wie sein 90. Geburtstag im nächsten Jahr wohl kaum Beachtung finden, da nicht anzunehmen ist, daß die totale Ignoranz und Unterdrückung des Lebens und Werks von Eisler im Kulturbetrieb der BRD plötzlich aufgehoben würde.

Relativ bekannt sind von Eisler lediglich seine Vertonungen von Brecht-Gedichten und -Werken oder die von ihm stammenden Kampflieder der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik („Roter Wedding", „Solidaritätslied"). Dies umfaßt aber nur einen Bruchteil seines Werks. Hinzu kommen Werke in allen musikalischen Genres: Kammermusik, Oper, Chor, Kantate, Sinfonie ... Aber auch zahlreiche Schriften, Aufsätze und Reden über musikalische, ästhetische oder politische Fragen stammen von ihm. Und schließlich war er auch direkt in musikalischen und politischen Organisationen aktiv.

„Stinkender Sozialist"

In seinem Elternhaus in Wien, wohin die Familie 1901 aus Leipzig übergesiedelt war, war es für Johannes Eisler (1) sehr schwierig, seine musikalischen Interessen zu verwirklichen. Zwar waren sowohl der Vater (Privatgelehrter der Philosophie) als auch die Mutter (Tochter eines Metzgers, die es durchsetzen konnte, an der Universität Vorlesungen zu hören) musikalisch gebildet. Da die Eltern jedoch kein festes Einkommen hatten, konnten sie nur ab und zu ein Klavier mieten. Johannes mußte daher immer Freunde aus wohlhabenden Familien bitten, ihn gelegentlich ans Klavier zu lassen. Mit etwa elf Jahren hatte er angefangen, seine ersten Stücke zu komponieren.

Im Krieg, in den er 1916 eingezogen wurde, fing er an, in seinen Kompositionen seine politische Haltung musikalisch auszudrücken. Er begann mit einem Oratorium „Gegen den Krieg", dessen Entwürfe er auch im Schützengraben mit sich führte.

Hanns Eisler war zweimal wegen Befehlsverweigerung bestraft worden und in ein ungarisches Regiment gekommen, da er als Oppositioneller isoliert werden sollte. Er erinnerte sich an die Warnung seines Bataillonskommandanten, der sagte: „Wenn Sie stinkender Sozialist noch einmal wagen werden, meinen Jungens etwas über Ihren stinkenden Sozialismus zu erzählen, werde ich Sie erschießen!" Und Eisler kommentiert: „Das war meine erste Erfahrung mit dem Klassenfeind, in der schärfsten Form, wie man sie überhaupt als achtzehnjähriger Mensch kennenlernt." (2)

Eisler war bereits früh politisiert worden. Seine beiden älteren Geschwister, Gerhart und Elfriede (3), hatten sich etwa ab 1912 in einem Zirkel organisiert, in dem sie Kautsky, Marx, Engels und anarchistische Autoren lasen und diskutierten. Hanns beteiligte sich auch daran. Als der Weltkrieg ausbrach, radikalisierte sich die Gruppe. Gerhart gab mit Freunden eine Zeitschrift gegen den Krieg heraus, von der nur eine Nummer erschien. Diese wurde beschlagnahmt, worauf es bei Eislers eine Hausdurchsuchung gab und die Geschwister von nun an als verdächtige Personen behandelt wurden.

Nach dem Ende des Krieges, den Hanns Eisler nach einer Verwundung zu einem großen Teil in einem Lazarett verbracht hatte, trennten sich zunächst die politischen Wege der Geschwister. Elfriede war im November 1918 Mitbegründerin der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs; Gerhart, in den Tagen des Umsturzes Kämpfer der Roten Garde, arbeitete ebenfalls in der Partei mit und wurde Sekretär der Zeitschrift „Kommunist".

Hanns dagegen widmete sich zunächst ganz der Musik. Er schrieb sich am Neuen Wiener Konservatorium ein und wurde Schüler von Karl Weigl. Eisler: „Bald fand ich diese Art des Unterrichts zu leicht und oberflächlich. Ich brauchte einen strengen Lehrer. So ging ich zu Arnold Schönberg." (4) Schönberg, der später Anton von Webern, Alban Berg und Hanns Eisler als die besten seiner Schüler nannte, nahm Eisler in seine Meisterklasse auf.



Grafik von G. Leitz: Hanns Eisler am Klavier

Über die Dummheit in der Musik

„Die Dummheit in der Musik ist doch nur die Übertragung der Dummheit des menschlichen Lebens des Alltags in die Musik. Wenn ich Ihnen vorsingen würde ein wirklich wunderbares Lied von Schumann (Eisler singt:) ‚Du bist wie eine Blume, so hold und schön und rein ..' müssen Sie zugeben, das ist ein idiotischer Gesang. Aber so hören Sie diese Lieder gesungen (...) Die Gesangsart ist: kranker Dackel, bevor er zum Doktor geht." (20)

„Also wann ist Musik dumm? Wenn sie nicht den Zustand der Erkenntnis unserer Tage, unserer Zeit hat." (20)

„Intelligenz bezieht sich nicht nur auf die Auswahl der Texte, sondern auch darauf, wie man sie behandelt. Wenn ich mich mit dem Text völlig identifiziere, mich einfühle, ihm nachschwebe — na, das ist ganz scheußlich. Einen Text muß ein Komponist erst einmal widerspruchsvoll ansehen. Das Tragische wird von mir heiter aufgefaßt. Ich erinnere mich, wie begeistert mein Freund Brecht war, als ich das ‚Lob der Dialektik' komponierte, das einen rein fröhlichen Charakter hat. Wenn man mich einmal rühmen wird, wird man mich dafür rühmen, daß ich dem Text widerstanden habe. Ich habe dem Inhalt des Gedichts widerstanden und habe ihn in meiner Weise aufgefaßt. Das gehört zur Intelligenz in der Musik, und wer das nicht macht, ist ein Dummkopf." (20)

Eisler bekam von Schönberg nicht nur kostenlos Kompositions-Unterricht, sondern konnte bei ihm auch zeitweise wohnen und bekam sogar gelegentlich Geld von ihm. Außerdem verhalf er Eisler zur Aufführung seiner ersten Werke. Ohne diese Förderung durch Schönberg wäre es für Eisler wohl kaum möglich gewesen, in das „Privileg der herrschenden Klasse", nämlich die Kunstausüung, einzudringen.

Schönberg lehrte ihn „ein richtiges Verständnis der musikalischen Tradition der Klassiker" (Beethoven, Mozart, Bach etc.) und, was Eisler besonders wichtig war, „ökonomisches Komponieren", d.h. den Inhalt mit musikalischen Mitteln möglichst präzis auszudrücken ohne Floskeln, Schwulst und Sentimentalität.

Das Verhältnis, das vom Schüler Eisler zum Lehrer Schönberg daraus entstand, war geprägt von „höchster Bewunderung" und „großer Verehrung". Im Hintergrund schwelte jedoch ständig der Konflikt Eislers mit Schönbergs Musikvorstellung und mit dessen politischer Einstellung. Politisch war Schönberg, laut Eisler, ein „Kleinbürger ganz entsetzlichster Art", der zudem der gestürzten Monarchie nachtrauerte. Eislers Kritik an Schönbergs Musikvorstellung findet sich in seiner Kritik an der modernen bürgerlichen Musik, deren bedeutendster Repräsentant Schönberg war.

In der Zeit der Weimarer Republik war es für Eisler die dringlichste Aufgabe, die Pseudo-Fortschrittlichkeit der bürgerlichen Avantgarde zu entlarven und zu bekämpfen. In scharfen Polemiken kritisierte er die „Losgelöstheit". von gesellschaftlichen Ereignissen und die Beschränkung auf musiktechnische Fragen: „1918-23, zur Zeit der Inflation, der Spartakuskämpfe, Räterepublik München, Budapest, die rote Armee vor Warschau, rauften sich die Musiker nur wegen rein technischer Dinge. Keinen gab es, der auch nur einen Hauch vom Atem dieser Zeit verspürt hatte." (5)

Diese Konflikte führten 1926 zum persönlichen Bruch zwischen Eisler und Schönberg. Nach 1933 trafen sich beide wieder im Exil in den USA und pflegten seitdem wieder persönliche Kontakte. Ebenfalls fand eine Annäherung in den musikalischen Standpunkten statt.

Eisler hatte schon immer auch auf die fortschrittlichen Aspekte in Schönbergs Musik, wie in der Musik der gesamten Moderne, hingewiesen. Die bestanden für ihn einerseits in der Entwicklung zeitgemäßer musikalischer Ausdrucksmittel und andererseits in der Anwendung zeitgemäßer Inhalte: „Vom revolutionären Gesichtspunkt aus ist dieser moderne Stil als ein innerhalb des Kapitalismus (äußerst) fortschrittlicher zu bezeichnen. Er täuscht nicht Zusammenhänge zwischen Menschen vor, die es nicht mehr gibt, er erweckt keine ‚gemütlichen' Stimmungen, er liefert keine harmonischen Zusammenhänge und verlangt vom Hörer immer mehr Vorbildung, stellt also auch immer größere materielle Vorbedingungen für sein Verständnis." (6)(7)

„Neue Musik" als kulturelle Revolution

Wie in allen anderen Bereichen gab es in den zwanziger Jahren auch in der Musik entscheidende Neuerungen. In der Musik selbst, die 1918 im wesentlichen in Händen konservativer bis reaktionärer Kräfte gewesen war, gab es eine Revolution. „Neue Musik" wurde zum Kampfbegriff gegen Altes, Verknöchertes und bedeutete Experimente, neue Techniken, neue Aufführungsweisen, neue Namen, Einbeziehung der neuentwickelten Medien.

Vor allem im Bereich des musikalischen Materials gab es grundsätzliche Veränderungen. Die bis dahin vorherrschenden Tonalitätsvorstellungen und Ordnungsprinzipien wurden in erster Linie durch Schönberg, aber auch Strawinsky und Bartok aufgebrochen. Schönberg, der sehr großen Einfluß auf ganze Generationen von jungen Musikern hatte, entwickelte 1918/19 die Zwölfton-Musik, in der eine festgelegte Reihe von 12 Tönen die formbildende Funktion der bisher dominierenden Dur-Moll-Tonalität übernehmen sollte.

War die Abhängigkeit der Musik von gesellschaftlichen Verhältnissen bis zu dieser Zeit immer negiert worden, wurde sie nun immer offenbarer. So setzte sich bei den Vertretern der „Neuen Musik" in den Jahren zwischen 1924 bis 1929 eine Stilrichtung durch, die „Neue Sachlichkeit". genannt wurde. In einer Phase der relativen Stabilsierung des Kapitalismus flüchteten die liberal bis linksbürgerlich eingestellten Künstler, die oft noch vor der Konsolidierung auf der Seite der Revolutionen gestanden hatten, „vor den neuen alten Herrschaftverhältnissen (...) in scheinbar ideologieindifferente Sujets, Materialien, Objekte, Techniken." (8) In der Musik wie in anderen Kunstbereichen dominierten Sachlichkeit, Objektivierungsbestrebungen, neue Rationalität, Konstruktivismus.

Eisler und Schönberg

„Also Bewunderung, Verehrung — und das Wort Dankbarkeit muß hier unbedingt genannt werden — zu einem solchen Meister, einem geschichtlichen Genie wie Schönberg, dessen Schwächen historische sind und nicht Mangel an Genialität. Man kann nicht aus seiner Zeit austreten — und so ein Einzelgänger wie Schönberg hat alle Dummheiten der Zeit auch noch mitproduziert."
Eisler über Schönberg (17)

„Wissen Sie, Eisler, den Sozialismus kann ich Ihnen nicht abgewöhnen, aber die Zeit wird es abgewöhnen. Wenn Sie zum ersten Mal in Ihrem Leben zwei anständige Mahlzeiten am Tag haben werden und drei gute Anzüge und etwas Taschengeld, dann werden Sie auch den Sozialismus sich abgewöhnen. Sie sind einfach a armer Kerl und aus diesem Grund haben Sie diese Ideen, die ich völlig ablehne."
Schönberg zu Eisler (18)

„Der Musiker Hanns Eisler war der Schüler eines Meisters, der die Musik so mathematisiert hatte, daß seine Arbeiten nur noch wenigen Fachleuten zugänglich waren. Aber der Schüler wandte sich an die großen Massen. Nur ein paar Virtuosen vermochten die Stücke des Schönberg zu spielen, Millionen reproduzierten diejenigen des Eisler. Der Lehrer arbeitete in einem Zimmerchen, das einem Geheimlaboratorium glich, und trauerte ehrlich der Monarchie nach. Der Schüler arbeitete mit vielen in Versammlungshäusern, auf Sportplätzen und in großen Theatern und bekämpfte schon die Republik. Aus den Werken des Lehrers war alles Politische entfernt, selbst Andeutungen, die Vorzüge der Monarchie betreffend, fehlten, in denen des Schülers fehlte kein einziger seiner politischen Gedanken."
Brecht über Eisler und Schönberg (19)

Hatte Eisler in seiner Wiener Zeit bis 1925 die neuen Inhalte und Techniken gegen das Unverständnis eines bürgerlichen Publikums, das jeder Auseinandersetzung mit der Gegenwart durch die Flucht in die heile Kunsttradition aus dem Weg ging, verteidigt, so griff er nun vehement die neue Tendenz an: „Hier wünscht anscheinend eine kleine Schicht von Künstlern aus der Gegenwart so auszutreten, wie man aus der Schule austritt. Hier wirkt die Hilflosigkeit gegenüber der Situation ihrer Klasse geradezu tragisch. Aber: der moderne Musiker bejaht ja alle technischen Errungenschaften der Gegenwart. Er benützt sie. Er liebt die Großstadt, ihren Lärm, er ist verliebt in den präszisen Rhythmus der Maschinen. Nur die Menschen, die diese Maschinen bedienen, interessieren ihn nicht. Und in seiner Kunst strebt er den höchsten Grad der Ausdruckslosigkeit, der Objektivierung an. Hinter diesen ganzen unklaren Phraseologien, hinter dieser anscheinend so radikalen Fortschrittlichkeit, hinter dieser Abkehr von Sentimentalität des Natur- und Liebeserlebens steckt aber nichts als der Kleinbürger, der mit einem Trick dem Schicksal seiner Klasse entfliehen will. Der bürgerliche Musiker, auf der Suche nach einem Inhalt seiner Kunst, propagiert, da er keinen findet, die Inhaltslosigkeit als Zweck und Sinn seiner Kunst. Unfähig, die gesellschaftliche Situation zu verstehen, schreibt er Musik, die über alles Menschliche erhaben ist." (22)

Musikalische Umsetzung politischer Ideen

Eisler wollte mit dieser Kritik aber auf keinen Fall Objektivierungsbestrebungen, Rationalität, Sachlichkeit und Planung als grundsätzlich verdächtig hinstellen. Entscheidend für ihn sind Art und Ziel der Verwendung. Eisler hat immer gefordert, die neuesten Stilmittel und technischen Möglichkeiten in der modernen Musik zu verwenden. Er selbst handelte in seiner Musik konsequent danach.

In dem Liederzyklus „Zeitungsausschnitte", dessen Uraufführung 1927 einen Skandal verursachte, baute er neusachliche und konkrete politische Elemente parallel zueinander in die Komposition ein. Statt des Gedichtes steht hier die nackte publizistische Mitteilung bis hin zur Annonce. Die Texte entsprachen der Gebrauchslyrik der „Neuen Sachlichkeit", wobei vorgefundenes Material benutzt und verfremdet wurde. In den „Vier Stücken für gemischten Chor" werden Themen wie Religion, Natur und Liebe dadurch parodiert, daß die dafür üblicherweise benutzten Mittel (Kirchenglocken; der Grüne, grüne Wald; Liebeslieder) in ihrer ganzen Albernheit ausgestellt und durch satztechnische Mißgriffe zusätzlich verunglimpft. Dagegen wird der Appell des „Internationale"-Zitats gesetzt. Im 4. Stück „Kurfürstendamm". verwendet Eisler neusachliche Prinzipien des Konstruktivismus und der Montage zur Verdeutlichung des Inhaltes.

Auch die in den zwanziger Jahren entwickelten Massenmedien Radio und Tonfilm versuchte Eisler sofort zu nutzen. Auf der einen Seite sah er die Chance, daß „die Technifizierung der Distribution von Musik (...) den Charakter einer Demokratisierung des Musikgenusses" hat. (9) Zugleich bemerkte er aber den Widerspruch, daß sich nämlich die künstlerischen Apparate in Händen befanden, denen an wahrer Demokratisierung nichts lag, und die damit eher Verdummung betrieben. Eisler polemisierte nun ständig gegen den musikalischen „Schmutz" und „Schund", den er „eine neue Art Opium für das Volk" nannte.

Sowohl für das Radio als auch für den Film bemühte sich Eisler, Musiken zu komponieren, die den jeweiligen Medien am besten entsprachen. Mit seiner Filmmusik beabsichtigte er, kommentiertend auf die Bilder einzuwirken. So wird im Antikriegsfilm „Niemandsland" Marschmusik zur

Bloßstellung des Chauvinismus eingesetzt. In „Kuhle Wampe", dem ersten proletarischen deutschen Tonfilm (1931), widersetzte sich Eisler der musikalischen Einfühlung in Elendsszenen und drückt Auflehnung in seiner Musik aus.

Kulturpolitik von SPD und KPD

Entscheidende Veränderungen gab es auch im Bereich der Musikerziehung in der Weimarer Republik. Es wurde der Anspruch gestellt, die kulturellen Institutionen für die ganze Bevölkerung, also bewußt auch für die Arbeiterklasse, zu öffnen. Mit der „Kestenberg-Reform" (benannt nach dem USPD-Politiker Leo Kestenberg, von 1918 bis 1932 Musikreferent im Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung) gab es erstmals eine durchgehende Konzeption der Musikerziehung. Musik- und Kunsterziehung erhielten einen gleichberechtigten Platz neben den wissenschaftlichen Fächern. „Als Ausdruck reformistischer Politik dachte man jedoch nur daran, Arbeiter an die bürgerliche Kultur heranzuführen, ihnen den formalen Zugang zu ermöglichen. An eine Förderung demokratischer und sozialistischer Entwicklungen in der Kunst selbst war nicht gedacht." (10) Genau dies war aber Eislers Forderung. Da die Kommunisten jedoch kaum Möglichkeiten haten, innerhalb der staatlichen Institutionen zu wirken, wurden Versuche unternommen, eigene Schulen aufzubauen. Unter anderem wurde die Marxistische Arbeiterschule (MASCH) in Neukölln gegründet, in die auch Eisler seine musiktheoretischen Vorstellungen einbrachte. Er führte dort Arbeitsgruppen durch zu den Themen „Die Musik vom Standpunkt des historischen Materialismus" und „Dialektischer Materialismus und Musik".

Der Widerspruch zwischen der Kulturpolitik der SPD und der KPD trat auch in den Organisationen der Arbeitersänger hervor. War die Arbeitermusikbewegung in ihren Anfängen in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts in den politischen Auseinandersetzungen engagiert gewesen und hatte sie während der Sozialistengesetze ihren Höhepunkt erreicht gehabt (sie war ein wichtiger organisatorischer Faktor zum Überleben der Partei gewesen), so hatte seit Ende des 19. Jahrhunderts ein Prozeß der Entpolitisierung stattgefunden. Die Arbeitersängergruppen waren mehr und mehr zu Vereinen geworden, die nur noch Geselligkeit pflegten und entsprechende Lieder sangen. Diese Entwicklung erreichte in der Weimarer Republik ihren Höhepunkt. Die sozial-demokratische Parteiführung hatte obendrein den „Deutschen Arbeitersängerbund" (DASB), mit 280.000 Mitgliedern die mächtigste Arbeiterkulturorganisation der westlichen Welt, zu politischer Neutralität

während der Sozialistengesetze ihren Höhepunkt erreicht gehabt (sie war ein wichtiger organisatorischer Faktor zum Überleben der Partei gewesen), so hatte seit Ende des 19. Jahrhunderts ein Prozeß der Entpolitisierung stattgefunden. Die Arbeitersängergruppen waren mehr und mehr zu Vereinen geworden, die nur noch Geselligkeit pflegten und entsprechende Lieder sangen. Diese Entwicklung erreichte in der Weimarer Republik ihren Höhepunkt. Die sozial-demokratische Parteiführung hatte obendrein den „Deutschen Arbeitersängerbund" (DASB), mit 280.000 Mitgliedern die mächtigste Arbeiterkulturorganisation der westlichen Welt, zu politischer Neutralität

angehalten. Der SPD-Minister Severing forderte 1928 sogar, daß die Arbeitervereine religiösen Liedern nicht ausweichen, „Ein feste Burg ist unser Gott" nicht nur hören, sondern auch singen sollten.

Die Auseinandersetzungen um die politische Enthaltsamkeit der Arbeitersänger erreichten 1931 ihren Höhepunkt, als sich die „Kampfgemeinschaft der Arbeitersänger" — der KPD angehörende oder nahestehende Sänger, unter ihnen Hanns Eisler — vom DASB abspalteten. Sie lehnten jede Beschäftigung mit bürgerlicher Musik als reformistisch und von den Tagesaufgaben ablenkend ab: „Nicht Erholung vom Klassenkampf, sondern Erholung zum Klassenkampf." (11)

Musik für den Klassenkampf

Ab etwa 1927 sah Eisler seine wichtigste Aufgabe darin, Musik für den Klassenkampf zu schreiben. In einem Artikel „Über moderne Musik" vom 15. Oktober 1927 in der „Roten Fahne" stellte er fest: „Es gibt bis heute keinen wirklich revolutionären Musiker, keinen Komponisten, der ein wirklich revolutionäres Werk geschaffen hätte. Bei den Musikern macht sich ausschließlich ein breiiges Kleinbürgertum breit oder ein mondäner Nihilismus."

In den folgenden Jahren traten bei ihm Instrumentalwerke und Konzertmusik radikal in den Hintergrund; er schrieb Werke für Agitproptruppen, für musikalische Umrahmungen von Parteiveranstaltungen, Demonstrationen u.ä. oder für Film und Theater. Dabei mußte er an die musikalische Bildung der Arbeiterklasse anknüpfen, die v.a. von den Schundprodukten der Unterhaltungsmusik geprägt war. Er wollte jedoch nicht auf die bisherigen kompositorischen Errungenschaften verzichten. So wendete er also auch vertraute Mittel an bis hin zu solchen der Unterhaltungsmusik, die sich mit Denkweisen verbinden ließen, die Schönbergs Schule gelehrt hate. Jazz- und Unterhaltungsmusiktypen erhalten eine wesentliche Bedeutung (wie auch bei Weill), wobei jedoch diese Grundtypen mit Partikeln traditioneller und avantgardistischer Kunst-Musik konfrontiert werden. Dies entspricht einer wichtigen Grundeinstellung Eislers: der Synthese von traditioneller bis klassischer Musik mit neuen Materialien. Seiner Auffassung nach muß der moderne Musiker zwar auch die bürgerliche Musiktradition beherrschen, er ist jedoch verpflichtet, diese immer wieder aktuell zu interpretieren.

In der Agitproptruppe „Das rote Sprachrohr" lernt Eisler neben der propagandistischen Arbeit Technik und Stil der Agitprop-Kunst und ihre Wirkung in der proletarischen Praxis kennen. Ihre Aufführungspraxis beschreibt folgender Bericht: „Bei der Aufführung (...) wirkten ausschließlich Arbeiterinnen und Arbeiter des Betriebes mit (...) Die proletarischen Zuschauer verfolgten die Handlung mit heftiger Anteilnahme; sie griffen, besonders im letzten Bild, direkt in das Bühnengeschehen ein. Schließlich verschmolzen Bühne und Zuschauerraum zu einer revolutionären Betriebskundgebung, die der Vorbereitung von wenige Tage darauf folgenden Betriebsrätewahlen diente. Die Veranstaltung endete mit dem gemeinsamen Gesang der ‚Internationale' und der einstimmigen Annahme eines Solidaritätstelegramms an die sowjetischen Chemiearbeiter." (12)

Wichtige Grundsätze waren das kollektive Erarbeiten der Szenen, sowie die Kritik der Zuschauer. Für diese



1937 in Prag

Über Eisler live

Agitprop-Truppe schrieb Eisler einige seiner bedeutenden Kampflieder, z.B. das „Komintern-Lied", „Roter Wed-



1937 in Prag

Agitprop-Truppe schrieb Eisler einige seiner bedeutenden Kampflieder, z.B. das „Komintern-Lied", „Roter Wedding" und „Auf den Straßen zu singen". In dieser Zeit entstanden auch „Der heimliche Aufmarsch" und das „Solidaritätslied". Die Musik zu den meisten Agitpropszenen, die Eisler für diese Truppe geschrieben hat, ist jedoch verlorengegangen.

Neben das Kampflied mit seiner „organisierenden" Wirkung trat, mit gleichem agitatorischen Anspruch, die eher vom Erzählen ausgehende und an Zuhörer gerichtete Ballade. Zur überlieferten Ballade verhält sich die Eislersche freilich eher als eine Art Gegenentwurf. Er selber hat einmal auf die Umfunktionierung hingewiesen, indem er die alte Ballade als eine „sentimentalen oder heroischen Inhalts, meistens mit Helden", die neue hingegen als „gesellschaftskritisch, oft mit ironischen Zitaten konventioneller Musik" charakterisierte. Hauptpunkt der Kritik ist die soziale Ungerechtigkeit: der Gegensatz von Arm und Reich. Die Haltung zum Konflikt ist aufrührerisch: Wie den Kampfliedern, so ist auch den Balladen der Appell eingeschrieben. Dabei wird hier nun vor allem die fröhliche Aggressivität des Jazz genutzt.



Titelblatt eines Satzes der „Deutschen Sinfonie" in Eislers Handschrift

Über Eisler live

„Zum erstenmal sah ich Hanns Eisler im Jahre 1930 oder 1931 (...) Hanns Eisler, scheint mir jetzt, sah damals genauso aus wie heute. Er dankte auch für den Applaus, der ihn empfing, ebenso verlegen, wie er das heute noch tut. Er setzte sich sofort an das Klavier, das man auf die Bühne geschoben hatte; es war sehr verstimmt. Ich hörte zum erstenmal jene Lieder, die ich mit unzähligen anderen Menschen nie vergessen habe, nie vergessen konnte — ‚Roter Wedding', ‚Arbeiter, Bauern'. Eisler und Busch wandten sich an das Publikum und fragten nach seinen Wünschen. Von den Tischen rief man ihnen die Titel der Lieder zu, die man hören wollte. Die Texte stammten von Brecht oder von Weinert. Ich weiß noch, daß ich mit einer Art von Entsetzen bemerkte, daß Eisler manchmal mit der geballten Faust auf die Tasten schlug. Zugleich belustigte mich meine eigene Empörung. Ich klatschte und schrie genauso wie die anderen Zuhörer, obwohl ich es bis dahin nicht für möglich gehalten hatte, daß man auf diese Weise Klavier spielen könne. Mit dieser drängenden, rufenden Musik war eine große Hoffnung in diesen elenden Tanzsaal gekommen. Erst später begriff ich, daß diese Musik der neuen Klasse aus der strengsten Schule kam, aus der Schule der Klassiker."

Stephan Hermlin (21)

Brecht und das Lehrstück

Ab 1930 beginnt die engere Zusammenarbeit mit Bertolt Brecht an dem Lehrstück „Die Maßnahme". Eisler kannte Brecht seit ca. 1921, hatte ihn in Berlin öfter getroffen und war gemeinsam mit ihm schon an Lion Feuchtwangers Bühnenstück „Kalkutta, 4. Mai" beteiligt gewesen. Nach eigenen Angaben war Eisler am Anfang für Brecht der „Bote der Arbeiterbewegung". gewesen, „der dem Brecht doch etwas mehr Praktisches von der Arbeiterbewegung mitteilte". Zwischen beiden entwickelte sich eine feste Freundschaft. Ihre äußerst produktive Zusammenarbeit dauerte sowohl im Exil als auch später in der DDR an. Eisler bescheinigte Brecht „riesige Musikalität ohne Technik" und bewunderte seinen Geschmack und sein Urteil, wenngleich er einschränkte, daß er Interesse für Musik nur in bezug auf Brauchbarkeit für sein Theater gezeigt habe.

Die von Brecht entwickelte neue Gattung des „Lehrstückes" greift die neuen methodischen Wege der Agitpropkultur auf und versucht, sie für die allgemeine Theaterpraxis anzuwenden. Ziel des Lehrstückes ist, die Erkenntnis der gesellschaftlichen Realität durch rationales Begreifen zu fördern. Das Lehrstück war auch nicht mehr vornehmlich für die Aufführung bestimmt, sondern war eher „politisches Seminar besonderer Art zu Fragen der Strategie und Taktik der Partei". (14)

Reaktion und „Neue Musik"

Reaktionäre Gruppierungen, wie die Richard-Wagner-Vereine, Standesorganisationen von Musikern, wandten sich scharf gegen sämtliche Neuerungen im Musikleben. Ziel der Musikreaktion war die Wiederherstellung der schon am Ende des 19. Jahrhunderts heruntergekommenen bürgerlichen Musikkultur. Ihr Kampf galt allem Neuen, zu Synonyma wurden Begriffe wie „modern", „jüdisch", „international", „kulturbolschewistisch", „links", „atonal".

Unterstützt wurden sie von den Nazis, die sämtliche Neuerungen und Ideen vernichteten. Die „Neue Musik" war für die Nazis nicht brauchbar: „Es ist klar, daß moderne Musik, die kapitalistische Zustände in all ihrer Häßlichkeit und Verworrenheit widerspiegelt, für diese Zwecke des Volksbetrugs weniger geeignet ist, denn sie sagt zu viel über die Fäulnis und Zersetzung unserer Zeit aus." (16)

Kestenberg wurde 1932 des Amtes enthoben, Schönberg wurde aus der Akademie der Künste ausgeschlossen, viele andere wurden von ihren Stellen als Professoren und Lehrer entlassen, Eisler mußte nach der Machtübernahme sofort Deutschland verlassen.

a.s. und hk

Anmerkungen:

(1) Er nannte sich erst später „Hanns"
(2) H. Eisler, Fragen Sie mehr über Brecht, Gespräche mit H. Bunge, Luchterhand 1986
(3) Seine Schwester Elfriede Eisler nannte sich später Ruth Fischer
(4) H. Eisler, Materialien zu einer Dialektik der Musik, Reclam
(5) H. Eisler, Schriften I 1924-48, München 1973, S. 32
(6) a.a.O., S. 255
(7) s. dazu: Argument-Sonderband (AS 5), H. Eisler, S. 57-85
(8) a.a.O., Fladt, Eisler und die Neue Sachlichkeit, S. 87
(9) H. Eisler, Schriften I (HES I), S. 80
(10) D. Keupp, Musik der 20er Jahre, in: Weimarer Republik, Elefanten Press 1977, S. 518
(11) a.a.O., s. 529
(12) Hoffmann/Hoffmann-Ostwald, Deutsches Arbeitertheater 1918-33, zit. nach AS 5, S. 99
(13) s. F. Hennenberg, H. Eisler, Hamburg 1987, S. 38f
(14) S. Tretjakow: H. Eisler, in: Sinn und Form, Sonderheft H. Eisler, Berlin 1964, S. 123
(16) HES I, S. 256
(17) H. Eisler, Fragen Sie mehr ..., a.a.O., S. 18
(18) N. Notowicz, Gespräche mit Hanns und Gerhart Eisler, Berlin 1971, S. 41
(19) Brecht, Gesammelte Werke, Bd. 19, Ffm., S. 337
(20) alle Zitate aus: H. Eisler, Fragen Sie mehr ..., a.a.O.
(21) aus dem Nachwort von S. Hermlin zu: H. E., Fragen Sie mehr ...
(22) Rote Fahne, 3.7.1928, zit. nach AS 5, S. 90

Rezension: *1999 Heft 3/87*

Das jüngst erschienene Heft 3/87 der vierteljährlich erscheinenden *1999 — Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts* hält, was die bisherigen Ausgaben versprochen haben: die Beiträge, obwohl (oder vielleicht gerade weil?) geschichtliche Themen behandelnd, sind größtenteils auch von unmittelbarer Relevanz für die seriöse, also nicht „Zeitgeist"-infizierte aktuelle politische Debatte; daß die Arbeiten zudem mit aller wissenschaftlichen Sorgfalt erarbeitet worden sind,

Rezension: 1999 Heft 3/87

Das jüngst erschienene Heft 3/87 der vierteljährlich erscheinenden 1999 — Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts hält, was die bisherigen Ausgaben versprochen haben: die Beiträge, obwohl (oder vielleicht gerade weil?) geschichtliche Themen behandelnd, sind größtenteils auch von unmittelbarer Relevanz für die seriöse, also nicht „Zeitgeist"-infizierte aktuelle politische Debatte; daß die Arbeiten zudem mit aller wissenschaftlichen Sorgfalt erarbeitet worden sind,

darf bei dem Herausgeber der Zeitschrift, der *Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts*, aufgrund seiner bisherigen Publikationstätigkeit (s. die Sammelrezension in AK 282) ohnehin vorausgesetzt werden.

Thema des aktuellen Kommentars in dieser Ausgabe ist das Müttermanifest, dessen zentrales Anliegen, schreibt die Verfasserin *Angelika Ebbinghaus*, die „Überhöhung und Mystifizierung von Mutterschaft" sei, „eine Variante der Bevölkerungspolitik". (Dieser Kommentar wurde bereits im AK und in anderen Publikationen nachgedruckt.)

Zu den unbekanntesten Tatsachen aus den beiden Weltkriegen gehört der Umstand, daß die Ablehnung der Kriegsteilnahme sich nicht nur in den vergleichsweise seltenen Fällen von Desertion oder gar offener Revolte ausdrückte, sondern auch in im Verlauf der Kriege immer häufiger auftretenden unbewußten Vermeidungsreaktionen wie Lähmungen, Krampfanfällen und Zittern in einem Ausmaß, die eine weitere Kriegsteilnahme unmöglich machten. Diese „Kriegsschüttler" oder „Kriegsneurotiker" wurden von den Militärbehörden gefürchtet, weil sie die Kampfmoral nachhaltig untergruben. *Karl Heinz Roth* beschreibt in seinem Beitrag *Die Modernisierung der Folter in den beiden Weltkriegen* diese Erscheinung sowie den Einsatz von Schulpsychiatern und Psychotherapeuten, deren Bestreben es war, den Umschlag der „psychischen Epidemien" zur Sozialrevolte zu verhindern. Aus der Konkurrenz zwischen den beiden Strömungen der klinischen Psychologie um die wirkungsvollsten Maßnahmen der Behandlung von „Kriegsneurotikern" entstand ein System von Folterungen, das wie „Maschinengewehre hinter der Front" wirkte. Hiermit wird gleichzeitig die geheime Geschichte der Elektrofolter und der „Aversionstherapie" enthüllt: Sie hat deutsche Militärpsychiater und Psychotherapeuten zu Erfindern und setzt sich nach 1945 international durch.

„An einem Tag im Herbst jenen Jahres, das inzwischen eine zeitgeschichtliche Zäsur markiert, schießen Problem und Perspektive, Entwicklung und Sprung, Aufstieg und Niedergang einer fundamentaloppositionellen Bewegung wie in einer Art politischer Mikrologie zusammen." Die Rede ist

Elektrofolter und der „Aversionstherapie" enthüllt: Sie hat deutsche Militärpsychiater und Psychotherapeuten zu Erfindern und setzt sich nach 1945 international durch.

„An einem Tag im Herbst jenen Jahres, das inzwischen eine zeitgeschichtliche Zäsur markiert, schießen Problem und Perspektive, Entwicklung und Sprung, Aufstieg und Niedergang einer fundamentaloppositionellen Bewegung wie in einer Art politischer Mikrologie zusammen." Die Rede ist

von dem lange Zeit verschollenen Organisationsreferat, das von Hans-Jürgen Krahl und Rudi Dutschke auf der Delegiertenkonferenz des SDS im September 1967 vorgetragen wurde. *Wolfgang Kraushaar* bemüht sich in seinem Beitrag *Autoritärer Staat und antiautoritäre Bewegung* anhand dieses Referats um den Nachweis, daß die Idee der Stadtguerilla bereits im Herbst 1967 im SDS entwickelt worden ist. Diese Idee habe ihren Ursprung in der Empörung über den Nationalsozialismus und seine anhaltende Verdrängung in der Bundesrepublik. - Ein Verständnis dieses Beitrages setzt leider intimere Kenntnisse der soziologischen Theorien jener Jahre voraus.

Manfred Asendorf zeigt in seinem Beitrag *Hamburger Nationalklub, Keppler-Kreis, Arbeitsstelle Schacht und der Aufstieg Hitlers* wie die Vorstände der National- und Herrenklubs schon lange vor Beginn der Weltwirtschaftskrise bemüht waren, alldeutsch-völkische und nationalsozialistische Gruppen bzw. deren führende Repräsentanten zu gewinnen, um zu gegebener Zeit die Weimarer Republik in eine ihren Zielen gemäße Diktatur umzuwandeln und die Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Fast ein historischer Politkrimi: Schacht, mit dem Ziel, Hitler die Kanzlerschaft zu ermöglichen, führt Geheimverhandlungen mit Papen unter Fühlungnahme mit den Führern der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, dies bei gleichzeitiger Ausschaltung mittelständischer Unternehmerinteressen und unter Vermeidung spektakulärer politischer Begleitaktionen.

1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts. Heft 3/87, 176 S., DM 14,- im Einzelbezug, DM 12,- im Abonnement (Einzelhefte, soweit nicht im Buchhandel erhältlich sowie Abos über: Inter abo Betreuungs-GmbH, Wendenstraße 25, 2000 Hamburg 1)

Tod auf Jamaica
Peter Tosh erschossen



1.

Am 11. September wurde Peter Tosh, Reggae-Musiker, 43, bei einem Raubüberfall in seinem Haus erschossen. Verletzt wurden seine Frau Marlene

Reggae-Musiker, 43, bei einem Raubüberfall in seinem Haus erschossen. Verletzt wurden seine Frau Marlene

und vier weitere Freunde, darunter Carlton Santa Davis, Drummer in Toshs Band *Word Sound and Power*. Der, den es hier traf, war der zweite große Reggae-Master; vor sechs Jahren, am 11.5.81, war Bob Marley gestorben, an Krebs. Auch er schon wäre, hätten die Kugeln besser getroffen, einem Überfall zum Opfer gefallen, als im Dezember 76, in der heißen Wahlkampfzeit, *gunmen* in sein Haus eindrangen und losfeuerten. Damals lag der politische Zusammenhang auf der Hand; Peter Tosh brachte, wie es scheint, der banale Alltagskampf zur Strecke — in Kingston, Jamaica, wo, seit 1980, der USA-treue Edward Seaga, genannt CIAga, den Verfall des Landes beherrscht.

2.

Peter McIntosh sang und spielte und komponierte bis 1973 für die *Wailers* des Bob Marley. Während dieser, mit *Tuff Gong*, dem eigenen Studio/Label, die Unabhängigkeit der jamaicanischen (und karibischen) Musikszene von den US-Plattenfirmen organisierte — und dem Marley-Clan zur allgegenwärtigen Präsenz verhalf —, machte Tosh den Weg über das internationale Business — Platten auf dem Rolling Stones Label, Musik bis hin zur Discogefälligkeit. Manche mögen das nicht: Erfolg ist verdächtig, *Babylon* (das Scheißsystem, *shitstem*, aus *politricks* und *police* und *business)* korrumpiert ...

3.

So wenig wie von Babylon gekauft, so wenig war Peter Tosh aber auch der spirituelle Rasta aus den *hills* (am besten und schönsten dazu immer noch der Film *Reggae Sunsplash).* Bei ihm ist die Balance zwischen Rasta-Mystizismus (von *Igziabehr/Let Jah be praised,* 1976, bis *Testify*, 1987) und Gesellschaftskritik (von *Them A Fe Get A Beatin'*, 1971, bis *Fight Apartheid,* 1987) überlegtes Lebens-/Musik-Prinzip: ,,*Wann immer ich auf der Bühne stehe, breche ich Barrieren nieder. Mit Musik. Denn Musik ist die stärkste Kraft, um den Geist und das Gefühl der Menschen gefangenzunehmen. Musik ist Hypnose — du vergißt alles, solange du dich ihr hingibst. Nun gibt es aber viele verschiedene Arten von Musik und die Menschen wissen nicht mehr, was sie sich eigentlich anhören sollen. Also werden sie für bestimmte Arten von Musik programmiert, die keine Botschaft, keine Bedeutung hat, die geistig nichts gibt. No spiritual healing! Diese Art von Musik löst nicht den Druck von deinem Kopf, sie läßt dich allein und du bleibst krank. Die Musik, die I and I singen und spielen, hat eine Botschaft. Reggae führt die Menschen näher an die Realität heran, zeigt ihnen das Licht in*

und spielen, hat eine Botschaft. Reggae führt die Menschen näher an die Realität heran, zeigt ihnen das Licht in

einer Zeit, in der die Welt in Dunkelheit lebt und es sogar so weit geht, daß der Mensch glaubt, die Dunkelheit wäre das Licht. Reggae ist das Sprachrohr der Unterdrückten. Die Typen, die die Sprache der Unterdrückten nicht wahrnehmen wollen, sind Unterdrücker und Ausbeuter. Sie arbeiten für das shitstem. So lange es noch so viele Leute gibt, die selbst eine Ausbeutermentalität haben, so lange werden die Menschen schwarzer, blauer, grüner und weißer Hautfarbe nicht zusammenfinden und gemeinsam das shitstem zerstören.''

Der, verglichen mit Marley, musikalisch gefälligere Tosh ist, am Ende, der inhaltlich ungefälligere geblieben: Bob Marley versenkt sich in den Lieder von *Confrontation,* seinem letzten Album (1983), in Rasta-Geschichte und Rasta-Mystik. Peter Toshs letzte LP (1986) läßt die Disco-Sounds von *Mystic Man* (1979) und *Wanted dead or alive* (1981) beiseite: ,,*Wir wollen keinen Atomkrieg, / Mit einem Atomkrieg kommen wir nicht weit, / Ich sage: Wir wollen keinen Atomkrieg, / mit einem Atomkrieg kommen wir nicht weit, / Das ist ein neuer Holocaust, / Und uns reicht's jetzt.''*

Legalize it!

Legalisiert es,
kritisiert es nicht.
Legalisiert es,
und ich werde dafür werben.
Einige nennen es tampee,
einige nennen es weed,
einige nennen es marijuana,
einige nennen es ganja,
Sänger rauchen es,
ebenso Musiker —
legalisiert es,
das ist das Beste,
was ihr tun könnt.
Ärzte rauchen es,
Krankenschwestern rauchen es,
Richter rauchen es,
sogar die Rechtsanwälte.
Es ist gut gegen Grippe,
es ist gut gegen Asthma,
gut gegen Tuberkulose,
sogar gegen umara composis.
Vögel essen es,
und sie lieben es,
Hühner essen es,
Ziegen spielen gern damit.
Legalisiert es!

4.

Neben *No Nuclear War* die Ganja-Propaganda *(Nah Goa Jail)* und Danksagung an die Rasta-Heiligen King Alpa und Queen Omega — keine Mißverständnisse also: Peter Tosh ist kein ,,Sänger der Revolution'' gewesen, kein Polit-Rebell der 80er Jahre, den die europäische Linke ins frustierte Herz schließen könnte. Tosh propagiert den Kampf gegen Inflation und Korruption, Polizei und Kolonialismus, Apartheid und Atomkrieg als Einheit mit dem Kampf für die Legalisierung von Ganja und die Verbreitung von Jah Love. Wer Marihuana für Gehirnvernebelung und Rasta-Religion unter ,,Opium fürs Volk'' abhakt, kann Tosh vergessen. Aber auch umgekehrt: Es meditiert sich nur kärglich zu Peter-Tosh-Musik; Weltverlassene und Jenseitsreisende müssen ihre Pyramiden anderswo suchen.

5.

Für die Unsäglichkeiten des jamaicanischen Pop-Reaggae (der, kaum bedauerlich, selten bis Europa vordringt) waren Marley und Tosh (und sind Burning Spear und Yellow Man — wie andere, natürlich —) Orientierungspunkte. Die weiße Musikszene in den USA und Europa (vor allem England) hat, wo sie interessant war/ist, von der Integration dieses Reggae gelebt. In England sind Demonstranten mit *Get up, stand up!* auf die Straße gegangen (marschieren läßt sich dazu nicht).

Ein Mann wie Peter Tosh läßt sich nicht leicht ersetzen. Sein Konzept, sein Reggae bleibt. Peter Tosh: ,,*Death ist not pain. Rastas sterben nicht.''*

R., Hamburg

Get up, stand up!

Erhebt euch, steht auf,
fordert eure Rechte,
gebt den Kampf nicht auf.

Pfarrer, erzähl mir nicht,
daß der Himmel unter der Erde liegt.
Ich weiß, daß du nicht weißt,
was das Leben wirklich wert ist.
Nicht alles, was glänzt, ist Gold;
eine Hälfte der Geschichte ist nie erzählt worden.
Jetzt aber seht ihr das Licht,
steht jetzt auf für eure Rechte!

Die meisten Leute glauben,
daß der große Gott vom Himmel kommen wird,
die Befreiung bringt
und jeden erlöst.
Wenn ihr aber wißt, was das Leben wert ist,
dann sucht ihr hier auf Erden danach;
und jetzt, da ihr das Licht seht,
steht jetzt auf für eure Rechte!

Wir haben eure Beschwichtigung satt
— zu sterben und im Namen Jesu in den Himmel zu kommen —;
wir wissen es und gehen davon aus:
der allmächtige Gott ist ein leibhaftiger Mensch.
Man kann einige Menschen eine Zeit lang zum Narren halten,
aber man kann nicht alle Menschen ständig
zum Narren halten.
Und jetzt, da wir das Licht sehen,
stehen wir auf für unsere Rechte!

Betr.: ,,*Die Patrioten des 20.Juli*“

Nachtrag zu AK 285

Im Artikel über den bürgerlichen deutschen Widerstand (AK 285, S. 21) war durch einen technischen Fehler der letzte Abschnitt weggefallen. Wir reichen ihn hier nach.

Die Himmler-Connection

Der November 1918 dürfe sich nicht wiederholen, war eines der oft wiederholten zentralen Motive in bürgerlichen *Widerstands*kreisen. Gemeint war: der militärische Zusammenbruch der Front, in Verbindung mit einer Aufstandsbewegung im Inneren und einer destabilisierenden Revolutionierung nicht nur Deutschlands, sondern halb Europas. Der November 1918 dürfe sich nicht wiederholen, pflegten auf der anderen Seite auch Nazi-Führer wie Hitler, Himmler und Goebbels zu beschwören. Der November 1918 stellte parteienübergreifend das kollektive Trauma der deutschen Bourgeoisie dar. Das strategische Ideal, mit den Westmächten einen Separatfrieden zu schließen und dann die ganze militärische Kraft gegen die UdSSR zu konzentrieren, als Vorposten der ganzen kapitalistischen Welt, war ihnen gemeinsam, sobald militärisch klar war, daß der totale Krieg an mehreren Fronten nicht zu gewinnen war. Daraus ergab sich eine seltsame Interessenkonvergenz zwischen bürgerlichen *Widerstands*kreisen und Teilen des NS-Apparats.

Eine zentrale Rolle spielte in diesem Zusammenhang ausgerechnet der SS-Chef Heinrich Himmler und sein Reichssicherheitshauptamt. Hier hatte sich unter Leitung des SS-Funktionärs Ohlendorf — der 1941 ein Sonderkommando zur Judenvernichtung in der UdSSR geleitet hatte — ein eigener Stab für die Nachkriegsplanung gebildet.

Es ist eine bekannte Geschichte, daß Eichmann 1944 in Ungarn einen Tauschhandel Juden gegen LKW anbot. Weniger bekannt ist der politische Hintergrund, bei dem es unmittelbar um Himmlers strategische Ambitionen ging und der schon zeitlich in einem auffallenden Zusammenhang mit dem Putschversuch vom 20. Juli stand. Eichmann hatte Ende April 1944 im Auftrag Himmlers einen Vertreter der ungarischen Juden, Joel Brand, zu sich gerufen und ihm erklärt: Er wolle mit ,,Führern des Weltjudentums'' über den Vorschlag verhandeln, eine Million ungarische Juden im Tausch gegen 10.000 LKWs freizugeben. Deutschland werde die Fahrzeuge nur an der Ostfront einsetzen. Um den 20. Mai herum wurde Brand nach Istanbul geschickt, um in diesem Sinn Kontakt zum ,,Weltjudentum'', d.h. primär zu den amerikanischen Zionisten, aufzunehmen. In Brands Begleitung fand sich eine zwielichtige Figur namens Grosz, offenbar ein V-Mann des RSHA. Zugleich wurde am 15. Mai mit der Deportation der ungarischen Juden — mit Ausnahme der Hauptstadt Budapest — nach Auschwitz begonnen. Auf der Weiterreise nach Palästina wurden Brand und Grosz Anfang Juni an der syrischen Grenze von den Engländern festgenommen. Nach einem bis heute undurchsichtigen Gerangel hinter den Kulissen zwischen den USA, Großbritannien und der UdSSR wurde Eichmanns Vorstoß am 19. Juli von englischer Seite an die Presse mitgeteilt, und seltsamerweise gerade am 20. Juli meldete die Londoner ,,Times'' die Geschichte des ,,monströsen Angebots'' in großer Aufmachung. In der Zwischenzeit waren 440.000 ungarische Juden nach Auschwitz gebracht worden; innerhalb von 46 Tagen waren dort 250.000 bis 300.000 von ihnen ermordet worden. Am 6. Juli hatte der ungarische Staatschef Horthy die Einstellung der Deportationen durchgesetzt.

Eines von Himmlers Projekten war es, auch später noch im Herbst 1944, ein Gipfelgespräch zwischen ihm und Chajm Weizmann als Vertreter des ,,Weltjudentums'' zu erreichen, um mit den noch lebenden Juden als Druckmittel seinem Plan eines Separatfriedens mit den Westmächten näher zu kommen. Der über Eichmann lancierte Tauschvorschlag diente in erster Linie der Herstellung eines solchen direkten Kontakts zwischen Himmler/RSHA und dem ,,Weltjudentum''. Wären die Dinge nach Himmlers Wünschen verlaufen, so hätte ihn ein erfolgreicher Putsch im Juli 1944 bereits in einer guten Verhandlungsposition getroffen. Zufälliges Zusammentreffen der Daten?

Sicher ist, daß Himmler im August 1943 durch ein Gespräch mit dem erzkonservativen preußischen Finanzminister Popitz, der dem rechtesten Flügel des bürgerlichen *Widerstands* nahestand und von Goerdeler für ein Regierungsamt vorgesehen war, sogar in indirekten Gesprächskontakt mit dem *Widerstand* getreten war. Fast zur gleichen Zeit, im Juli 1943, hatte Goerdeler in einem Briefentwurf an den Generalfeldmarschall von Kluge — den er für Putschpläne gewinnen wollte — behauptet: ,,*Ich kann Ihnen auch, wenn Sie es wollen, Herrn Goebbels oder Herrn Himmler zum Bundesgenossen machen; denn auch diese beiden Männer haben längst begriffen, daß sie mit Hitler verloren sind.''* Nur Prahlerei ohne realen Hintergrund?

Wenn man sieht, mit welcher Breite und Offenheit die Putschplaner des bürgerlichen *Widerstands* hohe Militärs ansprachen, um sie für ihre Pläne zu gewinnen, und wenn man den Dilettantismus jahrelanger Putschprojekte sieht, drängt sich der Eindruck auf, daß es schützende Hände gegeben haben muß, die die Putschplaner davor bewahrten, frühzeitig aufzufliegen. Unfähigkeit der Gestapo oder strategisches Kalkül?

Goerdeler und Popitz, am 8. September und 3. Oktober 1944 zum Tode verurteilt, wurden im Gegensatz zu den meisten anderen nicht sofort hingerichtet. Beide bekamen den Auftrag, Studien wirtschaftlicher und kommunalpolitischer Art über den Wiederaufbau Deutschlands nach dem Krieg auszuarbeiten. Auftraggeber war die Abteilung III des RSHA unter Leitung Ohlendorfs, also der schon erwähnte Sonderstab Himmlers für die Nachkriegsplanung. Beide wurden schließlich am 2. Februar hingerichtet, nachdem sie ihre Studien weitgehend abgeschlossen hatten.

»Ick hab' noch eenen Kübel in Berlin«

Ein TAZ-Redakteur im freien Teil Berlins bekam Ärger mit einigen Autonomen. Sie bewarfen seinen Wagen mit Steinen, eine Scheibe ging zu Bruch, und „nur zufällig" (TAZ) blieb der Redakteur dabei unverletzt. In der folgenden Nacht brannte es „aus ungeklärten Gründen" (TAZ) bei dem Redakteur im Keller, die Feuerwehr mußte anrücken. Grund für die TAZ, sich Sorgen um die Pressefreiheit im freien Teil der Stadt zu machen. Und die ist nach Ansicht der TAZ nicht nur von ein paar gewalttätigen Autonomen bedroht, sondern auch von großen Teilen der AL und anderen Stalinisten.

Der angegriffene TAZ-Redakteur, Gerd Nowakowski, hatte sich den Ärger durch einen Kommentar in der TAZ vom 10. August zugezogen. Dort hatte er die Autonomen als Liebhaber der Mauer und des DDR-Systems verhöhnt, weil sie gemeinsam mit Vopos die DDR-Grenze gegen einen Demonstrationszug der rechtsextremen Mun-Organisation verteidigt hatten. Abgesehen von seiner zynischen Mode-Schreibe hat Nowakowski in diesem Kommentar exakt den Ton getroffen, in dem sich die Springerpresse in den 60er Jahren über solche Dinge auszulassen pflegte. Nicht einmal der beliebte Hinweis darf fehlen, daß die Autonomen auf der anderen Seite der Mauer den Mund nicht aufmachen dürfen.

Der Gedanke, einen Staat wie die DDR nötigenfalls gegen Faschisten in Schutz zu nehmen, gilt heute selbstverständlich bei allen anständigen Menschen als Perversion. Churchill und Roosevelt, um mal zwei Namen in die Debatte zu werfen, hatten damit zu ihrer Zeit zum Glück weniger Probleme. Aber damals gab es die TAZ ja auch noch nicht als Korrektiv.

Sicher ist, daß die Mun-Anhänger, auch wenn die TAZ sie gern kokett als „Sekte" tituliert, keine frommen Beterinnen und Beter auf den Spuren des lieben Jesulein sind, sondern daß sie eine gut ausgebildete koreanische Schlägertruppe nach Berlin eingeflogen hatten. Sicher ist weiter, daß an jenem Tag die wenigen hundert Gegendemonstranten schon in der Innenstadt von der Polizei auseinandergeprügelt worden waren, bevor es dann zu der denkwürdigen Aktionseinheit mit der Vopo kam. Daß in so einer Situation schon mal das starre Feindbild ins Wackeln kommen kann, sollte man gerade bei der TAZ doch eigentlich verstehen können. Nicht zu vergessen ist

Vopo kam. Daß in so einer Situation schon mal das starre Feindbild ins Wackeln kommen kann, sollte man gerade bei der TAZ doch eigentlich verstehen können. Nicht zu vergessen ist

in diesem Zusammenhang auch, daß schon Ende Juli die Demonstration gegen den Mun-Kongreß in Berlin von der Polizei eingekesselt worden war, mit allen bei solchen Anlässen üblichen Schikanen. Schon bei dieser Gelegenheit hatte eine Myriam Moderow in der TAZ (27.7.) kommentiert, die Autonomen hätten bloß mal wieder einen Anlaß für eine Demo gesucht, und der Protest gegen die Mun-Sekte sei sowieso so breit (einschließlich Senat und konservative Parteien), daß eine Demo gar nicht nötig gewesen wäre, um den Mun-Kongreß zu verhindern. Der dann natürlich doch wie vorgesehen stattfand.

Nicht allzu verwunderlich also, daß Leute, die sich beim Protest gegen die Mun-Bande gerade eben blaue Flecken und blutige Köpfe geholt hatten, sich durch einen Kommentar wie den von Gerd Nowakowski schwer verladen fühlen und daß sie in ihm einen propagandistischen Gehilfen der Staatsmacht und der Faschisten sehen. Das macht den Angriff auf seine Person verständlich. Verständlich, aber nicht entschuldbar! Nicht entschuldbar aus mehreren Gründen. Erstens stimmt hier die Verhältnismäßigkeit der Mittel nicht. Für einen solchen Anschlag auf einen Menschen und sein Eigentum müßte schon erheblich Schlimmeres vorliegen als nur ein gehässiger Zeitungskommentar, um ihn moralisch rechtfertigen zu können. Zweitens trifft der Anschlag mit der TAZ ausgerechnet eine Zeitung, die trotz alledem der Linken immer noch nähersteht als sämtliche anderen Tageszeitungen. Und der böse Verdacht, daß man Nowakowski nur deshalb angegriffen hat, weil man sich an die weit übleren Exemplare der Gattung Schmierenjournalist in den großen Zeitungshäusern nicht herantraut, läßt sich kaum widerlegen. Hier hat man wieder einmal die Kleinen gehängt und die Großen laufen gelassen. Drittens war die Tat auch politisch dumm, weil bei den gegebenen Verhältnissen ein solcher Angriff dem Opfer und seinem Blatt nur Mitleid und Sympathie einbringen kann.

Nicht überzeugend ist hingegen das von der TAZ und ihren Freundinnen und Freunden in der AL strapazierte Argument der Pressefreiheit. Mit seinem Kommentar gehört Gerd Nowakowski bestimmt nicht zu einer gefährdeten Minderheit. Ganz im Gegenteil: Hetze von dieser Couleur beschallt tagtäglich aus sämtlichen Medien die Stadt und das Land. Der „Witz" ist ja gerade, daß dem Autor höchstwahrscheinlich überhaupt nichts geschehen wäre, wenn sein Kommentar beispielsweise in der Springerpresse erschienen wäre, wo er gar nicht aufgefallen wäre. Bestritten wurde von den Angreifern lediglich das Recht, „so etwas" ausgerechnet in der TAZ zu publizieren. Das zeugt vor allem von einer enttäuschten Liebe zu diesem Blatt. Eine Haßliebe, mit der die TAZ sowenig umzugehen weiß wie ihre Gegner. Da ist schon einfacher, man setzt die Autonomen mit Bullen und Faschisten gleich, wie es Benny Härlin in der TAZ vom 12.8. getan hat. Selbstverständlich wieder einmal unter Berufung auf Rosa Luxemburg, deren ausgestopfte Leiche seit etlichen Jahrzehnten auf Tournee durch die Panoptiken der antilinken Demagogie ist.

Dirk Schneider, Pressesprecher der AL, machte nach dem Angriff auf Gerd Nowakowski den Versuch, wieder politische Vernunft in die Debatte zu bringen. In einer Presseerklärung (TAZ vom 13.8.) stellte Dirk fest, daß die TAZ ein „wichtiges Gegengewicht zur Übermacht bürgerlicher bis reaktionärer Presseorgane" sei. Andererseits hätten „Oberflächlichkeit", „Sensationshascherei", Karrieregeilheit oder die „Hinwendung zu Argumentationsmustern des politischen Gegners" auch viele AL-Mitglieder wiederholt verärgert. Die TAZ habe eine erhebliche Macht für die grün-alternative und linke Meinungsbildung, und sie gehe mit dieser Macht gelegentlich leichtfertig um. Dies könne bei den Betroffenen ein Gefühl der Ohnmacht erzeugen. Trotzdem sei aber der Überfall auf Gerd Nowakowski „nicht zu akzeptieren". *„Mit gewalttätigen Aktionen 'falsche' Ansichten zu berichtigen, führt in einen Teufelskreis, den Angehörige der RAF schon einmal erfolglos und mit schrecklichen Folgen probiert haben. Kritik an Texten und der Veröffentlichungs- und Nichtveröf-*

felskreis, den Angehörige der RAF schon einmal erfolglos und mit schrecklichen Folgen probiert haben. Kritik an Texten und der Veröffentlichungs- und Nichtveröf-

fentlichungspraxis der taz muß nach anderen Mitteln suchen. Dazu gehören gute Argumente, überzeugende Aktionen, eigene Veröffentlichungen oder eine Kritikkampagne, die die Verantwortlichen der Zeitung nicht ignorieren können."

Ein ungaubliches Gezeter setzte nach dieser Presseerklärung ein. In der TAZ vom 15.8. verwahrte sich der unvermeidliche Max Thomas Mehr — einer der fünf bis sechs Chefdemagogen, die bei der TAZ aus rätselhaften Gründen absolute Narrenfreiheit genießen — gegen den von niemandem gestellten Anspruch, die TAZ müsse ein Parteiorgan der AL sein. Da offenbare sich, so Mehr, „ein leninistisches Verständnis von Öffentlichkeit". Die TAZ sei aber nicht die „Prawda" der AL oder irgendeiner Bewegung.

Das mußte endlich mal gesagt werden, scheint sich auch Margarete von Galen, Mitglied des AL-Vorstands, gedacht zu haben: die AL werde *„vermutlich nie lernen, daß eine linke Tageszeitung nicht dazu da ist, AL-Position zu schreiben"*, belehrte sie in der TAZ vom 17.8. ihren Pressesprecher.

Zu diesem Zeitpunkt herrschte in der AL schon Sturm. Eine Reihe von AL-Parlamentariern, darunter mehrere Stadträtinnen und Stadträte aus Kreuzberg sowie der Europa-Abgeordnete Benny Härlin, hatten Dirk Schneiders Stellungnahme zum Anlaß genommen, in einem Offenen Brief an die lieben Mitglieder des Geschäftsausschuß der AL ihre „Besorgnis zu der Entwicklung der AL" auszudrücken. (TAZ, 18.8.) Man befürchte, auch aufgrund anderer Vorkommnisse, daß sich bei Teilen der AL „ein autoritäres und taktisches Verhältnis" zu den „Grundwerten der Bewegung", aus der die AL hervorgegangen sei, breitmache. Dirks Distanzierung vom dem Überfall auf Nowakowski sei „scheinheilig". Daß er in diesem Zusammenhang Kritik an der TAZ geäußert hatte, *„klingt wie ein Versuch der Rechtfertigung des Anschlages und der Einschüchterung der taz"*. Das sei die *„kaum verhüllte Forderung, die taz in ein AL-genehmes Medium zu entwickeln."* Die AL müsse ihr *„gestörtes Verhältnis zur Pressefreiheit und zu den Freiheitsrechten überhaupt diskutieren."*

Das Stichwort wurde dankbar aufgenommen von der TAZ-Redakteurin Mechthild Küppers: die AL glaube sich einen Pressesprecher leisten zu können, der ein gestörtes Verhältnis zur Pressefreiheit habe. („Tagesspiegel", 18.8.) Der AL-Abgeordnete Goryanoff verstieg sich sogar zu der Infamie, Dirk Schneider habe offenbar angesichts des Angriffs auf Gerd Nowakowski „klammheimliche Freude" empfunden. (TAZ, 19.8.)

Die AL-Fraktion lehnte es zwar ab, sich von Dirk Schneider zu distanzieren, gab aber eine öffentliche Stellungnahme ab, deren einziger Inhalt die Ablehnung des Faustrechts und die Forderung nach „in der AL überfälligen Klärungsprozessen" in dieser Frage war; letzteres zugleich auch als Forderung an die Autonomen. (TAZ, 19.8.)

Hintergrund dieser Polemik sind, außer dem Überfall auf den TAZ-Redakteur, Belästigungen und Gewaltaktionen, denen AL-Politiker (u.a. der Kreuzberger Stadtrat Orlowsky) in Zusammenhang mit der *Kinderbauernhof*-Auseinandersetzung ausgesetzt waren. Die Rede ist von Morddrohungen, abgeschraubten Radmuttern, zerstochenen Reifen. Es kann wohl nicht umstritten sein, daß solche Methoden der Auseinandersetzung zu verurteilen sind. Deswegen braucht man aber nicht unbedingt die saturierte Selbstgefälligkeit gutverdienender AL-Stadträte zu teilen, die in der Öffentlichkeit so tun, als hätten diese Angriffe absolut nichts mit ihrem eigenen Verhalten zu tun. Es scheint, daß man in diesem Fall in klassischer Manier der Etablierten die Interessen einer arbeitenden Initiative gegen das „Allgemeininteresse" ausgespielt hat, zum Schaden der Initiative. Daß dies Frust und Wut produziert, liegt in der Natur der Sache. Das kann Gewalt nicht entschuldigen, aber man kann Gewalt andererseits auch nicht sinnvoll diskutieren, wenn man über die Bedingungen ihrer Entstehung, speziell den eigenen Anteil daran, nicht reden will und jeden Bruch dieses Tabus gleich als klammheimliche Sympathie für das Faustrecht denunziert.

Die Auseinandersetzung um Gewalttätigkeiten insbesondere im Bezirk Kreuzberg bekam im September neuen Stoff durch die „Kübel"-Aktion. Eine Gruppe aus dem autonomen Spektrum hatte in der Kneipe „Maxwell" 15 Liter Scheiße ausgekübelt. Grund: das „Maxwell" sei ein Feinschmecker-Restaurant und Schickimicki-Laden. Die Ansiedlung solcher „Nobel-Etablissements" sei Teil der imperialistischen Befriedungsstrategie und Aufstandsbekämpfung im Bezirk. Das „Maxwell" habe Architekten und reiche Touristen angezogen. Ziel der Aktion sei die Vertreibung solcher Läden aus Kreuzberg. Im Fall „Maxwell" anscheinend mit Erfolg, denn das Lokal wurde geschlossen.

Für zusätzliche Aufregung hatte die Kübel-Gruppe mit ihrem Versuch gesorgt, im „Maxwell" nach Mafia-Art ein *Schutzgeld* für die sog. Knastkasse zu erpressen. Das wurde im autonomen Spektrum allgemein abgelehnt und später von der Gruppe selbst für falsch erklärt: nicht aus grundsätzlichen Erwägungen, aber eil hierzulande (anders als in Nordirland und im Baskenland) nicht die Strukturen existierten, die so etwas durchsetzen könnten. Man sah sich nun genötigt, den Eindruck zu dementieren, „wir würden jetzt ziellos um uns schlagen oder es gäbe eine schwarze Liste" mit weiteren Angriffsobjekten.

Die Reaktionen waren heftig. Symptomatisch die Stellungnahme der Leute von der Kneipe „Pinox". Ihnen war außer Beschimpfungen nichts eingefallen. Die Kübel-Leute seien eine „Rowdietruppe" und „Wehrsportgruppe", deren Platz in der „äußerst rechten Ecke" sei. Ihre politische Linie sei „ultrareaktionärer Kreuzberger Lokalpatriotismus", der „Kampf für eine saubere Heimat, für ein reinrassiges Kreuzberg". Ein anderes Flugblatt, unterzeichnet mit „Verärgerte", formulierte ähnlich: *„Eure Idealvorstellung reiner Bevölkerungsstrukturen sowie die Methode zur Durchsetzung dieses Ideals entstammen — lupenrein! — nationalsozialistischer Tradition."*

Das vulgärsoziologische Erklärungsmuster erfreut sich offenbar großer Beliebtheit. So wird auch in einem Thesenpapier von Bernd und Ursula Köppel für die AL („Über das verlogene Verhältnis der AL zur Gewaltanwendung von Teilen der Autonomen") behauptet: *„Es sollte doch gerade aus der Geschichte des Faschismus bekannt sein, daß verarmte und hoffnungslose Schichten sehr leicht durch reaktionäres Gedankengut und deren ungebrochenes Verhältnis zur Gewaltanwendung als Mittel der politischen Auseinandersetzung eingefangen werden können und als Stoßtrupp gegen linke und fortschrittliche Organisationen eingesetzt werden können."*

An dieser Legende wird hierzulande parteienübergreifend eifrig gestrickt. Dabei kann inzwischen als hinreichend untersucht und erwiesen gelten, daß die Arbeitslosen und Verelendeten vor 1933 in keiner Weise *überdurchschnittlich* anfällig für die NS-Demagogie waren. Und sicher auch nicht anfälliger als die akademische Mittelschicht, der die Verfasserinnen und Verfasser solcher „antifaschistischen" Autonomen-Schelte vermutlich angehören. Es handelt sich da eher um einen staatstragenden Mythos, der wieder mal auf Kosten der sozial Schwächsten geht und der im konkreten Fall vor allem das Mißtrauen der zu bescheidenem Wohlstand gekommenen Altlinken gegenüber den Unterschichten ausdrückt. Zumindest in der Entwicklungstendenz scheinen Konflikte wie der um die „Schickimicki-Läden" nicht nur ein Problem der Toleranz und der Akzeptanz unterschiedlicher Lebensformen zu sein, sondern auch Teil des Klassenkampfs in der Gesellschaft. Und da ist dann der liberale Appell „Gönnt ihr uns doch unseren Wohlstand, wir gönnen euch ja schließlich auch eure beschissene soziale Situation", auf Dauer vielleicht zu wenig, um überzeugend zu wirken, auch wenn man Aktionen wie die im „Maxwell" für total bescheuert hält.

Kt., Hamburg

Betr.: *Solidarität mit der PKK*

Im vorigen AK berichteten wir über die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens der Bundesanwaltschaft gegen die PKK (Kurdische Arbeiterpartei) nach §129a und die Durchsuchung von Räumlichkeiten dieser Organisation in 40 Städten der BRD. Jetzt erreichte uns eine Anfrage von BWK, FAU/R, Feyka-Kurdistan, Freunde des kurdischen Volkes und der Volksfront. Sie richtet sich ebenfalls an die GAL und die „taz" und macht die Adressaten mitverantwortlich für die Staatsschutzaktion gegen die PKK:

> „Die Mutmaßungen, die in türkisch-deutschen Geheimdienstkreisen über die inneren Verhältnisse der kurdischen Organisationen, speziell der PKK, angestellt wurden, und die leider auch in Euren Zeitungen und Broschüren als hochwahrscheinlich gehandelt wurden, genügten dem BKA für seine Aktion. Es wird zum Risiko, in der BRD für die Sache der Kurden einzutreten. Ansätze von Solidarität sollen zerstört werden. Widersprüche zwischen den kurdischen Organisationen sollen angeheizt werden...
> Wir fragen Euch: Wollt Ihr dem kurdischen Befreiungskampf weiter Eure Solidarität versagen, den dieser so bitter nötig hat, wegen zweifelhafter Gerüchte über innere Verhältnisse kurdischer Organisationen, die nicht nur von den Betroffenen bestritten, sondern auch von einem so dreisten Anschuldiger wie Rebmann und einem staatsbewußten Gericht wie dem BGH in keinem Punkt aufrechterhalten werden konnten?
> Dringlich fordern wir fortschrittliche Anwälte in Hamburg auf, ihre Zurückhaltung aufzugeben und den vielen, jetzt individuell den Verfolgungen des Staatsschutzes ausgesetzten, patriotischen Kurden die eigentlich selbstverständliche juristische Unterstützung zu gewähren."

Diese Anfrage ist — das muß deutlich gesagt werden — politisch verlogen. Wir haben mit derartigen Vorwürfen gerechnet. Denn im Gegensatz zu BWK, FAU/R, Volksfront u.a. haben wir uns in dieser Zeitung wiederholt mit der Politik der PKK kritisch auseinandergesetzt. Propaganda und politische Praxis der PKK machen seit langem deutlich, daß diese selbsternannte Avantgarde im Namen des nationalen Befreiungskampfes mit Terror und Mord gegen ihre Kritiker vorgeht. Und nicht nur das: Auch Massaker in Kurdistan selbst werden als große militärische Siege gefeiert — eine politische Mentalität, nach der die Widersprüche innerhalb des kurdischen Volkes mit Terror eingeebnet werden sollen.

Wir können auch nicht daran vorbeigehen, daß die Terrorkampagne der PKK sich hier in der BRD großenteils gegen Genossinnen und Genossen richtet, mit denen wir seit Jahren politisch zusammenarbeiten, und die sich teilweise seit zwei Jahren verborgen halten müssen — nicht aus Angst vor dem Staatsapparat sondern aus Angst vor der PKK.

Mit dieser Politik hat sich die PKK nicht nur in der westdeutschen Linken gründlich isoliert, sondern auch bei den Befreiungsorganisationen des Nahen Ostens. Unsere Verurteilung der PKK als „Mutmaßungen aus türkisch-deutschen Geheimdienstkreisen" hinzustellen, die dem Staatsschutz die Legitimation für das §129a-Verfahren liefern, verkehrt die Situation.

Die Verantwortung der PKK für eine ganze Reihe politischer Morde ist offenkundig. Die Unterzeichner der Anfrage hingegen sind jeden Gegenbeweis schuldig geblieben und drücken sich seit langem um eine politische Debatte darüber. Wir haben im Zusammenhang unserer Kritik an der PKK auch das Problem angesprochen, daß eine solche Kritik nicht dazu führen darf, die Sache der Kurden zu diskreditieren. Zu einfach machen es sich BWK u.a. aber, wenn sie umstandslos die Sache der PKK mit dem Befreiungskampf der Kurden gleichsetzen, nur weil die PKK heute als einzige Kraft militörisch gegen das türkische Militär antritt. Das Eintreten für die Rechte eines Volkes darf niemals bedeuten, Terrorpraktiken einer Organisation zu rechtfertigen oder stillschweigend hinzunehmen. Es ist die PKK selbst, die international den Befreiungskampf der Kurden diskreditiert.

Schließlich betreiben BWK u.a. wieder einmal das beliebte Spiel des Austauschs von Ursache und Wirkung. Ursache für die Isolierung der PKK in der westdeutschen Linken und der jetzt erfolgten Nichtsolidarisierung ist nicht die Offenlegung ihrer Praktiken, sondern es sind diese Praktiken selbst. Wir selbst haben sowohl über diese Zeitung als auch in Gesprächen mit Vertretern der PKK diese eindringlich vor den Folgen einer solchen Politik gewarnt.

Keine Frage ist für uns, die Vorgehensweise des Staatsapparats gegen die PKK zu verurteilen. Der bundesdeutsche Staatsschutz nutzt dabei die von der PKK eskalierten „Widersprüche zwischen den kurdischen Organisationen" für seine eigenen Zwecke. Dem kurdischen Befreiungskampf, den politischen Bewegungsmöglichkeiten kurdischer Linker in der BRD und der Solidarität mit dem kurdischen Volk schadet dies ganz gewiß.

Mit neuem Denken in die Krise

Dokumentation der Krisendebatte in der DKP

„Bedenkliche Erscheinungen" sprach der DKP-Vorsitzende Herbert Mies auf einer Parteivorstandstagung Ende August an. „*Sicherlich befindet sich unsere Partei auch innerparteilich in einer schwierigen politischen, ideologischen und organisationspolitischen Situation, in einer Situation, in der sie eine Reihe von inneren Widersprüchen überwinden muß.*" „Unübersehbar" sei, daß der Reformprozeß in der UdSSR „viele Fragen" unter den DKP-Mitgliedern aufgeworfen hat. „Unübersehbar" sei auch, daß die Beschlüsse der DKP-Spitze an der Parteibasis sehr unterschiedlich aufgenommen werden, ebenso wie es eine „starke Unterschiedlichkeit" in der Führungstätigkeit gebe. Die Basis stelle an die Führung „neue Anforderungen und Erwartungen", besonders auf „Weiterentwicklung der innerparteilichen Demokratie". „Bedenkliche Erscheinungen" auch in der organisatorischen Entwicklung der DKP: „*Die Mitgliederentwicklung und die Verbreitung der UZ entsprechen keinesfalls den Vorstellungen und Beschlüssen, die wir nach ausführlicher Diskussion in der Parteientwicklungsplanung zu Papier gebracht haben. Wir sind mit einem beträchtlichen Defizit zwischen Plan und Planerfüllung konfrontiert.*" Das Auftreten der DKP nach außen sei „mancherorts als rückläufig einzuschätzen", und viele Parteigruppen litten unter inneren Schwächen wie „mangelhafter Beteiligung, Aktivität und Außenwirkung."

Die interne Diskussion der DKP zeigt, weit klarer als die dürren Worte des Vorsitzenden, daß die berühmte „Krise", die schon um 1980 die damalige Neue Linke erschütterte und dezimierte, jetzt auch die DKP voll erwischt hat. Vor allem die Perestroika/Glasnost wirkt sich in doppelter Weise schwer auf die DKP aus: 1. Sie stellt zentrale Heilsgewißheiten in Frage. Offensichtlich hat man sich vom real existierenden Sozialismus jahrelang ein sehr falsches Bild gemacht und krampfhaft Dinge abgestritten oder gerechtfertigt, die heute in der UdSSR freimütig zur Disposition gestellt werden. Wenn aber jahrelang so vieles falsch war und man jahrelang sich selbst und andere betrogen hat, was ist dann heute richtig, was ist dann heute glaubwürdig? 2. Gorbatschow macht der DKP-Basis Mut zum Aufbegehren gegen die Führung und zum Aussprechen eigener Ansichten. Was in der KPdSU möglich ist, kann in der DKP doch wohl nicht verboten sein.

Ein vielversprechender Aufbruch zu neuen Ufern? Man könnte es auch skeptischer bewerten, nämlich als erneute Bestätigung der alten Arbeiter- und Bauernregel, daß die DKP den Schnupfen kriegt, wenn es in Moskau regnet.

Wir dokumentieren an dieser Stelle einige typische Ausschnitte aus der internen Diskussion der Hamburger DKP, in der Annahme, daß die Dinge anderswo auch nicht sehr viel anders aussehen werden. Die Papiere sind vom August dieses Jahres.

AK-Redaktion

Diskussionsbeitrag des Bezirkssekretariats

Wir alle erleben gegenwärtig (...), daß sich die Partei in Hamburg in einem krisenhaften Zustand befindet. Das betrifft alle wesentlichen Bereiche und Organisationsebenen. (...) Zum Beispiel: Die Bezirksdelegiertenkonferenz hatte zur Bürgerschaftswahl im November 1986 ein Votum abgegeben für einen Wahlaufruf zugunsten der GAL; diese Entscheidung wurde nachträglich durch Bezirkssekretariat/Bezirksvorstand verändert. Ganz unabhängig von der Stichhaltigkeit der dafür genannten Argumente, hätte eine solche nachträgliche Korrektur Sache einer neuen Bezirksdelegiertenkonferenz sein müssen . (...) Zum Beispiel: Die unterschiedlichen Auffassungen zwischen Bezirksvorstand und Parteivorstand bezüglich der Hamburger Wahlpolitik wurden weitgehend hinter verschlossenen Türen behandelt mit der Folge, daß der größte Teil der Partei auf Mutmaßungen angewiesen war und selbst nicht in diese Diskussion eingreifen konnte. Auch das hat dazu beigetragen, daß bei allen Wahlen der vergangenen Jahre immer nur ein Teil der Parteimitgliedschaft der jeweils beschlossenen Orientierung praktisch erfolgt ist. (...)

Nicht nur die Wahlpolitik belegt die schwierige Phase, in der wir uns befinden; die Probleme sind vielfältiger. Stichworte dazu sind etwa: die harten Auseinandersetzungen auf und vor allem nach dem 8. Parteitag (speziell die Bewertung der 2. Tagung des Parteivorstandes); die scharfen Kontroversen um unsere Konsequenzen aus der Katastrophe von Tschernobyl; die geringer werdende Teilnahme von Genossinnen und Genossen am Gruppenleben (...); der nach unseren Initiativen und dem Erfolg im Thälmann-Aufgebot besonders gravierende Rückgang in der Mitgliedergewinnung; eine bemerkenswerte Zunahme von Austritten oder Streichung oft langjähriger DKP-Mitglieder; schließlioch eine bestimmte Orientierungslosigkeit nicht nur in den Gruppen über unsere nächsten Aufgaben oder die Verunsicherung über den Umgang unserer Partei mit den tiefgreifenden Veränderungen in der Sowjetunion. (...) Es gibt einen individuellen Rückzug von Aktiven oder eine Verlagerung von Aktivitäten aus der Partei heraus; die öffentliche Präsenz der Partei geht zurück und unsere Mobilisierungsfähigkeit nimmt ab; die Leitungen der Partei müssen einen deutlichen Vertrauensverlust zur Kenntnis nehmen. Viele Genossinnen und Genossen haben zusammengefaßt den Eindruck, man könne weder mit noch in unserer Partei etwas bewegen. (...)

Der krisenhafte Zustand der Partei hat nach unserer Meinung verschiedene objektive und subjektive Ursachen. Zu den wesentlichsten objektiven Ursachen gehören für uns:

Erstens die von uns vielfach beschriebenen „Umbrüche", etwa die Veränderung in Struktur und Lebensweise der Arbeiterklasse. (...) Zweitens die Probleme, die sich daraus ergeben, daß wir als revolutionäre Partei weit entfernt sind von einer revolutionären Situation. Das, was uns von allen anderen politischen Strömungen grundlegend unterscheidet — unser sozialistisches Ziel — ist heute erst für eine kleine Minderheit attraktiv. Und umgekehrt: in wichtigen Fragen der Tagespolitik haben wir unsere Exklusivität verloren (früher „typisch kommunistische" Forderungen vertreten heute auch andere) und sind zum Teil neue Themen von anderen gesetzt worden. Damit sind uns nicht nur neue Partner erwachsen, sondern — vornehmlich in Gestalt der Grünen — auch neue Konkurrenten. Wir stehen also vor der Anforderung, das Verhältnis von Reform und Revolution für unsere konkreten Bedingungen zu durchdenken und eine überzeugende kommunistische Reformpolitik für Hamburg zu entwickeln. Zu diesen wichtigsten objektiven Problemen kommen u.E. vor allem folgende subjektive Faktoren hinzu:

Erstens sind unsere organisationspolitischen Grundsätze und Strukturen eher formale als lebendige Wirklichkeit. Für die meisten Mitglieder sind Entscheidungsfindungen weder durchschaubar noch real beeinflußbar. Widersprüche werden oftmals nicht offen ausgetragen, unterschiedliche Auffassungen nicht bekannt. Der Informations- und Kenntnisstand in der Partei ist außerordentlich unterschiedlich, Mutmaßungen treten an die Stelle der Wahrheit.

Zweitens sind wir in Diskussion und Beschreibung neuer Entwicklungen zwar relativ weit, hinken aber umso mehr in deren praktisch-politischer Umsetzung hinterher. Das ist in erster Linie ein Problem der Leitungsarbeit auf allen Ebenen, trifft aber namentlich das Bezirkssekretariat. Überwunden werden muß zugleich eine kurzatmige, auf jeweils aktuelle Bewegungen zielende Politik und eine oftmals von den realen Gruppenbedingungen abgehobene Politikentwicklung.

Drittens stellen die „revolutionären Veränderungen" in der Sowjetunion nicht nur für Geschichte und aktuelle Politik der DKP einen wichtigen Einschnitt dar, sondern auch für jedes einzelne Mitglied ganz persönlich. Unser Umgang damit wird zu einer Frage der Glaubwürdigkeit. Objektiv bringen die

Politik der DKP einen wichtigen Einschnitt dar, sondern auch für jedes einzelne Mitglied ganz persönlich. Unser Umgang damit wird zu einer Frage der Glaubwürdigkeit. Objektiv bringen die

Friedensoffensive und die innere Veränderung der Sowjetunion auch für uns neue Einflußmöglichkeiten mit sich; damit diese aber auch subjektiv wirksam werden können, bedarf es einer ebenso offenen wie gründlichen Aufarbeitung mit Konsequenzen für unsere eigene Partei.

Wir haben kein fertiges Rezept anzubieten für die Überwindung unserer krisenhaften Lage. Und wir wollen und können einen solchen Versuch auch nicht machen, weil diese Aufgabe nur von der gesamten Partei in Angriff zu nehmen ist, also in einer demokratischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung. Je offener diese Debatte sein und je mehr Genossinnen und Genossen, Gruppen und Vorstände sich daran beteiligen werden, desto wirksamer wird die künftige Parteientwicklung nach innen und außen sein.

Es mag Einwände geben gegen eine solche Parteidebatte über unseren Zustand: Sie lenke ab von dringend notwendigen praktischen Aktivitäten und sie gefährde womöglich die Einheit der Partei. Wir sind vom Gegenteil überzeugt: Nicht in einer gedachten oder verordneten Harmonie liegt die Stärke der Partei, sondern darin, daß sie Widersprüche transparent macht und unterschiedliche Positionen offen austrägt und auf diese Weise die notwendige politische und organisatorische Einheit und Aktionsfähigkeit gewinnt.

In diesem Sinne halten wir die Demokratisierung der Partei für eine zentrale Aufgabe. (...) Es geht vor allem darum, mehr Mitglieder an der praktischen Entscheidungsfindung zu beteiligen. (...)

•

DKP-Betriebsgruppe Deutsche Bundesbahn

Der Parteivorstand will unbedingt die Einheitlichkeit der Partei, die Harmonie, vorspiegeln, selbst wenn konträre Positionen vorhanden sind.

Die propagierten Reformvorstellungen der DKP machen noch nicht die spezifische kommunistische Politik aus. Reformen — oft gleicher Art — fordern genauso Grüne und SPD. Allemal sind diese Parteien für den Großteil politischer Menschen akzeptabler, Erfolge eher zu erwarten, da sie „im Staat" mitmischen. Die Betonung der staatstragenden Einstellung der DKP wirkt in diesem Zusammenhang eher anbiederisch.

Oft gehen unsere sozialistischen Zielvorstellung zugunsten solcher Reformvorstellungen unter, werden zu wenig betont.(...)

Generell werden die Umgestaltungsprozesse in der UdSSR mit großer Anteilnahme und Zustimmung verfolgt. Gerade vor dieser Entwicklung scheint die DKP stehenzubleiben, sie vollzieht die Aufbruchstimmung nicht mit. Wir verstehen nicht, warum der Parteivorstand die widersprüchlichen Entwicklungen und Versäumnisse in der Sowjetunion behandelt, als handle es sich um eine völlig gradlinige Kontinuität und nicht um eine revolutionäre Entwicklung (z.B. was die Aufarbeitung der Geschichte anbelangt).

Die Souveränität und Selbstkritik, mit der die KPdSU an die Probleme herangeht, vermissen wir bei unserer Partei völlig.

•

DKP-Wohngebietsgruppe EPPENDORFER LANDSTRASSE

Die Ursachen für den krisenhaften Zustand sind in ideologischen und strukturellen Defiziten zu suchen.

a) Ideologische Defizite

— Partei ist nicht modern:

— Problem Umgang und Verhältnis zur Natur sind nicht rechtzeitig von der Partei aufgegriffen worden. (...)

— Strukturelle Veränderungen der Arbeiterklasse, worauf die Partei sich nicht eingestellt hat. (...)

— Unklarheit über die Potenzen und Perspektiven, die der Katitalismus den Menschen noch bietet.

— Die Frauenpolitik der Partei relektiert zuwenig andere Positionen (z.B. feministische Positionen) und neuere Fragen z.B. „Müttermanifest" und geht zu wenig auf die Familienpolitik von R. Süsmuth ein.

— Nichtwahrhabenwollen der Probleme in den sozialistischen Ländern.

Diese ideologischen Defizite führen zu Unglaubwürdigkeit und Nichtmodernität.

b) Die Defizite sind u.a. darauf zu-

Diese ideologischen Defizite führen zu Unglaubwürdigkeit und Nichtmodernität.

b) Die Defizite sind u.a. darauf zu-

rückzuführen:

— Unflexibilität von leitenden Genossen.

— Undurchsichtigkeit der in den Führungsorganen geführten Kontroversen.

— Mangelnde Bereitschaft der Mitglieder, sich mit offenen Fragestellungen und alternativen Positionen in die Parteiöffentlichkeit zu begeben.

— Überholtheit der Strukturen der Leitungsarbeit.

Diese Phänomene im Zusammenhang mit der Erfolgslosigkeit führen bei den Genossinnen und Genossen zu einer Motivationslosigkeit und einer Handlungsunfähigkeit der Partei nach außen. (...)

•

Wohngebietsgruppe FLOTTBEK-STEENKAMP

Die Krise in der Partei ist nicht metaphysisch als etwas absolut Schlechtes zu sehen, sondern dialektisch als eine günstige Möglichkeit, die Parteiarbeit und Struktur zu verbessern, wenn ihre tiefliegenden Ursachen schonungslos erkannt werden und wenn der konsequente Wille zu ihrer Beseitigung mobilisiert werden kann.

Die Krise in der Partei ist kein unmittelbares Phänomen, sondern der Endpunkt einer Entwicklung, die ihre Wurzel in den zurückliegenden Jahren hat. Die Vorkrisenerscheinungen haben sich seit langer Zeit angehäuft, und es ist die Nichtbewältigung dieser Situation, die politische Passivität und Frustration der Genossinnen und Genossen ausgelöst hat. (...)

•

H.L., Wohngebietsgruppe Altona-Nord

Immer weniger Genossen sind aktiv. Woran liegt das? Wir sind eine Wohngebietsgruppe und haben im Januar einen Arbeitsplan für 1987 gemacht. Wir haben dabei sehr gründlich überlegt, was wir leisten können und wer sich daran aktiv beteiligt. Wir haben dies-

Fortsetzung nächste Seite

Die DKP im Zerr-„Spiegel" – wieder einmal

Ein „Spiegel"-Artikel mit der Handschrift des Verfassungschutzes / Von Ellen Weber

Die DKP im Zerr-„Spiegel" – wieder einmal

Ein „Spiegel"-Artikel mit der Handschrift des Verfassungschutzes / Von Ellen Weber

Ganz überraschend hatte die DKP die Ehre, mit einem „Spiegel"-Artikel bedacht zu werden. Dabei ging es dem „Spiegel" nicht etwa um die Darstellung der DKP in ihrer Solidarität mit den Arbeitern der Henrichs-Hütte, worauf das vom „Spiegel" veröffentlichte Bild, das bei der Menschenkette zur Verteidigung der Arbeitsplätze in Hattingen entstanden ist, schließen könnte; es ging auch nicht um die Darstellung des jahrzehntelangen Kampfes der Kommunistinnen und Kommunisten zur völkerrechtlichen Anerkennung der DDR, worauf das freundschaftliche Bild der Begegnung von Erich Honecker mit Herbert Mies schließen ließe; und schon gar nicht ging es um die Würdigung des literarischen Schaffens von Schriftstellern, die der DKP angehören. Nein, darum ging es dem „Spiegel" nicht!

Dem „Spiegel" ging es mit seinem Artikel ohne Zweifel darum, an dem ewigen Auftrag der Herrschenden zu arbeiten, die Kommunisten, die DKP, zu schädigen, sie, wenn irgend möglich, aus dem Leben unseres Landes auszuschalten. Die Methoden der Erfüllung dieses Unternehmens sind durch die Jahrzehnte unterschiedlich gehandhabt worden. Sie reichten vom Verbot der Kommunistischen Partei über die Berufsverbote, über das totale Totschweigen der Arbeit und Gedanken der Kommunisten bis zur heute wieder aufgelebten Verfahrensweise, durch Verleumdung die Kommunistische Partei zu schädigen. Die Handschrift des Verfassungsschutzes ist dabei unübersehbar.

Wer wünscht Nabelschau der DKP?

Diese Kreise hoffen, daß eine Orientierung auf Nabelschau und Selbstbeschäftigung die DKP aus den aktuellen Kämpfen herauskatapultieren könnte. Es ist nützlich für die Herrschenden, das aktive Wirken der DKP in den außerparlamentarischen Bewegungen unseres Landes, ihr Wirken in der Arbeiter- und Friedensbewegung, auf diese Weise zu behindern. Wer solche, aus Versatzstücken und Fälschungen gebastelte Artikel über unsere Partei liest, sollte sich kurz die Zeit vergegenwärtigen, in der das Unternehmen vom „Spiegel" gestartet wurde.

Unübersehbar ist, daß im 70. Jahr der Oktoberrevolution kommunistische Politik insgesamt zu einer attraktiven Größe in der Welt von heute geworden ist.

Die Friedensvorschläge der sozialistischen Länder, die Umgestaltungsprozesse in der Sowjetunion, die gewaltigen Anstöße zu neuem Denken und Handeln, wie sie in der Politik der KPdSU, der SED und der anderen kommunistischen Parteien zum Ausdruck kommen, bestimmen zunehmend den Gang der Weltentwicklung.

In den hochentwickelten kapitalistischen Ländern fordern die sich vertiefenden Krisenprozesse Initiativen zur Einschränkung der Macht des Monopolkapitals heraus. Kommunistische Antworten auf diese Probleme gewinnen objektiv an Bedeutung. Jeder, der heute an den Bewegungen teilnimmt, spürt, daß sich vielfältige neue Kampffelder auftun. Diese Situation erfordert die intensive Aktionstätigkeit der DKP, der kommunistischen Partei unseres Landes. Gerade das haben wir auf unserer 7. Parteivorstandstagung beraten und beschlossen. Wir waren uns einig, mit ganzer Kraft den Aktionsherbst vorzubereiten und aktiv mitzugestalten.

Der „Spiegel" – ein Sprachrohr der Herrschenden – möchte uns andere Aufgaben stellen. Mit Hilfe von – zugegeben gehässigen – Zitaten aus unseren eigenen Reihen, die im Rahmen einer langen Parteidiskussion leider nicht vermieden wurden, sollen wir zum Kampf von Basis gegen Führung, von SED kontra KPdSU, von Parteiführung kontra UZ, von Stahlfraktion kontra Reformern und ähnlichem mehr veranlaßt werden.

Lügen über die UZ

Dabei werden so absurde Behauptungen vom „Spiegel" verbreitet, wie die über die Zensur der UZ, täglich 14 Uhr, durch Präsidiumsmitglieder und andererseits die Zensur, die die UZ-Redaktion über die DKP-Führung verhängt habe. Da werden dann auch Behauptungen über angeblich unveröffentlichte Aussagen aus der Sowjetunion und über die Sowjetunion aufgestellt, die sich bei Durchsicht des UZ-Archivs als unhaltbar erweisen: Was der „Spiegel" in der UZ vermißte, stand durchaus in der UZ – nicht aber im „Spiegel"; dies nebenbei.

Das Strickmuser ist nicht neu. Tatsächlich von der Partei benannte Themen und Probleme, wie wir sie auf unseren Parteivorstandstagungen formulieren, wie wir sie in den Thesen und im Bericht an den Hamburger Parteitag dargelegt haben, werden vom „Spiegel" nicht zur Kenntnis genommen oder gar sachlich referiert. Für ihn werden von der Partei genannte Fragen und Probleme zum Ausdruck der Zerrissenheit innerhalb der DKP hochstilisiert.

Wir führen die Diskussion

Natürlich diskutiert die DKP die Veränderungen in der Sowjetunion. Selbstverständlich ist dieser tiefgreifende revolutionäre Prozeß Gegenstand langanhaltender politisch-ideologischer Diskusionen. Keineswegs hat unsere Partei dazu schon alles nur Mögliche entwickelt und gesagt. Unbedingt gilt, daß aus allen neuen Fragen Lehren und Schlußfolgerungen zu ziehen sind. Ob das die Strukturveränderungen der Arbeiterklasse in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern sind, ob das die nächste Etappe des Sozialismus in der Sowjetunion, der DDR oder der anderen sozialistischen Staaten ist, ob das Schlußfolgerungen für die Führungseinheit der DKP aus neuen Entwicklungen sind – all das bemüht sich die DKP aufzuarbeiten und dabei nicht zu vergessen, daß es keine Klärung neuer Fragen geben kann, wenn man nicht gleichzeitig aktiv in den praktisch-politischen Kämpfen seine Frau oder seinen Mann steht.

Eigentlich ehrt es die DKP, daß man ihr eine „Blaumann-Fraktion" oder „Stahl-Fraktion" andichtet. Wenn damit gemeint wäre, daß wir uns sehr intensiv um die Belange der von Arbeitsplatzvernichtung bedrohten Kolleginnen und Kollegen kümmern, Solidarität für sie organisieren und den Blick aller Beschäftigten in der Bundesrepublik auf die betroffenen Regionen lenken, so wäre schon etwas Wichtiges über uns ausgesagt. Aber leider dienen diese Bezeichnungen im „Spiegel"-Artikel einer anderen Idee: man möchte uns aufteilen in Dogmatiker und Reformer. Man hat sogar den Stichtag schon benannt, wo diese Linien angeblich aufeinandertreffen sollen – die Parteivorstandstagung im November, die sich – wie angekündigt – mit den Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse befassen wird.

Aus all dem ist erkennbar, welche Strategie die Herrschenden gegenüber der DKP verfolgen. Wir haben wieder einmal wie so oft in der Vergangenheit ein interessantes Lehrstück aus der Kiste des Verfassungsschutzes erhalten. Es sollte uns daran erinnern, unter welchen Bedingungen die DKP kämpft und unter welchen Bedingungen sie arbeiten muß.

Aus: UZ, 11.9.87

Fortsetzung von vorheriger Seite

mal aufgepaßt, daß wir uns unsere Frustrationen nicht selbst organisieren. Dann kamen Anforderungen vom Kreis. Wir sollten einen Wahlkampf mittragen, hinter dem keiner aus unserer Gruppe stand. Geforderte und erforderliche Diskussionen wurden unterbunden nach dem Motto: „Genossen, verschwendet Eure Zeit nicht mit Reden, macht Wahlkampf". Es wurde nicht gefragt, was wir tun wollen, wo unsere Schwerpunkte liegen, was wir gerade entwickeln. Wir sollten nicht mitverantwortlich sein im Sinne was getan wird, sondern lediglich darin, daß das von oben Beschlossene getan wird.

Das lähmt meiner Meinung nach Eigenverantwortung und Aktivität. Wir wollen als Genossen ernst genommen und nicht zu „Befehlsempfängern und -ausführern" degradiert werden. (...)

Herbert Mies

Der Ausgang der Wahlen in Schleswig-Holstein und Bremen erhärtet die Richtigkeit der von der 6. Tagung des Parteivorstands beschlossenen Wahlkampfstrategie und -politik der DKP bei künftigen Wahlen. Er vermittelt uns viele Lehren, deren wichtigste ich darin sehe: Die DKP muß jetzt und künftig stärker denn je ihren Kampf gegen rechts, für Frieden, Arbeit und demokratische Rechte, die Fortsetzung ihrer Bemühungen um demokratische Bündnisse auch bei Wahlen durch den Kampf um die Stärkung ihrer eigenen Kraft ergänzen! Die Sorge um die Stärkung aller Kräfte gegen rechts muß immer und für uns an erster Stelle die Sorge um die Stärkung der entschiedensten Linkskraft, der DKP, und die Erweiterung ihres Wählereinflusses sein.

Aus: UZ, 15.9.87

U.G., Mitglied des Kreissekretariats Wandsbek

(...) Im Unterschied zu den sowjeti-
U.G., Mitglied des Kreissekretariats Wandsbek

(...) Im Unterschied zu den sowjetischen Genossen, die die Kraft zur Erneuerung — bzw. Rückbesinnung auf Lenin — selbst aufbringen konnten, bedarf es in unserem Fall erst eben dieses sowjetischen Beispiels, ehe wir aussprechen, was nicht länger zu verschweigen ist; respektive darangehen



Herbert Mies überreicht das Thälmann-Banner. Dritter von rechts: Wolfgang Gehrcke für den Sieger-Bezirk Hamburg

zu verändern, was so nicht weitergehen kann. Andersherum: wäre nicht in der SU der Umgang mit Kritik und Selbstkritik jetzt derart atemberaubend offensiv, dann wäre auch bei uns noch der Korken auf der Flasche. Das halte ich für bedenklich. Denn: es handelt sich bei den „Krisenmerkmalen" durchweg nicht um solche, die erst in jüngster Zeit (nach dem Parteitag etwa) aufgetaucht wären. Da wurden die Probleme zwar unübersehbar (Stichwort: Sprachlosigkeit unseres Parteivorsitzenden angesichts der Katastrophe von Tschernobyl und den Gefahren der Kernkraft), sie bestanden aber m.E. auch schon vorher. Und vor allem haben uns die Knüppel, die wir uns selbst seit jeher zwischen die Beine werfen, oftmals schwerer geschadet als die, die uns der Gegner unvermeidlich in den Weg legt, weil sie sich fatal auf Kampfgeist und Geschlossenheit auswirken.

Unzufriedenheit mit mangelnder Beteiligung an der Entscheidungsfindung und mit einem eher formalen Funktionieren der Parteidemokratie gibt es doch schon seit langem, ebenso wie die Kritik an Dingen, „die eben so sind" wie unser Zentralorgan UZ — ohne daß in der Vergangenheit nennenswerte Veränderungen gelungen wären. (...)

Betriebsgruppe Öffentliche Bücherhallen

(...) Wir wollen mit dem Sozialismus eine Gesellschaftsordnung, in der echte Demokratie herrscht, die Ausbeutung abgeschafft ist, jeder gleiche Rechte, Chancen und Pflichten hat, die menschlichen Beziehungen sich voll entfalten können, solidarisch sind ohne Ellenbogenmentalität. Jeder kann seine Persönlichkeit entwickeln, niemand wird von Massenmedien belogen, aufgrund von Bildungsmöglichkeiten und Informationen kann jeder mitplanen und mithandeln ... u.s.w. Wenn man das Parteileben mit diesen Zielen vergleicht, so liegt nicht nur im realen Sozialismus einiges im Argen. Auch wir brauchen Glasnost, auch wir müssen stalinistische Überbleibsel überwinden (diese Zeit überhaupt aufarbeiten). Es ist kein Zufall und auch nicht nur allgemeiner Antikommunismus, daß Außenstehende uns als verknöchert und undemokratisch ansehen. Der demokratische Zentralismus funktioniert eigentlich nur, solange wir uns in der Sache sowieso einig sind. Wir können überhaupt nicht damit umgehen, wenn einmal andere Meinungen geäußert werden. Entweder reden gleich 3 Redner hinterher in Grund und Boden, oder alle sehen sich peinlich berührt an und übergehen das ganze. Wenn man dann noch erlebt, daß das Schlußwort zu einer Beratung schon vorher fertig ist, fragt man sich, was es bringt, sich eigene Gedanken zu machen. Da sagt man doch lieber: Die Partei wird sich schon was dabei gedacht haben, hebt bei Abstimmungen die Hand und macht hinterher (neuerdings) was einem beliebt. Kein Wunder, daß jetzt, wo zum ersten Mal schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten wie zu Tschernobyl oder in der Wahlbündnisfrage auftauchen, die Partei in eine Krise gerät.

Solange dann auch noch die Analysen nicht ehrlich, sondern taktisch sind, ob in der UZ oder im Referat der Gruppenleiterberatung, verlieren die Leitungen zunehmend an Autorität,

und niemand ist in der Lage, richtige Beschlüsse zu fassen. Und schließlich: die Partei verlangt sehr viel von jedem einzelnen. (Auch wenn der Eintritt in

und niemand ist in der Lage, richtige Beschlüsse zu fassen. Und schließlich: die Partei verlangt sehr viel von jedem einzelnen. (Auch wenn der Eintritt in die Partei meist eine positive, bereichernde Wirkung auf die einzelne Persönlichkeit hat). Wir verlangen die aktive Mitarbeit von jedem, und unterscheiden uns dadurch positiv von anderen Organisationen und Parteien. Für viele Gen. bedeutet das einen erheblichen Arbeitsstreß, bei dem anderen, daß Aspekte der Persönlichkeit mangels Zeit verkümmern: Alte Freundschaften außerhalb der Partei schlafen ein, andere Interessen gehen verloren. Wenn dann noch wenig Erfolge zu sehen sind und man einen vergeblichen Kampf um Veränderungen in der Partei und der UZ erlebt, fragt man sich nach ein paar Jahren: Was soll's?

Andere Gen. ziehen sich schneller zurück und leben als Karteileichen mit schlechtem Gewissen weiter. Mit ambivalenten Gefühlen, wenn sie angesprochen werden: Angst, als „Verräter" zu gelten, Angst, voll in den Streß eingebunden zu werden. Andererseits fühlen sie sich noch auf unserer Seite. Vielleicht ist auch hier unsere Analyse nicht ehrlich. Die Veränderungen in der Lebensweise machen Veränderungen auch in der politischen Kultur nötig. Nicht jeder Kommunist ist ein heroischer Kämpfer sein Leben lang. Auch andere müssen die Möglichkeit haben, Kommunist und auf unserer Seite zu bleiben. (...)



Leserbriefe

Schreibt uns; je kürzer und treffender desto besser, ansonsten müssen wir uns Kürzungen vorbehalten

Foto: H. Wojahn

Korrektur, wg. AIDS

Betr.: AK 280, S. 6

Liebe Leute!
In dem Artikel wird unter der Frage „Kommt AIDS aus Fort Detrick" die Entstehung der Legionärs-Krankheit ebenda im Jahre 1977 behauptet. Das ist auf jeden Fall falsch, weil die Legionärs-Krankheit schon in US-Militärlagern in Vietnam auftrat. Vielleicht meint der Autor aber nur die Entwicklung des Delta-Virus im Jahre 1977; dieser Virus ist aber ein sogenanntes defektes Virus, das irgendwie mit Hepatitis-Viren verwandt ist und mit solchen zusammen sehr tödlich wirkt. Mit der Legionärs-Krankheit hat es aber nichts zu tun.

Das schrieb uns der AK-Leser R.K. aus Bonn und erbat die Zusendung einiger von uns verwendeter Quellen. Sein Studium dieser Quellen führte dann zu einem zweiten Brief:

Was ihr aus den beiden Artikeln (aus einer Darstellung aus „workers world" und der „Time" — Anm. AK) gemacht habt, ist erkennbar falsch (um nicht ausfallend zu werden): Time — und nicht Times (hier hat R.K. schon mal recht — Anm. AK)— schreibt (S. 55, Sp. 2 u.), 1977 sei bei Hochrisikogruppen einschließlich solcher Personen, die AIDS bekamen, (der Delta-Virus — Ergänzung AK) entdeckt worden, während der AK daraus dichtet,

gruppen einschließlich solcher Personen, die AIDS bekamen, (der Delta-Virus — Ergänzung AK) entdeckt worden, während der AK daraus dichtet,

in Fort Detrick sei der Delta-Virus entwickelt und dann an der erwähnten Personengruppe getestet worden. Es mag sein, daß es so passiert ist, auch als Such-Hypothese nicht uninteressant — aber offensichtlich nicht aus Time. Der Zeitung „workers world" bestätigen nicht Angestellte, sondern nur eine Angestellte, daß in Fort Detrick an AIDS geforscht worden sei (bei letzterem hat der Leser wieder recht — Anm. AK). Damit ist noch kein Zusammenhang von Delta-Virus oder Legionärs-Krankheit hergestellt mit AIDS.

Sorry, lieber R.K. und sonstige interessierte AK-Leser, diesen Zusammenhang zwischen Delta-Virus und Legionärs-Krankheit wollten wir nicht herstellen, aber man muß es fast so mißverstehen, weil es in dem AK-Artikel in einer Aufzählung in zwei Sätzen hintereinander folgt:
— Einmal ging es um die 1976 veröffentlichte Vermutung britischer Wissenschaftler, daß die Legionärs-Krankheit aus Fort Detrick stammen könnte (als Variante des Lassa-Fiebers);
— und dann ging es um die Veröffentlichung in der „Time" zum Delta-Virus, und da ist uns tatsächlich ein schwerer Fehler unterlaufen. „Time" behauptet nicht die Entwicklung des Delta-Virus in Fort Detrick (wir wollten nämlich aufzählen, wofür man schon alles Fort Detrick als mögliche Quelle vermutet hat), sondern „Time" berichtet darüber, daß der Delta-Virus ähnliche Risikogruppen aufweist. Das hat nun wieder andere auf die Idee gebracht, auch AIDS könne ein Abfallprodukt anderer Krankheiten aus der B-Waffenforschung sein.

Weiter stellt die Erforschung von Krankheiten durch Militärs noch keinen Beweis für eine Laborkonstruktion oder einen gezielten Einsatz dar, *schreibt R.K. weiter.*

Das hatten wir aber auch gar nicht behauptet, sondern ausdrücklich erklärt, daß ein solcher Zusammenhang nicht bewiesen, aber mit guten Gründen vermutet werden kann. Gerade Segals Behauptung, er habe eine lückenlose Indizienkette vorgelegt, hielten wir für falsch. Demgegenüber hatten wir lobend hervorgehoben, daß Booby Hatch seine These, daß AIDS aus dem Labor von Affen-AIDS abstammen könnte, ausdrücklich für nicht bewiesen erklärt.

Für einen Artikel über eine Beteiligung von Militärs an der AIDS-Epidemie ist es wohl noch zu früh, *meint R.K. zum Schluß.*

Aber warum? Wo soll denn der Beweis plötzlich herkommen, wenn nicht über mögliche Zusammenhänge offen berichtet wird? Die Forderung nach einem wirklichen Beweis, bevor man an die Öffentlichkeit geht, fördert doch eher die Tendenz, die bisher anstellbaren Vermutungen schon als Beweis hinzustellen.

Für Interessierte sie hier noch angemerkt, daß in der letzten Ausgabe der „Wechselwirkung" (August-Nummer) Booby Hatch noch einmal Stellung zu den Segal-Thesen nimmt. Das meiste davon ist dem AK-Leser bereits bekannt (s.o.). Dabei behauptet Booby Hatch aber auch, daß die Segal-These nicht nur nicht beweisbar, sondern in einigen Punkten nachweislich falsch sei.

HH

Unter aller Sau

Betr.: Kreuzberg-Artikel, AK 282

liebe freunde,
(...) eine anmerkung zum ak 282. der artikel über kreuzberg auf seite 2 ist wirklich unter aller sau. wir abonnieren den ak, um über hintergründe gut informiert zu sein, aber was ihr euch in dem bericht geleistet habt, hat mit information nicht das geringste zu tun, das war zielloses rumgelaber ohne wert. was wir von euch erwarten, ist eine analyse oder wenigstens der versuch einer analyse.

so ist für uns nicht nur die politische strategie in westberlin im dunkeln geblieben, sondern vor allem auch die politische strategie eures artikels, „spiegel" und „zeit" waren da noch informativer, und das will was heißen.

wir verstehen ja, daß das ereignis in berlin etwas zu kurzfristig vor erscheinen des ak stattfand, aber anstatt dann noch schnell so einen stuß zu schreiben, hättet ihr lieber z.b. ein kreuzworträtsel oder was weiß ich hinmachen sollen, das hätte mehr sinn gemacht.

als monatszeitung seid ihr doch ohnehin nie aktuell, also was soll's. und was uns betrifft — wir werden die nächsten jahre hier in äthiopien leben und wollen nicht den anschluß an das geschehen in der brd verlieren, deshalb sind wir eben vor allem an den hintergründen des geschehens in der brd und der welt interessiert, aktualität ist weniger gefragt bei uns — auch eine tageszeitung käme immer 1-2 wochen zu spät ...

speziell was den kreuzberg-artikel angeht, hätte uns halt interessiert, wie das von den einzelnen berliner gruppen eingeschätzt wird, ob und welche strategie dahinter war/ist, wie das diskutiert wird und von wem. aber vielleicht ist das ja alles ohnehin schon im nächsten ak drin, und wir schreiben ganz umsonst.
mit solidarischen grüßen!

Manfred + Catrin, Dessie/Äthiopien

Atheismus

Betr.: „die recht positive Berichterstattung zum Evangelischen Kirchentag '87 in Frankfurt im AK"

„ ‚Nun danket alle Gott!', krächzten die ungefiederten Raben von ihren Kanzelnestern herab; die Presspfaffen sekundierten tapfer mit. Glockengebimmel, Weihrauchgestank und höhere Katzenmusik führen vollends die richtige Stimmung herbei; und es ist kein Wunder, daß die Gesichter des ganzen Publikums ein äußerst bockledernes Aussehen gewinnen — just, wie sie bei göttlichen Audienzen vorgeschrieben sind." (John Most)

Wir sollten beginnen, einen konsequenten Atheismus (oder wie wir es definieren wollen, ich würde sagen: keiner Religion angehörig) einem größeren Spektrum zugänglich zu machen.

Die Trennung Kirche/Staat hat nicht stattgefunden, obwohl dies von fast allen Seiten uns glauben gemacht wird. Die Kirchen sind neben dem Staat der zweite größte Arbeitgeber. Ihr politischer Einfluß wird nicht nur durch die C-Parteien tagtäglich im Bundestag spürbar vertreten, sondern auch durch die kleineren Organisationen der Linken. Auch die „Grünen" bieten uns hier etwas, die Arbeitsgemeinschaft „Christen bei den Grünen", ebenso „Christen für den Sozialismus" vom SB oder „Kirche von Unten", um nur einige zu nennen.

Für viele Linke ist die Amtskirche tabu. Aber was zeigt sich als Konse-
SB oder „Kirche von Unten", um nur einige zu nennen.

Für viele Linke ist die Amtskirche tabu. Aber was zeigt sich als Konsequenz? Anstatt mit der Kirche zu brechen, flüchtet man sich in Organisationen, die der Amtskirche kritisch gegenüberstehen. Die Kirche bietet für jeden etwas, so zum Beispiel „Pax Christi" als Beitrag zur Friedensbewegung. Für ganz schwierige Fälle die „Theologie der Befreiung", damit auch die kritischen Marxisten sich hier wiederfinden können. Da ist mir Marx jedoch lieber: „Religion ist Opium für's Volk."

Jetzt soll bloß keiner kommen und sagen: wissen wir, stehen wir auch dazu — aber die Bündnispolitik z.B. der „Friedensbewegung" oder der „Anti-AKW-Bewegung" (Gebete vor der WAA) ist ohne die Masse der Gläubigen nicht möglich.

Machen wir es uns nicht zu einfach? Die Kirche und ihre Untaten (Religionskriege, Exorzismus, Hexenverfolgung, Judenverfolgung etc.) vergessen wir! Wie geht das zusammen? Das Christentum ist frauenfeindlich von Anfang an, Christentum ist immer faschistenfreundlich — um dies zu begreifen, sei allen empfohlen, nur einmal die katholische „Bildpost" zu lesen. Da hilft auch keine Distanzierung von der Amtskirche. Wer Kirchensteuer zahlt, ist Mitglied und macht sich schuldig.

Am Beispiel Neofaschismus ist die Einstellung der Linken klar, wieso nicht zum Thema Religion.

Wir müssen endlich die Diskussion führen und zwar konsequent. Es gibt einige Vordenker, die uns in der Diskussion hilfreich sind — erinnert sei hier an K.H. Deschner, K. Wollschläger, J. Most, M. Stirner, K. Marx, M. Bakunin usw.

Die, die seit dem Ende der sechziger Jahre oppositionelle Politik gemacht haben, müssen die Frage Kirche/Staat als praktische Kritik an ihren Konzepten überprüfen. Vielleicht wäre es nicht schlecht, sich mal wieder auf die eigenen radikalen Ursprünge zu besinnen. Politik, die „von unten" etwas verändern will, kann nun einmal nicht wohlgesittet, rational kalkulierend, planvoll, widerspruchsfrei und sauber sein. Es geht voran! Oder?

Dieter Mögel, Baiersdorf

»Sohn der Flüchtlingslager«

Nachruf auf den palästinensischen Cartoonisten Naji al-Ali

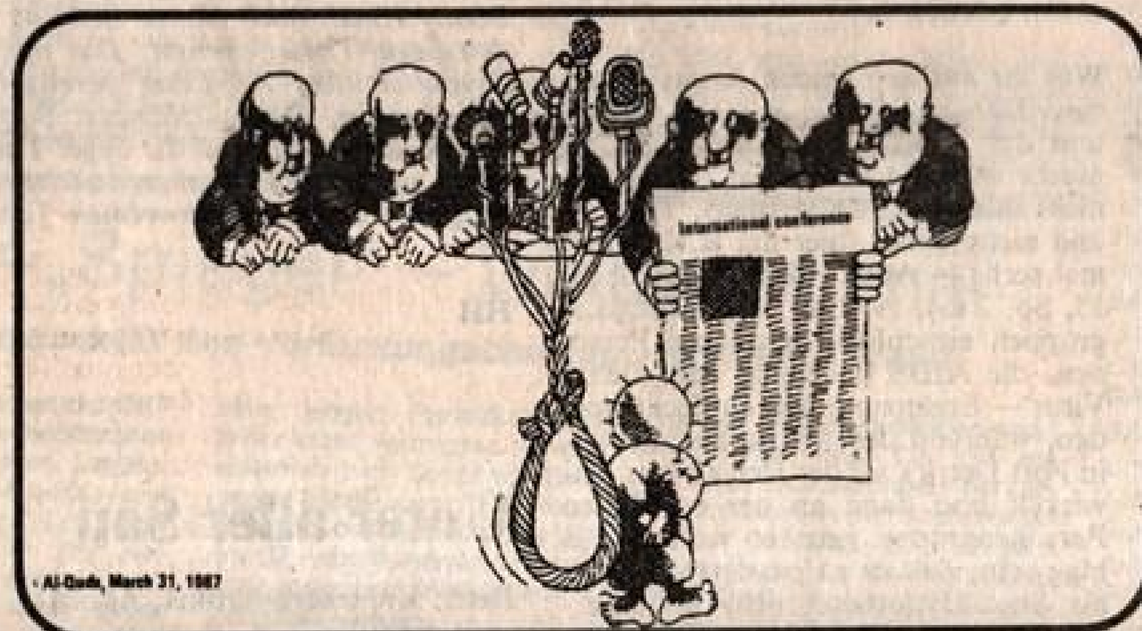
Naji al-Ali, der bekannte palästinensische politische Cartoonist, dessen Arbeiten in vielen Zeitungen des Mittleren Ostens publiziert wurden, ist am 29. August den Folgen eines Mordanschlags erlegen, der am 22. Juli in London auf ihn verübt worden war.


Al-Quds, August 29, 1987

,,Sohn des Flüchtlingslagers'' wurde Naji al-Ali genannt, dessen Familie 1948 aus ihrem Heimatort in Nordpalästina mit dem damals Zehnjährigen in den Libanon flüchtete, wo sie im Lager Ain el-Hilweh bei Sidon Aufnahme fand. In den fünfziger Jahren, als es allenthalben in der arabischen Welt brodelte (Revolte in Ägypten, Unabhängigkeitskrieg in Algerien) und die Bewohner der palästinensischen Flüchtlingslager sich ihrer Situation bewußter zu werden begannen, engagierte sich Naji al-Ali in praktisch-politischer Tätigkeit. Al-Ali: ,,Aber das war alles nichts für mich.'' Um seine Gedanken und Wünsche auszudrücken, bemalte er die Wände im Lager. ,,Ich meinte, meine Aufgabe sei es, für meine Leute zu sprechen, die in den Lagern in Ägypten und Algerien saßen, für die einfachen Araber der gesamten Region, die ja nur sehr wenige Sprachrohre für ihren Standpunkt haben.'' Seine zeichnerischen Übungen setzte er an den Zellenwänden fort, als er wegen der Teilnahme an Demonstrationen inhaftiert war. Von einem anschließenden Aufenthalt in Kuwait, wo bereits einige seiner Arbeiten publiziert wurden, kehrte er bald in den Libanon zurück.

Der palästinensische Schriftsteller und seinerzeitige Herausgeber der Zeitschrift ,,al-Huria'', Ghassan Kanafani (1971 ermordet), ermutigte Naji al-Ali zu weiterer Arbeit und druckte seine Cartoons. Die Arbeit in Beirut für die Zeitschrift ,,al-Safir'' seit 1971 bezeichnete al-Ali als die beste und produktivste seines Lebens. ,,Dort stand ich, umgeben von der Gewalt sovieler Armeen und schließlich der israelischen Invasion (1982; AK) mit meinem Zeichenstift in der Hand allem jeden Tag direkt gegenüber. Mit meinem Zeichenstift bot ich diesen Armeen die Stirn: mit Zeichnungen voller Blumen, Hoffnungen — und Kugeln. Hoffnung ist das Allerwichtigste, immer. Meine Arbeit in Beirut brachte mich den Flüchtlingen wieder näher, den Armen und Gequälten.''

Für diese Armen und Gequälten steht in al-Alis Cartoons die Figur des Handhala — ein kleiner abgerissener Kerl, den Rücken mit verschränkten Armen stets dem Beschauer zugewandt. Al-Ali: ,,Dieses Kind ist weder schön noch nett angezogen oder wenigstens gut ernährt. Es ist barfuß, wie viele Kinder in den Flüchtlingslagern. Und es ist sogar ziemlich häßlich, wenn man's genau nimmt, und keine Frau hätte wohl gerne so ein Kind. Trotzdem: Ich merkte irgendwann, daß alle, die ihn kannten, ihn geliebt haben. Sie haben ihn geradezu adoptiert, denn er ist freundlich und ehrlich, ein aufrechtes Kerlchen — und ein Frechdachs. Er ist auch für mich ein Symbol, das dasteht und aufpaßt, daß ich selber nicht wegrutsche. Daß er seine Arme auf dem Rücken hält — das ist ein Zeichen seiner Zurückweisung all der negativen Strömungen in dieser Region.''



Al-Quds, March 31, 1987

Naji al-Ali schonte weder die arabischen Regimes noch die Palästinenser selbst in seinen Cartoons. ,,Ich zeichne die Palästinenser, wie ich sie sehe. Da sind zunächst die palästinensischen Führer — und ich glaube, daß es etwas sehr Grundsätzliches für jede politische Führung sein muß, Kritik zuzulassen. Dann zeichne ich reiche Palästinenser, die laut herumschreien über das Land und die Opfer und die in Wirklichkeit mehr am Handel und ihrem privaten Gewinn interessiert sind.''

Diese unbestechliche Haltung hat Naji al-Ali, der nach dem Abzug der PLO aus dem Libanon nach Kuwait ging die Ausweisung durch das kuwaitische Regime eingetragen. Seit 1985 lebte al-Ali in London als politischer Flüchtling, wo er für zahlreiche Zeitungen des Mittleren Ostens (nicht zuletzt für kuwaitische) arbeitete. Diese unbestechliche Haltung ist es auch, die die in Ostjerusalem erscheinende palästinensische Zeitschrift ,,Al-Fajr'' konstatieren ließ: ,,Seine Arbeit hatte ihm viele Feinde in den arabischen Regimes gemacht und bei manchen Palästinensern, insbesondere denen, die der politischen Linie der moderaten arabischen Regimes bezüglich einer Lösung der Palästinenserfrage folgten.'' Abu Ijad, Chef der Sicherheitsabteilung der PLO und Mitglied des ZK der Fatah, konzedierte Naji al-Ali nach dessen Tod zwar, er habe ,,sein ganzes Leben und seine Feder in den Dienst der nationalen Sache und seiner Heimat'' gestellt, fügte aber säuerlich hinzu: ,,Sein politisches Denken hat nichts von den Debatten über Etappen und Taktik in unserem Problem gehalten. Er war damit auch unabsichtlich in Widerspruch zu vielen anderen, auch wenn er es gar nicht wollte.''

Und so blühen denn, da der Mörder Naji al-Alis bisher unbekannt geblieben ist, die Spekulationen. Während die PLO nicht näher genannte arabische Geheimdienste als Hintermänner des Mordanschlages bezeichnete und ,,Al-Fajr'' auch die Täterschaft eines Iraners für möglich hält, da al-Ali in der letzten Zeit das iranische Regime in seinen Cartoons angegriffen hatte, ,,ergänzt'' die ,,taz'', es ,,könnten auch Vertreter der PLO das Attentat geplant haben, denn auch diese Organisation entging der satirischen Feder ihres Landsmannes nicht.'' Schließlich habe es ja auch ,,Vermutungen'' gegeben, Arafat habe ,,vielleicht höchstpersönlich'' die Ausweisung al-Alis aus Kuwait verlangt, da dessen Kritik an den reichen Palästinensern in den Golfstaaten (taz: ,,eine der wichtigsten Finanzquellen'' der PLO) diese ,,gehörig verstimmt'' habe. — Handhala, Naji al-Alis struppiges Lagerkind, wendet alldem, trotzig und traurig, den Rücken zu.

K., Hamburg

Quellen:
Al-Fajr, 26.7. u. 6.9.87; taz, 19.8.87; Palästina Bulletin, Nr. 36, 4.9.87. — Da nicht nur in den verschiedenen, sondern sogar auch in der selben Quelle unterschiedliche Angaben zu al-Alis Alter und zu seinen Ortswechseln gemacht worden sind und die Möglichkeit zu eigener Recherche fehlte, können bei diesen Angaben auch im obigen Nachruf Fehler enthalten sein.

INHALT